

Nr.
10
Oktober
1989

Die Neue Gesellschaft

Frankfurter Hefte

Herausgegeben für die Friedrich-Ebert-Stiftung von
Holger Börner · Walter Dirks · Günter Grass · Johannes Rau
Carola Stern · Heinz O. Vetter · Hans-Jochen Vogel · Herbert Wehner

1989
36. Jahrgang

Redaktion:
Peter Glotz (Chefredakteur)
Ulrike Ackermann
Norbert Seitz (verantwortlich)

Ständige Mitarbeit:
Klaus Bloemer
Tilman Fichter
Ferdinand W. Menne
Johano Strasser

Verlag J.H.W. Dietz Nachf. GmbH
In der Raste 2
5300 Bonn 1
Telefon (02 28) 23 80 83
Druck: satz+druck gmbh, 4000 Düsseldorf 12

Anschrift der Redaktion:
In der Raste 20-22
5300 Bonn 1
Telefon (02 28) 8 83-5 39/5 42
Telex: 8 85 479 a fest d

Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte erscheint monatlich. Bezug durch den Buch- und Zeitschriftenhandel oder den Verlag. ISSN 0177-6738 Einzelheft 9,50 DM (zuzüglich 1,50 DM Versandkosten), Jahresabonnement 66,- DM (zuzüglich 12,- DM Versandkosten im Inland bzw. 13,20 DM im Ausland). Das Abonnement verlängert sich automatisch um ein Kalenderjahr, wenn die Kündigung nicht bis zum 31. Oktober erfolgt ist.

Redaktionsbeirat:

Siegfried Bangert	Reimut Jochimsen
Frank Benseler	Tomas Kosta
Gottfried Erb	Richard Löwenthal
Iring Fetscher	Ferdinand W. Menne
Horst von Gizycki	Susanne Miller
Martin Greiffenhagen	Peter von Oertzen
Norbert Greinacher	Friedrich-Wilhelm Witt

Im Bezugspreis sind 7 % Mehrwertsteuer enthalten.
Anzeigenpreisliste Nr. 17
Verantwortlich für Anzeigen: Margret Reichert

Editorial

Dieses Heft beginnt mit zwei Artikeln, über die wir in der Redaktion heftig diskutiert haben. Sowohl die Analyse des früheren Kieler CDU-Landtagsabgeordneten Trutz Graf Kerssenbrock über die „Verarbeitung“ des Falles Barschel als auch die bitteren und polemischen Bemerkungen des *taz*-Leitartiklers Klaus Hartung über die „Verarbeitung“ der „Republikaner“ in unserer politischen Kultur werden unter den Lesern dieser Zeitschrift heftige Debatten auslösen. Katapultiert sich Kerssenbrock – der gegenüber seinen eigenen Parteifreunden zweifellos Standfestigkeit bewiesen hat – nicht allzu leichtfertig in eine moralisierende Position *über* den Parteien? Läßt sich Hartung von seinem Widerwillen gegen die Apparatchaftigkeit der großen Parteien nicht zu einer allzu milden Beurteilung der „Republikaner“ treiben? Über diese Fragen kann man streiten; über diese Fragen sollten unsere Leser streiten.

Kerssenbrocks Artikel, den wir bewußt an den Anfang des Heftes gestellt haben, paßt übrigens auch in den Schwerpunkt der Oktober-Nummer, den wir mit dem Titel „Kriminalität und Politik“ überschrieben haben. Wir sind neugierig, ob es uns gelingt, mit diesem Block von streitbaren und strittigen Aufsätzen die Experten aus der Reserve zu locken. Denn das Komische der Situation ist dies: Die Organisierte Kriminalität ist eines der großen Themen der neunziger Jahre – und doch ist es ein Experten-Thema. Wollen wir warten, bis Franz Schönhuber es politisiert?

Da hat zum Beispiel ein früherer Undercover-Agent, der sowohl in Rauschgift wie in Terrordezernaten der Bundesrepublik tätig war, unter dem Pseudonym Manfred Morstein ein Buch geschrieben, das gespickt ist von provozierenden Behauptungen. Er zieht es auf als die Biographie eines syrischen Finanziers der PLO – Monzer Al Kassar –, der zu einem der größten Konzernherren des Organisierten Verbrechens geworden sei. Morsteins Buch ist sichtbar mit der Aktenhilfe westlicher Dienste geschrieben und enthält eine Reihe von exakt belegten Behauptungen, die die Öffentlichkeit der Bundesrepublik längst zum Kochen hätten bringen müssen. So legt er zum Beispiel in allen Einzelheiten dar, daß besagter Syrer, obwohl schon verhaftet, mit Hilfe „namhafter deutscher Persönlichkeiten“ und deutscher Behörden geschützt und wieder in Freiheit entlassen wurde. Man müßte meinen, daß ein Sturm der Entrüstung durch die Gazetten der Bundesrepublik ginge. Aber nichts dergleichen passiert. Wieso eigentlich?

Mag sein, daß solche Fragen öffentlich nicht zu beantworten sind. Mag auch sein, daß die politische Kultur der Bundesrepublik so geartet ist, daß Autoren wie Manfred Morstein sich den Kopf an Gummiwänden einrennen.

Vielleicht kann man in diesem Land die tollsten Behauptungen aufstellen: Wenn niemand Anstoß nimmt, verhalten die Anklagen ohne Echo. Nur über eines muß man sich im klaren sein: Das Zusammenwachsen von Terrorismus, Rauschgifthandel und Waffenhandel wird auf Dauer nicht als das Fachproblem von ein paar Innenpolitikern, ein paar Polizisten und ein paar Kriminellen zu behandeln sein. Es wird hochkommen, wenn die Grenzen in Europa wirklich fallen sollten. Wird die Politik in der Lage sein, die Grenzkontrollen durch den Aufbau elektronischer Informationssysteme zu ersetzen? Wird sie sich zu Schwerpunkt-Staatsanwaltschaften und besonderen Zeugenschutzmaßnahmen durchringen, um den neuen Gefahren Paroli zu bieten? Der Präsident des Bundeskriminalamtes, Heinrich Boge, formuliert dazu in diesem Heft sehr konkrete Forderungen. Wie stehen wir dazu? Und wer hat eigentlich recht – unser Autor Rolf Uesseler, der als einer der ersten Mafia-Experten Italiens gilt und behauptet, daß die Mafia sich in der Bundesrepublik fest etabliert hat, oder die Behörden der Bundesrepublik, die davon derzeit nichts wissen wollen? Die Redaktion der *Neuen Gesellschaft/Frankfurter Hefte* fordert die Innenpolitiker der Bundesrepublik auf, sich in diesen Streit einzumischen.

Der „kleine“, zweite Schwerpunkt dieses Heftes gilt einem „pessimistischen Aufklärer“: Norberto Bobbio, einem der wenigen europäischen Sozialphilosophen, die versucht haben, die liberale Auffassung einer notwendigen Begrenzung staatlicher Institutionen mit der sozialistischen Tradition zu verbinden, wird in diesem Monat achtzig Jahre alt. Seine frühen Auseinandersetzungen mit Palmiro Togliatti sind in Italien inzwischen zur Legende geworden – Bobbio hat sich mit dem Stalinismus schon angelegt, als ein Teil der europäischen Intelligenz ihm noch anhing. Aber gleichzeitig war Bobbio immer so frei, diesem Togliatti auch zu bestätigen, daß er seine Partei zu einer demokratischen, das Wechselspiel zwischen Regierung und Opposition akzeptierenden politischen Bewegung gemacht hatte. Eine fast absurde Situation: Der alte Liberalsozialist, der sogar eine Zeitlang dem Zentralkomitee der Sozialistischen Partei angehört hat, ist heute weniger „antitogliattianisch“ eingestellt als die Kommunisten selber – er kann sich das leisten.

Peter Glotz

Inhalt

Johano Strasser	Ankunft	868
Trutz Graf Kerssenbrock	Politik und Moral – Zwei Jahre nach der Barschel-Affäre	868
Klaus Hartung	Die antifaschistische Mehrheit. Der Kampf gegen die rechte Gefahr und die linke Ideologie	873
Anna Tomforde	Britisches Lob für Momper-Senat	879
Gespräch mit Norberto Bobbio	Die gefährdete Utopie der Demokratie	880
Perry Anderson	Norberto Bobbios intellektuelle Wahlverwandtschaften	890
 Thema: Kriminalität und Politik		
Heinrich Boge	Organisierte Kriminalität – eine Herausforderung an die Kriminalitätsbekämpfung der Zukunft	900
Franz Moll	Erscheinungsformen der Organisierten Kriminalität	904
Rolf Uesseler	„Mafia über alles“ – Staatliches Handeln und Organisiertes Verbrechen	908
Lothar Jung	Perestrojka und KGB	914
Ulrich von Alemann	Korruption – ein blinder Fleck in der Politikwissenschaft	918
Reimer Gronemeyer	Gewalt – . . . dem Penner den Hut wegtreten	921
Ernst Tugendhat	Die Hilflosigkeit der Philosophen	927
Horst Kern/ Michael Schumann	Moderne Arbeitnehmer zwischen Neokonservatismus und Sozialdemokratie (II)	936
Nikolaus Simon	Gewerkschaften und Volksgemeinschaft. Der ADGB und die NS-Ideologie	939
Thomas Meyer	Danke Michael	948
Bernd Feldhaus	Sport am Scheideweg	949
	Kritik	952

Titelfoto: dpa – Kolumbianische Drogenschmuggler bei ihrer Verhaftung in Mexiko

Ankunft

So einer käme er über die Felder
An einem kalten Wintermorgen
Stellte den Koffer auf unsere Schwelle
Wäre sozusagen / angekommen
Wir müßten ihn endlich doch wohl ins Haus
Ein/lassen den Landesflüchtling
Den Heimatlosen den sie zu Haus
Nicht halten mochten
Hier ist Brot und Salz
Wie lang wirst du bleiben?
Bleib

Denkbar auch daß wir die Tür verriegeln
Hinter dem Vorhang verborgen von Haus
Zu Haus ihn vergebens gehen sehen
Mit seinem Koffer
Oder sie bringen ihn an die Grenze
Schweigsame Männer in Uniformen
Stoßen ihn auf den Schotter hinab
Gute Reise
Gott-

Seidank daß so einer nicht über die Felder kommt
An einem kalten Wintermorgen
Sich da er reist mit gültigem Paß
Von Prag nach Bern
Und weiter nach Köln
Sucht keine Bleibe besorgt sich selbst
Ein Dach überm Kopf

Johano Strasser

Trutz Graf Kerksenbrock Politik und Moral – Zwei Jahre nach der Barschel-Affäre

Dr. Trutz Graf Kerksenbrock, 1954 geboren, Rechtsanwalt von Beruf, gehörte von 1983 bis 1988 der CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag an; 1987 legte er nach Unstimmigkeiten mit seiner Partei den stellvertretenden Vorsitz im Barschel-Untersuchungsausschuß nieder.

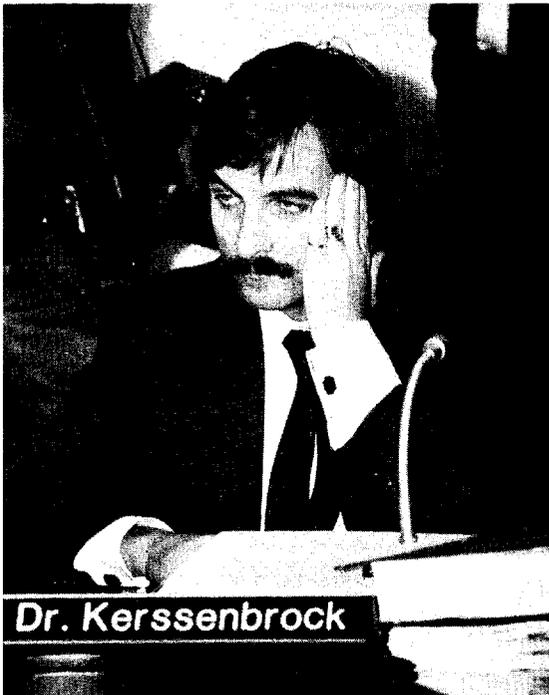
Affäre bewältigt?

13. September 1987: Am Tag der Wahl zum Schleswig-Holsteinischen Landtag begann die Aufdeckung der inzwischen sogenannten Barschel-Affäre, in deren Verlauf die moralischen Grundfeste nicht nur der schleswig-holsteinischen Landespolitik, sondern der gesamten Bundespolitik einer eingehenderen Überprüfung als je zuvor unterzogen wur-

den. Ist nach nicht ganz zwei Jahren diese Überprüfung schon beendet? Ist die Affäre bewältigt? Sind „die notwendigen Konsequenzen“ (welche es auch immer sein mögen) gezogen? Der oberflächliche Betrachter – insbesondere in Schleswig-Holstein – mag diesen Eindruck gewinnen: Die CDU hat nach 38 Jahren Regierungszeit, vom Wähler in dramatischer Weise „bestraft“, auf den Oppositionsbänken Platz nehmen müssen, die ihr wenig behagen. Das gegenwärtige Bild, das die Opposition bietet, macht sie über kurze Frist nicht geradezu regierungsverdächtig. Wie schon im Wahlkampf 1988 wird über die Barschel-Affäre allenfalls in schamhaften Umschreibungen gesprochen. Man will „nach vorne“ blicken. Die Affäre gilt als beendet. Irgendwann müsse mit dem Aufrechnen Schluß sein.

Das Opfer der Machenschaften Barschels und Pfeiffers, Ministerpräsident Engholm, segelt derzeit als weltreisender Bundesratspräsident auf einer (demoskopisch belegten) nahezu unerreichbaren Sympathiewelle fernab der Niederungen der Landespolitik eines kleineren Bundeslandes.

Die Affäre ist allenfalls Gegenstand nebulöser Erinnerung und kaum noch unmittelbarer Gesprächs-



Trutz Graf Kerstenbrock als CDU-Obmann im Barschel-Untersuchungsausschuß

Foto: dpa

gegenstand. Wenn der regierenden SPD unliebsame Kritik widerfährt, ist es ein probates, bei zunehmendem Gebrauch sich jedoch abnutzendes Gegenmittel, die CDU kurzerhand der – angeblich fortwährenden – „Barschelei“ zu bezichtigen (wie die Union der SPD nach dem Regierungswechsel 1982 in Bonn unablässig, aber mit abnehmendem Aufmerksamkeitsgrad der Öffentlichkeit, die „Schulden“-Erblast vorhielt).

Der Sonderausschuß des Landtages, der als Konsequenz aus der Affäre eine Verfassungs- und Parlamentsreform erarbeiten soll, wird, obwohl öffentlich tagend, im öffentlichen Leben kaum noch wahrgenommen. Dies mag auch mit der Substanz der zur Debatte stehenden Reformvorschläge zu tun haben. Mit dem Vorschlag etwa, jedem Abgeordneten sogenannte Wahlkreisbüros für angeblich mehr Bürger Nähe zu finanzieren, wird in Wahrheit weiterhin verdeckte Parteien- und Apparate-Finanzierung gefördert. Und ernsthafte Schritte zur Entschlackung der Parlamentsarbeit von unnötigem Ballast werden nicht unternommen. Erst dann aber würde der Landtag wieder für andere Berufsgruppen als den öffentlichen Dienst interessant, die mit Distanz, Sach-

verstand und Unabhängigkeit ihre Arbeit als Parlamentarier versähen.

Noch weniger scheint inzwischen die Barschel-Affäre auf Bundesebene Gegenstand des politischen Denkens und Handelns zu sein. Die seinerzeitigen Mahnungen des Bundespräsidenten v. Weizsäcker und des Bundestagspräsidenten Jenninger, daß alle Institutionen, Parteien und Politiker Wesentliches aus dem Lehrstück von Kiel zu verinnerlichen hätten, scheinen inzwischen fast deplaziert.

Neuer politischer Maßstab?

Wer glaubt, die Lehren aus der Barschel-Affäre seien gezogen und man könne zur Tagesordnung übergehen oder, wie viele Sozialdemokraten, Kübel der Selbstgerechtigkeit über dem großen politischen Gegner ausschütten, täuscht sich selbst. Er nimmt nicht wahr, daß bei vielen Menschen ein neuer bzw. veränderter politischer Maßstab aufgetaucht ist, der bei Nichtberücksichtigung durch die „etablierten“ politischen Parteien eben diese Parteienlandschaft im Begriffe ist massiv zu verändern. Die Barschel-Affäre war keineswegs der erste Fall moralischer Entrüstung der Wähler über politisches Handeln in der Bundesrepublik in den letzten zehn Jahren. Insbesondere bei jungen Menschen hinterließ bereits die Flick-Parteispenden- und Amnestie-Affäre der frühen 80er Jahre ebenso wie die Neue-Heimat-Affäre Spuren im Wählerverhalten: Die Wahlbeteiligung sank, und die damals noch nicht „etablierten“ Grünen erhielten erheblichen Zulauf. Befördert durch die Barschel-Affäre hat sich nunmehr auch auf der anderen Seite des politischen Spektrums moralisches Entrüstungspotential angesammelt, das der Union entscheidend Abbruch tut, ohne freilich der SPD zugute zu kommen. Die Republikaner speisen sich nicht nur aus diffusen rechtsradikalen Emotionen und Zivilisationsängsten, sondern ebenso aus kleinbürgerlicher, relativ einfacher moralischer Entrüstung über die Unglaubwürdigkeit der Politik, ihre Methoden, die fehlende moralische Integrität handelnder Politiker, Bürgerferne in Sprache und Handeln etc.

Das Besondere an der Barschel-Affäre im Verhältnis zu anderen Affären der jüngsten Zeit war die erstaunliche Parallele dieser Affäre zum Fall Watergate 1974 in den USA: Nicht die ursprünglich den Gegenstand der Affäre bildenden – vergleichsweise geringwertigen – Tatbestände (Einbruch ins Wahlkampfhauptquartier des politischen Gegners bzw.

Bespitzelung und Verächtlichmachung des politischen Gegenspielers) waren der Grund für die gewaltige Erschütterung jeweils der ganzen Demokratie, sondern die bedenkenlosen Methoden der Vertuschung, der Lüge, des Machterhalts, aber auch der Verdrängung; legten die Charakterlosigkeit und Skrupellosigkeit der handelnden Personen bloß. Seither ist die Nachsicht weiter Bevölkerungskreise gegenüber moralischen Unzulänglichkeiten der Politik deutlich geschwunden. Sie verringert sich noch durch die bei den jeweils die Regierung stellenden Parteien anzutreffende Mentalität – mit dem Motto: „Was schert uns das Geschrei der Leute? Sie sollen nicht auf die Methoden, sondern auf die sie beglückenden Ergebnisse unserer Politik schauen.“

Die Rücknahme mehrerer bereits getroffener Entscheidungen durch den Bundesgesetzgeber, insbesondere der Steuerbefreiung für Flugbenzin der Privatflieger, zeigt, daß insoweit gewisse Lerneffekte vorhanden sind. Daß es aber noch nach der Barschel-Affäre für eine Bundestagsmehrheit möglich war, sich unter der Drohung des Machtverlustes wider besseres Wissen und besseren Willen zu bestimmten Entscheidungen – dazu noch im wesentlichen von einer einzigen Person – zwingen zu lassen, macht immer noch betroffen.

Das Verhältnis von Moral und Politik beschäftigt die Menschen, seit überhaupt über Politik nachgedacht wird. Nur beispielhaft sei an den Zyniker (oder den besten Analytiker?) Niccolò Machiavelli erinnert, der bereits 1513 schrieb:

„Ein Herrscher darf sich also um den Vorwurf der Grausamkeit nicht kümmern, wenn er dadurch seine Untertanen in Einigkeit und Ergebenheit halten kann. Statuiert er nämlich einige abschreckende Beispiele, so ist er barmherziger als diejenigen, die infolge allzu großer Milde Unordnung einreißen lassen, aus der Mord und Plünderung entstehen. Diese treffen gewöhnlich die Allgemeinheit; Exekutionen, die vom Herrscher ausgehen, treffen nur einzelne.“

Natürlich haben sich die Maßstäbe im zivilisierten Abendland geändert – und ändern sich noch. Es geht nicht mehr – jedenfalls nicht außerhalb Chinas oder afrikanischer bzw. südamerikanischer Militär- oder Parteidiktaturen – um körperliche Grausamkeit. Doch sei daran erinnert, daß verschiedene Spielbankaffären früherer Jahrzehnte, Spionageaffären oder auch Rüstungsbeschaffungsaffären sich kaum je auf das Wählerverhalten ausgewirkt haben. Noch 1965 mußte ein Hamburger Erster Bürgermeister demissionieren, weil seine eheliche Treue zu wünschen übrig ließ. Mag dieser harte Maßstab auch

für amerikanische Präsidentschaftskandidaten höchst aktuell sein: In der Bundesrepublik kann man sich eine Wiederholung dieses Vorganges von vor fast einem Vierteljahrhundert kaum mehr vorstellen.

Eindeutige Erwartungshaltung

Welches ist dieser neue politische Maßstab, der im Vordringen befindlich scheint? Wie sieht der Anspruch des Bürgers an die seinen moralischen Maßstäben genügende Politik bei näherer Betrachtung aus? Wie sieht demgegenüber die Wirklichkeit aus? Und was kann getan werden, um Anspruch und Wirklichkeit in stärkere Übereinstimmung zu bringen? Wie kann der Parteienstaat des Grundgesetzes nicht nur stärkere Zustimmung des Bürgers, sondern die für ihn lebensnotwendige Unterstützung erhalten?

Als Anspruch des Bürgers an die Politik muß zunächst eine demokratisch-rechtsstaatlich saubere „Hygiene“ genannt werden. Die Nichtbeachtung des Legalitätsprinzips und des Gleichheitsgrundsatzes in der Hamburger Hafenstraße, oder wiederum die Mißachtung des Gleichbehandlungsgrundsatzes bei Stellenbesetzungen im öffentlichen Dienst – durch Bevorzugung von Parteifreunden (im allgemeinen „Filz“ genannt) –, machen derartige Vorgänge zum Skandal.

Es besteht ferner eine eindeutige Erwartungshaltung des Bürgers gegenüber demokratisch gewählten Politikern, daß sie mit der ihnen anvertrauten Macht mäßig, verhältnismäßig umgehen. Der demokratisch gewählte Politiker darf nicht alles, wozu er möglicherweise formalrechtlich ausdrücklich legitimiert ist. Dies war einer der Gründe für die Enttötung über Barschel, weil er Untergebene unter Ausnutzung seiner Vorgesetzten-eigenschaft zu schlicht unsittlichen Zwecken eingesetzt hatte.

Nach vielen Erfahrungen fordern viele Menschen – und insbesondere natürlich bisher zu kurz gekommene Parteimitglieder – von den „Mächtigen“ eine auf die „Basis“ abgestimmte Politik. Sie wollen vorher gefragt werden, wenn Wichtiges entschieden wird. Die Beschwerde über *Politik am grünen Tisch* oder *im Hinterzimmer* wird allerdings von vielen erst dann erhoben, wenn sich Zweifel an der Weisheit getroffener Entscheidungen oder ihren Resultaten regen. Konkrete Auswirkung einer solchen Erwartungshaltung ist der Politiker mit größtmöglicher *Basisnähe*, dessen eigene Meinung zu einem

Problem verhältnismäßig gleichgültig sein kann, wenn nur die Meinung der Basis erwartungsgemäß transportiert wird.

Diese – fast basisdemokratisch zu nennende – Erwartungshaltung kontrastiert mit einer anderen, die von oft denselben Menschen geäußert wird, die eine basisorientierte Politik fordern: man verlangt *Zivilkourage* und *Mut zu unpopulären Entscheidungen* in der Erkenntnis, daß es Vorgänge gebe, die schnell und aus intimer Sachkenntnis heraus auch gegen einen vermeintlich populären Strom entschieden werden müßten. Tatsächlich steht dies mit der vorhin genannten Erwartungshaltung in einem oft unauflösbaren Spannungsverhältnis. Der mutige, mit Zivilkourage ausgestattete Politiker sucht nicht nur nicht, sondern vernachlässigt oft sogar bewußt die „Luftthoheit über den Stammtischen“ (zumal der eigenen Partei), weil dies oft ein zwar emotional verständlicher, in komplexen Sachfragen aber unglücklicher Ratgeber sein kann. Es wird der Mut zum politischen Selbstmord gefordert, oft von denselben Personen, die am politischen Niedergang des Betroffenen eifertig mitwirken.

Bescheidenheit und Korrektheit insbesondere in finanziellen Fragen sind ein weiteres Element des im Vordringen befindlichen neuen Maßstabs an die Politik. Nie zuvor war es so schwierig wie heute, Diätenerhöhungen – in welchem Parlament auch immer – der Öffentlichkeit plausibel zu machen oder die Notwendigkeit, daß Parteien überhaupt – auch – öffentliche Gelder zur Erfüllung ihrer Aufgaben benötigen, zu begründen. Mißtrauen weiter Bevölkerungskreise beherrscht gerade in diesem Bereich die Szene. Ist dies ein Wunder nach einer – zumindest scheinbaren – Häufung unglaublicher Mißgriffe des Parteienstaates? Genannt seien hier nur der Skandal um die Hessische Landesbank (HeLaBa), die Westdeutsche Landesbank, die diversen Spielbankenaffären, die Neue-Heimat-Affäre oder die Parteienfinanzierungsaffäre, die schließlich in dem Versuch gipfelte, Sünden in diesem Bereich zu amnestieren. Unter diesem Blickwinkel sind auch allzu oberflächliche, aber aufwendige Wahlkämpfe der Parteien nach Art der Waschmittelwerbung, wie z. B. der SPD im Europawahlkampf 1989, nicht mehr zu rechtfertigen. Da haben Republikaner mit ihren Parolen leichtes Spiel, da sie noch unverbraucht wirken und in ihrem Finanzgebaren nicht durchleuchtet sind. Die Grünen haben dieses Spiel schon durch eigene Mißgriffe verloren.

Schließlich sind besonders junge Menschen aller- gisch gegen unlautere Versuche, die Macht zu erwer-

ben oder sie sich zu erhalten. In einer Zeit, in der materieller Wohlstand völlig selbstverständlich insbesondere für junge Menschen geworden ist, ist nicht das materielle *Ergebnis* der Politik so bedeutsam, sondern vielmehr die demokratische, die legitimierte *Handlungsweise* des Politikers. Nur am Rande sei vermerkt, daß dieser neue moralische Maßstab an die Politik sogar wichtiger zu sein scheint, als manches – sogar existenzielle – Sachproblem. Dies hat einen einleuchtenden Grund. Der moralische Maßstab taucht bei jedem politischen Thema auf – im Unterschied etwa zu Kernenergie, Gewässerverschmutzung oder Müllnotstand.

Neuer Kodex

Wer versucht, die oben genannten Anforderungen an die Politik in die Tagespolitik umzusetzen, stößt auf eine Wirklichkeit, die es nachgerade als Phantasterei, als Luftschloß erscheinen lassen muß, mit diesem Maßstab ernst zu machen. Zu eingefahren sind die Gleise, auf denen insbesondere die parteiinternen Verfahrensweisen, aber auch die parteiübergreifenden, basieren. Doch das Bessere ist des Guten Feind; aus den (vielleicht auch nur wieder erwachten) neuen Maßstäben könnte sich ein neuer Kodex für politisches Handeln ergeben:

– *Glaubwürdigkeit* ist wichtiger als Machterhalt und Parteiraison. Die Flugbenzinaffäre brauchte nicht zu sein.

– *Geschlossenheitsideologien*, die von Parteiführungen ausgegeben werden, passen nicht mehr in die heutige politische Landschaft und werden vom Bürger nicht mehr honoriert. Auch wacht die immer vielfältigere Medienlandschaft darüber, daß möglicherweise innerparteiliche Streitgegenstände in den Blick der Öffentlichkeit geraten. Die Frage für eine Partei ist dann nur, ob sie – durch eigene Beiträge – lenkend teilnehmen oder bei der Diskussion der in den eigenen Reihen kontrovers diskutierten Fragen abstinenter bleiben will (was sie im Grunde nicht kann). Wer Geschlossenheit fordert und nur unbequemen inhaltlichen Diskussionen aus dem Wege gehen will, kann heute einer kritischen Öffentlichkeit nicht mehr entkommen. Politische Kraft, die auch Wählern imponiert, erwächst nur aus einer Geschlossenheit, die auf Diskussionen mit befriedigenden Ergebnissen beruht, also z. B. der Überzeugung vormals Andersdenkender. Denkverbote sind heute

nicht mehr exekutierbar und entlarven denjenigen, der sie verhängt. Nachteilig für eine politische Partei wird eine inhaltlich kontroverse parteiinterne Diskussion erst, wenn sie zum personalpolitischen Kleinkrieg mißbraucht wird oder – schlimmer – inhaltliche Scheindiskussionen mit personalpolitischen Zielsetzungen geführt werden. Dies nimmt den ausgetauschten Argumenten die Aufrichtigkeit und Überzeugungskraft. Gerade hier müßten die Parteien – innen wie nach außen – eine neue politische Streitkultur entwickeln, wenn sie attraktiver werden wollen.

– *Rechtsstaatlichkeit* auch dort, wo es um Freunde oder um – vermeintliche oder tatsächliche – Feinde geht. Das Grundgesetz fordert von staatlichem Handeln die Berücksichtigung von Menschenwürde, Barmherzigkeit, aber auch (sozialer) Gerechtigkeit. Wer Freunde oder Feinde dem Gleichbehandlungsgrundsatz entzieht, muß beim Wähler inzwischen mit empfindlicher Gegenwehr rechnen. Der Rechtsstaat ist der beste Maßstab für die richtige Verfahrensweise – was insbesondere Parteifreunden (welcher Partei auch immer) oft nicht in den Kopf will.

– *Höhere, nicht niedrigere Maßstäbe* an Politiker in ihrem persönlichen Bereich, insbesondere in finanziellen Fragen. Man mag es kritisieren und karikieren: Der im Rampenlicht stehende Politiker hat mehr, d. h. höhere Maßstäbe einzuhalten als ein Mitbürger ohne jedes öffentliche Amt. Wer aus den sogenannten etablierten Parteien sich dem nicht stellt, hat nicht nur wenig Perspektive. Er treibt mit seinem Politikverständnis auch die Bürger in die Arme von Rattenfängern und leistet der Demokratie Bärendienste. Welch merk- und denkwürdige Amtsauffassung legt etwa ein Senator aus Berlin an den Tag, der Überstunden abbummeln will?

– *Beruflich unabhängige Politiker*. Dies ist leichter gesagt als getan bei einer unausweichlich erscheinenden fortschreitenden Verbeamtung der Parlamente. Der Versuch des hessischen Ministerpräsidenten Wallmann, den Teilzeitabgeordneten, der dann noch Zeit für seinen Beruf hat, zu stärken angesichts abnehmender Zuständigkeiten der Landtage, wird ausgerechnet in Schleswig-Holstein durch den Versuch konterkariert, den Landtag zum „obersten Organ der politischen Willensbildung“ zu machen, ihn also über alles und jedes, und sei er noch so unzuständig, debattieren zu lassen. Selbständige und andere beruflich arrivierte Persönlichkeiten lassen sich

in immer geringerem Maße für eine schnöde Abgeordnetentätigkeit – mit zudem noch besonderen persönlichen Maßstäben (s. o.) – gewinnen. Ein Patentrezept gibt es hier nicht. Ist es vielleicht eine Änderung des Beamtenrechts?

– *Toleranz und Hinnahme anderer Meinungen bzw. Mehrheiten*. Dies scheinen besonders engagierte Parteipolitiker, die vor der persönlichen Intimsphäre des eine andere Meinung vertretenden Politikers oder Bürgers nicht haltmachen, immer noch nicht gemerkt zu haben, obwohl gerade hierfür Schleswig-Holstein eine eindrucksvolle Lektion war. Um so trauriger stimmt die Beobachtung, wie heute eine mit hohem Anspruch ins Amt gelangte neue Mehrheit rigoros und skrupellos eine neue parteipolitische Einseitigkeit in der Landesverwaltung Einzug halten läßt.

– Es darf auch nicht der Anschein durch einen Politiker erweckt werden, als könnte er – oder seine Parteifreunde – sich im *Laden Politik* selbst bedienen.

– Politiker müssen endlich lernen, fernab des Opportunismus begangene *Fehler zuzugeben* und dürfen damit nicht so lange zögern, bis schließlich nichts mehr zu dementieren ist. Die Reparatur eines Fehlers muß unverzüglich nach der Erkenntnis begonnen werden, und sei es in besonderen Fällen auch durch einen Rücktritt. Auch wenn dies weh tut: wer so handelt, hat beim Wahlvolk sogar Aussicht auf Nachsicht.

Veränderung des Parteiensystems

Man stelle sich vor, ein solcher „Kodex“ hielte in die westdeutsche Innenpolitik tatsächlich Einzug: ich behaupte, die politische Landschaft könnte anders aussehen. Es herrschte ein anderer Ton in den Parteien und zwischen den Parteien. Es würde sicher unübersichtlicher für den Außenstehenden, weil vielfältiger. Manche politische Position, die in einer Partei vertreten wird, wird – mit anderen Mehrheitsaussichten – in einer anderen Partei auch vertreten. Aber sind wir nicht in einer Gesellschaft, in der die Freiheit der individuellen Lebensgestaltung mit dementsprechend verschiedenen und vielfältigen politischen Wunschvorstellungen immer stärker wahrgenommen wird – was gleichzeitig den Abschied von der Vorstellung bedeutet, daß eine Partei mit einer Antwort auf ein politisches Problem Aus-

sicht auf fünfzig Prozent der Wählerstimmen haben kann? Hier kündigt sich die Notwendigkeit zur Veränderung des westdeutschen Parteiensystems an. Die oft ideologisch begründete tagespolitische Engherzigkeit und Intoleranz westdeutscher Parteien ist möglicherweise ein entscheidender Grund für den sich andeutenden Zusammenbruch des 2-3-Parteien-Oligopols in der Bundesrepublik. Wollen die Volksparteien nicht eines Tages zu den – zum Sterben verurteilten – Dinosauriern der westdeutschen Demokratie werden, müssen sie ihr Gebaren verändern.

Politik würde transparenter, nachvollziehbarer – und vielleicht auch unterstützungsfähiger. Natürlich müßte es weiter Kompromisse geben, ist die staatliche Handlungsfähigkeit unabdingbar. Aber sollte

Klaus Hartung Die antifaschistische Mehrheit Der Kampf gegen die rechte Gefahr und die linke Ideologie

Klaus Hartung, geboren 1940, ist Redakteur der taz.

Jetzt ist erst einmal die akute Hysterie linker Deichgrafen über die rechte Springflut abgeklungen. Die Republikaner selbst haben viel zur Entspannung der Lage beigetragen, da sie unmittelbar nach ihren Erfolgen sogleich die hausgemachten Finanzskandale präsentieren konnten. Auch konnten sie sich in der Stunde des Triumphes nicht als Bewegung darstellen: sie zeigten sich sofort als rüpelhafter deutscher Verein, in dem kräftig unter dem Tisch getreten wird und der Kassierer nicht auffindbar ist. Aber auch die allmählich sich vermehrenden kritischen, nüchternen Stimmen bremsen das hektische Sandsackwerfen gegen den Dammbuch auf der rechten Seite. Immerhin, nach dem Erfolg der Republikaner schien hierzulande etwas stattzufinden, was wie die nachträgliche und vor allem erfolgreiche Rettung der Weimarer Republik aussah.

sich die weiterziehende Karawane nicht stärker um die ratlos am Wegesrand (zurück) Bleibenden kümmern? Sie könnte sonst ihre Eigenschaft als Karawane verlieren.

So bin ich nicht sicher, wie lange die Lektion von Kiel noch wirken wird. Bei den Wählern scheint sie stärker gewirkt zu haben als bei vielen Politikern. In besonders geringem Maße scheinen die Auswirkungen der Barschel-Affäre auf unser Parteiensystem gesehen zu werden. Und die Erinnerung beginnt zu verblasen. Die Wurzeln der Entrüstung über die Barschel-Affäre führen zu Schlußfolgerungen für die aktuelle Politik, die noch nicht gezogen sind. Es wird auch nicht wahrscheinlicher, daß sie eines Tages gezogen werden.

Wider das alte Machterhaltungskartell

„Wer rettet die Republik vor den Republikanern?“ titelt der STERN nach der Europawahl, schickte keine Reporter, sondern Spione ins Hauptquartier des Feindes. Gerhard Schröder fordert eine Allparteien-Kampagne gegen diese Partei. Als Ende Januar in Berlin die Sozialdemokraten und die Alternative Liste bei den Abgeordnetenhauswahlen so überraschend über die Christdemokraten triumphierten und zur Verblüffung der Rot-Grünen sich eine rot-grüne Koalition abzeichnete, war der Tenor der ersten Äußerungen keineswegs Jubel. Im Gegenteil: Sorge, Betroffenheit und Beschwörung drohender Gefahr war die Reaktion, wegen des 7,5prozentigen Stimmenanteils der Republikaner. Leicht verständlich zwar, daß die Weltpresse eher die braunen Zeichen an der Wand studierte und dabei übersah, wie das bundesdeutsche Wahlvolk begonnen hatte, sich vom vier Jahrzehnte lang erprobten Parteienschema zu emanzipieren. Aber weniger selbstverständlich war es, daß die versammelte Linke die Schriftgröße des rechten Menetekels noch einmal vervielfachte und die große Chance zum gesellschaftspolitischen Experiment eher kleinschrieb. Mit der Berlin-Wahl betrat die ideelle Gesamtlinke den Schauplatz der Geschichte und vereinigte sich über alle Parteilungen, über all ihre Geschichten hinweg, versammelte sich unter dem historischen Auftrag des Kampfes gegen Rechts. Die antifaschistische Mehrheit inszenierte sich selbst. Großdemon-

strationen und Großveranstaltungen gegen die Republikaner, Aktionseinheit vom Gewerkschaftsbund bis hin zu den Kreuzberger Autonomen, vereint unter Forderung eines Parteienverbotes: bewaffnete autonome Streifen anlässlich Hitlers Geburtstag, eine große Anzahl von „Antifa“-Gruppen und „Antifa“-Veranstaltungen, Kleinkrieg mit der Geschäftsordnung gegen die neuen Republikaner-Abgeordneten. Alle drei Parteien waren sich sofort einig, den Republikanern den Sessel eines stellvertretenden Parlamentspräsidenten zu verwehren. Die Mehrheit der Stadt reagierte nach der Gleichung, Ausländerhaß ist gleich Antisemitismus, mithin sind die Republikaner eben jener Anfang, in dem sich die deutsche Geschichte, die 1933 in den Nationalsozialismus führte, zu wiederholen beginnt.

Angesichts der öffentlichen Inszenierung der antifaschistischen Mehrheit in der Bundesrepublik, einer Mehrheit, die von Autonomen, den neuen Bewegungen über die Grünen, Sozialdemokraten bis hin zum Staat, bis hin zu den sozialdemokratischen Teilen des Verfassungsschutzes reicht, wird einem unheimlich. Nicht nur wegen der verdammten Selbstgerechtigkeit. Nein, das Bedrückende an jener öffentlichen Reaktion, die ich hier als antifaschistische Mehrheit bezeichne, war ihre liquidatorische Grundhaltung. Nach dem Erfolg der Republikaner war es allen klar, daß über den schockierenden Prozentanteil hinaus die Wahlentscheidung von CDU und SPD-Stammwählern, ihre politische Heimat zu verlassen, symptomatischen Charakter hat. Es war klar, daß sich die politische Szenerie grundsätzlich ändern und daß der Erfolg dieser Partei aller Wahrscheinlichkeit nach erst ein Anfang sein wird. Anders wäre ja die Mobilisierung gegen Rechts nicht erklärbar. Sicher gab es ein paar Standard-Soziologismen zur Erklärung der „sozialen Ursachen“ für dieses schlimme Versagen des Wählers. Aber vor allem wurde getrommelt mit dem fiktiven Ziel, die Republikaner schleunigst wieder hinter die 5-Prozent-Mauer zu jagen. Das heißt: keine Auseinandersetzung mit dem politischen Phänomen selbst; keine Frage, ob es denn so absolut wünschenswert ist, daß die Rechtsradikalen nicht als Partei erscheinen. Überhaupt wurden die naheliegenden Fragen nicht gestellt, in der Hektik der Dammverteidigung: Stimmt überhaupt das Konzept von der rechten Gefahr nach dem Republikaner-Erfolg in Berlin und nach dem Erfolg der NPD in Frankfurt? Und: Welche Rolle spielt der Kampf gegen Rechts innerhalb der Linken? Was bedeutet, was ist der tatsächliche politische Inhalt jener antifaschistischen Mehrheit?

Jene 7,5 % für die Republikaner in Berlin erreichen noch nicht einmal EG-Durchschnitt. Jeder, der sich mit der bundesrepublikanischen Gesellschaft beschäftigt, wird den Prozentsatz von Rechten eher höher einschätzen. Es ist selbstverständlich richtig, daß das Überspringen der 5-Prozent-Hürde eine Signalwirkung hat, der Erfolg selbst künftige rechte Wahlentscheidungen fördern wird. Aber die Tatsache des Erfolges allein ist keineswegs ein automatischer Beweis für das Erstarren der rechten Bewegung. Der Begriff der rechten Gefahr selbst verstellt die viel wichtigere Frage, was es politisch bedeutet, daß die Republikaner die 5-Prozent-Hürde überspringen konnten.

Zunächst einmal ist diese Tatsache das Produkt eines langanhaltenden Zerfallsprozesses der Volksparteien. Im Erfolg der Republikaner wird Rechts nachgeholt, was Links schon geschehen ist: die Verabschiedung jener merkwürdigen Nachkriegstradition des quasi politologischen Wahlverhaltens – Wahl als Beitrag der Bevölkerung zur Regierbarkeit; Wahl als Stiftung von stabilen Koalitionen und nicht als Bekundung des politischen Willens. Diese kollektive Unterwerfung unter die Parteien als Herren der politischen Willensbildung ist endgültig vorbei. Nach den letzten Wahlergebnissen muß man jedenfalls zugestehen, daß einem großen Anteil der republikanerwähler der politische Ausdruck des eigenen Willens wichtiger war als die Chance einer rechten Regierung. Die kursierende These, daß sich jetzt die Ränder der Parteienlandschaft radikalieren würden, ist nichts als ein veralteter Werbespruch der Volksparteien. Als ob aus der Mitte die politische Wahrheit kommt, als ob die machtbewährte Integration radikaler Einstellungen durch die dominante Mitte demokratischer sei. Es mutet schon erheitend an, daß jetzt erprobte linke Analytiker wie Thomas Schmid oder Claus Leggewie der Integrationskraft der CDU nachtrauern. So als hätten sie vergessen, was die Integrationskraft der CDU tatsächlich bedeutete: die staatliche Ernährung des rechtsradikalen Bodensatzes, von den Berufsschlesiern bis zu den Kriegsveteranen. Die CDU und die CSU vor allem verstanden Integration der Rechten als die parteitechnische Überführung rechter Motive in die Gesetzgebung. Wie viele Gesetze zur inneren Sicherheit verdanken wir der Integrationskraft der CDU? Wenn unbedingt die These von der Radikalisierung des rechten Randes der Parteienlandschaft vertreten werden soll, dann könnte man sie mit größerer Plausibilität von den Integrationsversuchen hinsichtlich der Republikanerwähler durch CDU und



Der Chor der Selbstgerechten? – 25 000 demonstrierten in Frankfurt gegen die NPD

Foto: dpa-Rehm

CSU erwarten. Vor allem aber kann man es einmal mit der gegenteiligen These versuchen, wonach es sich auch zeigen kann, daß die rechten Kräfte mit ihrem Erfolg unter den Druck der Demokratisierung geraten. Keine Demokratie für die Feinde der Demokratie, diese Vorstellung war schon immer falsch. Mit ihrem Wahlerfolg müssen sich die Republikaner nun einer demokratischen Auseinandersetzung unterwerfen, für die die Partei des Ressentiments nicht geschaffen ist. Es ist gut möglich, daß die demokratiefeindliche Ideologie zum inneren Problem der Partei wird. Jetzt schon, verblüffend schnell zumal, hat sich ein Grabenkrieg zwischen dem Schönhuberschen Führerprinzip und der innerparteilichen Demokratie entwickelt.

Auch wenn es das schöne Bild ruiniert: Der Erfolg der Republikaner setzt nach Rechts die Emanzipa-

tion der Bevölkerung vom Parteiensystem fort, drückt aus, daß die Bevölkerung gegen das überalterte Machtverteilungs- und Machterhaltungskartell rebelliert. In einem taz-Interview hat es Peter Glotz auf einen kurzen Nenner gebracht: „Die Parteiapparate werden sich immer ähnlicher, die Wähler immer unähnlicher.“ Das gesellschaftliche Bewußtsein hierzulande ist beherrscht von einer sich radikalisierenden Dichotomie: Es ist das Bewußtsein, daß wir in einer Periode historisch unvergleichbaren Reichtums und sozialer Sicherheit leben; es ist zugleich beherrscht von einem Panorama apokalyptischer Visionen, von den Umweltkatastrophen bis zu den Armutskatastrophen der Dritten Welt. Die Zukunft verliert sich irgendwo zwischen dem Ozonloch und dem „Altenberg“, zwischen Asylanten und Aids. Nicht nur die Renten, sondern auch die elementaren

Naturgüter wie Luft und Wasser sind in Gefahr. Die Antworten der Parteien überzeugen nicht mehr. Man traut den Parteien nicht mehr zu, daß sie die Zukunft meistern. Und: Ihre Garantie des Bewahrens ist historisch überholt. Der Wähler neigt zur Protestwahl. Und die „Republikanerwahl“ war eine Protestwahl.

Die analytische Arroganz der Linken und die Predigt der multikulturellen Gesellschaft

Die Gründe für den Erfolg der Rechten kursierten prompt wie abgegriffene Münzen: soziale Ursachen, Wohnungsnot vornehmlich; mangelnder Populismus der Volksparteien, Rebellion des ewiggestrigen Ressentiments. Da ist vieles richtig, war aber auch schon vor dem Erfolg der Rechten richtig. Die fast routinemäßige These von der Protestwahl, vom Protest der Depravierten: höchst zweifelhaft, denn nicht soziale Not geht bei den Rechten offensichtlich zum Protest, sondern das typisch deutsche, ressentimentgeladene Zu-kurz-gekommen-Sein jener, die (fast) alles haben, die larmoyante deutsche Mehrheit als Minderheit, die Minderheit der Einheimischen, die die Quellen ihrer Unzufriedenheit und Zukunftsangst „außen“, im Ausländer beispielsweise sucht. Die intelligentere Fassung stellt die These von den sogenannten „Modernisierungsverlierern“. Interessanterweise sahen die Vertreter dieser These ausschließlich das politische Problem im Zulauf der „Modernisierungsverlierer“ zu den rechten Parteien, und nicht darin, daß weder Grüne noch Sozialdemokraten einen Zugang zu dieser Bevölkerungsschicht besitzen, noch besitzen wollen. Diese kursierenden analytischen Schemata, die alle ihre empirischen Studien haben, auf die sie sich beziehen können, stellen aber keineswegs die Stereotype des Kampfes gegen Rechts in Frage. Sie sind die soziologischen Legitimationen für den Ernst der Stunde.

Das Fatale am gegenwärtigen Kampf gegen Rechts fällt dabei sofort ins Auge. Inzwischen weiß man es von den Republikanern selbst, wie sehr rechter Propagandaton den „Antifa“-Kampf der Linken nutzen konnte und kann. Der einzig wirksame Erfolgston der Rechten ist der des Aufbegehrens einer unterdrückten einheimischen Minderheit gegen die multikulturelle Mehrheit, der des Endlich-Aussprechens-was-alle-denken. Fugenlos paßt sich da eine Politik an, die zum Allparteienkampf gegen Rechts aufruft. Erst die Linke macht aus der Ausländerfeindschaft jenen automatischen Zusammenhang

mit dem Rechtsextremismus, den die Republikaner oder die NPD beschwören. Die Linke predigt die multikulturelle Gesellschaft als Staatsziel und mißachtet, daß in einer Gesellschaft, in der sich die Kulturen mischen, keineswegs nur die multikulturelle *Benetton*-Gesellschaft entsteht, sondern auch Wut und Aggression wachsen. Im Grunde setzt sie sich nicht mit der Ausländerfeindlichkeit wirklich auseinander, sondern beschränkt sich auf die Denunziation der Ausländerfeinde. Daß der Kampf gegen Rechts keineswegs nur ein Thema der linken Bewegung, sondern auch – spätestens seit den rot-grünen Koalitionen in Berlin und Frankfurt – Teil einer staatlichen Politik ist, daß multikulturelle Gesellschaft und Integration inzwischen offizielle Staatsziele geworden sind, wird noch einmal das Minderheitsressentiment der Mehrheit bestärken.

Wer in der Vorstellung der multikulturellen Gesellschaft einen noch zu entwickelnden utopischen Ansatz sieht, dem muß unwohl sein, wenn die multikulturelle Gesellschaft zum Kampfbegriff gegen Rechts funktionalisiert wird. Aber genau unter diesem Motto stand der grüne Parteitag vom 20. Mai – ein exemplarischer Beleg für diese Bedenken. Cohn-Bendit hat zwar in einer umjubelten Rede davor gewarnt, mit einem Konzept vom guten Ausländer und bösen Deutschen zu arbeiten. Aber seine Warnung wurde nichtsdestoweniger überhört. Bei der Utopie der multikulturellen Gesellschaft und ihren Schwierigkeiten, bei der Frage, welche Widersprüche die vielen Kulturen wohl hervortreiben könnten, hielt sich kaum jemand auf. Statt dessen wurde ein staatliches Ordnungsprogramm, ein maximalistisches Programm von Integration diskutiert und verabschiedet: allgemeines Bleiberecht, offene Grenzen, Zwangsintegration in den Schulen, kommunales Wahlrecht sowieso. Die multikulturelle Gesellschaft als „Glück von oben“, als bedenkenlos gewünschter staatlicher Maßnahmekatalog. Nur zu konsequent, daß innerhalb der Linken, von den Gewerkschaften bis hin zu den Linksradiكالen der Verbotsgedanke ventiliert wird. Da könnte sich die Linke überraschend bald mit den CDU-Wahlkampfstrategen treffen, die ja vor der Alternative stehen, entweder die Republikaner koalitionsfähig zu machen oder sie zu verbieten.

Der Kampf für die multikulturelle Gesellschaft mit dem Ziel oder der Hoffnung, die Republikaner wieder unter die Fünf-Prozent-Linie zu treiben, ist schon im Ansatz verfehlt. Thomas Schmid hat in der *Neuen Gesellschaft/Frankfurter Hefte* 6/89 die Schwächen dieses Begriffs, den die Linken von

Geißler adaptiert haben, analysiert. Richtig ist sicherlich seine Warnung, „artikulierte Ausländerfeindschaft zum willkommenen Anlaß zu nehmen, antifaschistische Bekenntnisse abzulegen“, richtig seine Befürchtung, daß bloß die „Subkulturen der Linken und der ausländischen communities gegen die Subkulturen eines deutschnationalen Reinheitsgebotes“ ausgespielt werden. Aber er verfehlt das Problem, weil er die Vorstellung einer multikulturellen Gesellschaft ansiedelt im Kostüm- und Folklorefundus der linken Subkultur. „Eine biedermeyerliche Latzhosenvision von unerträglicher Blauäugigkeit, gutem Willen und sonst gar nichts.“ Schmid übersieht, daß nicht die Blauäugigkeit und die linken Harmonievorstellungen das Problem sind, sondern der bemerkenswerte Erfolg der Linken, die multikulturelle Gesellschaft als Ziel und Programm des Sozialstaates durchzusetzen. Das rechte Ressentiment entzündet sich ja vor allem an der Vorstellung des sozialstaatlich privilegierten Ausländers, der sozialstaatlich versorgten anderen gleich welcher Art. Dabei ist auch für Schmid die Utopie einer multikulturellen Gesellschaft im Kern eine Vorstellung gesellschaftlicher Harmonie, die er nur viel realistischer anzulegen gedenkt: „ein Gewirr von Sonderwegen“. Aber: Wenn man von der multikulturellen Gesellschaft redet, muß man sich mit dem Gedanken vertraut machen, daß Rassismus zu den dauerhaften, das heißt durch sie bedingten Erscheinungsformen gehören wird. Es ist keine kulturelle Vermischung denkbar, ohne daß sich die Feinde der Vermischung organisieren.

Weitaus ernster ist aber das Problem des Verhältnisses der multikulturellen Gesellschaft zum Sozialstaat in der Bundesrepublik. Natürlich muß der Anspruch auf gleiche Rechte verteidigt werden. Aber die Rechtsförmigkeit von Ansprüchen der Bevölkerung sind eben in der Bundesrepublik unmittelbar verknüpft mit dem politischen Anspruch des Sozialstaates zur Integration und zum Ausgleich sozialer Gegensätze. Diese politische Suprematie des Sozialstaates, die sich im staatlichen Primat auf Integration ausdrückt, ist das Problem. Es ist unvermeidlich, daß dieser Anspruch für die meisten als undurchsichtiges bürokratisches System von Privilegierungen wahrgenommen wird. Eine multikulturelle Gesellschaft kann aber nur eine Utopie sein, die von der Gesellschaft eine große Kraft abverlangt, Konflikte selbst zu regeln; die zugleich notwendig einhergeht mit der Entstaatlichung beispielsweise im Bereich der Bildung oder der Stadtplanung. Aber bislang hat es die Linke – negativ hat dieser summa-

rische Begriff seine Berechtigung – tunlichst vermeiden, sich in eine solche Problematik vorzudenken. Um es deutlich und zugespitzt zu sagen: Wer eine multikulturelle Gesellschaft will, muß dem sozialstaatlichen, tendenziell totalen, aber gleichwohl nie finanzierbaren Integrationsanspruch kritisch gegenüberstehen. Die sozialstaatliche Liquidierung von Gettos und die Idee einer multikulturellen Gesellschaft widersprechen sich.

Gefragt ist linke Öffentlichkeit

Der bequemste Selbstbetrug der antifaschistischen Mehrheit liegt aber in der Vorstellung, hier würde sich die unbewältigte Vergangenheit organisieren. Der Nationalismus der Republikaner ist nicht ewiggestrig, auch wenn darin die Ewiggestrigen aufblühen. Es ist ein Zukunftsprojekt, es ist der Nationalismus des Europa 92. Kein europäisches Haus ist denkbar, ohne daß sich einige in den nationalen Zimmern verbarrikadieren. Auch wenn die alten Nazis zu den Republikanern strömen, sind sie doch keine Nachgeburt des Nationalsozialismus, sondern ein Phänomen der Moderne, der Ungleichzeitigkeiten der Moderne, der Antizipation. In ihnen regiert der Nationalismus der Zukunftsangst und nicht der Vergangenheitsbeschwörung. Hier sammeln sich die Vorwärtsverteidiger eines historisch einzigartigen Wohlstandes der Massen; hier werden künftige Verteilungskämpfe antizipiert, hier herrscht die vorweggenommene Angst um das Scheitern des Sozialstaates. Die Fluten werden ja längst schon beschworen, vom „Altenberg“, der „Rentenlast“ über die „Asylantenwellen“ bis hin zur „Aussiedlerflut“. Welche Antworten hat da die Linke parat? Verdrängt sie nicht selbst ihre eigene Zukunftsangst im Kampf gegen die rechte Gefahr? Ist nicht ihre multikulturelle Utopie eine angstbesetzte, aus der Angst geschaffene Vorstellung, also in Wahrheit überhaupt nicht utopisch? Grün und multikulturell, das sind nur scheinbar eineiige Zwillingsvorstellungen einer gemeinsamen politischen Theorie.

Machen wir uns nichts vor: Dieser neue antizipatorische Nationalismus steht erst am Anfang. Es ist zu befürchten, daß er die Kernstücke linker Ideologie, die Legitimationen ihres hegemonialen Anspruchs an sich reißen wird. Die ökologische Bewegung hat eine demagogische Disposition. Sie trägt in sich eine Demokratisierungsperspektive und einen riesigen Angstdruck. Wieweit ist es bis zu dem Zeitpunkt, an dem Umweltschutz in Ökoegoismus um-

schlägt, an dem die Alternative grüner (deutscher) Baum oder Asylantenheim virulent wird. Wann beginnt die Demagogie für unser grünes deutsches Vaterland?

Thomas Schmid hat im genannten Beitrag für die Wahlentscheidung nach Rechts den Begriff des *Modernisierungsverlierers* eingeführt. Ein intelligenter, aber nichts desto weniger blinder Begriff. Die jüngsten empirischen Wähleranalysen widersprechen einer solchen These. Nicht das Elend, nicht der Rand drängt nach Rechts, sondern durchaus die heimatlose technische Intelligenz, die von den Parteien umworben wird, tut es. Die Software-Spezialisten der Provinz, die Erfolgreichen, die es nicht geschafft haben, als Yuppies ihr Leben zu genießen; die proletariode Mittelklasse der Trabantenstädte; die Opfer von Mustersiedlungen und beispielhafter Sozialpolitik. Aber die empirische Schwäche macht diesen Begriff nicht allein problematisch. Hinter diesem Begriff steckt vor allem die Arroganz, daß die Motive für eine rechtsradikale Wahlentscheidung auf jeden Fall fragwürdig sein müssen. Man kann nicht akzeptieren, daß Menschen aus denselben Motiven sich für die rechtsradikale Option entscheiden können, aus denen andere sich für Links entscheiden. Als Deppen des Fortschritts bezeichnet Schmid diese Wähler. Schon einmal glaubte man, so erfolgreich analysieren zu können: Bei der antisemitischen Welle 1880 sprach die Sozialdemokratie davon, daß der Antisemitismus der „Sozialismus der Dummen“ sei. Es gibt keinen Grund, anzunehmen, daß die Denunziation der Republikaner als „Deppen der Modernisierung“ erfolgreicher sein wird.

Offenbar gibt es ein mächtiges Bedürfnis der Linken nach rechter Gefahr! In ihm arbeitet dumpf die Erbmasse der Ideologien der neuen Linken, ihrer gescheiterten Hoffnungen auf Weltveränderung. Auf dem genannten Kongreß der Grünen wurde ein Resolutionswerk verabschiedet, in dem Passagen das linke Bedürfnis nach dieser Art des Kampfes gegen Rechts deutlich machten. Der Erfolg der Rechten wurde summarisch mit Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot, Ausgrenzung von Minderheiten erklärt – die Rechten also tendenziell als Opfer der Gesell-

schaft, die man natürlich andererseits bekämpfen muß. Es sind die Stereotype von der Lage der lohn- und sonstwie abhängigen Massen, aus denen einst die Notwendigkeit der Revolutionierung der Gesellschaft abgeleitet wurde. Jetzt ist sie zu einer sozialarbeiterisch getönten Sozialpolitik verkommen. Der ideelle Gesamtsozialarbeiter als die politische Kraft gegen die rechte Gefahr. Mit anderen Worten: Die rechte Gefahr ist für die Linke offenbar die letzte Chance, ihren Traditionsbestand an Veränderungsvorstellungen der Gesellschaft zu pflegen.

In den letzten Jahrzehnten hat die bundesdeutsche Linke kaum noch eine Einigkeit in gemeinsamen Zielen gesucht, sondern beschränkte sich immer mehr darauf, in Abwehrkämpfen einig zu sein. Das drückt einerseits den unaufhaltsamen Zerfallsprozeß aller sozialistischen und kommunistischen Zukunftsentwürfe aus. Darin steckt aber auch eine ganz bestimmte Logik: Die Gefahr, die den allgemeinen Abwehrkampf rechtfertigt und der Linken das historische Recht gibt, die Besseren zu sein, muß entsprechend groß sein. Im *deutschen Herbst* galt die Gefahr der Linken selbst, ausgelöst durch die Lawine in Zeitlupe, durch die staatliche Repression, die alles zerschmetternd die Opposition endgültig vernichten will. Das was damals schon etwas übertrieben. Dann kamen die apokalyptischen Szenarien der Umweltkatastrophen, in denen die Linke für das Überleben der Gattung selbst kämpfte. Die Apokalypsen, zumindest ihre einheitsstiftenden Wirkungen, sind verblaßt, weil sich andere Parteien derselben Fragen angenommen haben. Ähnliches gilt für die Friedensbewegung. Sie ist praktisch durch Gorbatschow erledigt worden. Nun haben wir den Kampf gegen die rechte Gefahr, die nicht groß genug sein kann, damit wir alle wieder einig sind. Und die Rechten können nicht faschistisch genug sein, damit die Linken wieder das sind, was sie einmal waren: die besseren Menschen. Aber brauchen wir diese besseren Menschen, brauchen wir die geeinte Linke auf den Zinnen antifaschistischer Schutzwälle, brauchen wir nicht vielmehr eine kraftvolle linke Öffentlichkeit?

Britisches Lob für Momper-Senat

Der zunehmend autoritäre Regierungsstil von Kanzler Helmut Kohl wird auch in Großbritannien mit Interesse beobachtet – nicht zuletzt weil gewisse Parallelen zur Dame Thatcher erkennbar sind. Der rüde Rausschmiß von Heiner Geißler wird in London verglichen mit der sang- und klanglosen Ablösung von Sir Geoffrey Howe, dem Außenminister, im Juli. Das Augenfällige an der Parallele ist, daß beide erfahrene Politiker durch Jüngere ersetzt wurden, die, willentlich oder nicht, unter der Fuchtel ihres Bosses stehen. John Major und Volker Rühle – in Positionen, die nicht zu vergleichen sind – sollen als Neophyten die Macht ihrer leaders stärken, wobei fairerweise auf die beträchtliche politische Erfahrung Rühles vis-à-vis Major hingewiesen werden muß.

Die Frage, was sich hinter solch zunehmend autoritärem Gebaren verbirgt, verknüpft sich mit der Befürchtung, daß Kohls Innenpolitik von nun an nur noch vom „Wahl-Kämpfen“ bestimmt werden könnte und daß dabei auch ein Ruck nach rechts in Kauf genommen wird. Eine solche Entwicklung wird in liberalen Kreisen in London bedauert, wo immer noch die Hoffnung besteht, daß die Bundesrepublik sich ihrer wichtigen Rolle angesichts der atemberaubenden Entwicklung in Osteuropa bewußt wird und sie auch konstruktiv ausfüllt. Es wird bedauert, daß eine zunehmend wichtige Rolle Bonns kurzfristigen politischen Zielen geopfert werden könnte – und genau das scheint sich nach den Richtungsentscheidungen in der CDU abzuzeichnen. Überhaupt ist man in London und auch im übrigen europäischen Ausland etwas verwirrt, was die politischen Perspektiven in der immer so berechenbaren Bundesrepublik angeht.

Mehrheiten werden neu gemischt, ungewohnte Partnerschaften werden gehandelt – und alles ist nicht mehr so wie es war. Interessant scheint es mir bei dieser Sachlage zu sein, daß Vertreter der

britischen Regierung ein äußerst positives Urteil über das rot-grüne Bündnis in West-Berlin abgeben. Zwar wird von vornherein erst einmal bedauert, daß ausgerechnet Berlin für dieses Experiment erhalten muß, aber danach gibt es fast nur noch Lob. Die Fähigkeit oder der Wille der Alternativen Liste, Schwierigkeiten zu bereiten, wird zwar wahrgenommen, aber nicht als ein grundlegendes Problem betrachtet, so ein Diplomat. Über den grünen Klee wird Walter Momper gelobt, der, anders als sein Vorgänger Diepgen, nicht an Profilneurose leide. Im Gegenteil, Mompers Zuverlässigkeit und Vorsicht im Umgang mit dem Status der Stadt, und dem anderen Teil Berlins, werden besonders hervorgehoben. Und man traut es ihm zu, das rot-grüne Bündnis zu einem Erfolg geraten zu lassen, ohne daß die AL eine Chance bekäme, wirkliche Schwierigkeiten zu machen. Solche würden nach Meinung der Briten dann eintreten, wenn das Abgeordnetenhaus in der Tat ernsthaft die Übernahme von Bundesgesetzen in Frage stellen sollte oder wenn fundamentale allierte Rechte beschnitten würden.

Ein Luftkreuz Berlin wird als Unsinn bezeichnet, und eine Einschränkung der Berlin-Flüge wird abgelehnt. Leisere, aber nicht weniger Flugzeuge, so heißt es, wird es geben. Aber im großen und ganzen wird die Bereitschaft unterstrichen, auf neue Situationen flexibel zu reagieren.

Sollten sich im Ost-West-Verhältnis durch die Politik von Michail Gorbatschow tatsächlich greifbare Veränderungen ergeben – und sollte Gorbachev erfolgreich sein –, dann müsse Berlin ohne Zweifel an den positiven Ausflüssen dieser Politik teilhaben. Was immer das heißen mag – es signalisiert zumindest die Fähigkeit und Bereitschaft, sich neuen Entwicklungen anzupassen.

Anna Tomforde

Die gefährdete Utopie der Demokratie

Gespräch mit Norberto Bobbio

Norberto Bobbio, 1909 in Turin geboren, wo er bis zu seiner Emeritierung 1984 als Ordinarius für Rechtsphilosophie lehrte, ist nicht nur der bedeutendste politische Philosoph Italiens. Gleichzeitig verkörpert er seit seiner aktiven Beteiligung am Partisanenkampf wider den Faschismus das zivile Gewissen der italienischen Linken und wurde wohl auch deshalb vor einigen Jahren von Staatspräsident Pertini zum Senator der italienischen Republik auf Lebenszeit ernannt. In seinen Auseinandersetzungen mit den Führern und Theoretikern des italienischen Kommunismus – Palmiro Togliatti, Galvano Della Volpe, Giorgio Amendola, Pietro Ingrao – verteidigte Bobbio die „bürgerlichen“ Freiheitsrechte gegen den marxistischen Vorwurf, bloße kapitalistische Herrschaftsform zu sein. Seine Bücher über Demokratie, Sozialismus und zivile Gesellschaft gehören seit Jahren zum Fundus der europäischen und lateinamerikanischen linken Theoriediskussion. In deutscher Sprache erschien „Die Zukunft der Demokratie“ (1988).

Anlässlich seines 80. Geburtstags am 18. Oktober 1989 unterhielten sich Peter Glotz und Otto Kallscheuer mit dem Philosophen in seiner „Casa del Sole“ am Fuße des Matterhorns über Tradition und Gegenwart der italienischen Linken und die Zukunft von Demokratie und Aufklärung.

Ein Partisanenprofessor

NG/FH: Herr Professor Bobbio, Sie gelten in Deutschland als einer der wenigen großen Denker, der versucht hat, die liberale Auffassung einer notwendigen Begrenzung staatlicher Institutionen mit der sozialistischen Tradition zu verbinden. Diese „liberal-sozialistische“ Positionsbestimmung lag ja auch einer der wichtigsten Komponenten der italienischen antifaschistischen Widerstandsbewegung zugrunde, der „Partito d’Azione“. Wie sind Sie zur Aktionspartei gekommen?

Bobbio: Sie wissen ja, daß einer der Führer der antifaschistischen Bewegung im Pariser Exil, Carlo Rosselli, der Gründer einer Bewegung war, die sich

„Giustizia e Libertà“ – Gerechtigkeit und Freiheit – nannte. Rosselli schrieb in der Verbannung ein Buch mit dem Titel *Socialismo liberale*, das dann 1930 in Paris erschien und im wesentlichen eine Kritik des Marxismus bzw. der marxistischen Tradition der linken Bewegung Italiens darstellte. Denn in der Sozialistischen Partei Italiens waren – im Unterschied etwa zum Revisionismusstreit in der deutschen Sozialdemokratie – ebenso die Revolutionäre wie die Reformisten Marxisten geblieben. Filippo Turati, der Führer der sozialistischen Rechten, aber auch noch Giuseppe Saragat, haben sich immer als Marxisten begriffen.

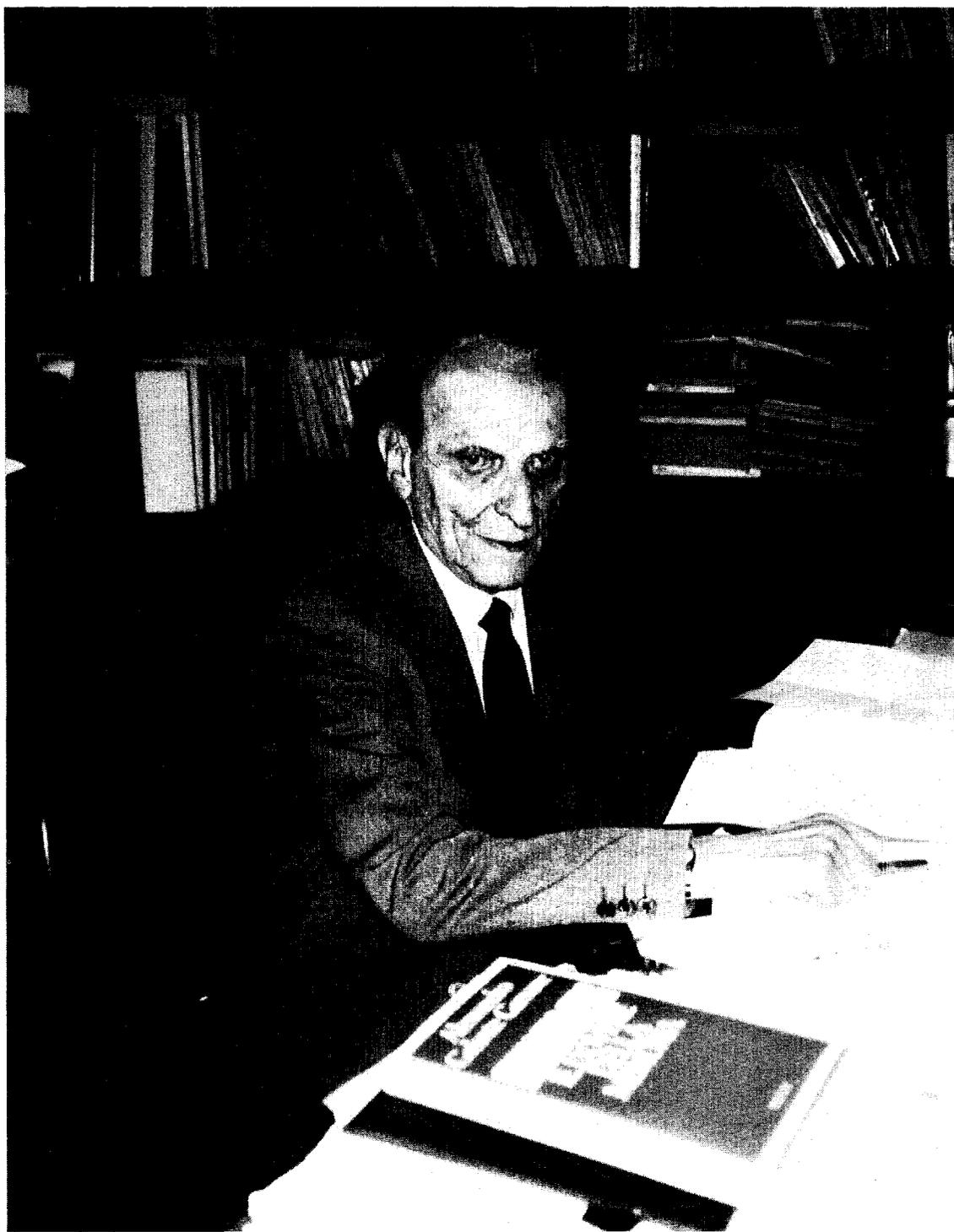
Rossellis Kritik war vornehmlich eine philosophische Kritik des Marxismus der II. Internationale: durch seinen mechanistischen Geschichtsdeterminismus habe der marxistische Sozialismus mit der Kontinuität der großen freiheitlichen Tradition des liberalen Denkens gebrochen. Und unter dem Eindruck der Tatsache, daß nunmehr im faschistischen Italien eine Diktatur herrschte, kam Rosselli im Pariser Exil zur Wiederentdeckung der fundamentalen Bedeutung der Freiheitsrechte für die Linke: Der Sozialismus müsse wieder an die Tradition des Liberalismus als Methode der freiheitlichen Demokratie anknüpfen, um sich erneuern zu können.

In der italienischen Resistenza, im Widerstandskampf gegen den Faschismus, hat sich dann eine der neuen Parteien, die Aktionspartei, auf diese Ideen Rossellis berufen. Für uns war *Socialismo liberale* gewissermaßen das „kleine rote Buch“ des Widerstands; denn dieselbe Kritik, die Rosselli an der italienischen Diktatur geübt hatte, übte nun die Aktionspartei auch an der sowjetischen Diktatur Stalins: Wir waren der Auffassung, daß die sozialistische und kommunistische Bewegung, eben weil sie die freiheitliche Tradition des Liberalismus vergessen hatte, in der Sowjetunion eine neue Diktatur errichtet habe.

NG/FH: Und wie sind Sie nun persönlich in den Widerstand gekommen?

Bobbio: Zunächst eher aus freundschaftlichen Gründen. In Turin hatte sich eine antifaschistische Gruppe gebildet, die sich mit der Pariser Bewegung „Giustizia e Libertà“ Carlo Rossellis verbunden fühlte und deren nahezu sämtliche Mitglieder im Jahre 1935 von der faschistischen Polizei verhaftet wurden. Auch ich wurde damals festgenommen, obwohl ich selbst noch keine eigentliche operative politische Tätigkeit durchführte.

Erst später – um 1938/39 – bildete sich in Italien eine neue Bewegung von Intellektuellen, die sich



Norberto Bobbio

Foto: privat

„Liberalsozialistische Bewegung“ nannte und deren Wortführer der Philosophieprofessor an der Universität Pisa, Guido Calogero, war. Mein Übergang vom passiven zum aktiven Antifaschismus begann, als ich mich mit Calogero und seiner Gruppe verband, die damals in Mittelitalien, wo ich Professor an der Universität von Camerino war, mit dem Zentrum in Perugia diese illegale Intellektuellenbewegung aufbaute. 1942 wurde dann im Untergrund die Aktionspartei gegründet – und einer ihrer Flügel, der ihr ihre ideologische Prägung gab, war die liberalsozialistische Bewegung. Ich selbst (damals Professor an der Universität von Padua) war Gründungsmitglied der „Partito d’Azione“ im Veneto, wo sich die Militanten aus Padua, Venedig, Vicenza und Verona im Büro eines Rechtsanwaltes zur Gründung versammelt hatten.

NG/FH: Die „Partito d’Azione“ war ja unter den fünf Parteien des nationalen Befreiungskomitees CLN neben den Kommunisten diejenige Partei, die den bewaffneten wie den ideologischen Kampf am meisten inspiriert hatte. Wieso aber spielte sie dann im befreiten Italien kaum eine Rolle mehr?

Bobbio: Die Aktionspartei setzte sich aus jungen Leuten ohne jede politische Erfahrung zusammen. Keiner von uns hatte vor dem Faschismus politisch gearbeitet. Wir waren also der Meinung, die alte sozialistische Partei, die nicht in der Lage gewesen war, Italien vor dem Faschismus zu bewahren, sei tot – historisch erledigt. Der *neue* Sozialismus würde sich – so dachten wir – in der Aktionspartei verkörpern, die durch die Niederlage der vorkommunistischen Linken nicht kompromittiert war. Die neue Demokratie in Italien würde also von neuen Parteien gebildet werden müssen – der kommunistischen Partei und der Aktionspartei, Parteien, die am Befreiungskrieg aktiven Anteil gehabt hatten: mit den kommunistischen „Brigate Garibaldi“ und unseren „Brigate Giustizia e Libertà“. Die beiden großen Führer der Resistenza waren schließlich der Kommunist Longo und Ferruccio Parri von der Aktionspartei.

Aber das war natürlich ein gewaltiger Irrtum. Denn sofort nach der Befreiung Roms – im Juni 1944 –, als der Norden Italiens noch von den deutschen Truppen und den Faschisten besetzt war, begann Pietro Nenni mit großem Erfolg, die alte sozialistische Partei wiederaufzubauen und wurde zum populärsten Politiker des freien Italiens. Wir wurden uns erst sehr viel später – nach der Befreiung des Nordens im April 1945 – darüber klar, welchen gewaltigen Wiederaufschwung die Sozialisten erlebten, die wir schon für tot erklärt hatten.

NG/FH: Sie haben sich dann nach dem Krieg aus der direkten Politik zurückgezogen und wurden wieder vorrangig Wissenschaftler . . .

Bobbio: . . . der Grund lag in der völligen Enttäuschung der ersten Wahlen, der Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung 1946: Die Aktionspartei erlitt eine unvorhersehbare Niederlage und erhielt in ganz Italien nur 7 Abgeordnete. Danach entschloß sich die Aktionspartei zur Selbstaflösung, ein Großteil schloß sich den Sozialisten an, andere (wie der Parteiführer Ugo La Malfa) den Republikanern oder den Kommunisten, und viele Intellektuelle – auch ich – kehrten zu ihren Studien zurück.

Freiheit und Sozialismus

NG/FH: Dennoch haben Sie aber als Wissenschaftler, als Sozial- und Rechtsphilosoph immer wieder in die Politik eingegriffen. Ein Beispiel sind Ihre berühmten Debatten mit Palmiro Togliatti über den Gegensatz von Demokratie und Diktatur. Welchen Charakter hatte dieser Streit, der ja bereits damals eine Auseinandersetzung um liberalen Sozialismus einerseits und totalitären Sozialismus andererseits bedeutete?

Bobbio: Nachdem ich jahrzehntelang mit Togliatti und den Kommunisten scharf polemisiert habe, bin ich heute paradoxerweise sehr viel weniger „antitogliattianisch“ eingestellt als die Kommunisten selber. Denn Togliatti hatte eines völlig begriffen: daß die kommunistische Partei Nachkriegsitaliens (in der Tat sprach er immer von der „neuen Partei“) eine demokratische Partei sein müsse, die die Grundregeln des demokratischen Staates rigoros respektiert: d. h. die parlamentarische Dialektik von Regierung und Opposition. Und ich muß in aller Ehrlichkeit sagen, daß Togliatti, wenn er auch den Prinzipien des Stalinschen Kommunismus, der stalinistischen Staatsräson treu geblieben ist, nicht nur die demokratischen Regeln respektiert, sondern erreicht hat, daß die kommunistische Partei zu einem der Grundelemente der Wiederherstellung der Demokratie in Italien geworden ist. Die Feuerprobe kam im August 1948, als Togliatti in einem Attentat angeschossen wurde und die Partei wider die Versuche zahlreicher Ex-Partisanen die Mauer der demokratischen Legalität gehalten hat.

Die Demokratie in Italien hat ihre zahlreichen Krisen nur aufgrund des „stillschweigenden Nichtangriffspakts“ zwischen Kommunisten und Christdemokraten überstanden. Dieser im Widerstand



Die Liberalsozialisten von 1939
 Von links: Bobbio, Cesare Luporini (heute der bedeutendste marxistische Philosoph Italiens und KPI-Mitglied), Aldo Capitini, Umberto Morra di Lavriano, vorne Guido Calogero Zeichnung von Renato Guttuso

und dann in den Beratungen über die italienische Verfassung geschlossene Pakt wurde von beiden Seiten eingehalten; denn auch die Christdemokraten sind nie auf die Idee gekommen, die Kommunisten zu liquidieren oder zu illegalisieren.

Allerdings waren die Kommunisten ideologisch den Prinzipien der revolutionären Machtergreifung und der – auf unbestimmte Zukunft verschobenen – Diktatur des Proletariats treu geblieben. Auch Togliatti hatte auf eine solche – sehr langfristige – Perspektive niemals verzichtet. Und darum ging es in unserer Polemik in den 50er Jahren. Es war eher eine Polemik auf kultureller Ebene als eine direkt tagespolitische Debatte. Sie nahm ihren Ausgang bei der damals von den Kommunisten vertretenen Konzeption des „organischen Intellektuellen“, d. h. des Parteiintellektuellen, und der damals in der Sowjetunion von Shdanow vertretenen „Parteilichkeit der Kultur“. Meine Polemik ging von der Notwendigkeit aus, die Freiheit der Kultur gegenüber der Partei – gegenüber *jeder* Partei – zu verteidigen. In der Verteidigung der Grundfreiheiten – Gedankenfreiheit, Presse und Vereinigungsfreiheit – bezog ich mich natürlich auf die Freiheitsrechte der französischen Revolution und die Tradition des liberalen Denkens.

Meine Grundthese lautete: Es ist nicht wahr, daß diese von der französischen Revolution aufgestellten Freiheitsrechte – wie dies die Kommunisten behaupteten – nur bürgerliche Rechte, also Rechte der Bourgeoisie seien. Freiheitsrechte können nur als

universale Rechte gelten, und die Demokratie in Italien kann sich nur auf der Basis dieser universalistischen Freiheitsrechte der liberalen Tradition konstituieren und festigen.

NG/FH: Warum sind Sie dann aber jetzt unzufrieden, wenn sich auch die Kommunisten heute – vielleicht etwas spät – auf die liberale Tradition berufen? Sie haben das doch jahrzehntelang von ihnen gefordert . . .

Bobbio: Ich möchte sie nur zu einer größeren intellektuellen Kohärenz auffordern. Wenn es einen historischen Widerspruch zwischen liberalen Grundrechten und sozialistischer Perspektive gibt, dann muß die KPI ihren Gesinnungswandel erklären und verarbeiten, statt einfach ihre Ahnen auszutauschen!

Repräsentative oder plebiszitäre Demokratie

NG/FH: Kommen wir zur italienischen Politik. In Italien – so schrieben Sie vor sechs Jahren –, einem Land, „in dem die Demokratie nicht oder nur schlecht regiert“, laufe die Demokratie dennoch keine ernstliche Gefahr – „auch wenn ich diese Worte mit ein wenig ernstlichem Zittern ausspreche“. Ist das immer noch Ihre Meinung? Wie bewerten Sie die Institutionen der italienischen Demokratie jetzt?

Bobbio: (lacht) . . . Ich kann hier mit einer Formel antworten, die ich vor einigen Jahren in einem Artikel für eine französische Zeitschrift aufgestellt habe, als ich schrieb, die italienischen Politiker hätten zwar nicht die permanente Revolution, aber die permanente Krise erfunden. Und was seither in der italienischen Politik geschehen ist, kann mich in diesem Urteil nur bestätigen. Die italienische Demokratie befindet sich in permanenter Krise. Italien ist eine schwache Demokratie, die demokratische Maschine hat in unserem Lande einen schwachen Motor, aber ich behaupte nicht, daß diese Dauerkrise eine Katastrophe ankündigt. Die italienische Demokratie ist schwach, aber stabil. Die Italiener sind vielleicht keine Demokraten aus Überzeugung, aber sie haben sich mittlerweile an die Demokratie gewöhnt. Unser Land ist eine Gewohnheitsdemokratie.

NG/FH: Nun haben Sie auch geschrieben, daß politische Apathie keineswegs immer ein Krisenphänomen sein muß, sondern auch ein Zeichen guter Gesundheit sein kann; ja, nichts laufe so sehr Gefahr, die Demokratie zu gefährden, wie ein Übermaß an Demokratie. Und Sie äußern eine deutliche Skep-

sis gegenüber allen Formen „direkter“ oder plebiszitärer Demokratie.

Bobbio: Zur sogenannten direkten Demokratie will ich von den italienischen Erfahrungen sprechen. Sie wissen, daß in der italienischen Verfassung das „abrogative Referendum“ – eine Volksabstimmung zur Abschaffung bestimmter Gesetze – vorgesehen ist; und es gab nun in den letzten Jahren eine regelrechte Multiplikation solcher Referenden. Das Referendum erlaubt aber weder die Diskussion noch den Kompromiß; es stellt ein Problem zur Abstimmung, das nur mit Ja oder Nein beantwortet werden darf, während zu den Charakteristika der Demokratie immer die Fähigkeit zum Kompromiß und zur Verhandlung zwischen den gegensätzlichen Interessen gehört.

Außerdem wird von den Bürgern selbst das Referendum als Form demokratischer Beteiligung sehr viel weniger hoch geschätzt als die Teilnahme an Wahlen. In Italien ist bekanntlich die Wahlbeteiligung äußerst hoch. Bei den letzten Referenden nun lag die Beteiligung bei 65 %, und man wußte bis zum letzten Augenblick nicht, ob sie überhaupt gültig sein würden (denn dazu ist die Teilnahme von mindestens 50 % der Wahlberechtigten erforderlich). Das Referendum schließlich, das die vom Führer der Radikalen Marco Pannella geforderte Abschaffung der lebenslänglichen Haftstrafe betraf – also eine Frage von hoher ziviler Kultur –, registrierte gleichzeitig die größte Anzahl von Nein-Stimmen.

Ich will damit nicht leugnen, daß es andere mögliche Formen direkter Demokratie geben mag, aber wenn ich von Ausweitung der Demokratie spreche, beziehe ich mich immer auf die repräsentative Demokratie: Die Demokratie in der Fabrik, z. B. – was bedeutet sie denn anderes? Es können doch nicht zu allen Fragen 7 000 Arbeiter gleichzeitig abstimmen. Es wird also periodische Wahlen geben müssen, Repräsentanten müssen gewählt werden, wie die Fabrikräte ja auch ihre Delegierten bestimmt haben. Was ist dies anderes als eine repräsentative Demokratie? Wenn es komplexe und schwierige Entscheidungsprobleme gibt, dann ist die Demokratie immer repräsentativ, auch wenn wir sie über die Sphäre der politischen Macht hinaus auf die ökonomische Macht ausweiten.

NG/FH: Wenn man aber wie Sie das Referendum so strikt ablehnt, muß man dann nicht alle Entscheidungen einem komplizierten und schwerfälligen Parteiensystem auflasten, das auch in Italien – als „partitocrazia“ – immer fragwürdiger wird. Muß und wird dann nicht letztlich alles im Kompromiß

der Parteizentralen entschieden werden, und kann dadurch nicht auch ein Entmüchtigungsgefühl im Volk zustandekommen? Mit all den populistischen Gefahren von der Art, wie wir sie derzeit auch in Deutschland haben.

Bobbio: Meine Bemerkungen beziehen sich vor allem auf die jüngste regelrechte Inflation der Referenden in Italien. Ich wiederhole: Referenden müssen eine intensive Diskussion und präzise Antworten ermöglichen. Ich bin auch nicht für die völlige Abschaffung der Möglichkeit von Referenden. Aber ich bin gegen die „Referendensalve“, wie sie vor allem von der Radikalen Partei vorgeschlagen und – leider Gottes – von der Sozialistischen Partei Bettino Craxis übernommen wurde, die eine Zeitlang auf den „Movimentismo“, die plebiszitäre Bewegungspolitik der Radikalen, zurückgegriffen hat. Einige Referenden – etwa das von der KPI vorgeschlagene über die gleitende Lohnskala – habe ich seinerzeit durchaus unterstützt. Aber das Institut des Referendums sollte in der Demokratie nur in Ausnahmefällen eingesetzt werden. Das Referendum kann allenfalls ein *Zusatz* zur repräsentativen Demokratie sein – deren Wesen in der Diskussion, in der Vermittlung, in der Fähigkeit zum Kompromiß liegt –, es kann sie nicht ersetzen.

Der Zwist in der italienischen Linken

NG/FH: Sie sind in den 60er Jahren für eine Einheit der beiden großen Linksparteien, der Kommunisten und Sozialisten, eingetreten. Wie sehen Sie heute das Verhältnis von PSI und KPI?

Bobbio: Nach dem Fenstersturz Chruschtschows im Jahre 1964 schrieb Giorgio Amendola in der kommunistischen Wochenzeitschrift *Rinascita*, die Kommunistische Partei müsse erneuert werden; denn alle waren erschüttert über die Tatsache, daß in der Sowjetunion ein Partei- und Staatsführer ohne jede politische Diskussion abgesetzt worden war. Ich schrieb Amendola daraufhin einen persönlichen Brief, in dem ich – aus meiner *déformation professionnelle* als Jurist heraus (Bobbio lacht) – feststellte, daß es der Sowjetunion an einer rechtsstaatlichen Verfassung mit systematischen Regeln ermangelte. Schließlich gibt es ja sogar in der absoluten Monarchie konstitutionelle Regeln – man weiß immerhin, wer der Erbfolger ist. Die italienischen Kommunisten müßten endlich ihre Auffassung zu den Grundprinzipien der Demokratie offenlegen.

Amendola veröffentlichte diesen privaten Brief

Unsere Abflugschalter stehen auch in großen Hotels.



Buchung und Beratung in Ihrem Reisebüro mit Lufthansa Agentur. Informationen auch über Btx. *50000 #.

Wenn Sie auf Geschäftsreise gehen müssen, sollte sie so bequem wie möglich für Sie sein. Deshalb beginnt ein guter Flug bei uns noch vor dem Flug. Zum Beispiel damit, daß Sie in einigen großen Hotels gleich einchecken können. Der Lufthansa Flugplan sagt Ihnen genau, in welchen. Mindestens so schnell sind natürlich auch unsere Abfertigungsschalter der First oder Business Class am Flughafen. Und nach dem Flug geht es dann genauso reibungslos weiter. Schließlich können wir für Sie, zusammen mit Ihrem Lufthansa Flug, auch gleich einen Mietwagen buchen. Ebenso wie das Hotel. Bleibt nur noch, Ihnen eine angenehme Reise zu wünschen.



Lufthansa

dann in der *Rinascita*, und aus dieser Diskussion entstand die Idee, die Linke müsse in Italien zu einer parteipolitischen Einheit streben, wenn sie ihre eigene Position verbessern wolle. Die Zweideutigkeit lag nur darin, daß ich an eine Vereinigung der kommunistischen Partei in Richtung Sozialdemokratie dachte, während Amendola eher Vereinigung in umgekehrter Richtung dachte. Auf meine Feststellung – „Wir (die Liberalen) bedürfen Eurer Stärke. Aber Ihr (Kommunisten) könnt auf unsere Prinzipien nicht verzichten“ – antwortete Amendola in freundschaftlicher Polemik: „Deiner Auffassung nach sollten wir also den Arm für Euren Geist abgeben“.

Heute ist eine Vereinigung oder auch nur ein Bündnis zwischen Kommunisten und Sozialisten in Italien kaum vorstellbar. Denn während sich die Kommunisten tatsächlich hin zu einer sozialdemokratischen Politik entwickeln, entfernt sich die Sozialistische Partei immer mehr von der sozialistischen Tradition. Die KPI hat sich zwar mittlerweile auf sozialdemokratische Positionen bewegt, aber gleichzeitig ist die PSI unter Craxi unzweifelhaft nach rechts gerückt.

Nun will ich hier nicht unnötig polemisieren. Die PSI fand sich natürlich innerhalb des italienischen Parteiensystems in einer objektiv schwierigen Position: Schließlich ist das italienische politische System das einzige westliche Parteiensystem mit einer sehr starken Kommunistischen Partei, und dadurch wurde die Sozialistische Partei unweigerlich zur Mitte gedrängt. Sie befand sich somit in der Rolle einer typischen „Scharnier-Partei“ (wie es die Politologen nennen), d. h. einer Partei, die ebenso mit der Linken wie mit der Rechten Koalitionen eingehen kann.

Unter Bettino Craxi versuchte die PSI nun, über diese ihre Rolle der „dritten Kraft“ herauszukommen und die Rolle einer „zweiten Kraft“ einzunehmen, wie es die sozialdemokratischen Parteien in anderen Ländern darstellen. Als er 1976 zum Parteisekretär gewählt wurde, hatte die PSI 9 % Wählerstimmen – und befand sich darüber hinaus auf einer absteigenden Linie. Wenn sich dieser Verfall weiter fortgesetzt hätte, wäre die Sozialistische Partei wahrscheinlich zum Verschwinden verdammt gewesen. Ich wurde 1976 nach den Wahlen des 20. Juni, die eine schwere Niederlage für die Sozialistische Partei und ihren Sekretär De Martino bedeutet hatten, dazu aufgefordert, auf einer Konferenz der *PSI*-Zeitschrift *Mondo Operaio* anlässlich der Einsetzung Craxis als Sekretär der PSI das Einleitungsreferat zu halten. Ich sagte damals folgendes (der Satz wurde

dann nicht im Protokoll abgedruckt): „Die Schwierigkeit der sozialistischen Partei liegt in Folgendem: Es gibt in Italien bereits eine sozialdemokratische Partei – aber das ist die Kommunistische Partei.“ Craxi ist es nun unzweifelhaft gelungen, nicht nur diese Verfallstendenz umzukehren, sondern die Stimmenanzahl der PSI zu verdoppeln.

NG/FH: Trotz Ihrer Kritik an seiner mangelhaften linken Prinzipientreue müssen Sie also den politischen Erfolg Craxis anerkennen?

Bobbio: Vom Standpunkt der „politischen Tugend“ – der *virtù* im Machiavellischen Sinn des Wortes – war Craxi unzweifelhaft ein guter Politiker. In den fast vier Jahren, in denen er Regierungschef war, hat er beachtliche Qualitäten als Staatsmann bewiesen – und dies mußten am Ende sogar die Kommunisten anerkennen. 1976, als er als Sekretär der Sozialisten antrat, hatten die Kommunisten 34 % der Stimmen, heute nur noch 27 % . . .

NG/FH: Hat Craxi denn Chancen, Occhetto an Stimmengewinnen einzuholen?

Bobbio: Nein, das glaube ich – wenigstens heute – nicht. Die letzten Wahlen – es waren die Europawahlen, also nicht völlig gleichwertig mit nationalen Wahlen – haben gezeigt, daß Occhetos Partei sich halten konnte, während Craxi seinen Stimmenanteil nicht vermehrte. Wir sind in einer schwierigen Übergangssituation – und daher sind alle Voraussagen äußerst riskant. Aber sicher ist: Die beiden Parteien standen noch nie in einer derart erbitterten Konkurrenz gegeneinander wie heute: eine Partei im Aufwind – die Partei Craxis – gegen eine Partei im Niedergang – die Kommunistische Partei; und das führt unweigerlich zu vermehrter Polemik, sowohl in der sozialistischen Tageszeitung *Avanti* (die allerdings kaum gelesen wird) als auch in der kommunistischen *Unità*.

Demokratie und Kapitalismus

NG/FH: Können denn mit einem solchen Zustand der Linken die großen Zukunftsaufgaben überhaupt angegangen, geschweige denn gelöst werden? Der neue Philosoph Peter Sloterdijk spricht von einer Art „Katastrophendidaktik“ und sagt: Offensichtlich sind große Probleme nur noch dann zu lösen, wenn in Tschernobyl ein Reaktor platzt oder wenn ein Großtanker alle möglichen hochgiftigen Chemikalien ins Meer entläßt, o. ä. . . . Ist denn das italienische Parteiensystem – so wie es heute ist – überhaupt in der Lage, die großen Zukunftsprobleme wie Kli-

makatastrophe und Umweltverschmutzung zu lösen?

Bobbio: Natürlich kritisiere ich das Parteiensystem – und diese Kritik betrifft auch die Demokratie als solche. Ich verstehe mich als zutiefst überzeugten Demokraten und habe immer versucht, in Italien – einem Land mit schwacher Demokratie – die demokratischen Prinzipien zu vertreten und zu verteidigen. Aber heute ist vielleicht der Moment auch für eine Gewissenserforschung der Demokraten selbst gekommen. Ehe wir über „Sozialismus – Ja oder Nein?“ reden, laßt uns damit beginnen, die Demokratie selbst zu überdenken, die Art und Weise, wie das demokratische Regime, und nicht nur in Italien, funktioniert. Wir müssen uns zum einen Rechenschaft über die „nicht eingehaltenen Versprechen der Demokratie“ abgeben.

Man könnte aber noch andere Fragen anfügen, und hier spreche ich eine Reihe von Problemen an, die ich mir stellen muß und auf die ich ehrlich gesagt keine Antwort weiß – und deshalb bin ich Pessimist. Zum Beispiel: Die Demokratie gründet sich schließlich nicht auf den bewußten Konsensus der Bürger; sondern dieser Konsens wird über Versprechungen hergestellt oder durch die Verteilung von Prämien erreicht. Was wir heute in Italien die „Tauschstimmen“ nennen (*voto di scambio*) – also ein klientelistisches Wahlverhalten, das sich auf ein Tauschgeschäft gründet: politische Unterstützung gegen persönliche oder Gruppenvorteile –, ist mittlerweile fast zu einer Regel geworden, nicht nur in Italien, sondern auch in den Vereinigten Staaten, also einer altährwürdigen Demokratie mit einer großen zivilen Tradition. Ich frage mich nun: Hängt dies mit dem Umstand zusammen, daß heute die Demokratie nur im kapitalistischen System existiert, daß bisher die Demokratie nur zusammen mit einer kapitalistischen Gesellschaft bestehen konnte?

NG/FH: Die Ungarn und Polen scheinen dies derzeit jedenfalls zu glauben . . .

Bobbio: Nun, bis heute war jedenfalls die Umarmung von Demokratie und Kapitalismus eine lebendige Umarmung; denn der Kapitalismus ist bisher das einzige ökonomische System gewesen, das die Entwicklung der Demokratie erlaubt hat. Ich sage nicht: der Kapitalismus ist unabdingbar für eine demokratische Ordnung, aber er trägt sie – bisher. Könnte aber – so frage ich mich – diese Umarmung von Demokratie und Kapitalismus ab einem bestimmten Punkt nicht auch zu einer tödlichen Umarmung werden? Denn in einem marktwirtschaftlichen System, in dem alles zur Ware werden kann,

wird zweifellos auch die Stimmabgabe zur Ware. Bis heute hat der Kapitalismus also die Demokratie getragen und ertragen, aber es könnte sein, daß er heute zur Degeneration der Demokratie führt: Der demokratische Konsens stellt sich dann nicht mehr auf der Grundlage von Idealen, Prinzipien, Programmen, Meinungen her – als politische Meinungswahl (*voto di opinione*) –, sondern gründet sich auf einen „politischen Tauschhandel“ (*scambio politico*) auf dem politischen Markt.

NG/FH: Sie sind einer der Theoretiker der liberalen Verfassungsinstitution, der liberalen Demokratie. Glauben Sie, daß wir einige der wirklich ernstesten und nicht nur hochgeputzten Probleme von der weltweiten Klimakatastrophe bis zur Vernichtung natürlicher Ressourcen in Ländern wie Italien oder der Bundesrepublik mit unseren alten Institutionen der repräsentativen Demokratie bewältigen können?

Die Insel der Vernunft und das global village

Bobbio: Wahrscheinlich sind diese Probleme im Rahmen der nationalen Demokratien nicht lösbar.



Norberto Bobbio im Gespräch

Foto: privat

Alle großen Probleme von heute – die ökologischen wie die sozialen – betreffen das internationale System: das „globale Dorf“, wie man heute scherzhaft sagt.

Das gilt auch für den Begriff der Linken selbst. Wenn die Linke heute noch eine Existenzberechtigung hat, dann sehe ich diese eher in weltweiter Hinsicht als bezogen auf die Probleme innerhalb der entwickelten Industrieländer, in denen der Unterschied zwischen Links und Rechts immer mehr verschwindet. Wenn wir unter „links“ verstehen, auf der Seite derjenigen zu stehen, die am unteren Ende der gesellschaftlichen Stufenleiter leben – denn das ist die einzige sinnvolle Bedeutung der Linken: für die Armen, Unterdrückten, Beleidigten. Ausgegrenzten einzutreten –, so hat dieses Prinzip heute seinen Sinn vor allem darin, daß wir es auf das Verhältnis von Nord und Süd in der Weltwirtschaftsordnung beziehen. Innerhalb der entwickelten Länder hat dieses Prinzip sehr viel weniger Sinn. Bei uns herrscht die Zwei-Drittel-Gesellschaft, wenn wir das Problem aber auf die internationale Ordnung ausweiten, dann dreht sich das Verhältnis um, ja, dann handelt es sich nicht nur um zwei Drittel Arme und Unterdrückte, sondern wahrscheinlich um neun Zehntel der Weltbevölkerung, denen ein Zehntel in den Industrienationen gegenübersteht. Die Welt ist heute – um das Bild eines Romans von Elio Vittorini, *Uomini e no*, aufzugreifen – in „Menschen und Nicht-Menschen“ aufgeteilt, in „Menschen und Mäuse“.

Links zu sein bedeutet heute, auf der Seite dieser „Nicht-Menschen“ zu stehen, die wie die Mäuse leben und sterben. Für diese „Nicht-Menschen“, für diese „Mäuse“ – reicht für sie die Demokratie aus? Ich bin häufig in Lateinamerika gewesen. Dort gibt es mittlerweile fast überall eine formale Demokratie. Aber die „Nicht-Menschen“ haben, um sich als Menschen zu fühlen, nur folgende Alternative: entweder zur Kirche zu gehen – oder zur Guerilla. Sie fühlen sich durch das bloße Wahlrecht nicht ausreichend als Menschen. Die demokratische Bürgerschaft – die „citizenship“ – reicht vielleicht für einen Italiener, einen Deutschen oder einen Amerikaner (der dann noch nicht mal wählen geht), um sich als Menschen zu fühlen, was aber gibt sie den Ärmsten der Dritten Welt?

NG/FH: In Italien sind Sie immer ein Verfechter der Ideale der Aufklärung gewesen. Sie beschreiben jetzt die Zukunft der Aufklärung in düsteren Farben: die schöne „Insel der Vernunft“, von der einst Immanuel Kant sprach, wird heute eingekreist von der Kirche einerseits und der Guerilla andererseits, oder

von Kirchen, die wie gewisse islamische Fundamentalisten gleichzeitig Guerilla sind. Die Aufklärung, mit der die Utopie der Demokratie ihren Ausgang nahm, versprach Fortschritte der Denkungsart, Fortschritte der Menschwerdung des Menschen – Hegel sprach vom „Fortschritt im Bewußtsein der Freiheit“ – und gleichzeitig einen steigenden Lebensstandard für alle. Was aber wird Ihrer Meinung nach aus der Utopie der Moderne, wenn beide Versprechen sich als unhaltbar erweisen?

Bobbio: Auf diese Frage weiß ich keine Antwort. Ich bin jetzt 80 Jahre, und meine Grundüberzeugungen haben sich im letzten halben Jahrhundert nicht geändert; aber ich bin weiterhin (Bobbio lacht) ein getreu an die Aufklärung Glaubender, ein Demokrat, ein Empirist in der Philosophie – aber ich weiß keine Antwort, wenn ich über die Grenzen der Ersten Welt hinausblicke und feststellen muß, daß all dies eine sehr viel geringere Bedeutung hat, als wir in Europa annehmen. Wir reden z. B. die ganze Zeit von der Sozialdemokratie – aber die Sozialdemokratie ist ein ausschließlich europäisches Phänomen, das es weder in den USA noch in der Dritten Welt gibt. Gibt es in den Ländern Asiens eine Demokratie in unserem Sinne? Haben wir nicht immer noch eine allzu eurozentrische Sicht der Geschichte?

NG/FH: Haben Sie denn die Hoffnung, daß aus dem Geist der europäischen Aufklärung eine neue europäische Struktur entstehen könnte, wenn Sie an die beiden großen Prozesse der westeuropäischen Einigung und des osteuropäischen Systemwandels denken?

Bobbio: Daß die europäische Einigung notwendig ist, daran kann es keinen Zweifel geben, auch wenn ich diesen Prozeß für sehr viel schwieriger halte als gemeinhin angenommen. Denn die alten Nationalismen setzen der Umwandlung des europäischen Parlaments in ein wirkliches Parlament mit tatsächlichen politischen Machtbefugnissen immer noch gewaltige Widerstände entgegen.

Aber meine Utopie – und diese ist tatsächlich eine Utopie der Aufklärung – geht darüber hinaus: Die Probleme des „globalen Dorfs“ können nur auf einer wahrhaft internationalen Ebene gelöst werden, d. h. über einen Prozeß der Demokratisierung des internationalen Systems. In seiner Schrift *Zum ewigen Frieden* unterscheidet Immanuel Kant nicht nur das Staatsrecht (*ius civitatis*), das die Beziehungen des Staates zu seinen Bürgern regelt, vom Völkerrecht, dem Verhältnis der Staaten zueinander, das man später mit Carl Schmitt das *ius publicum europaeum* genannt hat. Kant führt noch eine dritte Rechtskate-

gorie ein, die er das „Weltbürgerrecht“ nennt. Das Weltbürgerrecht regelt nicht mehr nur die Beziehungen zwischen Staat und Individuen und auch nicht mehr allein die Beziehungen zwischen den Einzelstaaten: Es regelt die Beziehungen der Individuen der einzelnen Staaten untereinander und ist ein Recht, auf dessen Grundlage die Menschen nicht mehr Bürger bestimmter Staaten sind, sondern Weltbürger.

Auch die Fragen der Reichumsverteilung betreffen heute nicht mehr so sehr die einzelnen Staaten, sondern betreffen die internationale Gerechtigkeit – angefangen von der immensen Verschuldung der Länder der Dritten Welt. Das Erbe der Sozialdemokratie besteht aber heute darin, das Problem der Verteilungsgerechtigkeit aus dem Innern der entwickelten Industrienationen auf die internationale Ebene zu verlagern, über die Organismen, die es ja bereits gibt, wie die Vereinten Nationen.

NG/FH: Kommen wir von der Utopie des Weltbürgertums zur Gegenwart der philosophischen Diskussion über das Projekt der Aufklärung zurück. Heute sind ja viele ehemalige Vertreter der Moderne – nach dem Scheitern ihrer Utopien – zu „postmodernen“

Theoretikern geworden; und hier hat nicht nur in Frankreich, sondern auch in Italien das Denken Martin Heideggers in jüngster Zeit eine große Rolle gespielt. In Italien stehen viele Philosophen der (ehemals) radikalen Linken – von Gianni Vattimo bis zu Giacomo Marramao –, was die Frage der Gültigkeit der Utopie der Aufklärung angeht, eher (z. T. mit „grünen“ Motiven) auf der Seite Heideggers als auf der Seite Kants.

Bobbio: Ich will nicht ausschließen, daß ich gegenüber diesen „Postmodernen“ (mit denen ich übrigens freundschaftlich verbunden bin) in der Tat aus der Mode gekommen bin. Doch das kann mich nicht dazu führen, meine aufklärerischen Überzeugungen aufzugeben. Diese „neue“ Aktualität Heideggers für Leute, die mit Sicherheit keine Rechten sind, liegt – wenn es sie denn gibt – in Heideggers Kritik der technischen Zivilisation begründet. Eigenartig ist nur, daß Heidegger, der ja unzweifelhaft ein Nazi gewesen ist, ausgerechnet eine Partei unterstützt hat, die den wohl verheerendsten Gebrauch von der modernen Technik gemacht hat, den man sich nur vorstellen kann.

Weiterhin behaupten die „Postmodernen“ ja, die

Wir arbeiten mit Energie an neuen Ideen für unsere Kunden.

BfG:



Als große Universalbank sehen wir es als unsere Aufgabe, unseren Kunden mit ihren vielseitigen Anforderungen ein engagierter Partner zu sein. Kapitalsparbuch, Wachstumsobligation und Umweltkredit haben wir schon erfunden; wir werden auch in Zukunft innovative Lösungen bieten.

 **BfG: Ihre Bank**
Aachener und Münchener Gruppe

Idee des Fortschritts sei – vielleicht für immer – untergegangen. Ich kann die Enttäuschung, die hinter der „Postmoderne“ steht, durchaus verstehen. Das Ende des Fortschrittsmythos bedeutet das Ende der Illusion, daß die Weltgeschichte einen kontinuierlichen Fortschritt zu einer immer größeren Emanzipation des Menschen darstelle: eine Vorstellung, die für die Aufklärer, von Kants „Ausgang aus der selbstverschuldeten Mündigkeit“ angefangen bis zu den Philosophen des 19. Jahrhunderts, den Positivisten ebenso wie Marx, noch klar und deutlich war. Alle hatten die Vorstellung, daß die Geschichte einen *Sinn* hat, und dieser Sinn bestand darin, daß der Mensch zu einer immer größeren Emanzipation voranschreite.

Natürlich hat heute niemand mehr eine derart si-

chere und dogmatische Fortschrittsidee wie die Philosophen des 19. Jahrhunderts – auch ich bin verwirrt: Ich habe mich einmal als pessimistischen Aufklärer definiert; dennoch fahre ich fort, für die Ideen der Aufklärung zu kämpfen. Gerade in den letzten Jahrzehnten haben wir außerdem einen gewaltigen Emanzipationsprozeß erleben können – wenn auch nur innerhalb der reichen, der Ersten Welt – nämlich die Frauenemanzipation. Die wahrhaftige Revolution unserer Zeit ist die Revolution der Frauen! Das Verhältnis der Geschlechter zueinander hat sich in den letzten beiden Jahrzehnten völlig verändert. Ich sehe hier einen Beweis dafür, daß der Prozeß der menschlichen Emanzipation nicht derart erschöpft ist, wie dies manche antiaufklärerische Pessimisten uns glauben machen wollen.

Perry Anderson Norberto Bobbios intellektuelle Wahlverwandtschaften

Der britische Sozialhistoriker Perry Anderson, Jahrgang 1938, ist Herausgeber der New Left Review. Veröffentlichungen: Die Entstehung des absolutistischen Staates. Von der Antike zum Feudalismus. Frankfurt a. M. 1979; In the tracks of Historical Materialism, London 1983. Folgend veröffentlichen wir eine stark gekürzte Fassung seiner Abhandlung „Kritik der real existierenden Demokratie“.

An welchem Modell orientierten sich während der letzten 30 Jahre Bobbios theoretische Interventionen? Der rote Faden seiner Schriften während dieser Periode bestand in der Verteidigung und Illustration der Demokratie. Bobbio definiert diese Demokratie prozedural, nicht substantiell. Welches sind die Kriterien seines Demokratiekonzepts? Erstens gleiches und allgemeines Erwachsenenwahlrecht; zweitens Bürgerrechte, die die freie Meinungsäußerung und die freie Organisation der einzelnen Meinungsrichtungen gewährleisten; drittens Mehrheitsentscheidungen; viertens Garantie der Rechte von Minderheiten gegen jeden Mißbrauch von seiten der Mehrheit.

So definiert ist Demokratie, wie Bobbio unablässig betont, die Methode einer politischen Gemeinschaft, nicht deren Substanz. Dies verkleinert jedoch nicht ihre enorme historische Bedeutung. Der Marxismus, so wendet er ein, ist stets dem fundamentalen Irrtum erlegen, sie zu unterschätzen, da der historische Materialismus sich mit einer ganz anderen Frage beschäftigte: mit der Frage, wer in einer bestimmten Gesellschaft herrscht, nicht mit der Frage, wie er herrscht. Für Marx wie für Lenin stellte die erste Problematik – die Bobbio als Problem der Subjekte, nicht der Institutionen der Macht bezeichnet – völlig die Sicht auf die zweite. Dies führte schließlich zur fatalen Verwechslung von Diktatur als Ausübung von Herrschaft durch einen Teil einer Gesellschaft oder einer Klasse über den Rest der Gesellschaft und Diktatur als Ausübung politischer Gewalt frei von jeder Bindung ans Gesetz – gemäß Lenins berühmter Definition; d. h. von zwei völlig verschiedenen Bedeutungen dieses Begriffs – einmal im umfassenderen Sinne einer gesellschaftlichen Ordnung und zum anderen als ein politisches Regierungssystem im engeren Sinne.

Bobbio konstatiert die Existenz einer vormarxistischen Tradition, die die Notwendigkeit einer revolutionären Diktatur zur Veränderung der Gesellschaft akzeptiert und die sich von Babeuf über Buonarrotti bis hin zu Blanqui erstreckt. Das Neue am Marxismus bestand in der Transformation dieses klassischen Begriffs der Diktatur – als einer Regierungsform, die, so wie die Römer sie aufbauten, zu-

gleich Ausnahmencharakter besaß und von sehr kurzer Dauer war – in die universelle und unveränderliche Substanz aller Regierungssysteme vor dem Sieg des Kommunismus, d. h. der klassenlosen Gesellschaft.

Gegen diese theoretische Verwirrung betont Bobbio die unersetzbare Bedeutung der Entstehung liberaler Institutionen – der Parlamente und bürgerlichen Freiheitsrechte – innerhalb einer existierenden Klassengesellschaft, die von einer Kapitalistenschicht beherrscht wird, die ihre Herrschaft jedoch innerhalb eines regulativen Rahmens ausübt, der allen Individuen, welcher Klasse sie auch immer angehören mögen, bestimmte grundlegende Freiheiten garantiert. Diese politische Demokratie verkörpert historisch wie juristisch einen unverzichtbaren Damm gegen Machtmißbrauch. Sie war im letzten Jahrhundert liberal ihrem Ursprung nach und ist, was ihre institutionelle Gestalt anlangt, auch in diesem Jahrhundert nach wie vor liberal. „Wenn ich von liberaler Demokratie spreche“, erklärt Bobbio, „so verwende ich den Begriff nicht in einem einschränkenden Sinne“ – denn es kann nicht so etwas wie eine nicht liberale Demokratie geben –, sondern zur Bezeichnung der „einzig möglichen Form einer funktionierenden Demokratie“ (in: *Politica e Cultura*). Die wesentliche Funktion einer solchen Demokratie besteht darin, gegenüber der aktuellen oder möglichen Übermacht des Staates die negative Freiheit der Staatsbürger zu gewährleisten: das Recht, ohne äußere gesetzliche Behinderung das zu tun, was sie wollen. Diese Garantie basiert auf zwei strukturell unauflöslich miteinander verknüpften Mechanismen: einerseits den bürgerlichen Rechten auf der Ebene des Individuums, andererseits einer repräsentativen Versammlung auf der Ebene der Nation.

Es gibt keinen Grund dafür, warum sich die Arbeiterklasse diesen Komplex nicht zum Aufbau des Sozialismus aneignen kann, und sie hat in der Tat zwingende Gründe, dies zu tun. In Bobbios Sicht nämlich gehören, wie er in bewußter Anspielung auf Lehrsätze des historischen Materialismus formuliert, „die liberalen Institutionen zu der materiellen Kultur, deren Techniken es im Übergang von einer Zivilisation zur anderen zu bewahren gilt“.

Repräsentative versus direkte Demokratie

Bei seinem Schlagabtausch mit Della Volpe und Togliatti hatte Bobbio natürlich keine Schwierigkeiten, auf den Unterschied zwischen diesem libera-

len Institutionenzusammenhang und den Verhältnissen in der Sowjetunion zu verweisen, wo die Diktatur des Proletariats proklamiert worden war – was für ihn schlicht und einfach Diktatur, die „Phänomenologie des Despotismus aller Zeiten“, im Gegensatz zu jeder Art von Demokratie, bedeutete. Dieser Ausgangsgegensatz umfaßt die Stoßrichtung der polemischen Absichten Bobbios jedoch nur zur Hälfte. Die liberale Demokratie mußte nämlich im Laufe der Zeit gegen einen anderen Feind – oder zumindest gegen ein anderes Modell – abgegrenzt und verteidigt werden. Worin bestand dieses Gegenmodell? Liberale Demokratie ist, wie Bobbio stets betonte, notwendig repräsentativ oder indirekt. Die einzige formal denkbare Alternative wäre somit eine Delegiertendemokratie oder eine direktere Demokratie.

Diese Vorstellungen waren der Gegenstand von Bobbios theoretischen Interventionen zwischen 1975 und 1978. Sein zentraler Angriff richtete sich gegen das, was er als den „Fetisch“ der direkten Demokratie bezeichnete. Er leugnete nicht die lange Ahnenreihe dieser Idee von der Antike über Rousseau, bevor sie schließlich in die Tradition des historischen Materialismus integriert wurde. Er bestritt jedoch ihre Gültigkeit für oder ihre Anwendbarkeit auf die heutigen Industriegesellschaften.

Welches sind seine Gegenargumente? Sie sind zweifach – strukturell und institutionell. Mit generellen historischen Begründungen wiederholt Bobbio das bekannte Argument, daß die schiere Größe und Komplexität moderner Staaten von Anfang an eine direkte Partizipation des Volkes im nationalen Entscheidungsprozeß als technische Möglichkeit ausschließen. Dies bedeutete nicht, so fährt er fort, daß er deshalb den existierenden repräsentativen Staat als das Nonplusultra der demokratischen Entwicklung betrachtet. Repräsentative Demokratie und direkte Demokratie stellen keine Antithesen dar, sondern bilden ein Kontinuum von Formen. Innerhalb dieses Kontinuums „gibt es keine Form, die in einem absoluten Sinne gut oder schlecht ist, vielmehr ist jede gut oder schlecht je nach der Zeit, dem Ort, der Situation und den Akteuren“ (in: *Quale socialismo?*).

Eine derartige Kontextualisierung könnte den Anschein erwecken, die Härte des ursprünglichen Gegensatzes zwischen repräsentativer und direkter Demokratie abzuschwächen. In der Praxis jedoch kritisiert oder verwirft Bobbio jede einzelne der von ihm diskutierten institutionellen Formen direkter Demokratie. Referenden – das Hauptelement einer di-

rekten Demokratie innerhalb der italienischen Nachkriegsverfassung, das sie von konservativeren Gegenstücken in anderen westeuropäischen Ländern unterscheidet – mögen geeignet sein für nicht sehr häufig vorkommende Konsultationen der öffentlichen Meinung, wenn diese über eine wichtige und einfache Frage in zwei mehr oder weniger gleiche Hälften gespalten ist.

Referenden sind jedoch völlig untauglich für den Großteil der legislativen Tätigkeit, die bei weitem die Fähigkeit des normalen Staatsbürgers zu einem dauerhaften Interesse an den öffentlichen Angelegenheiten übersteigt – die Wähler nämlich können nicht jeden Tag über ein neues Gesetz beschließen, wie dies die Abgeordnetenversammlung des italienischen Parlaments tun muß. Weiterhin ist das Elektorat Bobbio zufolge bei Referenden atomisiert und seiner normalen Führer oder Vermittler in Gestalt politischer Parteien beraubt. Er beklagte daher das Ansteigen der Zahl der Referenden in den letzten Jahren.

Ebenso wenig sind Volksversammlungen – wie sie sich Rousseau einmal dachte – als Mechanismen einer direkten Demokratie in modernen Gesellschaften lebensfähig. Sie waren bestenfalls in den kleinen Stadtstaaten der Antike praktikabel: sie sind in den heutigen Nationalstaaten mit ihren Millionen von Mitgliedern einfach physisch unmöglich. Überdies, auch dort, wo sie kurze Zeit auf lokaler Ebene, in kleineren Einheiten funktioniert haben, ließen sie sich allzu oft sehr leicht durch Demagogie oder Charisma pervertieren, wie die traurige Erfahrung der Studentenbewegung bewies. Mandate auf Widerruf wiederum – ein wesentlicher Pfeiler der Konzeption einer direkteren Demokratie bei Marx oder Lenin – wirken sich übel aus, denn sie sind, wie Bobbio behauptet, in der Geschichte für Autokratien charakteristisch, in denen der Tyrann seine Funktionäre jederzeit entlassen kann.

Das positive Komplement andererseits, das imperative Mandat, existiert de facto im modernen europäischen Parlamentarismus in Gestalt der eisernen Disziplin, die die Partei ihren Abgeordneten auferlegt, und ist insoweit ein beklagenswerter Schwachpunkt der real existierenden Demokratie und keineswegs ein starkes Argument zugunsten irgendeiner künftigen Form der Demokratie. Die gesamte Vorstellung eines imperativen Mandats ist für Bobbio mit dem Prinzip unvereinbar, das er in bezug auf die parlamentarische Demokratie für entscheidend hält, daß nämlich die Abgeordneten allgemeine und nicht sektorale Interessen vertreten.

Insofern bleibt sein Zugeständnis, daß Elemente direkter Demokratie als Komplemente in repräsentative Institutionen integriert werden können, weit hin nur verbal. Das einzige aktuelle Beispiel, das er zustimmend erwähnt, ist das einer Fakultätsversammlung. Der Geist seiner Position wird durch Absage an die ganze Idee direkter Demokratie bei Bernstein und Kautsky ausgedrückt, die er als Anreger für seine eigene Problemsicht zitiert.

Unerfüllte Versprechungen und die Isolation der Demokratie

Verteidigung der repräsentativen Demokratie: Kritik der direkten Demokratie: Zurückweisung revolutionärer Diktatur. In ihren allgemeinen Zügen könnten Bobbios Themen der Doktrin irgendeines aufgeklärten Liberalen entsprechen oder als eine mehr oder minder bedingungslose Verteidigung des westlichen Status quo verstanden werden. Wo beginnt bei Bobbio der Nonkonformismus, um ganz zu schweigen vom Sozialismus? Er findet sich in seiner Kritik der existierenden repräsentativen Demokratie – die er ansonsten preist.

Hier liegt der wirklich neuralgische Punkt von Bobbios Denken, an dem die intellektuellen Spannungen, die es durchziehen und die ihm seine ganze politische und theoretische Bedeutung verleihen, am deutlichsten zu sehen sind. Denn auf der einen Seite zählt Bobbio eine Reihe objektiver Prozesse auf, die nach seiner Meinung dahin tendieren, die von ihm gepriesene repräsentative Demokratie zu schwächen und zu untergraben: nämlich das klassische Schema eines auf allgemeinem Wahlrecht basierenden liberalen Verfassungsstaates, ein Modell, das sich nach dem Zweiten Weltkrieg über die gesamt entwickelte kapitalistische Zone ausbreitete. Worin bestehen diese wachsenden Hindernisse für das Funktionieren der repräsentativen Demokratie?

Erstens wurde die Autonomie des individuellen Staatsbürgers durch die Vorherrschaft von Großorganisationen völlig in den Hintergrund gedrängt. Die Größe und die Komplexität moderner Industriegesellschaften macht die im klassischen liberaldemokratischen Denken postulierte Weise der Verknüpfung der jeweiligen individuellen Einzelwillen zu einem kollektiven Willen unpraktikabel. An ihre Stelle tritt der Konflikt verfestigter oligarchischer Gruppierungen, deren Wechselspiel – ob auf der parteipolitischen oder auf der sozioökonomischen Ebene – typischerweise die Form eines korporativen

Aushandlungsprozesses annimmt, die das gesamte Prinzip freier Repräsentation untergräbt, wie es von Burke oder Mill begriffen worden war. Der Eintritt der Massen ins politische System, mit dem Aufkommen des allgemeinen Wahlrechts, hat diesen Tendenzen nicht entgegengewirkt. Er hat vielmehr seinerseits fatalerweise eine hypertrophierte Bürokratie innerhalb des Staates zur Folge gehabt, die das Ergebnis legitimen Drucks von unten zur Einrichtung von Sozialstaats- und Sozialversicherungsbehörden ist, die dann paradoxerweise ihrerseits immer verschachtelter wurden und damit immer undurchdringlicher für jede demokratische Kontrolle.

Unterdessen machen die technologischen Fortschritte der westlichen Volkswirtschaften ihre Koordination und Lenkung durch die Regierung zu einer immer komplexeren und spezialisierteren Aufgabe. Das Ergebnis führt zu einem unüberbrückbaren Abstand zwischen der Kompetenz – oder vielmehr Inkompetenz – der überwältigenden Mehrheit der Bürger auf diesem Gebiet und den Qualifikationen der wenigen, die etwas davon verstehen: die Herausbildung einer Technokratie ist somit unvermeidlich. Überdies haben die Bürger der westlichen Demokratien ihrerseits die Tendenz, immer tiefer in staatsbürgerliche Unwissenheit und Apathie zu versinken, die von den herrschenden Medien kommerzieller Zerstreung und politischer Manipulation sorgfältig aufrechterhalten werden.

Für Bobbio sind die von ihm so schonungslos aufgezählten Prozesse, die die Hoffnungen der klassischen Theoretiker der liberalen Demokratie vereitelt haben, unvermeidlich – es handelt sich um objektive Transformationen der Bedingungen unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens, denen niemand sich entziehen kann. Sie sind sozusagen notwendige Unzulänglichkeiten der realisierten repräsentativen Demokratie.

In denselben Texten (z. B. *Il Futuro della Democrazia*) macht Bobbio bei entsprechender Gelegenheit zugleich eine Reihe von Einwänden gegen diese Demokratie geltend, deren Stoßrichtung diametral entgegengesetzt ist. Hier beziehen sich seine Einwände gegen die parlamentarische Demokratie von heute nicht auf Versprechen, die sie nicht eingehalten hat, sondern auf solche, die sie niemals gemacht hat. Denn das, was Bobbio in seiner Bilanz vermerkt, ist die generelle Abwesenheit jedweder Demokratie in den westlichen Gesellschaften außerhalb des Bereichs der legislativen Institutionen selbst. Parlamente sind auf beiden Seiten durch starre strukturelle Zügel im Zaum gehalten. Auf der

einen Seite umfaßt der Staat selbst administrative Apparate von zutiefst autoritärem Charakter, die, wie Bobbio es ausdrückt, bezeichnenderweise der Entstehung der repräsentativen Demokratie vorausgehen und sich ihr gegenüber in hohem Maße als widerspenstig erweisen. Armee, Bürokratie und Geheimdienste bilden eine verborgene Unterseite der parlamentarischen Demokratie. „Auch die beste Verfassung zeigt nur die Fassade des riesigen, komplizierten Bauwerks des heutigen Staates. Es enthüllt nur wenig oder gar nichts von dem, was sich dahinter oder in seinem Inneren befindet. Ganz zu schweigen von den darunter liegenden Kellern.“ (*Le Ideologie e il Potere in Crisi*)

Überdies sind die zentralen Institutionen der bürgerlichen Gesellschaft außerhalb des Staates durch ein praktisch durchgängiges Fehlen von Demokratie gekennzeichnet. Repräsentative Grundsätze nehmen im sozialen Leben insgesamt einen relativ bescheidenen Raum ein. In Fabriken, Schulen, Kirchen oder Familien ist nach wie vor die eine oder andere Art der Autokratie die Regel.

Als Heilmittel gegen diese autokratischen Strukturen befürwortet Bobbio eine Demokratisierung des gesellschaftlichen Lebens insgesamt. Damit meint er hauptsächlich die Ausdehnung der Prinzipien repräsentativer Demokratie und nicht direkte Demokratie: es bedeutet die Ausweitung des Rechts zu freier Organisation und Entscheidung, die heute auf die politische Wahl begrenzt sind, auf die grundlegenden Bereiche der alltäglichen Existenz der Staatsbürger – Arbeit, Erziehung, Freizeit, Wohnen –, wann immer diese Ausdehnung praktikabel ist. „Das gegenwärtige Problem der Demokratie“, so schreibt er, „scheint nicht länger zu sein ‚wer‘ zählt, sondern ‚wo‘ wir wählen.“ Unter diesen Umständen, so merkt er an, „glaube ich, daß es gerechtfertigt ist, von einem wirklichen Wendepunkt in der Entwicklung demokratischer Institutionen zu sprechen“.

Die unaufgelöste Antinomie

Nun ist der Widerspruch – die grundlegende Unvereinbarkeit – dieses Teils von Bobbios Denken mit dem vorhergehenden offenkundig. Hier insistiert er auf *unnötigen* Mängeln oder Beschränkheiten der repräsentativen Demokratie. D. h. er befaßt sich mit Mängeln, die er potentiell durch eine Ausweitung der demokratischen Prinzipien über ihre existierenden Schranken hinaus für überwindbar hält – eine Ausdehnung einerseits in das Innere

des Staates und andererseits in die bürgerliche Gesellschaft hinein. Es kann hier keinen Zweifel hinsichtlich der Ernsthaftigkeit seiner Vorschläge geben. Wie aber kann eine solche Kritik für eine politische Ordnung anwendbar sein, die noch nicht einmal fähig ist, ihre eigenen Prinzipien *innerhalb* ihrer gegenwärtigen Schranken zu verwirklichen – und dies nicht aufgrund irgendeines subjektiven Willens, sondern aufgrund des Gewichts unaufhaltsamer objektiver Zwänge?

Entweder verstrickt sich die repräsentative Demokratie unvermeidlich in einem Widerspruch zu ihren eigenen Grundlagen; *oder* sie ist einer möglichen Ausweitung dieser Grundlage fähig. Beides kann nicht zugleich wahr sein. Gelegentlich scheint Bobbio dies zu spüren und versucht die Schwierigkeit abzuschwächen durch Formulierungen wie „wir streben unter Bedingungen nach mehr Demokratie, die immer ungünstiger dafür werden, sie auch zu erlangen“. Dieses Bewußtsein jedoch ist flüchtig. Insgesamt scheint sich Bobbio nicht wirklich klar darüber zu sein, wie radikal und zentral dieser Widerspruch für seinen Diskurs als ganzen ist. Die grundlegende Antinomie seiner Demokratietheorie wird nie zum direkten Gegenstand der Reflexion.

Wie können wir dies erklären? Die Antwort scheint die zu sein, daß der Widerspruch genau das unfreiwillige Ergebnis ist von Bobbios besonderer Position im Zusammenfluß von drei unterschiedlichen Denkströmungen. In der Tat unterzieht er sein bevorzugtes Ideal – die liberale Demokratie – zwei entgegengesetzten und antagonistischen Weisen der Kritik.

Die erste ist konservativ: im Namen eines Pareto und Weber verpflichteten soziologischen Realismus zeigt er all diejenigen Faktoren auf, die unbarmherzig dahin tendieren, dem repräsentativen Staat seine Lebenskraft und Bedeutung zu rauben und ihn immer mehr zu einem wenig faszinierenden Schatten seiner selbst zu machen.

Die zweite Form der Kritik ist sozialistisch: Im Namen einer sich von Marx herleitenden Konzeption menschlicher (und nicht bloß politischer) Emanzipation zeigt sie all die Bereiche autokratischer Macht in kapitalistischen Gesellschaften auf, die der repräsentative Staat völlig unangetastet läßt, wodurch er sich der einzigen sozialen Basis beraubt, die ihn in echte Volkssouveränität verwandeln würde. Bobbio vereinigt beide Konzeptionen, ohne imstande zu sein, sie wirklich zu vereinheitlichen. Sie sind in Wirklichkeit unvereinbar.

Bobbios Parteinahme für die Sozialdemokratie

betrifft ausdrücklich die Methoden, nicht die Ziele. Sie bedeutet keine Verpflichtung auf die Art von Gesellschaft, über die die Sozialdemokratie bislang im Westen herrschte, und schließt die Möglichkeit eines dritten – und wie hier Bobbio anflügt, vierten oder fünften – Gesellschaftsmodells nicht aus, das eine Alternative zu den beiden heute existierenden antagonistischen Modellen darstellte und sich von einem dritten Weg hin zu einem der beiden existierenden Modelle unterscheiden würde. Der entscheidende Punkt ist der, daß jeder Fortschritt hin zum Sozialismus in Ländern, die liberale Institutionen aufweisen, diese bewahren muß und sich in ihrem Rahmen vollziehen muß. Demokratie ist kein überhistorischer Wert. „Die demokratische Methode ist ein kostbarer Besitz, aber sie ist nicht für jeden Zeitpunkt und an jedem Ort anwendbar.“ Insbesondere kann es Ausnahmesituationen des Notstands oder von revolutionären Umwälzungen geben, „gewaltsame Übergänge von einer Ordnung in eine andere“, in denen sie nicht anwendbar ist.

Bobbio macht sich keine Illusionen dahingehend, daß die liberale Ordnung selbst auf liberalem Wege entstanden wäre. Sie wurde in „hartem Kampf“ gegen die *anciens régimes* von einer „Minderheit von Intellektuellen und Revolutionären“ durchgesetzt – ihre Gründungsepisode basiert auf dem „blutigen Ergebnis“ des „Grassierens religiöser Sekten und politischer Bewegungen“ im englischen Bürgerkrieg. Überdies entsprang die Grundlage der folgenden demokratischen Ordnung, die Mehrheitsregel, wie sie zuerst bei den Levellers auftauchte, „im allgemeinen nicht aus einer Mehrheitsentscheidung“.

Bobbios Fähigkeit, die aufrührerischen Ursprünge des *Rechtsstaats* oder die durch Zwang vermittelte Grundlage einer konsensualen Demokratie festzuhalten, ist nicht einfach Beweis seiner Freiheit von den wohlmeinenden Frömmigkeiten konventioneller Art. Sie reflektiert eine Linie seines Realismus, die sich von der Tradition der italienischen Elitetheoretiker herleitet.

Obleich diese Tradition im saturnischen Mantel des Konservatismus von Mosca und Pareto begann, geriet sie in der nächsten Generation in die Hände gemäßigter Demokraten – Männern wie Burzio und Salvemini, von denen sie Bobbio ohne Skrupel übernahm. „Welches Regime ist nicht die Frucht bewußter und organisierter Avantgarden?“, fragte er einmal einen kommunistischen Gesprächspartner. „Qualitative Veränderungen in der Geschichte oder revolutionäre Prozesse sind das Werk von Minderheiten.“

Wege zum Sozialismus

Sobald jedoch eine demokratische Ordnung einmal etabliert ist, schließt Bobbio kategorisch ihre Transformation durch irgendein vergleichbares Szenario aus. Die Vergangenheit der liberalen Demokratie wird mit kühlem Historismus betrachtet, ihre Gegenwart mit rigorosem Absolutismus. Der Einfluß Croces – berühmt für die Kaltblütigkeit seiner Geschichte der Freiheit, die sogar durch Verbrechen gegen die Freiheit vorangebracht wird – prägt die erstere Haltung; die Zuflucht bei der Naturrechtstheorie, von Croce verabscheut, liegt der zweiten Einstellung zugrunde. Indem er taktisch auf beiden Tastaturen spielt, der des deutsch-italienischen Idealismus und der des anglo-französischen Empi-

schreibt er als Strukturreformen von oben und als Ausweitung demokratischer Partizipation von unten. Wie lautet sein Urteil über sie? Er bringt in bezug auf beide einen tödlichen Skeptizismus zum Ausdruck. In einem Text über Strukturreformen fragt er: „Nehmen wir an, daß eine vollständige Transformation aus einer Reihe partieller Reformen entstehen kann: bis zu welchem Punkt ist das System bereit, sie zu akzeptieren? Wer kann ausschließen, daß die Toleranz des Systems eine Grenze hat, jenseits deren es eher zerbricht als sich zu beugen? Wenn die, deren Interessen bedroht sind, mit Gewalt reagieren, was ist dann zu tun, außer selbst mit Gewalt zu antworten?“

Bobbio selbst hat nie großes Interesse an der Strategie radikaler Reformen gezeigt, deren Geschichte



Bobbio (links) zeigt Craxi die Richtung der sozialistischen Tradition, Craxi bleibt skeptisch

Foto: privat

ismus, ist Bobbio zweifellos inkonsistent. Er befindet sich jedoch in Übereinstimmung mit dem geläufigen Liberalismus, der tatsächlich ein Amalgam dieser Art erfordert.

Bobbios Schwierigkeiten resultieren aus dem nächsten Schritt. Alle Gesellschaften nämlich, in denen die liberale Demokratie herrscht, sind kapitalistisch. Wie kann innerhalb dieses Rahmens dann der Sozialismus erreicht werden? Er betrachtet die beiden einzigen kohärenten Strategien eines sinnvollen Sozialismus, die ihm verfügbar scheinen. Diese be-

bis auf die belgischen und französischen Debatten in den dreißiger Jahren zurückreicht. Er dachte jedoch oft, wie wir gesehen haben, über die Perspektive einer zunehmenden Demokratisierung der bürgerlichen Gesellschaft nach. Man könnte daher erwarten, daß er das Potential dieser Strategie optimistischer einschätzt. Tatsächlich jedoch bleibt seine Schlußfolgerung hier ebenso düster. „Es gibt gute Gründe anzunehmen, daß eine wachsende Ausdehnung der demokratischen Basis unserer Gesellschaft an den Fabrikatoren auf eine unüberwindliche Schranke sto-

ßen wird – unüberwindbar, wie ich meine, innerhalb des Systems.“

Der Raum für radikale Reformen wird durch die Wesensmerkmale der ökonomischen Ordnung selbst versperrt, die nach diesen Reformen rufen. Solche in ihrer Logik übereinstimmenden Zweifel haben in der Tat die Tendenz, dem parlamentarischen Weg zum Sozialismus, dem Bobbio ausdrücklich verpflichtet ist, den Boden zu entziehen.

Überdies werden sie durch noch radikalere Zweifel übertroffen hinsichtlich des möglichen Schicksals der Demokratie im Sozialismus nach der Errichtung der klassenlosen Gesellschaft. Es hat sich herausgestellt, daß Bobbios Liberalismus nicht ökonomischer Natur ist; er hat dem Markt niemals besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Aus demselben Grund jedoch hat er auch für ökonomische Alternativen zum Markt ebensowenig Interesse gezeigt. Kapitalismus als System der Produktion, im Unterschied zu einer Reihe von Verteilungsgerechtigkeiten, ist für Bobbio gewissermaßen nur wenig mehr als ein nachsichtig zu tadelnder Referenzhintergrund – global verurteilt, aber niemals analysiert. Wenn er folglich an Sozialismus denkt, so verkörpert die Umwälzung des Eigentums an den Produktionsmitteln für ihn keinen in sich selbst positiven Wert. Im Gegenteil, Sozialisierung über das Maß einer gemischten Ökonomie hinaus beschwört nur tendenziell das Gespenst eines allmächtigen Staates herauf, der nunmehr Herr sowohl unseres ökonomischen wie unseres politischen Lebens ist – natürlich eine alte liberale Befürchtung.

Das Resultat ist dies, daß Bobbio schließlich voraussagt, daß im Sozialismus nicht nur dieselben Hindernisse für die Demokratie wie im Kapitalismus bestehen werden, sondern daß die Gefahren dort tatsächlich sehr viel größer sein werden: „Ich bin überzeugt, daß Demokratie in einer sozialistischen Gesellschaft sogar noch schwieriger sein wird.“ Eine paradoxe Schlußfolgerung, um es vorsichtig auszudrücken, für einen demokratischen Sozialisten.

Diese beiden Überlegungen – die wahrscheinliche Ungangbarkeit eines demokratischen Weges zum Sozialismus, die größeren Risiken für die Demokratie im Sozialismus – läßt unfreiwillig Bobbios tiefste historische Grundentscheidung hervortreten. Zwischen Liberalismus und Sozialismus optiert er in der Praxis für ersteren. Gleichwohl begründet er seine Präferenz mit der Behauptung, daß dieser in Wirklichkeit radikaler sei. In einem gewissen Sinne sei die Demokratie, so schreibt er, „eine sehr viel radikalere

Idee als die des Sozialismus selbst“. Diese Behauptung ist heute keineswegs auf Bobbio beschränkt. Er löst sie auf eine Weise ein, die ebenfalls sehr weit verbreitet ist – indem er Sozialismus als eine sektorale Spezifikation der Demokratie oder als lokale Konkretisierung eines höherstufigen Konzepts umdefiniert.

Auf diese Weise erklärt er seine Neigung zu einer Konzeption des Sozialismus, „die stärker die Kontrolle ökonomischer Macht durch eine Ausdehnung der demokratischen Spielregeln auf die Fabrik oder das Unternehmen insgesamt betont als den Übergang von einer Produktionsweise zur anderen“, die mit einer „generellen Kollektivierung der Produktionsmittel“ verbunden wäre. Die Bedeutung dieses Schritts – der in der neueren Diskussion faktisch ein *topos* geworden ist – liegt in den Substitutionen, die er vornimmt.

Die Neubestimmung des Sozialismus als im Wesen ökonomische Demokratie erfüllt einen doppelten Zweck. Sie dient zugleich dazu, die zentrale Legitimation der existierenden politischen Ordnung für die Sache der gesellschaftlichen Veränderung nutzbar zu machen und das zentrale ideologische Hindernis gegen die Realisierung eines solchen Veränderungsprozesses zu umgehen: die Institution des Privateigentums nämlich.

Die Permanenz des Kapitalismus

Bobbio ist zu realistisch, als daß er sich dieser Schwierigkeiten nicht bewußt wäre. Sein Appell, daß die Demokratie subversiver sei als der Sozialismus, ist eher taktisch als systematisch. Seine wirklichen Überlegungen sind woanders zu finden. Seine wirkliche Überzeugung ist völlig entgegengesetzt. „Die Anerkennung eines demokratischen Regimes setzt die Anerkennung einer gemäßigten Ideologie voraus“, erklärt er (*La filosofia politica*). Denn „Mehrheitsentscheidungen innerhalb einer auf allgemeinem Wahlrecht basierenden politischen Ordnung erlauben Veränderungen *innerhalb* des Systems, nicht aber einen Wechsel *des* Systems.“ (*La regola della maggioranza e i suoi limiti*)

Mit anderen Worten, die Permanenz des Kapitalismus als gesellschaftliche Ordnung wird zur Voraussetzung jeder wirklichen Partizipation innerhalb des repräsentativen Staates. Paradoxerweise bedeutet dies nicht, wie Bobbio selbst offen bemerkt, daß, wenn der Kapitalismus unantastbar ist, die Demokratie deshalb unverletzlich wäre. Die Geschichte

**Ansichten eines
unbeirrbaren Störenfrieds und
respektlosen Moralisten**

Erich Kuby, der Egon Erwin Kisch der Nachkriegszeit, war nie ein bequemer Zeitgenosse. Streitbar, unabhängig, unbestechlich bis zur Unduldsamkeit, hellhörig und hellsichtig, unerbittlich gegen Heuchelei und Opportunismus hat er die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland seit Anbeginn mit seinen Reportagen im SPIEGEL, STERN und in der TAZ begleitet. Die in diesem Buch gesammelten, durch Kommentare zu einer Einheit verbundenen Arbeiten bilden zusammen eine eigenwillige, spannende und aufschlußreiche Chronik höchst subjektiver Art.

Erich Kuby
Mein ärgerliches
Vaterland
576 Seiten. Leinen.
DM 49,80



hat es anders gezeigt – „man kann mit Hilfe der Demokratie keine qualitativ-sprunghaften Veränderungen erzielen, aber man kann mit Hilfe der Demokratie untergehen“. Wenn sich die Möglichkeit eines parlamentarischen Wegs zum Sozialismus erst noch erweisen muß, so erinnert uns die italienische und die deutsche Erfahrung daran, daß es jedenfalls einen parlamentarischen Weg zum Faschismus gibt. Dieser unbequemen Wirklichkeit müssen wir ins Auge schauen. Für Bobbio vermindert dies nicht den Wert der liberalen Demokratie, sondern vergrößert die Notwendigkeit konstitutioneller Sicherungen zu ihrem Schutz.

Diesen gilt schließlich seine bleibende Sorge. Hinsichtlich der beiden Probleme „wer regiert? und wie wird regiert?“ erklärte Bobbio 1975 ohne Umschweife: „Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die zweite Frage immer wichtiger war als die erste.“ Immer: mit anderen Worten, wichtig ist nicht, welche Klasse herrscht, sondern auf welche Weise sie herrscht. Hier wird, auf der tiefsten Ebene, Bobbios Option für den liberalen Pol seines Denkens manifest. Aus demselben Grund hat in seinen Schriften von den beiden Kritiken der repräsentativen Demokratie die konservative und nicht die sozialistische letztlich das Übergewicht.

In seinen jüngsten Arbeiten tendiert diese Kritik – einer vertrauten Figur folgend – hin zu einer pervertierten Apologie. So kann Bobbio, aus der Not eine Tugend machend, schreiben: „Politische Apathie ist keineswegs ein Krisensymptom in einem demokratischen System, sondern gewöhnlich ein Zeichen guter Gesundheit.“ Sie bedeutet „wohlwollende Indifferenz“ gegenüber der Politik als solcher und gründet sich auf gesunden Menschenverstand. Denn in demokratischen Gesellschaften sind größere soziale Veränderungen im allgemeinen nicht das Ergebnis politischen Handelns, sondern des Fortschritts technologischer Möglichkeiten und der Entwicklung kultureller Einstellungen – eher das Ergebnis molekularer Prozesse als bewußter legislativer Interventionen.

Derartige „kontinuierliche Transformationen“ über den Strom von Erfindungen und der Anpassung der *mores* reduziert in hohem Maße die Bedeutung sogar des „traditionellen Reformismus“, dessen Bedeutung die Sozialdemokratie – bei aller Mäßigung – typischerweise überschätzte. Unter diesen Bedingungen ist es besser, die politische Agenda eines beschränkten Elitenwettbewerbs zu akzeptieren, statt die Stabilität des konstitutionellen Rahmens zu riskieren, indem man diesem zu anspruchsvolle Forderungen auferlegt.

Bobbio formuliert dies in seiner ihm eigenen Lebhaftigkeit in dem Satz: „Nichts läuft so sehr Gefahr, die Demokratie zu töten, wie ein Übermaß derselben.“ Eine glänzende elitistische Formulierung.

Schlußfolgerungen und Fragen

Wie sind solche Schlußkadenzen zu beurteilen? Ihre Bedeutung kann auf zwei Ebenen zu suchen sein. Auf einer dieser Ebenen reflektieren sie zweifellos bestimmte biographische Erfahrungen, die Bobbio sehr tief geprägt haben und deren er sich selbst vollständig bewußt ist – das heißt, eine spezifisch italienische Enttäuschung. In keinem Land Westeuropas, so könnte man sagen, waren die politischen Hoffnungen bei Kriegsende auf der Linken legitimerweise höher als in Italien – das den in der Bevölkerung am stärksten verbreiteten Widerstand hervorgebracht hatte, die lebhafteste intellektuelle Unruhe, die breiteste radikale Arbeiterbewegung: ein Moment, dessen Erinnerung vielleicht selbst heute noch nicht ganz ausgelöscht ist und von dem etwas in der internationalen Aura der KPI fortlebt. Aber in keinem anderen Land wurden solche Hoffnungen während der folgenden Jahrzehnte so radikal vereitelt. Bobbios Texte bilden ein kristallines Prisma dieser Geschichte.

Unter Berufung auf die Werte des Widerstands, einem Kampf, bei dem „wir uns nicht irrten“, erinnerte er unlängst erneut an den Abstand zwischen den „Idealen von gestern“ und der „Realität von heute“: „Wir haben gelernt, demokratische Gesellschaften ohne Illusionen zu betrachten. Wir wurden nicht in höherem Maße zufriedengestellt. Wir sind weniger anspruchsvoll geworden. Hierin liegt der ganze Unterschied zwischen unserem damaligen Anliegen und unserer heutigen Tätigkeit. Die Gesamtqualität unseres Zusammenlebens hat sich nicht verbessert, sie hat sich vielmehr in gewisser Hinsicht verschlechtert. Wir sind es, die sich verändert haben, die realistischer und weniger naiv geworden sind.“ Dieses freimütige Geständnis erklärt zu einem Großteil Bobbios offenkundige Anpassung an den farblosen Minimalismus der repräsentativen Ordnung Italiens, seinen Willen, Gründe zu finden – oder Beschwichtigungen – für das Absterben des Interesses der Bevölkerung an der Politik, angesichts von Eliten, deren Herrschaft die meiste Zeit nicht mehr als Brot und Skandale bedeutete.

Es gibt eine Differenz zwischen Ideal und Einfluß. Enttäuschung heißt nicht notwendig Ohnmacht.

Bobbios frühe Hoffnungen wurden nicht erfüllt, es ist jedoch bemerkenswert, wie oft seine späteren Warnungen beachtet wurden. Wenn man seine Bilanz mit der von Mill, Russell oder Dewey vergleicht, dann ist deutlich, daß er zu keiner Zeit auf dieselbe Weise ein origineller Denker war. Er ist der erste, der den abgeleiteten Charakter seiner eigenen Hauptideen unterstreicht, für ihn handelt es sich um einen gemeinsamen Zug der italienischen Nachkriegskultur im Unterschied zu der der ersten Jahre des Jahrhunderts. Sein politischer Einfluß jedoch in seiner eigenen Zeit war größer als der ihre.

Bobbio führte der KPI den Eurokommunismus vor Augen und sah seine Übernahme voraus, 20 Jahre vor dem Eintreffen des Ereignisses. Er spielte eine wichtige Rolle bei der Aufgabe der marxistischen Vergangenheit durch die Sozialistische Partei. Er trug zur gleichen Zeit dazu bei, die Herausforderung der extremen Linken abzulehnen. Er antizipierte die Zurückweisung der Konzeption des Dritten Wegs durch beide großen Parteien der italienischen Arbeiterbewegung. Es ist schwierig, sich einen anderen Intellektuellen vorzustellen, der einen solchen realen und sichtbaren Einfluß auf das politische Klima seines Landes seit dem Kriege ausübte.

Bei den aufeinanderfolgenden Debatten gewann Bobbio seinen Einfluß nicht nur durch die ungewöhnliche Verbindung von Ausdrucksvermögen und Gelehrsamkeit, sondern auch durch eine einzigartige persönliche Lauterkeit und Redlichkeit. Auch wenn er zunehmend neo-moderate Positionen gegen mehr als gerechtfertigte Kritiken radikaler Opponenten verteidigte, so schimmerte doch im allgemeinen seine moralische und intellektuelle Überlegenheit durch.

Von Anfang an enthielt sein theoretisches Rüstzeug nicht nur eine sozialistische und eine liberale, sondern auch eine konservative Komponente. Bobbio ist in seinen persönlichen Sympathien und Intentionen stets aufrichtig und bewundernswert fortschrittlich geblieben: nach allen Maßstäben ein Denker der Aufklärung von hoher Gesinnung. Was seine Schriften jedoch zu zeigen scheinen, ist ein trotz dieser Intentionen wirksames Gewebe von Wahlverwandtschaften. In Bobbios Texten nämlich erweist

sich der liberale Sozialismus als eine instabile Mischung: nachdem die beiden Elemente des Liberalismus und des Sozialismus sich wechselseitig anzuziehen schienen, sondern sie sich schließlich voneinander ab, und im selben chemischen Prozeß bewegt sich der Liberalismus hin zum Konservativismus.

Wie repräsentativ ist diese Neukombination? Wieweit sind diese Wahlverwandtschaften, jenseits aller italienischen Besonderheiten, im modernen politischen Denken – unabhängig vom Willen des einzelnen politischen Denkers – in breiterem Umfange wirksam? Als Begriff kam der Liberalismus zuerst als (Sieges-)Fähnchen des 18. Brumaire des Jahres VIII auf die Welt, als Napoleon die Französische Revolution zu ihrem Ende führte, indem er erklärte, daß er die Macht übernommen habe, um „die Vertreter liberaler Ideen zu schützen“. Durch all die folgenden Wechselfälle hindurch ist dieses Entstehungsmotiv vielleicht nie vollständig verschwunden. Es ist jedoch ebenso wahr, daß das Erste Kaiserreich an einem anderen Ort eine radikalere Rezeption der Idee bewirkte – derselbe Begriff inspirierte in Spanien die erste europäische Revolution gegen die Restauration.

Als die alte Ordnung 1848 in kontinentalem Maßstab herausgefordert wurde, begannen die wiederholten Versuche, den Liberalismus über sich selbst hinaus auszudehnen, um den neuen sozialen Klassen und Werten Rechnung zu tragen. Was bis heute erstaunlich ist, ist das Mißverhältnis zwischen dem intellektuellen Leumund und den politischen Resultaten der sukzessiven Projekte, die daraus folgten.

Trotz all des darauf verwandten guten Willens und Talents ist die Synthese von Liberalismus und Sozialismus bislang fehlgeschlagen. Damit ist nicht behauptet, daß dem so sein muß. Die neuen Energien, die die Konzeption nun auf sich zieht – denn wer könnte sich schon einen illiberalen Sozialismus wünschen? – könnten in die andere Richtung weisen. Es ist zu früh für diese Feststellung. Aber ein Bewußtsein von der Geschichte dieses Unternehmens ist sehr wahrscheinlich eine Voraussetzung dafür, sie mit Erfolg neu aufzunehmen.

(Aus dem Englischen von Hermann Kocyba)

Heinrich Boge **Organisierte Kriminalität –** Eine Herausforderung an die Kriminalitätsbekämpfung der Zukunft

Dr. Heinrich Boge, 1929 geboren, ist seit dem 1. April 1981 Präsident des Bundeskriminalamtes in Wiesbaden. Zuvor war er von 1969 bis 1978 Polizeipräsident in Hannover, ehe er als Ministerialdirektor im Bundesinnenministerium die Leitung der Polizeiateilung übernahm.

„Seriöse“ Geschäftsleute tätigen neben normalen Im- und Exportgeschäften auch Waffengeschäfte. Dabei werden Waffen und Kriegsmaterial von einem ausländischen Land in ein anderes verschoben; Waffen und Kriegsgerät berühren dabei weder das Bundesgebiet noch Berlin (West), lediglich die Vermittler befinden sich hier. Zudem nutzen Täter die Tatsache, daß in Berlin das im Bundesgebiet greifende Kriegswaffenkontrollgesetz (KWKG) nicht gilt. Der Handel mit Waffen und Kriegsgerät durch Berliner im Ausland wird nicht erfaßt.

In einem anderen Fall wurde ein namhafter Lkw-Händler mit bundesweiten Filialen und internationalen Verbindungen als Abnehmer gestohlener Lkw ermittelt. Dabei diente ein ausgebranntes oder verunfalltes Fahrzeug als „Datenspender“ für gestohlene Lkw und Zugmaschinen. Den Tätern kam zudem zugute, daß die Typenschilder einzelner hochwertiger Aggregate und Fahrzeugteile lediglich mit Popnieten gekennzeichnet sind, die mühelos entfernt/ersetzt werden können.

Ein seit 20 Jahren im Glücksspiel-Milieu tätiger Kaufmann war Betreiber zweier Firmen, die sich angeblich mit der Vermietung und Verpachtung von Geschäftslokalen und Geschäftseinrichtungsgegenständen befassen. Tatsächlich betrieb er aber mit

seiner Organisation 50 Spielkasinos in der Bundesrepublik, in denen ca. 1 700 Mitarbeiter beschäftigt waren.

Kürzlich konnte ein italienischer Staatsangehöriger festgenommen werden, der Kopf einer Bande ist, die sich auf Raubüberfälle auf Geldinstitute und Juweliergeschäfte spezialisiert hatte. Von ortsansässigen Residenten, die teilweise bereits 20 Jahre in der Bundesrepublik lebten, wurden die in Frage kommenden Objekte ausbaldowert, die Täter reisten lediglich zur Tatbegehung ein und verließen unmittelbar danach wieder die Bundesrepublik.

Die Liste dieser Fälle, die beliebig herausgegriffen wurden, ließe sich leicht fortsetzen. Doch bereits diese wenigen Beispiele sind signifikant für organisierte Kriminalität; denn bei allen Fallgestaltungen haben die Ermittlungen bestimmte, immer wiederkehrende Strukturen – teilweise nur in unterschiedlicher Ausprägung – aufgedeckt:

Die Taten werden präzise geplant, Markt- und Monopolstellungen sowie Gesetzeslücken oder unterschiedliche rechtliche/gesetzliche Bedingungen werden ausgenutzt. Häufig werden nationale und internationale Verbindungen, die aus legalen und scheinlegalen Geschäftsbeziehungen resultieren, für kriminelle Ziele eingesetzt.

Auch scheinbar biedere und honorirte Geschäftsleute mit teilweise hohem Ansehen in der Öffentlichkeit sind Organisatoren von Straftaten. Immer wieder ist festzustellen, daß nicht vorbestrafte Personen – sogenannte Strohmänner/-frauen – für Verträge und Konzessionen vorgeschoben werden.

Die professionell und präzise durchgeführten Taten werden teilweise auf Bestellung ausgeführt, und in vielen Fällen sind „Spezialisten“ – auch aus dem Ausland – tätig. Geradezu selbstverständlich ist bei solchem Vorgehen, daß die Täter moderne Infrastruktur und modernste Kommunikationsmittel nutzen. Meist werden erst im Laufe der häufig sehr umfangreichen Ermittlungen Tatzusammenhänge offenkundig und überregionale, nationale und internationale Verbindungen deutlich.

Immer wieder zeichnet sich auch die hierarchische Struktur der Gruppen ab, die durch mehrstufige Abschottung gekennzeichnet ist. So sind Verbindungen nicht oder nur sehr schwierig nachvollziehbar, eine Tatsache, die sich erschwerend auf die Beweislage auswirkt.

Zum konspirativen Verhalten gehört auch, daß schriftliche Unterlagen entweder verschlüsselt oder fortlaufend vernichtet werden. Wichtige Gespräche werden nur mit Vertrauenspersonen geführt, telefoniert wird in der Regel aus Telefonhäuschen oder per Autotelefon. Treffs werden nicht direkt angefahren, um Observationen aufzudecken, oder es werden Gegenobservationen durchgeführt. In einem der eingangs erwähnten Beispiele waren – was keine Seltenheit ist – beispielsweise in den Kasinos Videoüberwachungsanlagen installiert, um so Schutz vor polizeilichen Blitzaktionen zu haben und um unter Umständen noch Beweismittel vernichten zu können.

Ermittlungen in Verfahren der Organisierten Kriminalität zeigen immer wieder, daß Geldbewegungen verschleiert werden. Geld wird nicht direkt auf Konten der Haupttäter überwiesen, sondern auch hier werden vielfach Vertrauensleute zwischengeschaltet. Darüber hinaus werden die illegalen Gelder gewaschen, sei es in Spielbanken oder durch Investition in und Ankauf von Firmen, Firmenanteilen, Immobilien, Luxusfahrzeugen und Yachten, Geld

wird häufig auch im Ausland gewinnbringend angelegt.

Im Zusammenhang mit der hierarchischen Struktur der kriminellen Gruppierungen erfahren wir auch immer wieder von internen Sanktionssystemen, die von der Zahlung von „Geldbußen“ über Zwangsurlaub (dies bedeutet keinen Verdienst) bis hin zur Entlassung reichen.

Wer sich dem Gruppenghoseam unterwirft, kann allerdings mit der Unterstützung der Organisation rechnen. Bei Schwierigkeiten mit der Polizei ist es durch die vielfältigen Kontakte und Geschäftsverbindungen ins Ausland und die internationale Zusammensetzung der Gruppen sehr leicht möglich, den Betreffenden im Ausland weiterzubeschäftigen oder Fluchtunterstützung zu gewähren.

Unmittelbar nach einer Verhaftung werden Gruppenmitglieder im Gefängnis besucht; sie und ihre Angehörigen werden während des Verfahrens betreut, auch nach Haftentlassung ist in der Regel eine Rückführung in die Gruppe gewährleistet. Zudem werden Anwälte eingeschaltet und bezahlt, die



Präsident Boge (rechts) empfängt Innenminister Schäuble im Juni zum Weltdrogentag im BKA Foto: BKA

Gruppierung stellt zudem Kautionen und zahlt häufig auch die Geldbußen.

Die „Hilfe“ für Gruppenmitglieder zeigt sich beispielsweise aber auch im Auftreten von Entlastungszeugen. Geradezu klassisch sind schon die auffallend übereinstimmenden Aussagen von Personen aus dem jeweiligen Milieu zugunsten eines Mitgliedes. Gruppenmitglieder sorgen dafür, daß Beteiligte ihr Gedächtnis „verlieren“. Zeugen und/oder Betroffene schweigen plötzlich oder können sich an nichts mehr erinnern. Zeugen sind unter Umständen auch überhaupt nicht mehr auffindbar. In Ermittlungsverfahren gab es wiederholt Anhaltspunkte, daß kriminelle Organisationen auch Kontakte zu Behörden suchen.

Die hier aufgezeigten Strukturen, die Formen der Tatplanung und -ausführung, die Täterverbindungen, das konspirative Täterverhalten, die hierarchische Gruppenstruktur usw. – all das sind Indikatoren für Organisierte Kriminalität.

So wird auch die Definition verständlich, die unter Organisierter Kriminalität ein arbeitsteiliges, bewußtes und gewolltes, auf Dauer angelegtes Zusammenwirken mehrerer Personen versteht, zur Begehung von strafbaren Handlungen, häufig unter Ausnutzung moderner Infrastruktur und – mit dem Ziel, möglichst schnell hohe finanzielle Gewinne zu erreichen.

Im Laufe der Jahre, in denen dieses Kriminalitätsphänomen erkannt und bekämpft wird, haben sich bestimmte Deliktsbereiche als besonders ‚organisiert kriminell‘ erwiesen; sie zeigen deutliche Erscheinungsformen Organisierter Kriminalität. Es handelt sich dabei um Straftaten im Zusammenhang mit dem Nachtleben (Menschenhandel, Prostitution, illegales Glücksspiel), Teilbereiche der Eigentums kriminalität wie Tageswohnungseinbrüche, Ladungsdiebstähle, Diebstähle von und aus Kraftfahrzeugen usw. Ferner sind Strukturen der Organisierten Kriminalität bei Gewaltdelikten, wie Raub und Erpressung, deutlich geworden. Waffen- und Falschgeldkriminalität gehören ebenso zu den Deliktsbereichen der Organisierten Kriminalität wie Teile der Wirtschaftskriminalität. Nicht zu vergessen die Rauschgiftkriminalität, in der die besonderen Strukturen dieses Verbrechensphänomens für die Öffentlichkeit am offenkundigsten sind.

Zugleich wird aber auch die Problematik dieses Deliktsbereiches deutlich. Es handelt sich bei der Organisierten Kriminalität um keinen normierten Tatbestand des Strafgesetzbuches, so daß statistische Angaben nicht vorhanden sind. Eine Lageana-

lyse, vergleichbar mit anderen Deliktsbereichen, ist nicht ohne weiteres möglich.

Die Organisierte Kriminalität hat in der Bundesrepublik spezifische Formen entwickelt, die nicht mit Organisationen wie der Mafia, Camorra oder Cosa Nostra zu vergleichen sind. Deshalb sind die vorhandenen Strukturen aber nicht weniger gefährlich. Es bildet sich hier eine Organisierte Kriminalität eigenen Zuschnitts, deren Gefährlichkeit gerade darin liegt, daß sie ähnlich vielseitig und flexibel wie unser Wirtschaftssystem ist.

Die Bundesrepublik ist aufgrund ihrer zentralen Lage als moderner Industriestaat mit modernster Infrastruktur und noch vielfach unbesetzten und kriminell erschließbaren Märkten ein interessantes Zielland für kriminelle Organisationen. Organisierte Kriminalität wird im Verhältnis zur Gesamtkriminalität weiter ansteigen, es wird zu einer weiteren Perfektionierung der Tатаusführung kommen, und neben deutschen Tätergruppen werden die ausländischen Gruppierungen weiter zunehmen. Das Schadensmaß ist nur vordergründig das Gefährliche bei der Organisierten Kriminalität. Anlaß zur Sorge gibt vielmehr die Sozialschädlichkeit dieser Delinquenz.

Durch das Zusammenspiel legaler und illegaler Märkte entsteht eine Grauzone: Illegal erzielte Gewinne müssen legalisiert werden, illegal erlangte Vorteile werden im legalen Bereich gegen Wettbewerber eingesetzt. So entsteht wirtschaftliche Macht, es wird versucht, und der Versuch kann gelingen, Einfluß auf das öffentliche Leben zu nehmen. Unser Wirtschaftssystem wird so korrumpiert, die Gefahr von Parallelgesellschaften ist gegeben.

Dies ist kein polizeilicher Zweckpessimismus. Lange genug blieben die Mahner ungehört. Und auch jetzt, wo sich in fast allen Kriminalitätsbereichen, bei denen in kürzester Zeit größtmögliche Profite gemacht werden können, organisiertes Verbrechen einnistet, auch jetzt zweifeln noch viele an dem Vorhandensein und der Verbreitung dieses Kriminalitätsphänomens.

Anhand der aufgezeigten Strukturen wird deutlich, daß diese Form der Kriminalität nur schwer zu vermitteln ist. Die Öffentlichkeit und politische Gremien wollen mit Zahlen, Statistiken usw. überzeugt werden; wenn weder das Kriminalitätsaufkommen sichtbar steigt noch die polizeilichen Erfolge greifbar sind, werden Lageeinschätzungen bezweifelt, werden Mittel für die Ausstattung der Polizei nur ungern gegeben und das rechtliche Instrumentarium nicht verbessert.

Herkömmliche Kriminalitätsbekämpfung reicht aber im Kampf gegen das organisierte Verbrechen nicht aus. Hier kann nicht allein im Wege der Repression Kriminalität bekämpft werden. Aussteiger müssen beispielsweise als Zeugen gewonnen werden. Dies ist nur möglich, wenn ein glaubhaftes, d. h. wirkungsvolles Zeugenschutzprogramm vorgezeigt werden kann. Letzteres beugt natürlich auch erfolgreicher Einschüchterung von Zeugen vor.

Ermittlungen müssen langfristig geplant werden. Um die Gruppenverflechtungen zu erkennen und Einblick in die Hierarchieverhältnisse zu bekommen, müssen Ermittler in die Szene eintauchen. Nur solche Vorfelderkenntnisse ermöglichen dann auch den Zugriff auf die eigentlichen Drahtzieher. Dazu bedarf es eines geeigneten rechtlichen Instrumentariums, das z. B. den Einsatz verdeckter Ermittler regelt, das Täterüberwachungsmaßnahmen erlaubt. Auch die Staatsanwaltschaft ist hier künftig mehr gefordert. Angesichts schwieriger rechtlicher Würdigungen müssen Schwerpunktstaatsanwaltschaften als Pendant zu speziellen Dienststellen der Organisierten Kriminalität geschaffen werden.

Da häufig kriminelle Vereinigungen nicht nachgewiesen werden können, Einzeltaten und Tatkomplexe abgetrennt und gesondert abgeurteilt werden und demnach die Strafen gering(er) ausfallen, lohnt sich für die Straftäter allemal das Risiko.

Wenn neben geringem Entdeckungs- und Strafisiko zudem nach Rückkehr in die Freiheit das kriminelle Vermögen weiter zur Verfügung steht, dann wird das Sprichwort vom Verbrechen, das sich nicht auszahlt, im Bereich der Organisierten Kriminalität genau in sein Gegenteil verkehrt.

Daher müssen den Ermittlungsbehörden Informationen der Steuer- und Finanzverwaltung zur Verfügung stehen. Die enormen Gewinne müssen aber nicht nur aufgespürt, sondern in jedem Fall der Organisation entzogen werden. So trifft man den/die Täter an ihrer empfindlichsten Stelle, nur dann verhindert man eine Ausdehnung und Stabilisierung dieser kriminellen Verhältnisse.

Es gibt also durchaus erfolgversprechende Maßnahmen gegen Organisierte Kriminalität. Die vorhandenen Vorschläge und Konzepte müssen aber alsbald umgesetzt werden. Sie sind nicht überzogen, wie einige meinen – sie sind „anders“, aber wir haben es auch mit einer „anderen“ Kriminalität zu tun.

Kommen die Maßnahmen zu spät, werden wir ähnliche Erfahrungen wie die USA und Italien machen. Dazu darf es nicht kommen.

Rotbuch Rationen

In unübersichtlichen Zeiten braucht die Linke keine Leitlinien, sondern produktive Neugier: RATIONEN liefern Orientierungswissen und Proviant. RATIONEN bieten Vernunft im Plural, Gründe für eine antiautoritäre Kultur, Aufklärung, deren Ergebnis nicht schon vorab feststeht. RATIONEN sind Wegzehrung für die Reise in eine neue Welt.



Norberto Bobbio
Die Zukunft der Demokratie

184 Seiten, DM 29

Michael Walzer
Exodus und Revolution

176 Seiten, DM 29

André Gorz
Kritik der ökonomischen Vernunft

392 Seiten, DM 38

Krämer/Leggewie
Wege ins Reich der Freiheit

320 Seiten, DM 38

Winograd/Flores
Erkenntnis Maschinen Verstehen

ca. 320 Seiten, ca. DM 38

Rotbuch Verlag

Franz Moll

Erscheinungsformen der Organisierten Kriminalität

Franz Moll, geboren 1940, lebt als freier Journalist in Heidelberg.

Definitionsstreit

1987 wies Dagobert Lindlaus vielbeachtetes Buch „Der Mob“ auf das Vorhandensein der organisierten Kriminalität in der Bundesrepublik hin. Ein Jahr darauf vertrat DER SPIEGEL in einer Serie zu diesem Thema die Auffassung, daß sich hierzulande Verbrechersyndikate etabliert hätten, die in ihren Erscheinungsformen sogar mit der Mafia und Camorra gleichzusetzen seien: „Mafia und Camorra, Cosa Nostra und ‚N'Drangetha‘ haben ihre Filialen in Wuppertal wie in Stuttgart.“

Der Anteil von Aktivitäten ausländischer organisierter Tätergruppierungen und der „hausgemachten“ organisierten Kriminalität ist freilich höchst umstritten.

Als zu Beginn der 70er Jahre das neue Kriminalitätsphänomen manifest wurde, legte die Arbeitsgemeinschaft der Leiter der Landeskriminalämter und des Bundeskriminalamtes 1974 erstmals eine Definition der neuen Verbrechenart vor:

„Der Begriff der organisierten Kriminalität umfaßt Straftaten, die von mehr als zweistufig gegliederten Verbindungen oder von Gruppen in nicht nur vorübergehendem arbeitsteiligem Zusammenwirken begangen werden, um materielle Gewinne zu erzielen oder Einfluß im öffentlichen Leben zu nehmen.“

Nach jahrelangen, lebhaften Diskussionen um die Adäquanz dieser Begriffsbestimmung versteht man seit 1982 unter organisierter Kriminalität „nicht nur eine mafiaähnliche Parallelgesellschaft im Sinne des organized crime, sondern ein

- arbeitsteiliges,
- bewußtes und gewolltes,
- auf Dauer angelegtes Zusammenwirken mehrerer Personen zur Begehung strafbarer Handlungen,
- häufig unter Ausnutzung moderner Infrastrukturen,
- mit dem Ziel, möglichst schnell hohe finanzielle Gewinne zu erreichen“.

Grundsätzlich lassen sich der organisierten Kriminalität keine bestimmten Deliktsbereiche zuordnen. Dennoch gibt es Kriminalitätsbereiche, die Erscheinungsformen dieser Kriminalität aufweisen. z. B.: die sogenannten „Straftaten im Zusammenhang mit dem Nachtleben“ wie Menschenhandel, Prostitution, Zuhälterei oder illegales Glücksspiel, Eigentums-, Gewalt-, Wirtschafts-, Drogen-, Waffen- oder Falschgeldkriminalität.

Beispiele

– Im Bereich des Nachtlebens fand in den letzten Jahren eine zunehmende Brutalisierung des „Kriminellenmilieus“ statt. Erinnerung sei an den Fall Pinzner und jene spektakuläre Mordserie im Hamburger Zuhältermilieu, die den Bandenkriegen der 20er Jahre in den USA ähnelte.

– Es gibt mittlerweile auch internationale Netze von Organisationen, die mit *Frauen- und Prostitutionshandel* ihre Geschäfte betreiben. Am stärksten betroffen sind davon Frauen aus Ghana, Thailand und von den Philippinen. Innerhalb kürzester Zeit werden Frauen auch über Ländergrenzen hinweg von Bordell zu Bordell verschoben.

– Viele Bereiche der *Wirtschaftskriminalität*, wie etwa Anlagebetrug oder Formen der Untreuehandlungen (z. B. im Zusammenhang mit Devisengeschäften), sind mit hohen Investitionen, einer kurzfristigen Gewinnmaximierung und der Ausnutzung moderner Infrastrukturen verbunden. Hinzu kommt meist eine überregionale oder internationale Tatdimension.

Durch die präzise und professionelle Orientierung an Markterfordernissen verhält sich die organisierte Wirtschaftskriminalität gleichsam „systemimmanent“. Korruption wird dabei häufig zum „Bündelglied“ – erinnert sei nur an den Fall Antes in West-Berlin.

– Ebenso zählt die *Kriminalität mit unbaren Zahlungsmitteln* – wie Kreditkarten, Reiseschecks, Eurochecks – zur Wirtschaftskriminalität. Die Kriminalstatistik verzeichnete 1987 in der Bundesrepublik bei den rund 165 000 Wohnungseinbrüchen einen rapiden Anstieg des Diebstahls von Eurocheckvordrucken und Scheckkarten. Von den 12 000 Scheckvordrucken wurden bislang etwa ein Drittel im europäischen Ausland betrügerisch eingelöst.

– Angestiegen ist in den vergangenen Jahren auch die sog. *Kraftfahrzeugkriminalität*. 1987 verschwanden etwa 16 000 Kraftfahrzeuge. Vor allem die Mar-



Werner Pinzner, Armin Hockauf und Josef Peter Nusser waren 1987 im Prozeß um die Morde im Hamburger Zuhältermilieu angeklagt. Pinzner entzog sich spektakulär durch Doppelmord und Suizid. Foto: dpa

ken Daimler Benz, BMW oder Porsche werden bevorzugt in die Länder des Vorderen Orients, nach Nordafrika oder in die USA verschoben. Verschiffungshäfen sind Hamburg, Bremerhaven, Rotterdam, Antwerpen und Marseille. Der Versicherungswirtschaft entsteht durch diese Delikte ein jährlicher Schaden von über 300 Mio. DM.

Längst mehren sich die Hinweise, wonach die Verschiebung gestohlener Fahrzeuge in enger Verbindung mit der Drogen- und Falschgeldkriminalität sowie illegalem Waffenhandel steht.

– Die Situation bei der *Falschgeldkriminalität* ist stark von internationalen Verflechtungen geprägt. Die Herstellung erfolgt in großen Mengen, arbeitsintensiv und unter Mitwirkung von Fachleuten. Dabei werden marktorientiert verschiedene Währungen in gängigen Nennwerten angeboten. Immer häufiger wird Falschgeld nur nach Vorkasse übergeben, so daß das Sicherstellungsrisiko auf den Käufer abgewälzt wird. Verbindungen zu anderen Kriminalitätsbereichen – z. B. zur Drogenkriminalität und zur Kfz-Verschiebung – treten immer häufiger auf.

Rapider Anstieg der Drogenkriminalität

– Die Bundesrepublik ist ein bedeutsames Drogenabsatz- und -transitland. Die im Herstellungs-

land sitzenden Großhändler von Heroin-, Kokain- und Cannabisprodukten organisieren den Transport zu den in der Bundesrepublik ansässigen Zwischenhändlern. Sie tragen das Verlust-, aber kaum das Bestrafungsrisiko. Zur Minimierung des Verlustrisikos werden permanent neue Schmuggelrouten und -methoden ausgetestet. Eine zentrale Verteilung in der Bundesrepublik gibt es (noch) nicht; Groß- und Zwischenhandel sind regionalisiert.

Gängiges Organisationsprinzip ist zunächst die Abschottung zwischen den einzelnen Stufen der Gruppierung und zwischen deren Angehörigen. Dadurch soll das Verratsrisiko auf ein Minimum reduziert werden. Bei der kolumbianischen Kokain-Mafia sorgt z. B. der Depothalter für die Abschottung zwischen Lieferant und Abnehmer.

Konspirativ werden Scheinfirmen unterhalten, die sowohl der Durchführung von Geschäften wie der Geldwäsche dienen. Bei neuen Geschäftspartnern ist Gegenobservation üblich. Ein weiterer Schwerpunkt konspirativen Verhaltens ist die mit hohen Investitionen verbundene Einrichtung von Verstecken. (Um einen Transport von über acht Tonnen Haschisch von Libanon nach Mitteleuropa durchzuführen, wurde beispielsweise eigens ein Schiff gekauft. Die Einstiegs Luke wurde mit einer speziell für diesen Zweck gefertigten Stahlplatte verschraubt und zusätzlich mit Beton übergossen. Dar-

über wurde die legale Ladung von 600 Tonnen Pflastersteinen gestaut.)

Weitere Merkmale der Drogenkriminalität sind finanzielle Vergünstigungen für Angehörige der eigenen Organisation, die Korruption von Helfershelfern, die Ausübung von umfangreichen Einschüchterungspraktiken sowie das Sühnen mit Gewalt im Verratsfalle.

Die kolumbianischen Kartelle – besonders die in Medellín und Cali – steuern das internationale Kokaingeschäft von der Produktion bis zum Zwischenhandel in den Verbraucherregionen. Sie organisieren den Ankauf von Kokablättern, deren Verarbeitung in Kokapaste und die Weiterverarbeitung der Paste zu Kokainhydrochlorid. Eigene Speditionsfirmen sind ausschließlich mit dem Transport des Kokains in die großen Verbraucherregionen der Welt beschäftigt. Dort wird die Ware bei Depothaltern zwischengelagert, die die Aufgabe haben, bestimmte Mengen an Zwischenhändler auszuliefern. Diese Abnehmer nehmen das Kokain in Kommission und zahlen erst nach Weiterverkauf. Sogenannte Residenten überwachen alles und verhalten sich dabei wie Agenten eines Spionageringes.

Internationales Lagebild

– *Hongkong* gilt als eines der Urländer der Organisierten Kriminalität; es gibt sie dort seit 1842. Seit 1855 wird sie von den Triaden beherrscht. Davon existieren heute in Hongkong etwa sechzig. Die organisierte Kriminalität erstreckt sich besonders auf die Deliktbereiche Drogenhandel, illegales Glücksspiel, Pornographie, Kreditwucher, Schutzgeld- und sonstige Erpressung, illegale Ein- und Auswanderung und Schmuggel.

– Seit den 70er Jahren wurde die Organisierte Kriminalität auch in der *Sowjetunion* eine soziale Erscheinung. Erste Formen bildeten sich in der Chruschtschow-Ära, denen in westlichen Ländern ähnelnd. Als Delikte sind hier besonders die Schutzgelderpressung und Entführung zu nennen. Ausschlaggebend für den Aufstieg und die Machtausübung einer Verbrecherorganisation sind immer die Korruptionsbeziehungen. Im September 1988 erregte ein Korruptionsprozeß Aufsehen, da er zugleich auch eine Abrechnung mit den kriminellen Machenschaften in der Breschnew-Ära darstellte. Zu zwölf Jahren verschärfter Lagerhaft wegen Be-

stechlichkeit wurde Jurij Tschurbanow, ein Schwiegersohn Breschnews und ehemaliger Vize-Innenminister, verurteilt.

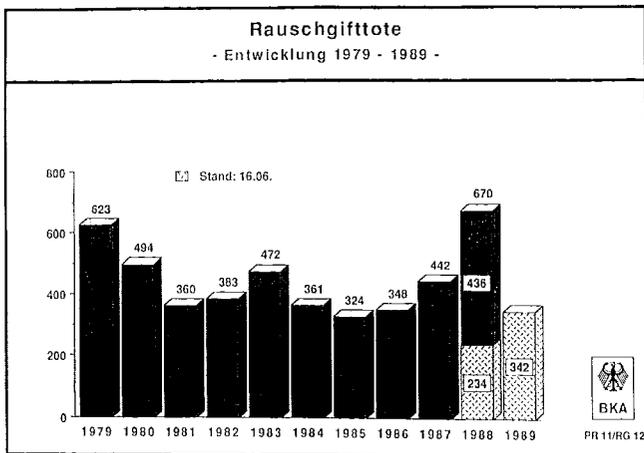
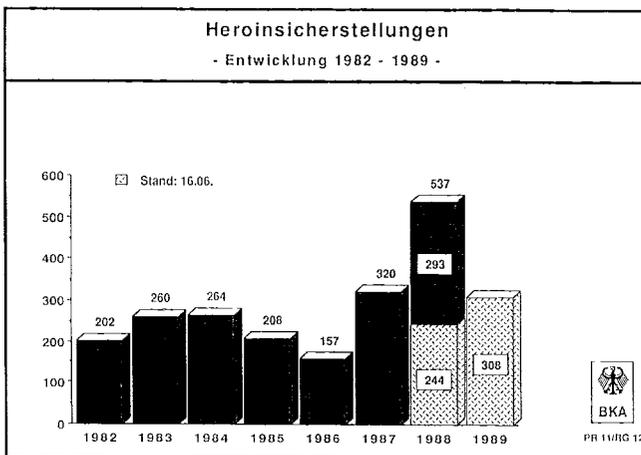
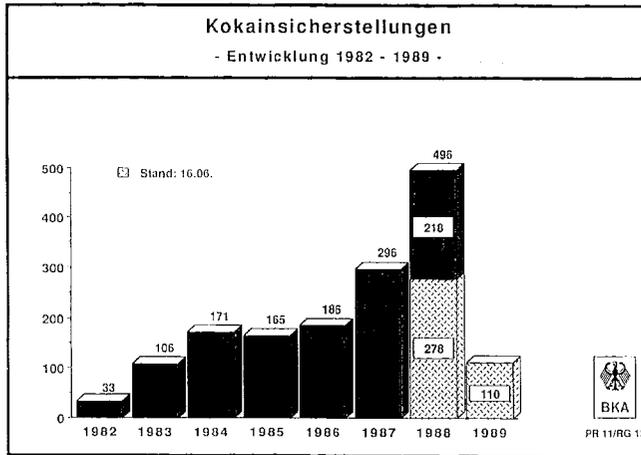
– Nach den Ergebnissen einer vom damaligen Präsidenten Reagan eingesetzten Untersuchungskommission hat sich das Organisierte Verbrechen *in den USA* zu einer Industrie mit einem Umsatz von über 100 Milliarden Dollar entwickelt. Als Haupteinnahmequellen sind der Drogenhandel, das illegale Glücksspiel, Geldverleih zu Wucherzinsen, Prostitution zu nennen. Vor allem im Baugewerbe, im LKW-Transportverkehr oder bei der Müllabfuhr besitzt die Cosa Nostra eine dominierende Stellung.

Gleichwohl hat man in den USA bei der Bekämpfung dieser sizilianischen Untergrundorganisation große Erfolge erzielen können. Besonders erwähnenswert ist die Verurteilung des Führers von fünf New Yorker Cosa-Nostra-Familien. Freilich bedurfte es hierbei eines über vier Jahre dauernden Ermittlungsverfahrens, in dem 175 (!) FBI-Agenten eingesetzt waren. Die Schwächung der Cosa Nostra wirkte sich aber nicht auf das Drogengeschäft aus, wo sich inzwischen eher südamerikanische und chinesische Gruppierungen hervorgetan haben.

– Als klassisches Land der Organisierten Kriminalität gilt schließlich *Italien*. Man unterscheidet dort die „alte“ und „neue“ Mafia – wobei die „alte“ sehr eng gebunden ist an die spezifische Sozialstruktur und Geschichte Siziliens, während die „neue Mafia“ ihren Aktionsradius längst über Italien hinaus – vor allem im internationalen Drogenhandel! – ausgedehnt hat.

Die neapolitanische Camorra hat ihre kriminellen Energien von Anfang an unter großstädtischen Verhältnissen entwickelt. Haupterwerbszweig ist die Erpressung, die Herstellung und der Vertrieb von Falschgeld sowie der Drogenhandel. Nach offiziellen Statistiken sind der Mafia, der Camorra und der kalabrischen N'Drangheta im Jahre 1988 insgesamt 730 Morde zuzurechnen (1987: 705).

Im sogenannten „Maxi-Prozeß“ wurden jüngst in Palermo 456 Personen angeklagt wegen Zugehörigkeit zu einer mafiosen kriminellen Vereinigung. Drogenhandel und Mord. Nach einer Verhandlungsdauer von 22 Monaten verurteilte man 342 Angeklagte, 114 mußten wieder freigelassen werden. Bedauerlicherweise war es nicht möglich, auch die „Dritte Ebene“ der Mafia, nämlich die Verbindung zur Finanz- und Politikerwelt, in die Verhandlung miteinzubeziehen.



Rolf Uessler „Mafia über alles“ – Staatliches Handeln und organisiertes Verbrechen

Rolf Uessler, 1943 geboren, lebt und arbeitet als Publizist in Rom; Veröffentlichung: Mafia. Mythos – Macht – Moral, Bonn 1987.

Mafia ist überall

Seit kurzer Zeit beginnt man auch in der BRD ein Phänomen wahrzunehmen und öffentlich zu diskutieren, dessen Existenz man von offizieller, d. h. institutioneller Seite entweder leugnete oder ins Ausland verschob: Mafia oder organisiertes Verbrechen. Man tut sich mit dem, was man da tagtäglich zwischen Hamburg und München, zwischen Frankfurt und Düsseldorf beobachten kann, selbst bei der Benennung schwer; und daß man „organized crime“ in bundesdeutschen Amtsstuben und Polizeistellen als „Organisierte Kriminalität“ eingeführt hat, ist kein bedeutsamer, aber ein signifikanter Nebenaspekt. Sicherlich wird man die Aussage, die Untersuchungsrichtern des Parlermitaner Anti-Mafia-Pools zugeschrieben wird („Deutsche Polizeikommissare erkennen einen Mafioso auch dann nicht, wenn er ihnen auf den Füßen steht“), heute nicht mehr so aufrechterhalten können, doch die Qualität der Kenntnisse über das organisierte Verbrechen sind der Sache selbst nicht angemessen. Dies gilt nicht nur für die Behörden, die sich der Bekämpfung widmen oder widmen sollten (Staatsanwälte, Richter, Polizei, Steuerfahnder, Sicherheitsdienste etc.), sondern vor allem „außerhalb“ für Verantwortliche in Politik und für öffentliche Meinung. Noch immer hält sich in der Bevölkerung das Bild von Mafia oder organisiertem Verbrechen als etwas Exotisches, das in Kriminal- oder Spionageromanen vorkommt oder von Hollywood-Regisseuren in Filmen wie „Der Pate“ oder „Pizza-Connection“ bunt getüpfelt ist. Mangels Aufklärung ist dies nicht verwunderlich.

Doch dieses Bild entspricht schon seit über zwei Jahrzehnten nicht mehr der Realität (und es ist bezweifelbar, daß es dies jemals getan hat). Das Phänomen Mafia und organisiertes Verbrechen ist sehr viel komplexer und vielschichtiger als der Begriff

Organisierte Kriminalität nahelegt, indem er den Qualitätssprung darin faßt, daß an die Stelle einzelner Krimineller vergangener Tage heute gut durchorganisierte Gruppierungen getreten sind. Mafia/organisiertes Verbrechen heute, das sind keine Gangstersyndikate à la Al Capone mehr, sondern gesellschaftliche Subsysteme geworden. Subsysteme, die in der übergroßen Zahl der Industrienationen wie der „Schwellenländer“ politisch, ökonomisch, sozial fest verankert sind. Anders ausgedrückt: Mafiaorganisiertes Verbrechen ist zum festen Bestandteil in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft sowohl in den USA wie in Italien, in der UdSSR ebenso wie in China, in der BRD ebenso wie in Japan, in Bolivien ebenso wie in Thailand etc. geworden. In diesen Subsystemen treffen sich Staatsbeamte und Waffenhändler, Finanzjongleure, „Mafiabosse“ und „Geheimdienstler“, Drogenschmuggler und Bankdirektoren, Politiker und Immobilienmakler ebenso wie Richter und Filmmagnate – wenn auch nicht immer am gleichen Ort. Die Protagonisten dieser mafiosen Subsysteme bewegen sich in der Mehrzahl und in steigendem Maße auch überwiegend nicht auf kriminellen, illegalem Terrain, sondern auf legalem oder halblegalem Boden. Die Schnittstellen zwischen gesetzlich Erlaubtem und Unerlaubtem verschwimmen immer mehr in einer Grauzone, die sich mit einer Aureole der Legitimität schmückt.

Der Krieg der kolumbianischen Drogenbosse

Kolumbien, der größte Exporteur von Kokain – der allein 80 Prozent des Bedarfs auf dem US-amerikanischen Markt abdeckt – befindet sich seit Wochen quasi im Kriegszustand. Ein „Bürgerkrieg“, der nicht auf Befehl des Regierungspräsidenten Barco zwischen kolumbianischer Armee und marxistisch gesinnten Rebellen, sondern zwischen Staatsmacht und der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Macht der sogenannten Drogenkartelle von Medellín und Cali ausgefochten wird. Grund für die kriegsähnlichen Auseinandersetzungen waren nicht die auf Befehl der „Kokainkönige“ erfolgten Ermordungen von Richtern, Politikern, Journalisten – wie des Präsidentschaftskandidaten Galán, dies war nur der Anlaß –, sondern ein gesetzähnliches Papier, das die Auslieferung von Kriminellen bzw. von „kriminellen Handlungen verdächtigter und beschuldigter Personen“ an die USA vorsieht. Gegen dieses bilaterale Abkommen richtet sich der Angriff der Drogenkartelle, den sie mit Drohungen, Einschüchterungen



Mafia-Opfer, ein Kind, wird zu Grabe getragen

Foto: Tano d'Amico

und Ermordungen vortragen, wobei ihnen nicht nur hochspezialisierte „Killer“ zur Seite stehen, sondern auch regelrechte Armeeverbände, teilweise ausgebildet und strategiemäßig unterstützt von ehemaligen Kommandanten englischer Spezialtruppeneinheiten bzw. des israelischen Geheimdienstes Mossad. Die USA bekunden ihr enormes Interesse an diesem Abkommen durch Präsident Bush, der ankündigt, nicht nur 65 Millionen Dollar zur Unterstützung von Polizei, Heer und Justiz nach Bogota zu überweisen, sondern sich auch bereit erklärt, CIA-Leute und Truppen nach Kolumbien zu entsenden.

Hintergrund der amerikanischen Überlegungen zum Auslieferungsabkommen ist erstens die Überzeugung, daß die den Drogenhandel organisierenden Personen kolumbianischer Staatsbürgerschaft (die verschiedenen Ochoa, Escobar, Orjuela, Gacha etc., die in amerikanischen Wirtschaftsmagazinen wie „Forbes“ oder „Fortune“ unter den 100 Superreichen dieser Erde geführt werden) sich nach US-Recht (!) strafbar gemacht haben, indem sie Tonnen

von Kokain auf die Märkte zwischen New York und Los Angeles transportieren ließen. (Wäre es in diesem Zusammenhang denkbar, daß die USA ein Abkommen mit Saudi-Arabien oder Libyen schließen würden, das die Auslieferung von Managern der Alkoholindustrie mit amerikanischer Staatsbürgerschaft vorsieht, da der Import und Konsum von beispielsweise legalen Drogen wie Whisky und Cognac in diesen Ländern als illegale Drogen unter Strafe steht?)

Zweitens, die Hoffnung, daß mit der Ausschaltung der kolumbianischen Drogenbosse der Kokainkonsum, der flächendeckende Ausmaße in allen Schichten und Altersstufen der amerikanischen Bevölkerung angenommen hat, drastisch eingeschränkt werden könne. (Eine Hoffnung, die von der Realität der Drogenbekämpfung wenig genährt wird. Für den Nobelpreisträger und „Reaganomic“ M. Friedman ist der „war against drugs“ längst verloren und auch nicht zu gewinnen.)

Und drittens die Überzeugung, daß die kolumbianische Staatsmacht zu schwach ist, als daß sie in der

Lage wäre, den Kartellen von Medellin und Cali den Prozeß zu machen und sie aburteilen zu lassen. (Was wohl auch der Realität entspricht.)

Kolumbien und Bolivien sind dank des Exports von Kokain auf die Konsummärkte der westlichen Industrienationen faktisch die unverschuldetsten Länder Lateinamerikas. (In Mexiko – international hoch verschuldet – verdienen die zwölf drogenhandelnden „Familien“ mehr, als der mexikanische Staat mit dem Verkauf von Erdöl einnimmt.) So ließ einer der Oberhäupte der aristokratischen, Präsidenten wie Banzer machenden Familien Boliviens, die ebenfalls mit Kokain handeln, den amerikanischen Präsidenten in einem Brief wissen, daß er die gesamten Auslandsschulden des Andenstaates bar begleichen werde, wenn die USA den Vorwurf gegen ihn als inkriminierte Person fallen lassen würden.

Mit den Geldern aus dem Handel mit Kokain, das in Frankfurt und Tokio, in London, Mailand oder Washington konsumiert wird, haben die südamerikanischen Drogenkartelle nicht nur Villen gebaut, die an Pracht diejenigen der Ölscheichs sicherlich nicht untertreffen, sondern in fast alle Bereiche der Wirtschaft investiert: von Baufirmen, die Sozialbauviertel hochziehen, Banken, Versicherungsanstalten, Fußballclubs, Touristikunternehmen bis zu Radio- und Fernsehstationen. Die Wähler laufen den Kommunal- und Bundespolitikern, die „im Dienste“ der mit Kokain handelnden „Wohltäter“ (die Wohnung, Brot und Spiele bieten) stehen, in Scharen nach. Und diejenigen, die als Richter, Polizisten, Staatsbeamte oder als Anwälte und Journalisten arbeiten, wechseln in steigendem Maße auf die wirtschaftlich stärkere Seite über. (Ganz oben auf der Auslieferungsliste der USA steht ein 35jähriger Mann namens Edoardo Martinez Romero, ein brillanter Ökonom, den man beschuldigt, von Kolumbien aus in nur zwei Jahren mehr als 1,2 Milliarden Dollar durch Finanztransaktionen auf dem amerikanischen Bankenmarkt „weißgewaschen“ zu haben.)

Das Geldvolumen – erwirtschaftet aus dem Drogenhandel (den legalen ausgenommen) –, das heute auf den internationalen Finanzmärkten rund um den Globus zirkuliert, hat inzwischen – und darin stimmen fast alle offiziellen Statistiken und Schätzungen überein – das der Petrodollars weit übertroufen. Allein über 1000 Milliarden DM (eine eins mit zwölf Nullen) werden jährlich für illegale Drogen (von Kokain über Heroin bis Marihuana und synthetische Stoffe) von Konsumenten in aller Welt ausgegeben. Die Tendenz ist steigend, da sich Ge-

brauch und Verbrauch auch immer mehr in den Ländern der sogenannten Dritten Welt und den sozialistischen Staaten ausbreiten. Was organisiertes Verbrechen heute im Durchschnitt mit all seinen Aktivitäten auf den als illegal erklärten Märkten – von Drogen- und Waffenhandel über Prostitution und Glücksspiel bis zum Versicherungsbetrug und Devisenschmuggel – mit fünf Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung erwirtschaftet, beläuft sich in den großen Industrienationen auf rund zehn Prozent des Bruttosozialproduktes. Das bedeutet für die BRD mehr als 160 Milliarden DM, „erarbeitet“ von rund einer Million Bundesbürgern.

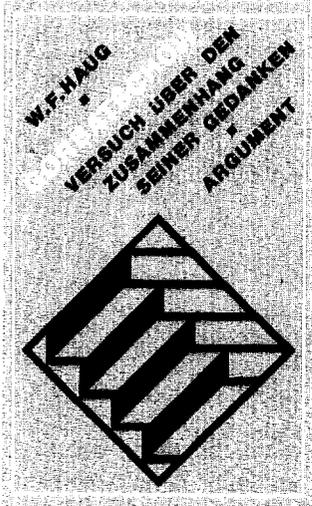
Bildete das organisierte Verbrechen heute eine eigene Nation, würde sie vom erwirtschafteten Umsatz her noch vor Japan rangieren und mit den USA um Platz eins streiten.

Kapitalistische Ethik statt kriminelle „Codes“

Der Boom des organisierten Verbrechens bzw. der Herausbildung mafioser Subsysteme begann in den sechziger Jahren. Parallel zur Herausbildung von legalen internationalen Märkten, auf denen immer mehr und immer schneller Waren und Finanzen zirkulieren, hat sich eine Internationalisierung der illegalen Waren- und Geldmärkte vollzogen, die häufig die gleichen Handelsrouten, Transportmittel, Geldinstitute und Bankverbindungen benutzen. (Einem Bericht des US-Präsidenten zufolge sind heute 60 Prozent der amerikanischen Banken, von den größten wie die „Bank of America“ bis zu den kleinen Landwirtschaftsbanken im Mittleren Westen – mehrheitlich wissentlich – in das „Weißwaschen“ von Geldern aus illegaler Wirtschaftstätigkeit verwickelt. Variierend in den Prozentsätzen läßt sich dieses Faktum beispielsweise ebenso für die Schweiz oder Luxemburg, die BRD oder Japan verifizieren.) Die Bildung weltweiter, illegaler Märkte hat auch das Gesicht des organisierten Verbrechens verändert.

Die Hauptcharakteristika sind heute erstens die *Durchökonomisierung*, zweitens die *Vertikalisierung* und drittens die *Horizontalisierung*. An die Stelle krimineller „Codes“ ist die kapitalistische Ethik getreten. Vom ökonomischen Standpunkt herrschen zum Beispiel auf den illegalen Drogen- und Waffenmärkten die gleichen Verwertungs-, Organisations- und Vertragsprinzipien wie auf den legalen Drogen- und Waffenmärkten. Die Unternehmen des organisierten Verbrechens orientieren sich

Aktualität des Marxismus/Feminismus



Wolfgang Fritz Haug
Gorbatschow

Versuch über den Zusammenhang seiner Gedanken
480 S., br. DM 34,-, Ln. DM 44,-

In diesem Buch findet man die erste umfassende Darstellung der Theorie der Perestrojka, analysiert wird eine in Gedanken erfaßte Praxis, rekonstruiert ein Denkprozeß, der die theoretische Umwälzung als integrales Moment der politisch-praktischen Neugestaltung bestimmt.

»Haug unternimmt es, das Perestrojka-Projekt aus über 100 Reden und Schriften Gorbatschows, seiner Mitdenker und Gegener im In- und Ausland als gigantisches Umbau-Unternehmen in seine Komponenten zu zerlegen.«
(die tageszeitung)

Raúl Rojas

Das unvollendete Projekt

Zur Entstehungsgeschichte von
Marx' Kapital

Edition Philosophie und Sozialwissenschaften EPS 14

380 S., br., DM 28,-

Dieses Buch versteht sich nicht als eine weitere Einführung in die innere Logik und Struktur des theoretischen Hauptwerks von Marx, sondern begreift und analysiert *Das Kapital* im Zusammenhang mit seinen historischen und theoretischen Voraussetzungen. So kann das Marxsche Projekt in eine Reihe von theoretischen Krisen eingebettet werden, auf die es eine wissenschaftlich-revolutionäre Antwort gibt, die unvollendet und an manchen Stellen in sich widersprüchlich geblieben ist.



Küche und Staat

Politik der Frauen

F. Haug/K. Hauser

Argument-Sonderband AS 180

170 S., br., DM 18,50

(15,50 für Stud.)

Erfahrungen und Sichtweisen, die Frauen erworben haben, sind oft Hoffnung und Verhinderung zugleich. Perspektivische politische Handlungsfähigkeit braucht die Übersetzung weiblicher Erfahrungsdimensionen in politische Artikulation und neue kulturelle Formen. Wir untersuchten: Rosa Luxemburg und die Frauen/Vom Mit-Opfer zur Selbsttäterin/Fraueninteressen Durchsetzungsstrategien/Politische Diskurse um Verantwortung/Weiblicher Masochismus und die Verantwortung von Frauen/Frauen und Berufsverbot/Arbeitsbeziehungen und Mikroelektronik

Argument

Rentzelstraße 1 2000 Hamburg 13

30 Jahre Argument

heute ebenso an Kosten-Nutzen-Analysen wie an Profitmaximierung und werden dementsprechend geführt. Ihre Einflusssphären auf den illegalen Weltmärkten haben sie oligopolistisch aufgeteilt.

Die *Vertikalisierung* hat zur Folge, daß sich „oben“ eine kleine Schicht von international operierenden Oligopolisten herausgebildet hat, während „unten“ unter den erwerbstätigen Schichten ein konkurrenziales Verhältnis besteht: Arbeitskräfte, die aus der ehemals sogenannten „Malavita“ ebenso rekrutiert werden wie aus der jugendlichen Bandenkriminalität, aus ethnischen Minderheiten oder aus den Arbeitslosenheeren und die illegalen „Handarbeiten“ verrichten.

Mit der *Horizontalisierung* ist ein Prozeß zusammengefaßt, der die immer breitere Ausflüchtung und Verankerung des organisierten Verbrechens in immer weiteren Bereichen der Gesellschaft betrifft, in dem Anwälte und Politiker, Börsenmakler und Wirtschaftsberater tätig sind. Diese Horizontalisierung wird leicht einsehbar, wenn man den Verbleib der Gelder verfolgt, die auf den illegalen Märkten verdient werden. Ein kleiner Teil der Aberhunderte von Milliarden fließt zurück in den illegalen Wirtschaftskreislauf zum Ankauf, Transport und Vertrieb neuer Waren.

Ein weitaus größerer Anteil wird in die Länder der Oligarchisten des organisierten Verbrechens (wie die italienische Mafia, die kolumbianischen Kokainkartelle, die amerikanische Cosa Nostra, die chinesischen Triaden, die japanische Yakuza etc.) zurückgeführt – nachdem sie „weißgewaschen“ sind, d. h. ihre illegale Herkunft unkenntlich gemacht worden ist – und in der legalen Wirtschaft investiert (Autohandel, Leasing-Firmen, Baubranche, Handelsketten, Unterhaltungsindustrie, moderner tertiärer Sektor etc.). Der größte Teil zirkuliert auf den internationalen Finanzmärkten und sucht sich auf den Devisen-, Börsen- und Kreditmärkten die aktuell in der Welt profitabelsten Anlagemöglichkeiten. In den letzten beiden Bereichen – in der legalen Wirtschaft und in der Hochfinanz – arbeitet das „white-collar-Heer“ des organisierten Verbrechens, das täglich Milliarden bewegt und „über jeden Verdacht erhaben“ ist.

Die enorme legale, illegale wie halblegale Wirtschafts- und Finanzmacht des organisierten Verbrechens genießt nur teilweise den nationalstaatlichen Schutz oder den der internationalen Rechtsordnung. Sie verschafft sich politische Rückendeckung entweder dadurch, daß sie, wie in der Vergangenheit vorherrschend, sich Politiker oder Parteien/Parteiströ-

mungen zu Dank verpflichtet, indem sie Wahlstimmen sammelt (wie z. B. Cosa Nostra für den Präsidentschaftskandidaten J. F. Kennedy) bzw. Spenden für oder auch nach Wahlkämpfen fließen läßt. Oder dadurch, daß sie – beginnend auf der Ebene ihres größten Einflusses, der kommunalen Ebene von Parteien und Institutionen – Personen ihres Vertrauens mit enormen Mitteln „hilft“, die politische Karriereleiter über die Länder- auf die Bundes- und Regierungsebene zu erklimmen. Über Parteifractionen werden dann strategisch wichtige Positionen in Justiz, Staatsverwaltung, Polizei und Sicherheitsdiensten besetzt. (Daß daneben dann auch Methoden der Korruption, Bestechung und Einschüchterung von die Geschäfte möglicherweise störenden Ordnungskräften etc. eingesetzt werden, ist ein nahezu alltägliches Erscheinungsbild.) Die parlamentarische Demokratie und ihre Institutionen werden auf diese Weise von innen her ausgehöhlt; ein Prozeß, der immer umgeben ist vom Schein demokratischer Legitimität.

Staatlich organisierte Kriminalität

Wenn das Phänomen des organisierten Verbrechens – vor allem durch die Verflechtung mit legal arbeitenden Wirtschaftsunternehmen, Parteien, Politikern, Verbänden und staatlichen Institutionen zu „mafiosen Subsystemen“ – schon für sich äußerst komplex und vielschichtig ist, so wird es dies um so mehr durch ein anderes Faktum (vor allem was mögliche Eindämmung und Zurückdrängung anbetrifft): das der *staatlich organisierten Kriminalität*.

Die Bevölkerung, aber auch Wissenschaftler sind im allgemeinen nicht in der Lage, sich Staat und kriminelles bzw. ungesetzliches Handeln zusammenzudenken. Staat und Illegalität werden im Gegenteil als Gegensatz begriffen. Diese Vorstellung wird noch dadurch genährt, daß trotz Gewaltenteilung außerhalb des Staatsapparates keine Institution existiert, die die Einhaltung der Grenzen zwischen Legalität und Illegalität überwacht.

Daß staatliches Handeln fast täglich die Grenzen des Gesetzmäßigen überschreitet (und sei es auch nur als Beihelfer), ist ein Faktum. Mag es sich dabei nun um spektakuläre Fälle, z. B. der amerikanischen Exekutive, handeln, die den CIA anweist, Drogen gegen Waffen zu „schmuggeln“, wie im Nicaragua-Konflikt für die „Contras“ („Irangate“), unliebsame Regierungen zu stürzen, wie in Chile, ihr unfreundlich gesinnte Regime zu destabilisieren, wie in Li-

byen, oder um die französische Exekutive handeln, die ein Greenpeace-Boot in die Luft jagen läßt, oder um die Besorgung schwarzer Lockgelder durch die niedersächsische Polizei in den Spielbanken des Landes oder um weniger aufsehenerregende Fälle handeln, wie der Gebrauch ungesetzlicher Methoden zur Bespitzelung von Bürgern, die illegale Umleitung von Geldern, der Verkauf von Waffen an Staaten, an die keine Waffen geliefert werden dürfen, die Vergabe von öffentlichen Aufträgen oder Stellen an „befreundete“ Firmen oder Personen etc. (Zur Durchführung dieser „geheimen Operationen“ bedient sich der Staat nicht selten der Personen und Organisationen, die im Dienste der mafiosen Subsysteme ohnehin im Untergrund operieren – oder er kopiert deren Methoden bei der Abwicklung seiner illegalen Aktivitäten. Mit dem nicht unwesentlichen Nebeneffekt, daß der Staatsapparat sozusagen unter der Hand dem organisierten Verbrechen nicht nur Schutz, sondern auch inoffizielle Legitimation verleiht. Dies wird noch dadurch verstärkt, daß die „mafiosen Fraktionen“ in Parteien, Parlament, Regierung und Institutionen beständig bestrebt sind, die Aktivitäten des organisierten Verbrechens durch ihre Macht abzudecken.)

Die meisten staatlich organisierten kriminellen Handlungen werden von Staats- und Regierungsbeamten in Ausübung ihres Berufes als Repräsentanten des Staates oder der Regierung begangen. Die Ursprünge für dieses illegale Handeln sind darin zu suchen, daß der Staat nicht nur Hüter der rechtsstaatlichen Ordnung, sondern gleichzeitig auch handelnde Institution ist, die im (vorgegebenen oder tatsächlichen) Interesse aller eigene Ziele verfolgt. Für den Staatsapparat können bei der Durchsetzung seiner Interessen Gesetze im Wege sein, oder herrschendes Recht kann im Widerspruch zu anderen Staatsinteressen stehen. Im Zweifelsfalle – wie die Praxis zeigt – handelt der Staat (nicht nur in der westlichen Hemisphäre) in wachsendem Maße nach dem Utilitaritäts-, dem Zweckmäßigkeitsprinzip, wobei Japan nicht nur wegen der anhaltenden Skandale als Prototyp zu gelten hat. Dieses Faktum der gleichzeitigen Rechtswahrung (einschließlich Rechtsetzung) und Rechtsverletzung durch den Staat hat E. Fränkel als durchgängiges Prinzip zuerst im faschistischen Deutschland beobachtet, analysiert und dafür den Begriff des „Doppelstaates“ geprägt.

Das konkurrierende Verhältnis zwischen Rechtsstaatsprinzip und Utilitaritätsprinzip, eingeführt vom Faschismus, hat mit seinem Ableben nicht auf-

gehört zu existieren, sondern ist heute zum nahezu universelle Gültigkeit beanspruchenden Leitfaden staatlichen Handelns geworden.

Politische Freund-Feind-Erklärungen bestimmen gegenwärtig in weiten Bereichen, was als gesetzlich und was als ungesetzlich zu gelten hat. Waffen zu liefern an Nationen, die als „Freunde“ gelten, kann schon morgen illegal sein, wenn aufgrund eines Regierungswechsels dieser Staat zum „Feind“ deklariert wird. Die Verfolgung „höherer Ziele“ und Ideale verleiht illegalem staatlichem Handeln äußere wie innere Legitimation (und dies gilt nicht nur bei der „Terrorismusbekämpfung“).

Eine enorme Erweiterung des Rechtsstaates, in dem über größere Partizipation und Transparenz dem Bürger effektive Kontrollmacht garantiert wird, ist nicht nur überfällig, sondern scheint der einzige Weg zur Verbesserung herrschender Zustände und ist Aufgabe und Verpflichtung zugleich für die politischen Kräfte, die den „sozialen Darwinismus“, das „Ellbogenprinzip“, nach dem das organisierte Verbrechen handelt, ablehnen.



**THEORIEHUNGER
OHNE TATENDURST?**

Doch gebt uns was zu essen, bitte sehr... **Marxistische Blätter** wollen Theorie mit politischen Konsequenzen. Und machen politische Erfahrungen nutzbar für die Weiterentwicklung der Theorie.

**MARXISTISCHE
BLÄTTER**

Wir bringen Farbe in linke Politik.

COUPON 

Bestellen Sie ein kostenloses Probeheft Marxistische Blätter Abo-Service, VVG, Xantener Str. 7, D-4040 Neuss 1

Name _____
Vorname _____
Anschrift _____

822

Lothar Jung

Perestrojka und KGB

Dr. phil. Lothar Jung, Jahrgang 1941, ist Mitarbeiter des (von Egon Bahr geleiteten) Institutes für Friedensforschung und Sicherheitspolitik in Hamburg.

In der UdSSR vollzieht sich ein tiefer gesellschaftlicher und politischer Wandel, der keine Institution unberührt läßt. Dies gilt seit neuestem auch für den weitverzweigten und mächtigen Geheimdienst KGB (Komitee für Staatssicherheit). Erstmals in der Geschichte der Sowjetunion mußte sich jüngst sein neuer Chef, Wladimir Krjutschkow, in einem Bestätigungsverfahren vor dem Obersten Sowjet öffentlich den kritischen Fragen der Abgeordneten stellen. Ein Ausschuß des obersten Parlaments der UdSSR soll künftig die Tätigkeit der mächtigen Organisation überwachen.

Jeder größere Staat benötigt einen Geheimdienst, betreibt Spionageabwehr, geheime Informationsbeschaffung und Staatsschutz. Das KGB war jedoch immer mehr als das: es war seit seiner Gründung im Dezember 1917 vor allem ein politisches Instrument in der Hand der Parteiführung zum Kampf gegen ihre politischen Feinde. Im Laufe der Jahre entwickelte es sich zu einer mächtigen Waffe im Kampf gegen jede Opposition und abweichendes Verhalten. Stalin benutzte das KGB (damals NKWD) für seinen blutigen Terror gegen ganze Bevölkerungsschichten, der selbst vor der Partei und Armee nicht halt machte. Chruschtschow ließ nach Stalins Tod den berühmt-berüchtigten KGB-Chef Lawrenti Berija hinrichten und unterstellte das KGB wieder der strengen Parteikontrolle. Fortan übte der Generalsekretär direkt die Kontrolle über seine Tätigkeit aus.

Aber auch jetzt blieb das KGB ein Instrument zur Disziplinierung abweichenden politischen Verhaltens. 1969 wurde die 5. Hauptverwaltung zum Kampf gegen das wachsende Dissidententum in der Sowjetunion eingerichtet. Zahlreiche Bürgerrechtler wurden jetzt wieder Opfer der Aktivitäten des KGB, allen voran Andrej Sacharow, Alexander Solschenizin oder Juri Orlow. Ein erstes Anzeichen für eine Wende war daher auch die Entlassung Andrej Sacharows aus der Verbannung in Gorki Ende 1986. 1987 kam es zur Entlassung aller politischen Gefangenen. Welchem Funktionswandel das KGB inzwischen unterworfen ist, machte jetzt sein neuer Chef in ei-

nem Interview deutlich. Es gipfelte in der Aussage: „Wir haben eine drastische Wende vollzogen.“

Kampf gegen „ideologische Diversion“ beendet

Der Aufstieg des prominentesten Systemkritikers, Andrej Sacharow, vom Gefangenen des KGB zum Abgeordneten des Obersten Sowjet ließ bereits ahnen, daß sich in der Vorstellungswelt der Parteioberen unter Gorbatschow etwas Grundsätzliches geändert haben mußte. Wladimir Krjutschkow bestätigte es nunmehr: die 5. Hauptverwaltung, zuständig für den Kampf gegen die „ideologische Diversion“, wurde aufgelöst! Der KGB-Chef: „In der Vergangenheit wurde antisowjetische Agitation und Propaganda als kriminelles Verbrechen qualifiziert und sehr weit aufgefaßt. Nicht so heute . . . Wenn aber jemand seine (noch so) negative Einstellung zur Sowjetmacht zum Ausdruck bringt, bedeutet das lediglich, daß er seine Überzeugung zum Ausdruck bringt, und das verbietet das Gesetz nicht.“ Die Organe der Staatssicherheit müßten sich den Interessen der Gesellschaft anpassen, und nicht umgekehrt. Früher sei es häufig umgekehrt gewesen.

Noch vor Jahresfrist hatte Krjutschkows Vorgänger, Victor Tschebrikow, über „ideologische Subversion“ des Imperialismus geklagt, die das sozialistische Weltbild der Sowjetmenschen ins Wanken bringen und Meinungen und Einstellungen entstehen lassen möchte, „die in unserer Gesellschaft fremd sind“. Er sprach von „extremistischen Elementen“ und „Kampagnen über angebliche Menschenrechtsverletzungen in der UdSSR“, um den Demokratisierungsprozeß in Mißkredit zu bringen. Dieser müsse daher vor allem vor subversiven Machenschaften sicher geschützt werden. Bezeichnen-derweise haben die DDR-Medien gerade diesen Beitrag nachgedruckt. Inzwischen wurde Tschebrikow zum Vorsitzenden der ZK-Kommission für Rechtswesen berufen.

Die aufgelöste 5. Hauptverwaltung war eine umfangreiche Behörde zur politisch-geistigen Kontrolle der Gesellschaft und bestand aus mehreren Unterabteilungen. Die „fünfte Direktion“ innerhalb der 5. Hauptverwaltung hatte bisher die Aufgabe, das religiöse Leben in der UdSSR zu überwachen und die Religionsgemeinschaften, die nicht zugelassen waren, zu verfolgen. Inzwischen sind bis auf die Unier-te Kirche in der Ukraine, deren Zulassung nach Aussagen des ZK-Beauftragten für Religionsfragen, Gratschkow, aber nur noch eine Frage der Zeit sei,

alle Religionsgemeinschaften offiziell zugelassen. Ein Religionsgesetz, das alle Religionsgemeinschaften gleichstelle, befindet sich im parlamentarischen Verfahren des Obersten Sowjet. Heute werden Gläubige in der UdSSR nicht länger als „Menschen zweiter Klasse“ behandelt. Auch die Einfuhr von Bibeln ist inzwischen gestattet.

Das „sechste Direktorium“ hatte bisher die nationalen Minderheiten zu überwachen und illegale Aktivitäten zu unterbinden. Die ungehinderte Artikulation der Forderungen nationaler Minderheiten im Baltikum und im Kaukasus, die bis hin zu blutigen Zusammenstößen führten, machen indes klar, daß die sowjetische Führung darauf verzichtete, diese mittels des KGB bereits im Keim zu ersticken. Die „siebte Direktion“ hatte die Sowjetbürger mit Verwandten im Ausland zu überwachen und die „achte Direktion“ den Einfluß der Emigrantenorganisationen zu bekämpfen. Die „neunte Direktion“ hatte ohne Genehmigung erschienene Literatur zu unterdrücken.

All dies macht deutlich, welche Aktivitäten durch den Wegfall der 5. Hauptverwaltung des KGB entfallen sind und welcher Zuwachs an innerer Freiheit dadurch entstanden ist. 1987 wurden alle psychiatrischen Heilanstalten dem KGB entzogen und dem Gesundheitsministerium unterstellt, und auch die Arbeitslager haben sich drastisch entleert. So wurden 1987 und 1988 jeweils 300 000 Strafgefangene vorzeitig entlassen. Der Anteil der Freiheitsstrafen ging von 1980 mit 53 % auf 34 % heute zurück. Jüngst berichteten zwei US-Kongreßabgeordnete, die im Rahmen einer Helsinki-Überwachungsgruppe zwei Arbeitslager im Ural besuchten, daß sie immer noch auf Gefangene gestoßen seien, die sich als Politische bezeichnet hätten, lobten aber die Haltung der Behörden, die den Besuch ermöglicht hätten, obwohl die Zustände in den Lagern noch ziemlich unbefriedigend seien.

KGB wird „entideologisiert“

Der neue KGB-Chef ist nicht mehr Mitglied des Politbüros wie seine Vorgänger, sondern jetzt Mitglied der Regierung Ryschkow im Rang eines Ministers. Mit der Rechenschaftspflicht gegenüber dem Obersten Sowjet und seinem Komitee für Verteidigung und Staatssicherheit büßt die Partei ihre unmittelbare Weisungsbefugnis über das KGB ein. An die Stelle der bisherigen 5. Hauptverwaltung tritt eine neue Abteilung für den Schutz der verfassungs-

mäßigen Rechte. Künftig dürfe nur noch verfolgt werden, wer zum Sturz der Staats- und Gesellschaftsordnung aufrufe oder die bestehende Ordnung gewaltsam zu verändern suche und gegen die Verfassung verstoße.

Um die entsprechende Bestimmung im Strafrecht hatte es ein langes Tauziehen gegeben. Es gipfelte in dem aufsehenerregenden Beschluß des Volksdeputiertenkongresses, die Bestimmung über Beleidigung und Diskriminierung von Staatsorganen aufzuheben und jene über den Sturz der Staats- und Gesellschaftsordnung durch den Obersten Sowjet auf seine Verfassungsmäßigkeit prüfen und präzisieren zu lassen. Dasselbe widerfuhr der Verordnung über die Durchführung von Versammlungen und Demonstrationen.

Schließlich hebt Krjutschkow hervor, daß ein Gesetz über Staatssicherheit in Vorbereitung sei und so dem KGB eine legale Grundlage für sein Handeln geben werde. All dies soll sich in das Konzept des in Entstehung begriffenen „Rechtsstaates“ in der UdSSR fügen, als Grundlage von Perestrojka. Die neue Führung um Gorbatschow, insbesondere seine engsten Mitarbeiter Schewardnadse, Jakowlew und Lukjanow, sind sich bewußt, daß sie die UdSSR an die modernen zivilisatorischen Normen gesellschaftlichen Zusammenlebens anpassen müssen. Ein Geheimdienst als „Kampfinstrument der Partei“ hat darin keinen Platz mehr.

Die permanente Weigerung der Sowjetunion unter Breschnew, den Menschenrechtsteil der Schlußakte von Helsinki zu verwirklichen, und die fortgesetzten politischen Verfolgungen haben die UdSSR international immer mehr isoliert und in Gegensatz zum Westen gebracht. Eine Umkehr war für Gorbatschow daher unausweichlich, sollte eine Konfrontation abgewendet und der Faden von Dialog und Kooperation wieder geknüpft werden. Unverkennbar hat die Sowjetführung daher auch bei den KSZE-Verhandlungen in Wien einen „Lernprozeß“ durchlaufen und eine „Vertiefung der Prinzipien von Helsinki“ auch für ihr Land akzeptiert.

KGB gegen Organisiertes Verbrechen

An die Stelle eines politischen Kampfinstrumentes mußten daher auch für einen „zivilisierten Staat“ professionell arbeitende Sicherheitsorgane treten. Ganz in diesem Sinne werden dem KGB jetzt neue „unpolitische“ Aufgaben zugewiesen: *die Bekämpfung des Organisierten Verbrechens*. Nach Krjutsch-

kow hat sich dieses in den letzten Jahren in „die Tiefe und Breite“ entwickelt und neue Dimensionen angenommen. Der Kampf gegen die Organisierte Kriminalität müsse daher auch in neuen Ausmaßen geführt werden.

In der Tat hat seit Beginn der achtziger Jahre das organisierte Verbrechen neue Dimensionen erreicht. Boris Jelzin verlangte daher, daß man offen aussprechen müsse, daß es auch in der UdSSR eine Mafia gebe. Inzwischen verschweigen auch die sowjetischen Medien das Problem Kriminalität nicht mehr. Fachleute weisen darauf hin, daß wirtschaftliche Amtsmißbräuche, Schattenwirtschaft und organisierte Kriminalität zu einer ganzen Verbrechenswelt verschmolzen sind. Unzählige andere Verbrechen, wie Diebstahl großen Ausmaßes, Erpressung, Drogenschmuggel und Sabotage, kommen hinzu. Je mehr die Sache der Verbrechensbekämpfung verschleppt werde, um so mehr werde die Gesellschaft darunter leiden, hebt Krjutschkow hervor. Dies verlange vor allem eine neue technologische Ausrüstung, denn unter jenen, die gegen die Gesetze verstießen, gebe es viele technisch ausgebildete Menschen. In der UdSSR gebe es jährlich zu viele beabsichtigte Explosionen, die ohne ein entsprechendes technisches Instrumentarium nicht als Verbrechen aufgedeckt werden könnten.

Keine Erwähnung findet dagegen mehr bei Krjutschkow der Kampf gegen jene Gruppen, die sein Vorgänger Tschebrikow noch vor einem Jahr als von ausländischen Geheimdiensten und Zentren ideologischer Subversion beeinflusst bezeichnete. In der Tat ist die ungehinderte Aktivität von politischen Gruppen, bis hin zu nationalistischen Vereinigungen im Baltikum, in Georgien oder Armenien, die den Austritt ihrer Republiken aus der Union fordern und Demonstrationen organisieren, Beleg der neuen Toleranz gegenüber politischer Tätigkeit.

Krjutschkow geht auch auf die Auslandstätigkeit des KGB ein. „Das KGB muß objektive Informationen sammeln und weiterleiten“, betont er. Es gebe offene und „geheime“ Informationen. „Wenn wir unsere Schlüsse anhand nur der einen Informationsart ziehen, sind Fehler unvermeidlich.“ Erst die Gegenüberstellung beider Informationsarten führe zu richtigen Einschätzungen. Was er damit meint, machte der Doppelagent Oleg Gordiewski letztes Jahr im „Sunday Telegraph“ deutlich. Der ehemalige KGB-Offizier enthüllte, daß die Sowjetführung zu Beginn der achtziger Jahre zu der Befürchtung kam, die USA und die NATO könnten einen Atomkrieg gegen die UdSSR vorbereiten. Dies habe sich

aus zahlreichen öffentlichen Äußerungen und Verhaltensweisen der USA unter ihrem neuen Präsidenten ableiten lassen. So hatte man im KGB angenommen, daß Reagan nach einigen harschen Verbalattacken auf die UdSSR, so wie einst Präsident Nixon, zur Zusammenarbeit mit Moskau übergehen würde. Die Nervosität stieg jedoch unter den alten Männern im Kreml, als dies nicht der Fall war. Das Politbüro beauftragte jetzt den militärischen Aufklärungsdienst GRU, alle militärischen Vorgänge sorgfältig auf Hinweise auf eine Kriegsvorbereitung des Westens zu beobachten, und an die für die Auslandsaufklärung zuständige Erste Hauptverwaltung, die damals vom heutigen KGB-Chef Krjutschkow geleitet wurde, erging der Auftrag, die westlichen Regierungschefs zu beschatten, um Informationen über ein ungewöhnliches Verhalten zu erlangen, das ebenfalls auf eine Kriegsvorbereitung hindeuten könnte. Als dann im November 1983 das NATO-Manöver „Able Archer“ durchgeführt wurde, in dem die Funktionsfähigkeit der NATO-Atomwaffen durchgespielt wurde, kam die verunsicherte Altherrenriege im Kreml zu der Überzeugung, daß ein Angriff bevorstand und ergriff Maßnahmen.

Man kann dies als Propaganda gegen die Atomwaffen abtun. In der Tat war die Sowjetunion seitdem entschieden für die Beseitigung aller Atomwaffen eingetreten und bekämpfte das Konzept der atomaren Konfrontation (Abschreckung). Vermutlich war es sogar ein bewußter Schachzug Krjutschkows, Gordiewski „auspacken“ zu lassen, um der westlichen Öffentlichkeit die Gefährlichkeit dieser Strategie vor Augen zu führen. Immerhin haben aber auch die USA reagiert und nach Bekanntwerden des Berichts die Pershing-Atomraketen „außer Bereitschaft“ gesetzt. Präsident Reagan ließ alle Anspielungen auf das „Reich des Bösen“ und verständigte sich gar mit Gorbatschow über die Beseitigung dieser gefährlichen Waffenart, wohl in dem Bewußtsein, wie unkalkulierbar gefährlich diese letztlich für beide Seiten war. Es wäre mithin naiv, wenn die Aufklärungstätigkeit der Geheimdienste in der heutigen Welt der komplexen Kommunikation lediglich eine negative Rolle spielen würde. Je mehr die politischen Führungen heute über die Gegenseite wissen, desto geringer ist die Gefahr von Fehleinschätzungen mit allen Konsequenzen für Frieden und Sicherheit.

Daß das KGB keineswegs ein Instrument „imperialer Politik“ ist, zeigte sich im Falle Afghanistans. In Kenntnis der realen Verhältnisse im Land warnte das KGB wiederholt die politische Führung, das



Sowjetfilz: Breschnew-Schwiegersohn Juri Tschurbanow wurde 1988 wegen Bestechlichkeit verurteilt

Foto: dpa/epa

Land in einen Satelliten Moskaus zu verwandeln. Es verwies darauf, daß die Stämme trotz aller Kämpfe den Diktator Ibn Daoud akzeptierten. Diese fürchtete jedoch, daß die Sowjetunion bei Fortschreiten der islamischen Revolution in Afghanistan „hinausgeworfen“ würde. Das Politbüro war jedoch entschlossen, der Welt zu zeigen, daß sich die Sowjetunion nicht – wie einst die Amerikaner aus Vietnam – zurückziehen mußte.

Krjutschkow betont, daß Aufklärung zwar ein Spiel ohne Regeln sei, man aber nicht über gewisse Grenzen hinausgehen dürfe und sich dann ein „geheimer Krieg“ vermeiden ließe. Das KGB sei zur Koexistenz bereit. Krjutschkow mag hier an amerikanische und britische Aktionen zur Ausweisung sowjetischer Agenten und sowjetische Gegenaktionen gedacht haben. Krjutschkow geht aber weiter. Er bietet ganz im Sinne der neuen Politik der Gorbatschows den westlichen Diensten sogar Zusammenarbeit an, etwa bei der Bekämpfung von Terrorismus, Rauschgiftschmuggel, Geiselnahme usw. Ins-

besondere erwähnt er den „nuklearen Terrorismus“. In der Welt seien bereits mehrere hundert Tonnen angereicherten Urans verschwunden. Krjutschkow deutet an, daß er es nicht für ausgeschlossen hält, daß es zu geheimer Herstellung von Atombomben und der Erpressung ganzer Länder kommen könnte.

Krjutschkow nennt auch Beispiele, in denen eine Zusammenarbeit bereits stattgefunden hat. Etwa bei der Weitergabe von Informationen, daß das Leben eines Menschen bedroht sei. Er läßt erkennen, daß bei der Entführung einer AEROFLOT-Maschine nach Israel und dem anschließenden unblutigen Ende eine Zusammenarbeit mit den entsprechenden israelischen Stellen stattgefunden hat. Ferner habe man den Engländern und Kanadiern geholfen, die Einfuhr großer Mengen Rauschgifts in ihre Länder zu verhindern. Das KGB könne aus der Erfahrung westlicher Dienste bei der Bekämpfung von Rauschgiftdealern lernen.

Hier zeichnen sich Perspektiven einer Kooperation ab, die vom Bewußtsein gemeinsamer Gefährdung geprägt sind und der globalen Verbrechensbekämpfung neue Dimensionen eröffnen. Sie widerlegen Erwartungen, daß das KGB auf absehbare Zeit ein Apparat zur geheimen Kriegführung mit dem Ziel des Sturzes der liberalen Systeme bleibe und den Westen als Feind bekämpfe, wie er von konservativen Beobachtern geäußert wird.

Vielmehr fügt sich auch die Auslandstätigkeit des KGB in die außenpolitische Generallinie Gorbatschows (bzw. der KPdSU), daß ein Gegeneinander ohne Perspektive ist und nur neue Formen der Kooperation den Interessen aller Beteiligten, einschließlich der Sowjetunion, gerecht werden, zumal diese von denselben Problemen geplagt wird wie der Westen, wie Krjutschkow einräumt. Unumwunden gibt er daher auch zu, daß man vom Westen lernen könne und müsse.

Dies scheint auch der Grund zu sein, warum Gorbatschow ihn an die Spitze des KGB gestellt hat. Als langjähriger Leiter der Auslandsaufklärung kennt er die Situation und Praxis in anderen Ländern weit besser als die „Inlandsaufklärer“. Außerdem scheint Krjutschkow einen bedeutenden Beitrag bei der Bewältigung der außenpolitischen Krise in der ersten Hälfte der achtziger Jahre geleistet zu haben.

Ulrich von Alemann Korruption – ein blinder Fleck in der Politikwissenschaft

Professor Ulrich von Alemann, Jahrgang 1944, lehrt an der Fernuniversität/Gesamthochschule Hagen; Veröffentlichungen: Organisierte Interessen in der Bundesrepublik, Opladen 1987.

Die achtziger Jahre haben eine gute Chance, als das Jahrzehnt der politischen Skandale in die Geschichtsbücher der Bundesrepublik einzugehen. Juristische Aufarbeitung der Flick-Affäre, Neue Heimat, Berliner Sumpf, Barschels Fall, Alkem-Nukem-Affäre, niedersächsischer Spielbankenskandal: die Aufzählung ist höchst unvollständig. Jeder Fall für sich hat Dimensionen, die sich mit der SPIEGEL-Affäre, die ein ganzes Jahrzehnt, die sechziger Jahre, beeinflusste, messen lassen können. Parlamentarische Untersuchungsausschüsse, die ultima ratio der Kontrollfunktion des Parlaments kurz vor dem finalen konstruktiven Mißtrauensvotum, werden zum Alltag. Kaum Entlastung bietet der Hinweis, daß es keine bundesrepublikanische Besonderheit ist, sondern in den USA, Frankreich, Österreich oder Italien nicht weniger virulent.

Das staunende Publikum hat viel gelernt: neue Begriffe wie die „Pfleger der Bonner Landschaft“ mit Hilfe diskreter Geldkuverts der Firma Flick u. a. „wg.“ Friderichs und Graf Lambsdorff, die dafür vor Gericht standen, wegen Steuerhinterziehung verurteilt, aber von dem Vorwurf der Bestechlichkeit mangels „Unrechtsvereinbarung“ freigesprochen wurden; neue Formen der Bestechung wie beispielsweise großzügiges Bordellfreihalten im Umkreis von Neuer Heimat, Nuklear-Industrie und schwarzem Berliner Filz; man hat neue Höhepunkte des öffentlichen, eidesstattlich bekräftigten politischen Lügens erfahren durch das Ehrenwort eines Ministerpräsidenten, der durch die Selbstbeichtigung des Hauptbelasteten fiel und einen bizarren Tod durch anscheinend als Mord selbst arrangierten Selbstmord fand; neue Überraschungen angesichts unvorstellbarer Schlamperei und Durchstecherei bei der so staatstragenden Atomindustrie und der von ihr besorgten Entsorgung; und man hat neue Affären in alten Milieus kennengelernt, die nicht aus der Geschichte lernen wollten, wenn man an die nieder-

sächsische Spielbankaffäre denkt, die fatal an polit-kriminelle Begleitumstände eines bayerischen Spielbankenskandals aus den fünfziger Jahren erinnert.

Politikwissenschaftliches Desinteresse

Die öffentlich sichtbare Bearbeitung der Skandal- und Korruptionsaffären findet hauptsächlich in drei Arenen statt: als *Prozeß* im Gerichtssaal, als *Tribunal* vor Untersuchungsausschüssen und im Forum der *Medien*. Die Akteure in den drei Arenen – die Juristen, Parlamentarier und Journalisten – haben eine völlig unterschiedliche Arbeitsweise und wechselnde Erfolgsquote. Die Gerichte in Berlin waren bisher recht konsequent bei der Trockenlegung des Korruptionssumpfes; das Bonner Landgericht dagegen zeigte sich halbherzig bei der Würdigung der offensichtlich gezielten Zahlungen des Flick-Konzerns an die zwei F.D.P.-Wirtschaftsminister Friderichs und Graf Lambsdorff. Die Abgeordneten haben in verschiedenen Untersuchungsausschüssen, so zur Flick-Affäre in Bonn und zum Fall Barschel/Pfeiffer in Kiel, gegenüber früher üblichen gegenseitigen Schuldzuweisungen recht einvernehmlich die Fakten offengelegt und kritisch gewürdigt. Die Journalisten mußten sich zwar Verdikte von der „linken Kampfpresse“ über „Brunnenvergifter“ und „Nestbeschmutzer“ bis zu „Todesschwadronen“ gefallen lassen. Aber sie reagieren auf politische Skandale heute doch breiter quer durch die Medienlandschaft als dies in den fünfziger und sechziger Jahren üblich war. Was sich im Vorfeld dieser drei Arenen hinter den Kulissen als Reaktion auf die Affären abspielt und ob sich Wirkungen zeigen, läßt sich noch nicht sagen.

Aber wo bleibt die Wissenschaft, insbesondere die *Politikwissenschaft*, die sich doch gerade in der Bundesrepublik nach der Neugründung in der Nachkriegszeit als kritische Demokratiewissenschaft verstand? Wo bleibt eine vergleichbare Analyse der Korruption und politischen Skandale, die der wissenschaftlichen Bearbeitung der SPIEGEL-Affäre standhalten könnte? Keines selbst der jüngsten Fachlexika der Politikwissenschaft oder der Soziologie kennt ein Stichwort Korruption oder Bestechung; keine deutschsprachige Einführung in die Politikwissenschaft erachtet Korruption als erwähnenswert; keine jüngere Darstellung des politischen Systems der Bundesrepublik befaßt sich mit Korruption; keine Analyse des deutschen Parteien- oder Verbandesystems hat sich der Korruption gestellt.

Nur zwei seriöse sozialwissenschaftliche Bücher zur Korruption sind in der Bundesrepublik in jüngster Zeit publiziert worden: von Paul Noack „Korruption: die andere Seite der Macht“ (1985) sowie von Christian Fleck und Helmut Kuzmics „Korruption: zur Soziologie nicht immer abweichenden Verhaltens“ (1985). Die Tatsache so spärlicher politikwissenschaftlicher Feldarbeit ist erklärungsbedürftig. Es kann weder daran liegen, daß in den ersten drei Jahrzehnten der Bundesrepublik Korruption nicht existierte, noch an fehlenden wissenschaftlichen Vorbildern. Zwei der namhaften Gelehrten der jungen deutschen Politikwissenschaft der Nachkriegszeit hatten der Korruption einige Aufmerksamkeit geschenkt. Theodor Eschenburg legte allerdings mehr in seinen Zeitungsaufsätzen als in seinen politikwissenschaftlichen Büchern den Finger auf Korruptionstatbestände der jungen Bundesrepublik. Der andere Gelehrte, der politische Korruption untersuchte, war der Deutsch-Amerikaner Carl J. Friedrich, dessen „Pathology of Politics“ (1972) zwar in deutscher Übersetzung erschien, aber in der deutschen Politikwissenschaft merkwürdig folgenlos geblieben ist – ganz im Gegensatz zu seinen intensiv rezipierten früheren Werken.

Warum ist die deutsche Politikwissenschaft nur so peripher an politischer Korruption interessiert? Die amerikanische Politikwissenschaft, sonst oft Mutter europäischer Forschung, arbeitet sich intensiv an dem Thema ab. Von der Analyse lokaler Parteimaschinen bis zu *Watergate* erweitert sie ihren Blick in theoretischer, historischer und vergleichender Perspektive bis in die Dritte Welt und die sozialistischen Staaten. Bisher war die Erklärung des amerikanischen Vorsprungs einfach, weil dort in der gesellschaftlichen und politischen Wirklichkeit eine Korruptionskultur blüht, die uns aus Film und Fernsehen, Krimi und Romanliteratur vertraut ist. Dieses Gefälle scheint nun nicht mehr so steil.

Die deutsche Politikwissenschaft war zunächst mehr an institutioneller Sicherung der Demokratie durch die Verfassung interessiert, um ein erneutes Weimar zu verhindern, denn an struktureller und empirisch generalisierender Erklärung. Den Einzelfall überließ man gerne den Juristen oder Zeithistorikern. Auch die politische Kulturforschung widmete sich lieber den demokratischen Einstellungen der Bevölkerung in der mal mehr historischen, mal mehr empirischen Analyse. Elitenforschung untersuchte die Aufstiegsmechanismen und die soziale Rekrutierung. Die jüngst so intensiv betriebene Politikfeldanalyse ist ebenfalls mehr auf Entschei-

ungsstrukturen und die Implementation, wie modisch die Durchführung genannt wird, fixiert. Der deutsche Politologentag 1988 in Darmstadt kehrte demonstrativ wieder zurück zum Thema „Macht und Ohnmacht politischer Institutionen“. In der Ohnmacht läge ein Ansatz, das Unterlaufen politischer Strukturen durch private Interessen in den Griff zu bekommen, wie es täglich durch persönliche Karrieremuster in Parteien, Ministerien, Regierungen und Parlamenten praktiziert wird. Von solchen Fragestellungen war im Kongreßprogramm freilich wenig zu spüren.

Es fragt sich allerdings, ob die Politikwissenschaft für die Aufklärung von Korruption und politischen Skandalen überhaupt benötigt wird. Leisten Gerichte und Untersuchungsausschüsse und insbesondere investigativer Journalismus hier nicht durchaus Ordentliches? Lenkt eine akademische Beschäftigung mit politischer Korruption vielleicht sogar eher ab oder wertet gar auf? Ich glaube nicht, sondern bin davon überzeugt, daß mehr politikwissenschaftliche Analyse beiden Seiten nutzt. Wissenschaftliche Erforschung von Korruption ist unerlässlich für eine zutreffende und vollständige Analyse der politischen Realität, und sie ist hilfreich für eine politische Bearbeitung und Bewältigung von Korruption, da sie aufdecken, aufklären und Ursachen erklären kann. Denn dies letztere kommt bei den bisherigen Bearbeitern von Korruption – den Juristen, Journalisten und Untersuchungsausschüssen – völlig zu kurz: die Ursachenforschung.

Korruption – ein Fremdwort

Allzu weit ist die kleine Internationale der Korruptionsforscher allerdings bisher bei der Ursachenforschung von Korruption nicht vorgedrungen. Die Erscheinungsformen von Korruption sind überaus diffus. Ist Korruption der juristischen Bestechung gleichbedeutend oder ist sie mehr? Ist das teure Abendessen, zu dem der Lobbyist den Abgeordneten einlädt, Bestechung, Korruption oder Kontaktpflege? Oder wenn ein Minister einen Journalisten einlädt, zum Beispiel auf eine Fernost-Reise? Sicher ist beides üblich und wohl notwendig, also normal – oder beginnen bereits hier die Grenzfälle? Versuchen wir also eine begriffliche Klärung.

Korruption ist auch im Deutschen ein Kampfgriff, der sich gegen eine konzeptionelle Präzisierung sperrt. Er ist ein Wort für politische Auseinandersetzung. Korruption ist schlecht, schmutzig, verdor-

ben, schmierig, böse, und außerdem ist sie verboten. Ob Herrschaft gut oder schlecht ist, treibt uns Politologen um. Bei Korruption ist das ganz einfach. Dies erschwert die politikwissenschaftliche Analyse, verbietet sie aber nicht, denn es geht mit anderen Begriffen auch so. Er ist auch für juristische Verfahren ungeeignet, denn der einschlägige Begriff des deutschen Beamtenrechts heißt nicht Korruption, sondern Bestechung. Nicht nur die Fachwörterbücher, auch die größten enzyklopädischen Konversationslexika verweisen unter dem Stichwort Korruption nur auf Bestechung als Rechtsbegriff. Politische Korruption ist anscheinend im Deutschen ein Fremdwort. Das deutsche Beamtenrecht – bereits in preußischer, vordemokratischer Zeit der Monarchie entstanden – stilisierte den Stolz des unbestechlichen Staatsdieners intensiver als viele andere Staaten. Max Weber überhöhte das Modell der sachlichen Amtspflicht des deutschen Beamten zu seinem Idealtypus von der rationalen legalen Herrschaft der Bürokratie.

Die strafrechtlichen Sanktionen gegen Bestechung sind im deutschen Beamtenrecht streng und bereits im 19. Jahrhundert voll ausgebildet. Bestechung liegt nach dem Strafgesetzbuch (§§ 331 – 334 StGB) vor, wenn man einem Amtsträger einen Vorteil (nicht nur Geld) als Gegenleistung für eine bereits vorgenommene oder erwartete Handlung anbietet, verspricht oder gewährt. Strafbar ist als „Vorteilsnahme“ auch schon die Verknüpfung von Amtshandlungen und Gegenleistung bei pflichtgemäßem Verhalten des Beamten.

Der juristische Begriff der Beamtenbestechung ist mit dem Konzept politische Korruption nicht deckungsgleich; er ist zu eng, wie der Freispruch von Hans Friderichs und Otto Graf Lambsdorff (beide F.D.P.) zeigt, die vom Bestechungsvorwurf freigesprochen wurden, obwohl zweifellos der Flick-Konzern verdeckte Zahlungen an sie geleitet hat, da eine „Unrechtsvereinbarung“ gefehlt habe.

Der Bestechungstatbestand ist auch deshalb zu eng, weil er nur Beamte oder sonstige Amtsträger betrifft, auf Parlamentarier, Parteien, Manager von öffentlichen oder quasi öffentlichen Unternehmen, wie in der Energiewirtschaft, oder Personen in öffentlich-rechtlichen Anstalten nicht anwendbar ist.

Man sollte sich aber davor hüten, mit Korruption grundsätzlich jedes illegitime, illegale oder moralisch nicht gerechtfertigte Verhalten von Amtsträgern oder Regierungen zu bezeichnen, wie dies einige amerikanische Autoren tun. Denn dies wird uferlos. Allerdings war dies die ursprüngliche Bedeutung des Wortes bei Machiavelli, der den Begriff

von Polybios übernahm. Er bezeichnete mit „*corruzione*“ den Verfall einer Regierung, aus welchen Gründen auch immer dieser eingetreten sein mochte. Seit dem 18. Jahrhundert wurde der Begriff in England auf die Bestechung verengt und die ursprüngliche Bedeutung schließlich ganz verdrängt.

Der Kern jeder Korruption bleibt die Bestechung, aber nicht nur des Beamten im juristischen Sinne, sondern generell des Trägers öffentlicher Belange, also auch des Abgeordneten, der politischen Partei oder des Rundfunkdirektors oder des Angestellten in quasi-öffentlichen Unternehmen, wie z. B. der Energiewirtschaft. Träger staatlicher Autorität können Adressat oder auch Akteur politischer Korruption sein. Schmiergeldzahlungen im politischen Raum, die verdeckt getätigt werden, zeigen die Interdependenz, den endemischen Charakter politischer Korruption. Nicht nur der Geldschein des Privatmannes an den Beamten interessiert, sondern auch der „Kauf“ eines Abgeordneten durch eine konkurrierende Fraktion oder der pekuniär verdeckt getätigte Anreiz für ein ansiedlungswilliges Unternehmen in der Kommunalpolitik. Es ist Kennzeichen politischer Korruption, daß sie mit nennenswerten geldwerten Leistungen verdeckt – und damit illegal und zumindest illegitim – Leistungen zum privaten Nutzen einzelner oder von Gruppen erreichen will.

Eine wichtige Bedingung bleibt die verdeckte, vor der Öffentlichkeit zu verborgene Form. Deshalb nenne ich Korruption auch Schattenpolitik. Es ist „die andere Seite der Macht“ (Noack 1985). Einzelne Skandale, wie die Flick-Affäre oder der Berliner Sumpf, der Lockheed-Fall oder der Skandal um die Neue Heimat, lenken wegen der lärmenden Begleitmusik, die für die negativen Projektionsfiguren in den Medien inszeniert wird, eher von der strukturellen Komponente ab.

Die Autobahnpolizisten, die von Fernfahrern Naturalien aus der Ladung forderten, die Ausländerbehörden, die von Antragstellern für Wohlwollen einen Schein haben wollen, die Bauämter und Wirtschaftsförderinstitutionen, die Schmiergelder nicht verschmähen, sie alle bilden die Schattenpolitik, mehr als die einzelnen großen Schurken auf der Medienbühne.

Ursachen und Folgen

Bei der Betrachtung von Ursachen und Folgen gibt es ein kaum durchdringbares Netz an Theorien,

Thesen und Hypothesen über Korruption, sei es in der Antike oder in den Ausländerghettos amerikanischer Großstädte, in Stammesgesellschaften im Umbruch, Militärdiktaturen oder in sozialistischen Staatsbürokratien. Aus der Fülle der Faktoren ragen zwei Thesen heraus: Korruption sei Vorbote von Zerfall und Untergang oder Korruption sei ein Austauschmittel zwischen Macht und Geld, das allzu menschlich sei und durchaus sozialen Wandel und Mobilität fördern könne.

Kein geringerer als der große amerikanische Soziologe Robert K. Merton hat schon vor vierzig Jahren die These vertreten, daß die oft dämonisierten korrupten Parteimaschinen in den US-Metropolen durchaus funktionales Äquivalent für Sozialpolitik, Arbeitsbeschaffung und politische Partizipation des rechtlosen Immigrantenproletariats gewesen seien. Ähnlich wirke Korruption als Stimulans sozialen Wandels heute in der Dritten Welt. Die Diskussion reicht also von der moralischen Position gegenüber Korruption als Zerfall und Niedergang – ob linear oder im Kreislauf – bis zur funktionalen Perspektive von Korruption als Mittel von Mobilität, Stabilität und Integration.

Man sollte der Korruption kühl analytisch ins Auge blicken, statt aufgeregt *Skandal* zu rufen. Nur eine kalte Analyse ist in der Lage, die Ursachen, Bedingungen und Folgen von Korruption zu erfassen. Thesen vom Sittenverfall und Kulturkollaps durch Korruption bringen nicht weiter, denn dann müßte die Menschheit längst mehrfach untergegangen sein. Wenn politikwissenschaftliche Analyse das Zusammenspiel von politischen Akteuren, ihren Zielen, ihren Interessen und ihren Mitteln untersucht, was in der Tat die Aufgabe der Politikwissenschaft ist, dann gehört auch die Frage nach dem Mittel „Korruption“ zu den notwendigen Untersuchungsfaktoren. Durch intensive Analyse gelingt es vielleicht, Korruption nicht zu dämonisieren, sondern durch Ursachenforschung besser zu kontrollieren.

Claus Offe hat *drei* einigermaßen plausible Szenarien unterschieden, mit denen auf politische Korruption in der Bundesrepublik am Beispiel der Flick-Affäre reagiert wird oder reagiert werden soll: Die *Katharsis zum faulen Frieden* personalisiert den Skandal, stößt aber nicht zu den institutionellen Ursachen vor. Das *Anwachsen von Argwohn und Zynismus*, zweitens, erscheint zwar sehr verständlich, führt aber zu politischer Apathie oder ungerichteter Aggression. Die Rückkehr zu *institutionellem Rigorismus* schließlich, drittens, fordert gerade von konservativen Kräften die Respektierung von Rechts-

staat und politischer Moral zurück; von jenen also, die diese Begriffe so gerne in Wahlreden verschleiben:

„So könnte eine nicht bloß trügerische Katharsis der Flick- und Parteiaffäre darin bestehen, einer neuen, rigorosen und konstruktiven Wertung politischer Regeln und Institutionen den Weg zu ebnen.“ (DIE ZEIT, 7. 12. 1984)

Reimer Gronemeyer Gewalt – ... dem Penner den Hut wegtreten

Professor Reimer Gronemeyer, Jahrgang 1939, lehrt Soziologie an der Universität Gießen. Veröffentlichungen u. a.: Die Entfernung vom Wolfsrudel. Über den drohenden Krieg der Jungen gegen die Alten, Düsseldorf 1989.

Bürger und Chaoten

Mr. Hardy ist verheiratet, die Ehefrau verweist. In der vergangenen Nacht muß er eine wilde Party gefeiert haben. Die Wohnung sieht fürchterlich aus: schnell aufräumen also, denn heute kommt die Gattin zurück. Wie gut, daß man jetzt einen Freund hat, einen Freund wie Mr. Laurel. Der kommt auch sogleich, um die Spuren der nächtlichen Ausschweifung zu beseitigen. Das gelingt ihm vortrefflich. Am Ende seiner Putzaktion hat er das ganze Haus in Schutt und Asche gelegt.

Letzte Einstellung des Films mit Laury und Hardy – landläufig „Dick und Doof“: Mr. Hardy in den rauchenden Trümmern seines Heimes. Er trägt eine lächerliche Napoleonuniform, das Auge ist geschwollen – die Gattin! – und nun fängt es auch noch an zu regnen. Der jüngste Tag ist da.

Bei Laurel und Hardy ist die absichtslose Zerstörung ein Dauerthema. Mit einem Schlag in die Magengrube fängt es an, mit einem Tritt ans Schienbein – bald werden Häuser zu Kleinholz geschlagen, Klaviere zertrümmert, Automobile in die Luft ge-

sprengt. Ein Muster kehrt dabei immer wieder: Mr. Hardy bewohnt die eine, die heile Welt. In der Sekunde, da Laurel auftritt, ist Hardys Versuch, ein guter Bürger zu sein – samt Ehe, Karriere und Kindern – gescheitert. Laurel lockt seinen Freund aus dem einen Unglück in ein größeres – und ob er ihn damit befreit oder endgültig vernichtet, bleibt unklar.

Der Bürger und sein Chaos. Solche Szenen haben in Berlin eine brutal-realistische Umsetzung gefunden. Gewalt, die keine Ziele, kaum politische Absichten formuliert, die schiere Lust an der Zerstörung, wie es scheint: wertabstrakte Militanz. Ein Student sagte bei der Besetzung der Gießener Universität im letzten Semester: „Dem Präsidenten eine Rippe brechen – das kommt gut.“ Verhaltens- und Denkweisen, die so fremd sind wie bei einem neu entdeckten Stamm. Aber der siedelt im Dickicht unserer Städte.

Sigmund Freud hat die Herausbildung des Ich mit der Trockenlegung der Zuydersee verglichen: Dämme werden errichtet gegen das, was da von unten und außen gegen die bewußte psychische Organisation anbrandet. Die Panzerungen des Ich sind von den Fluten der Aggression oder Libido ständig bedroht. Die Entstehung des zivilisierten Individuums läßt sich auch mit Odysseus vergleichen, der sich an den Mast fesseln läßt. So kann er den Verlockungen der Sirenen (den Abweichungen) widerstehen. Odysseus schützt sich vor dem Sog der Vorwelt, indem er sich fesseln läßt, sich innerlich verhärtet und partiell abtötet. Auf diese Weise entsteht der leistungsbeachtete, disziplinierte Mensch. Und nun die Rebellen ohne Grund. Machen sie den Prozeß der Zivilisation rückgängig? Brechen die in einer langen Geschichte errichteten Dämme und Panzerungen gegen Aggression und Gewalt?

Kehrt die Alltagsgewalt wieder? In New York werden Schuleingänge mit Metalldetektoren ausgerüstet, um die Schüler auf Waffen zu untersuchen. Alarmknöpfe werden an Lehrertischen angebracht. An westdeutschen Schulen ist eine beunruhigende Welle der Gewalt zu registrieren. Schlägereien von Fußballfans, Skinheads, die Türken erschlagen. Bei uns bringen in einem Jahr mehr Eltern ihre Kinder um als Triebtäter in fünf Jahren fremde Kinder. Ja, und auch der Manager im grauen Flanell im hochgerüsteten Schlitten, der auf die Stoßstange seines Vordermanns auffährt, bereitet einen Mordanschlag vor. Das ist aus den Unfallstatistiken ersichtlich. Lust an der Gewalt, von Laurel über Skinheads zu schlagenden Eltern und auto-aggressiven Managern.

Wie dünn ist das Eis? Wie brüchig sind die Dämme gegen die Gewalt?

Notwendig scheint an dieser Stelle ein Blick zurück auf die Geschichte der Bändigung der Gewalt.

Von der alten Lust an der Gewalt

„In Paris gehörte es während des 16. Jahrhunderts zur Festesfreude des Johannestages, ein oder zwei Dutzend Katzen lebendig zu verbrennen. Diese Feier war sehr berühmt. Das Volk versammelte sich. Festliche Musik spielte auf. Unter einer Art Gerüst wurde ein mächtiger Scheiterhaufen errichtet. Dann hing man an dem Gerüst einen Sack oder Korb mit Katzen auf. Sack oder Korb fingen an zu glimmen. Die Katzen fielen in den Scheiterhaufen und verbrannten, während sich die Menge an ihrem Schreien und Miauen erfreute. Gewöhnlich waren König und Hof anwesend“ (N. Elias).

Eine drastische Geschichte. Öffentliche Grausamkeiten wie Ketzerverbrennungen, Folter und Hinrichtungen gehören wie Schauspiele zum Alltag dieser vergangenen Zeiten. Diese Geschichte empört uns heute, weil sich hier „die Lust, Lebendiges zu quälen, so nackt, unverhüllt, zweckfrei, nämlich ohne Entschuldigung vor dem Verstand“ zeigt. Unsere Journale sind auch heute von Tag zu Tag erfüllt mit Berichten über Gewalt und Krieg. Aber wir sind gewöhnt, daß sich Gewalt mit Gründen ausrüstet. Auch wenn die Gründe nicht einleuchten – wie bei den Schlachtopfern der Ayatollas im Golfkrieg –, Gründe müssen her. Wir erwarten nicht, daß Gewalt als schiere Lust, ohne Begründung, daherkommt.

Noch im Mittelalter – so hat es Norbert Elias beschrieben – gehört die Wildheit des Gefühls zum Menschen. Der Raub, der Kampf, die Jagd auf Menschen und Tiere zählt zu den Freuden des Lebens. Und diese Freude an der Gewalt war eine gesellschaftlich erlaubte Freude. „Schön ist es, die Toten liegen zu sehen mit aufgerissenen Leibern“, schreibt der Minnesänger Bertrand de Born. Aus dem Gelage bei Tisch, aus dem Scherz heraus konnte sich unvermittelt die Fehde, die blutige Auseinandersetzung entwickeln. Es war ein Dasein ohne die uns gewohnten Sicherheiten. Im Prozeß der Zivilisation wird diese Lust an der Gewalt ausgetrieben und verboten. Die Gewalt wird kaserniert in doppelter Hinsicht:

– Es bilden sich allmählich Zentralgewalten, die das Monopol der Gewalt an sich ziehen. Der öffentliche Raum wird befriedet. Er wird durch Ordnungskräfte kontrolliert. Den Besitz und den Gebrauch

von Waffen, die Ausübung von Gewalt regelt nun der Staat. Dem Ritter beim Gelage wird – bildlich gesprochen – die Waffe entwunden. Er darf sie nur noch anwenden, wenn der Staat sagt: Jetzt. Jetzt ist Krieg.

– Verlangt wird aber von dem Ritter zugleich Selbstbeherrschung. Er muß lernen, seine Lust an der Gewalt zu unterdrücken. Er muß seinen Affekthaushalt kontrollieren. Äußerungen der Gewalt werden unter Strafe gestellt. Wer sich dieser geforderten Affektunterdrückung nicht fügt, gilt nun als Abweichler, als unnormale. Er wird im Irrenhaus oder Gefängnis eingeschlossen.

Wenn wir heute über Gewalt sprechen, müssen wir uns an diesen Prozeß der Zivilisierung erinnern. Dieser Prozeß ist von der beschriebenen Doppelbewegung getrieben: Die Befriedigung des öffentlichen Raumes und die Unterdrückung der Angriffslust in

den Individuen wirken zusammen. Diese Klammer, diese Doppelstrategie des Zivilisationsprozesses, schützt heute den einzelnen vor dem plötzlichen Überfall, vor dem schockartigen Einbruch der körperlichen Gewalt in sein Leben. Aber er ist eben auch gezwungen, den eigenen Ausbruch von Leidenschaften, von Wut und Wallung, die ihn zum Angriff auf den anderen locken, zurückzudrängen. Am Ende dieses Jahrhunderts währenden Prozesses ist die Gewalt kaserniert. Der Mensch braucht die Rüstung nicht mehr zu tragen, wenn er auf die Straße tritt, er hat die Rüstung als Selbstkontrolle in sich hineinverlegt. Der mittelalterliche Mensch mußte, wenn er sich auf den Weg machte, Gewalt und Gefahr von Räubern und Wegelagerern erwarten. Für uns heute lauert die Gefahr auf der Straße darin, daß jemand am Steuer die Selbstkontrolle verliert: Umkehrung.

Die im Prozeß der Zivilisation erforderte Zähmung der individuellen Gewalt ist bei uns weitge-



Während der „Revolutionären Mai-Demonstration“ der autonomen Szene in Kreuzberg und Neukölln wurden Barrikaden errichtet, Geschäfte geplündert und zahlreiche Autos angezündet

Foto: dpa-Succo

hend durchgesetzt. Die Wahrscheinlichkeit, bei einer Rauferei im Restaurant erstochen zu werden oder auf der Reise von Hamburg nach München von Räufern überfallen zu werden, ist nicht groß. Bis hierhin kann man wohl auch der Analyse von Norbert Elias folgen. Seine Beschreibung des Zivilisationsprozesses entstand in den dreißiger Jahren und mündet in die Hoffnung auf eine endgültige Befriedung des Menschen und der Welt. Am Ende des 20. Jahrhunderts kann man diese Hoffnung so ohne weiteres wohl nicht teilen. Einer endgültig gewaltfreien und friedlichen Kultur sind wir nicht näher gekommen. Vielmehr haben sich auf der Schattenseite dieses Zivilisationsprozesses gerade in unserem Jahrhundert Orgien der Gewalt entfalten können. Dagegen mutet die mittelalterliche Szenerie ja noch vergleichsweise idyllisch an.

Die Monopolisierung der Gewalt hat auch die geradezu fabrikmäßige Vernichtung von Menschen in Konzentrationslagern aus sich herausgesetzt. Die Perfektion des staatlichen Massenmordes wird nur noch übertroffen von dem latenten Völkermord, mit dem sich die Staaten heute bedrohen. Die Menschheit kann sich bekanntlich gleich mehrfach in die Luft sprengen. Während der Prozeß der Zivilisation die glimmenden Reste individueller Gewalt zu erstickern sucht, hat sich im Rücken ein Gewaltpotential angesammelt, das alle Vorstellungen sprengt. Während der Zivilisationshase durch die Furchen hetzt, stehen mehr Raketen in den Silos als der Igel Stacheln hat, und sagen: „Ick bün all dor“.

Was ist denn da eigentlich passiert? Hat das eine mit dem anderen zu tun? Auf der Bühne der Zivilisation wird der gezähmte Mensch vorgeführt, während hinter den Kulissen der Schreibtisch von Eichmann steht und die Labors der Vernichtungswissenschaftler arbeiten. Hat die Gewalt, nachdem sie öffentlich verdammt wurde, heimlich neue Tatorte gefunden und wuchert dort wie ein Krebsgeschwür schlimmer denn je? Wenn es so wäre, dann ist der Zivilisationsprozeß ein tödlicher Irrtum gewesen. Die Gewalt, ehemals zersplittert, nomadisierend, kleinräumig, wäre dann durch den Prozeß der Zivilisation wie in einem Brennglas gesammelt und hätte so die Kraft für einen Weltbrand gespeichert. Hat die Umformung des Affekthaushaltes, hat die Unterdrückung der Angriffslust im Individuum an anderen unbewachten Orten die Gewalt zu einem Gewitter geballt? Hat der Prozeß der Zivilisation Auschwitz und Hiroshima geradezu zwangsläufig als seine Nachtseite aus sich herausgesetzt? Sind Hiroshima und Auschwitz Kettenreaktionen des Zivilisations-

prozesses, über die wir, d. h. die Menschen, die Kontrolle verloren haben? Aus der mittelalterlichen Allianz von Gewalt und Lust scheint eine Allianz von Gewalt und Erfindungsgeist geworden zu sein. Die aus der Öffentlichkeit verbannte Gewalt ist abgelagert, verlagert; wartet als schiere Möglichkeit eines physikalischen Prozesses unter den Deckeln der Raketensilos. Aus der heißen Gegenwart mittelalterlicher Gewalt ist die kalt gelagerte Gewalt des Industriezeitalters erwachsen. Wir greifen nicht mehr zum Dolch, aber wir schlafen, essen, spielen in der Nachbarschaft von Vernichtungsmitteln, von denen die großen Schlächter der Menschheit nicht einmal träumen konnten.

Dies ist das Fundament unserer politischen Kultur. Niemand – denke ich – will dahin zurück, wo der Prozeß der Tabuisierung von Gewalt begonnen hat. Es sei denn, wir befördern uns irgendwann selbst mit Raketengeschwindigkeit ins Plusquamperfekt. Aber niemand kann sich auch der Frage entziehen, wie die medusenhäuptige Nachtseite der Zivilisation gebändigt werden kann. Wir hantieren mit mehr Gewalt als dem Mittelalter vorstellbar war. Es gibt insofern keinen Grund, auf das gewaltlüsterne Mittelalter mit dem Finger zu zeigen. Wir haben nicht einmal Anlaß, auf die Schaulustigen zu weisen, die der Katzenverbrennung am Johannestag zusahen. Unser Johannestag – und das macht die Verlagerung der Gewalt deutlich – wird täglich in Labors zelebriert, wo Tiere um des Fortschritts willen getötet werden: Gewalt, aseptisch.

Erosionsprozesse in der postindustriellen Gesellschaft

Heute befinden wir uns am Ende eines Zivilisationsprozesses, der uns in eine Lage geführt hat, in der zu fragen ist: Hat die Natur tatsächlich ein denkendes Wesen hervorgebracht oder vielmehr das, was Nietzsche ein „wahnwitziges“ Tier genannt hat?

Wenn wir den Zusammenhang diagnostizieren wollen, in dem die neue Alltagsgewalt entsteht, muß ein Blick auf Erosionsprozesse in der Gesellschaft geworfen werden. Die sind in der Tat dramatische Kulisse für Züricher oder Kreuzberger Aufführungen.

Ich nenne fünf mir besonders wichtig erscheinende Punkte:

Das Dach über den Generationen zerbricht

Die Familie, so muß man wohl befürchten,

könnte bald zu einer kulturellen Reminiszenz geworden sein. Die Trendforschung sagt:

- Um die Jahrhundertwende dürfte die Hälfte der Bundesrepublikaner unverheiratet bleiben.
- Jede zweite Ehe wird dann geschieden.
- Jedes zweite Kind wird nicht in der Familie aufwachsen, in der es geboren ist.
- 25 % der Kinder werden schon jetzt unehelich geboren.

Die Folgen dieses Zerfalls der Familie werden vielfältig sein. Aber ein Effekt ist absehbar: Die Aufspaltung der Gesellschaft in eine Altenlobby und eine Jugendlobby. Konflikte zwischen den Generationen werden nicht mehr in dem Subsystem „Familie“ traktiert. Das Ende der Familie mag das Ende einer tyrannisch gewordenen Idee sein. Aber was da heraufdämmert, muß nicht besser sein. Eine Epoche egomaner Singles, denen nichts anderes mehr einfällt, als nach den Maximen des Utilitarismus zu handeln: Ich tue, was mir nützt.

Traditionelle Sinnstrukturen entschwinden

Parallel zum Zerfall der Familie schwinden traditionelle Sinnstrukturen. Das wird vor allem deutlich am Zusammenbruch der „Arbeitsgesellschaft“. In einem langen Prozeß ist das Bedürfnis nach Arbeit, nach Lohnarbeit genauer gesagt, in den Individuen installiert worden. Aber dieser Sinnstifter Arbeit schwindet dahin wie ein Schneemann im Frühling. Etwa 50 % der Aktivbevölkerung haben – als Hausfrauen oder als Arbeitslose – nicht am Arbeitsmarkt teil. Die Folge für die Arbeitslosen sind drastische Anomie-Erfahrungen: Das traditionelle biographische Gerüst bricht zusammen. Was tritt an die Stelle? Langzeitaufenthalte in den Lernkasernen (Schule/Universität) oder in Videotheken?

Was soll eigentlich nach der Familie und der Arbeit kommen, wenn diese beiden klassischen Säulen der bürgerlichen Lebenswelt eingebrochen sind? Eine Lebensabwicklung unter der Anleitung von Sozialarbeitern? Für die aber, die über einen Arbeitsplatz verfügen, öffnet sich eine Schere?

Im Bereich der Arbeit soll man weiterhin pünktlich, fleißig, sparsam mit Material sein. Nach Feierabend aber soll man sich gehen lassen, süchtig konsumieren, sein Leben genießen, im Hier und Jetzt leben, verschlissene Gegenstände nicht reparieren, sondern wegwerfen. Mit einem Wort: Produktionsmoral und Konsummoral fallen auseinander.

Eine weitere Konfliktzone ist sichtbar: Zunehmender gegenseitiger Haß kennzeichnet die Beziehung zwischen Arbeitenden und Nichtarbeitenden.

Der Arbeitende möchte dem Penner im U-Bahn-Schacht den Hut wegtreten. Arbeitslose andererseits stauen Haß und Verachtung auf die Arbeitsplatzbesitzer.

Die Sinne schwinden

„Die Lebenswelt hat ihre Lehrfähigkeit eingebüßt. Man kann ihr nichts Lebensdienliches mehr ablauschen. Unsere Alltagswelt hat ihre Plausibilität verloren . . . Die Dinge, die uns umgeben, das Gerät, das wir geschaffen haben, ist verschwiegen. Es gibt in seiner Gestalt seinen Daseinszweck nicht mehr preis, seinen Nutzen nicht und nicht die Weise seines Wirkens . . . Raketen, die einfach nur noch ästhetisch sind, denen man überhaupt nicht ansehen kann, daß millionenfacher Tod in ihnen lauert; bei Kernkraftwerken, die nicht einmal mehr die stattgehabte Katastrophe unseren Sinnen zugänglich sein lassen. Es gibt eine systematische Verschleierung und Verbergung des Daseinszweckes und des Wirkens der Geräte.“

Das Gerät ist Versatzstück einer fertigen Welt, es ist keiner Verfremdung mehr zugänglich, keiner Neubestimmung seines Nutzens, keiner Nachbildung. Wiederherstellung für den eigenen Gebrauch. Wir können die Geräte zum guten Teil nicht mehr selber herstellen, wir können sie nicht heilen, und wir können sie mehr und mehr nicht einmal mehr zerstören. Denken Sie daran, daß wir mit immer mehr Inventar umstellt sind, daß – pathetisch gesagt – nicht sterben kann, für das die Natur in ihren Vergehensprozessen keine Zersetzungskräfte hat. Wir können also die Geräte, die uns umgeben, zum Teil nicht einmal mehr in ihrer Zerstörung erfahren.

Kurz: sie sind nicht erfahrbar, sie fordern nicht zu einer Auseinandersetzung auf, sie stehen uns nicht entgegen. Unser Kontakt mit ihnen ist im wesentlichen reibungslos, mühelos, widerstandslos – früher mußte man Türen öffnen, wenn man ein öffentliches Gebäude betreten oder in ein Verkehrsmittel einsteigen wollte. Heute erübrigt sich sogar das. Türen tun sich auf wie von Geisterhand. Das Gerät gibt vor, unsere Absichten zu durchschauen. Das wirft ein Licht auch auf die Konformität der Absichten. Unser Umgang mit der Umwelt ist distanzlos, ohne Überraschung, vorhersehbar und berechenbar. Ebenso wird auch der Umgang mit uns distanzlos, überraschungslos, vorhersehbar und berechenbar möglich. Der Werbespruch der Holiday-Inn-Kette, mit dem dem Hotelgast ein angenehmer Aufenthalt garantiert wird, lautet: „The best surprise is no surprise“.

Ammenbrustpolitik führt in einen sozialen Wattenkast

Hans Magnus Enzensberger berichtet über ein Musterbeispiel solcher Ammenbrustpolitik: 1982 treiben Polizeistaffeln in Stockholm eine Versammlung von tausend Jugendlichen auseinander. Es kommt zur Straßenschlacht. Am anderen Morgen erfährt die Öffentlichkeit, was der Anlaß für die Polizeiaktion gegen die Jugendlichen gewesen ist: Das öffentliche Telefonnetz wies eine interessante technische Lücke auf – das hatten die Jugendlichen entdeckt und genutzt. Wer die Nummern einer gewissen Zahl von gesperrten Anschlüssen wählte, konnte mit jedem anderen Teilnehmer sprechen, der das gleiche tat. Die betreffenden Telefonnummern gingen an den Stockholmer Schulen um wie ein Lauffeuer, es entstand eine spontane Konferenzschaltung. Ein neues Massenmedium war geboren: der „heiße“ Draht. Warum dieser Angriff auf einige hundert Jugendliche, die sich unterhalten wollten? Das Verbrechen der Jugendlichen bestand darin, daß sie keine der für sie zuständigen Institutionen in Anspruch nahmen. Hätten sie sich an die richtige Stelle gewandt mit der Bitte um einen Treffpunkt für ziellose, motivationsschwache, straffällig gewordene Jugendliche, so wäre man ihnen nicht mit Polizeiknüppeln begegnet, sondern mit großmütigem Verständnis. Sozialarbeiter und Psychologen wären in Marsch gesetzt worden, um den Jugendlichen zu einer sozial erwünschten Form der Kommunikation zu verhelfen.

Die Ammenbrust staatlicher Daseinsfürsorge ist ein Angebot, das nicht ausgeschlagen werden darf. Die Behörden erklärten: „Wir haben verstanden, daß bei vielen Jugendlichen wirklich ein Bedürfnis nach dem heißen Draht besteht. Wir werden daher eine eigene Telefonnummer für Gruppengespräche einrichten, und wir schlagen vor, daß jeweils fünf Personen von ihr für eine Dauer von je fünf Minuten Gebrauch machen können.“ Die Jugendlichen bildeten daraufhin ein Komitee, das mit den zuständigen Stellen verhandelte. Hilfsbereitschaft und Verständnis für die Schafe, die in den Pferch zurückgefunden haben. Das Wohlwollen macht die nachfamilialen Einrichtungen unanfechtbar. Jeder Aufbruch in die Mündigkeit wird im sanften Zugriff des Staats erstickt.

Simulation ersetzt Wirklichkeit

In Texas gibt es jetzt Parkhäuser, in die man mit Wohnwagengespannen hineinfahren kann. Auf die Wände der kleinen Abteilungen werden nach

Wunsch Landschaften projiziert (Wildwasser, Berglandschaften etc.). Urlaub in einer simulierten Welt. Die Einrichtung künstlicher Paradiese ist auch bei uns im Gang. Die Plastikpalme im Freizeitbad soll hier nicht kulturkritisch bequengelt werden: Aber sie ist ein Zeichen für die Aussperrung von Tod und Vergänglichkeit aus unserer Welt und damit für die Kastration des Lebens überhaupt. Der Abenteuerurlaub – um ein anderes Beispiel für Simulation zu nennen – ist die Simulation des Abenteuers.

Zusammengefaßt sind wir mit einer Kolonisierung der Lebenswelt konfrontiert, die es nicht verwunderlich erscheinen läßt, daß Jugendliche aus vorgezeichneten Bahnen ausbrechen. „Ihr habt eure Kinder in Beton geboren, wundert euch nicht, wenn sie Steine in den Händen halten“ (Grofflito).

Forderungen

Der konservative Philosoph Robert Spaemann hat zu Recht gesagt: „Wir haben nicht das Recht, unseren Nachkommen die Erprobung alternativer Formen gemeinschaftlichen Lebens unmöglich zu machen durch den Einbau nicht transformierbarer Sachzwänge.“

Die Fähigkeit des Unterlassens ist die wichtigste Tugend, die es zu lernen gibt. Wenn wir weiterhin von der Rüstung bis zur Gentechnik, von der psychosozialen Menschenführung bis zur totalen Versicherung des Lebens alles machen, was wir können – dann produzieren wir Gewalt. Dagegen gilt es, die Lust am Nichtwirken zu schüren, den Verzicht aufs Machen zu beleben.

Der Schrecken eines pasteurisierten Lebens muß bekämpft werden. Keiner will den Weg zurück in die mittelalterliche Gegenwart der Gewalt. Aber die Frage stellt sich dennoch: Wo bleibt der Aufbruch? „Nicht die Fehler des Systems bekämpfen wir, sondern seine Vollkommenheit“, hieß es im Pariser Mai '68 schon. Die Philosophen Gernot und Hartmut Böhme haben dazu bemerkt: „Gewalttätigkeit der Natur und das Böse im Menschen sind Gegebenheiten, mit denen man rechnen muß. Gefährlich wird es, wenn diese Gewalt in einer disziplinierenden Strategie weggedrängt wird. Es kommt auf die Möglichkeit der Grenzüberschreitung an.“ Auf Exzesse, die nicht selber chaotisch sind und für die es Formen zu entwickeln gilt. Lebensformen der Rationalität beherrschen uns so, daß auch rituelle Formen des Umgangs mit Körper und Gefühl weggedrängt worden sind.

Ernst Tugendhat

Die Hilflosigkeit der Philosophen

Professor Ernst Tugendhat wurde 1930 in Brünn geboren. 1938 wanderte er in die Schweiz und 1941 nach Venezuela aus. Von 1949 bis 1956 studierte er in Freiburg Philosophie. Seit 1980 lehrt er an der FU Berlin. Veröffentlichungen u. a.: Selbstbewußtsein und Selbstbestimmung, Sprachanalytische Interpretationen, Frankfurt/M. 1979; Probleme der Ethik, Stuttgart 1984. Nachfolgend veröffentlichen wir jene Rede, die Ernst Tugendhat auf den diesjährigen Römerberggesprächen in Frankfurt a. M. hielt.

Moralische Verantwortung für alle

Statt von der Hilflosigkeit der Philosophen könnte ich auch von der Hilflosigkeit von uns allen sprechen. Wir alle sind heute mit moralischen Grundfragen konfrontiert, die wir nicht umhin können, so oder so zu beantworten, und auf die wir gleichwohl keine Antworten haben, die wir ausreichend begründen können. Es sind philosophische Fragen, weil wir auf sie keine Antworten von bestimmten wissenschaftlichen Disziplinen erwarten können – es sind Fragen, die nur in einer allgemeinen Reflexion zu klären sind; ob man diese allgemeine Reflexion als Philosophie bezeichnet, ist gleichgültig.

Das moderne Nachdenken über Moral ist eigentlich ergebnislos geblieben, aber die Konsequenz, die viele daraus gezogen haben, nämlich die Moral als etwas bloß Subjektives anzusehen, ist auch kein Ausweg, weil ein solcher Subjektivismus nur eine verbale Attitüde ist. Im wirklichen Leben fällen wir dauernd objektive moralische Urteile: wir verurteilen es z. B., wenn gefoltet wird oder wenn jemand ein Versprechen nicht hält, wir drücken dabei nicht subjektive Gefühle aus, sondern wir fordern voneinander ein entgegengesetztes Verhalten. Wir müßten, wenn wir wirkliche Subjektivisten würden, unser gesamtes intersubjektives Verhalten auf eine kaum vorstellbare Weise ändern. Die einzig angemessene Weise, auf die Ergebnislosigkeit des bisherigen moralphilosophischen Nachdenkens zu reagieren, kann nur sein, sich über die Schwierigkeiten, die einfachen Lösungen entgegenstehen, möglichst konkret Rechenschaft zu geben.

Ich möchte im folgenden von moralischen Schwierigkeiten auf zwei verschiedenen Ebenen sprechen. Die erste Ebene betrifft die Begründung der Moral überhaupt. Die zweite Ebene betrifft ihre Ausdehnung, d. h. die Frage, wer alles es ist, demgegenüber wir moralische Verpflichtungen haben. Die erste Ebene beunruhigt uns seit dem 17. und 18. Jahrhundert, ebenso wie sie schon die Griechen des 5. und 4. vorchristlichen Jahrhunderts beunruhigt hatte.

Es ist die spezifische Herausforderung der Aufklärung: daß Moral nicht mehr durch Tradition und religiösen Glauben begründet ist und daher eine irgendwie natürliche Begründung erfordert. Es sind verschiedene Versuche einer solchen natürlichen Begründung gemacht worden. Aber daß keiner dieser Versuche so überzeugend ist, daß er auf allgemeine Zustimmung trifft, darin vor allem zeigt sich die tiefe Hilflosigkeit, in der wir uns angesichts der Moral befinden. Wenn ich im Titel meiner Ausführungen von den moralischen Herausforderungen unserer Zeit spreche, so ist also mit unserer Zeit auf dieser ersten Ebene eine Zeit gemeint, in der wir uns schon seit mindestens 200 Jahren befinden.

Die zweite Ebene hingegen, die die Frage betrifft, wem allem gegenüber wir moralische Verpflichtungen haben, umfaßt eine Reihe von Problemen, die erst in den letzten Jahrzehnten als virulent spürbar geworden sind. Bis etwa zur Mitte unseres Jahrhunderts war es üblich, sich die moralische Gemeinschaft als konstituiert durch wechselseitige Verpflichtungen zwischen erwachsenen und gleichzeitig lebenden Personen zu denken, und wengleich man die Frage, ob damit alle Personen gemeint sind, theoretisch bejahen mochte, so war doch in erster Linie in der Individualethik an die unmittelbare Umgebung gedacht und in der politischen Ethik an das einzelne Staatsgebilde.

Erst nach dem 2. Weltkrieg hat das Bewußtsein sich ausgebreitet, daß unsere moralische Verantwortung sich auf alle Menschen erstreckt. Aber dieses Bewußtsein besteht nicht unangefochten. Wie sich an vielen Problemen zeigt, z. B. an der Frage der Einwanderung und des Asyls sowie an der Frage, wie weit die Verarmung in der Dritten Welt unser moralisches Problem ist, stehen sich hier ein mehr universalistisches und ein mehr ethnozentrisches Moralbewußtsein gegenüber. Das universalistische insistiert darauf, daß die moralische Gemeinschaft aus allen Menschen besteht.



Ernst Tugendhat

Foto: Suhrkamp Verlag

Aber das führt uns auch schon zur nächsten Frage. Denn was heißt „alle Menschen“? Bis vor kurzem haben wir als selbstverständlich unterstellt, daß alle jetzt existierenden Menschen gemeint sind. Die ökologischen Probleme, die z. T. irreversible Folgen für spätere Generationen haben können, haben zu der Frage geführt, ob wir nicht auch gegenüber den späteren Generationen eine moralische Verantwortung haben.

Das ist aber nicht die einzige Dimension, in der die Frage „wer sind alle?“ problematisch geworden ist. Die Probleme des Rassismus und des Sexismus erwähne ich nur am Rande, weil das zwar noch gravierende praktische Probleme sind, die aber kaum noch

Unklarheiten für die theoretische moralische Reflexion enthalten. Auf tiefere Schwierigkeiten stoßen wir bei den körperlich und geistig Behinderten. Sie können für bestimmte moralische Theorien ein besonderes Problem implizieren, sofern hier die Reziprozität entfällt und die moralische Verpflichtung einseitig werden kann, so wie das auch gegenüber den späteren Generationen der Fall ist. Mit einer sehr viel tieferen Schwierigkeit finden wir uns jedoch dann konfrontiert, wenn die geistigen Funktionen entweder ganz oder doch so weit ausfallen, daß man sagen muß: es sind zwar Menschen, aber nicht Personen. Als Kriterium für Personalität wird nicht nur Rationalität, sondern insbesondere Autonomie angesehen, die Fähigkeit, das Wie des eigenen Lebens selbst zu bestimmen. Impliziert ist, daß diese Menschen nicht ihrerseits moralische Subjekte sind, so daß wir hier auf die Frage stoßen, wieweit Wesen, die keine moralischen Subjekte sind, doch ihrerseits Objekte moralischer Verpflichtung sind.

Ein ähnliches Problem ergibt sich mit Bezug auf Embryos, Foeten und Kleinkinder. Hier wird häufig die Frage gestellt: „An welcher Stelle beginnt ein Embryo, ein Mensch zu sein?“ Aber wenn die entscheidende Charakteristik, die wir im Auge haben, wenn wir im moralischen Sinn von Menschen sprechen, das Personsein sein sollte, ist auch noch das Neugeborene zwar ein Mensch, aber keine Person. Und wenn man sich nun fragt, welche Charakteristik in der Zeit, bevor ein Mensch als Person zu bezeichnen ist, moralisch relevant ist, scheint sie darin zu bestehen, daß er ein empfindliches, insbesondere Schmerz empfindendes Wesen ist.

Aber empfindende Wesen sind auch die Tiere. Wenn sich also als die für ein Objekt der moralischen Verantwortung entscheidende Charakteristik die Empfindungsfähigkeit erweisen sollte, dann können wir uns bei der Frage der Reichweite der moralischen Verantwortung überhaupt nicht mehr an dem Begriff Mensch orientieren. Ein Mensch, d. h. zugehörig zu der biologischen Spezies homo sapiens, ist ein menschliches Embryo von vornherein, aber es hat in den ersten Wochen kein Bewußtsein, also auch keine Empfindungsfähigkeit. So könnte sich ergeben, daß es Menschen gibt, denen gegenüber wir überhaupt keine moralische Verantwortung haben, daß es auch andere Wesen gibt, denen gegenüber wir moralische Verantwortung haben.

Es scheint, daß die moralisch relevanten Begriffe die des Personseins einerseits, die der Empfindungsfähigkeit andererseits sind. Wenn man also genauer nachfragt, wie weit sich moralische Verantwortung erstreckt, scheint der Begriff Mensch die Orientierungshilfe zu verlieren, die er zunächst zu haben schien, als es selbstverständlich schien zu fragen: ja, alle Menschen, aber wer sind alle Menschen? Wie kommt es, daß der Begriff Mensch uns so zentral scheinen konnte, obwohl er gar kein begriffliches Unterscheidungskriterium enthält außer dem der Zugehörigkeit zu einer biologischen Spezies? Zumindest ein gewichtiger Grund liegt in unserer jüdisch-christlich-islamischen Tradition. Der Bibel zufolge hat Gott den Menschen nach seinem Ebenbild geschaffen.

Daraus folgte für die jüdisch-christlich-islamische Moral, daß alles menschliche Leben, aber auch nur das menschliche Leben, heilig ist. Wir alle stehen noch mehr oder weniger in dieser Tradition, und deswegen ist den meisten von uns diese moralische Grundauffassung intuitiv selbstverständlich. Aber es gibt andere religiöse Traditionen mit anderen Auffassungen. Und sobald wir natürlich reflektieren und nicht einfach von der biblischen Geschichte ausgehen, verliert der Begriff Mensch die klare Kontur, die ihm den Status einer Wasserscheide in der Moral gab. Ich will nicht sagen, er kann sie nicht haben, sondern nur, wir haben heute keine begrifflich einsichtige Begründung dafür zur Verfügung.

Utilitarismus und Kontraktualismus

Ich komme nun auf das, was ich als erste Ebene unserer moralischen Verunsicherung bezeichnet habe, zurück, zu der Frage, wie die Moral, die in allen naturwüchsigen Gesellschaften immer traditionell-religiös abgestützt war, auf eine natürliche Weise begründbar ist. Diese Frage nach einer natürlichen Begründung der Moral hat einfach den Sinn, nach einer Fundierung der Moral zu fragen, ohne auf irgendwelche höheren, seien es religiöse, seien es metaphysische Wahrheiten, zu rekurrieren, die nicht allgemein intersubjektiv ausweisbar wären.

Ich gehe dabei davon aus, daß der Inhalt, der zu begründen ist, die Berücksichtigung der Interessen der anderen ist. Gibt es etwas, so lautet die Frage, was uns natürlicherweise dazu motiviert, unter Hintanstellung der eigenen Interessen die Interessen nicht nur unserer Angehörigen und Freunde, sondern die Interessen aller anderen – wobei ich jetzt die vorhin erörterte Frage offen lasse, wer alle sind – zu berücksichtigen? Es scheint nun in der Moderne zwei große Strömungen zu geben, wie man diese Frage positiv beantworten kann. Die eine rekurriert auf ein altruistisches Gefühl, wie Wohlwollen oder Mitleid. Die wichtigste große ethische Theorie, die so begründet ist, ist der Utilitarismus. In unserem Zusammenhang kommt es auf manche umstrittenen Besonderheiten des Utilitarismus nicht an. Die besondere These des Utilitarismus ist, daß zwischen mehreren Handlungsalternativen immer diejenige vorzuziehen ist, die im ganzen mehr Glück bzw. weniger Leid zur Folge hat, egal wie das Glück oder Leid verteilt ist; wenn eine größere Menge an Glück zu erreichen ist, obwohl einige wenige zu leiden haben, sei das in Kauf zu nehmen. Darin liegt die Prämisse, das Wohlwollen bzw. Mitleid sei auf eine über die Individuen verschiebbare Masse an Glück bzw. Leid bezogen, und dem läßt sich entgegenhalten, daß der Gegenstand unseres Wohlwollens bzw. Mitleids vielmehr die Individuen selbst sind. Aber diese Differenzen sollen uns jetzt nicht kümmern. Ich spreche daher nicht eigentlich vom Utilitarismus, sondern von einer Ethik vom Typus des Utilitarismus, wobei dieser Typus dadurch definiert sein soll, daß er die Ethik auf ein altruistisches Gefühl aufbaut, egal wie dieses dann weiter interpretiert wird. Nun stößt das ganze Konzept auf grundsätzliche Schwierigkeiten: erstens gibt es moralische Tugenden, die von da aus nicht faßbar sind: die der Verlässlichkeit und die der Gerechtigkeit, vor allem aber zweitens: Wenn Moralität eine Sache des Gefühls wäre, das verschiedene Menschen einfach – der eine mehr, der andere weniger – faktisch haben, wie andere auch das entgegengesetzte Gefühl der Lust am Leiden anderer haben, dann wäre Moral nicht etwas, was man wechselseitig fordern kann, moralisches Handeln wäre nicht etwas, wozu wir verpflichtet sind. Die Gefühlstheorie kann den Verpflichtungscharakter von Moral nicht verständlich machen.

Die andere große Strömung einer natürlichen Begründung von Moral ist der Kontraktualismus. Während der Utilitarismus die Tugenden der Kooperation nicht recht verständlich machen kann, setzt der Kontraktualismus genau an dieser Stelle an, der natürlichen Angewiesenheit auf Kooperation. Es gereicht jedem einzelnen zum Vorteil, wenn alle sich an Regeln der Verlässlichkeit und der Rücksichtnahme binden, und es sind diese Regeln, die man als moralische bezeichnet. Die Natürlichkeit dieser Erklärung von Moral zeigt sich sowohl in der Universalität des Vorhandenseins dieser Regeln in allen Gesellschaften als auch daran, daß wir in der moralischen Erziehung an diesen Typus von Rationalität appellieren: du möchtest doch, daß die anderen, – also usw. Während der Utilitarismus sich auf ein altruistisches Gefühl stützt, stützt sich der Kontraktualismus

auf das egoistische Interesse. Es stellt sich nun die Frage, wie weit diese egoistische Basis tragen kann, sowohl was die moralische Motivation wie was die moralische Verbindlichkeit betrifft. Gegen den Kontraktualismus ist deswegen immer wieder eingewandt worden, daß sich daraus keine wirkliche Moralität ergeben kann, sondern nur ein Tauschgeschäft. Die moralischen Handlungen geschehen, im Gegensatz zur altruistischen Auffassung, nicht um des anderen willen; wäre eine solche Moral nicht nur eine höhere Art von Klugheit, und verhielte sich nicht derjenige am klügsten, der nur den Schein erweckte, sich moralisch zu verhalten? So schon Platon im 2. Buch des „Staats“.

Was nun die Verbindlichkeit betrifft, kommt der Kontraktualismus zwar weiter als der Utilitarismus, aber immer noch nicht weit genug. Beim Utilitarismus haben wir gesehen, daß er den Verpflichtungscharakter der Moral überhaupt nicht verständlich machen kann. Im Kontraktualismus kann man nun zwar von einer Verpflichtung sprechen, aber nur von einer, die die Person hypothetisch auf sich nimmt, für den Fall, daß der andere auch so handelt, und es würde sogar genügen, daß die Person vorgibt, sich zu verpflichten. Eine moralische Verpflichtung ist jedoch nicht eine, in der eine Person sich verpflichtet, geschweige denn hypothetisch, sondern eine, die objektiv für die Person gilt, ob sie will oder nicht.

Diese Defizite haben zu verschiedenen Versuchen geführt, die kontraktualistische Position durch stärkere Zusatzannahmen zu vertiefen. Ein solcher Versuch ist der Kantische, demzufolge das, was uns verpflichtet, moralisch zu handeln, die Vernunft sei. Es wäre dann nicht nur, wie für den Kontraktualismus, im vernünftigen Eigeninteresse, zu wollen, daß die moralischen Regeln sozial gelten, sondern es wäre einfachhin vernünftig, nicht mehr relativ auf das Eigeninteresse, moralisch zu handeln. Hier scheint nun aber der Vernunftbegriff überstrapaziert zu werden. Es macht kaum einen Sinn, von einem Handeln zu sagen, es sei „einfachhin“ vernünftig. Manche zeitgenössische Philosophen meinen, daß das moralische Handeln in dem Sinn schlicht vernünftig sei, daß es an sich begründet sei, aber auch das scheint mir eine Täuschung zu sein. Praktisch begründet kann etwas nur relativ zu einer Zwecksetzung sein; wenn man z. B. meint, ein Handeln sei dann an sich begründet, wenn man es gegenüber jedermann begründen kann in dem Sinn, daß es im gleichmäßigen Interesse aller steht, dann hat man mit dem gleichmäßigen Interesse aller schon ein Kriterium von Moralität vorausgesetzt und definiert das Vernünftige nur relativ darauf. Kants Vorstellung, die innere Verpflichtung, die wir mit der Moral verbinden, sei die Stimme der Vernunft, erweist sich, wie schon Schopenhauer hervorgehoben hat, als eine Säkularisierung der Stimme Gottes.

Verbindlichkeit ohne transzendente Anleihen

Dieser Versuch, den Kontraktualismus zu vertiefen, ist also kein gangbarer Weg, wenn man entschlossen ist, nur auf natürliche Quellen der Moral zurückzugreifen. Was wir brauchen, ist eine natürliche Erklärung der moralischen Verpflichtung, die über die nur hypothetische Verpflichtung des eng verstandenen Kontraktualismus hinausreicht und gleichwohl keine transzendenten Anleihen macht, weder religiöse noch metaphysische. Eine solche natürliche Erklärung dessen, was man Gewissen nennt, finden wir in Ansätzen in der Psychoanalyse und der Sozialpsychologie. Freud hat die Bildung des Gewissens mit seinen Begriffen des Ichideals und Überichs zu fassen versucht. Gemeint ist ein Persönlichkeitskern, der gleichzeitig für etwa steht, was die Person selbst sein will (Ich-

ideal) und was sie aus der Perspektive der anderen sein soll (Überich). Weil wir wesentlich soziale Wesen sind (wir können auch vorsichtig sagen: nur wenn wir wesentlich soziale Wesen sein wollen), ist in diesem Persönlichkeitskern Wollen und Sollen in dieser eigentümlichen Weise verbunden.

Mit dem Sollen ist gemeint: Alle fordern voneinander wechselseitig, die moralischen Normen einzuhalten, und man fordert es im Namen der wechselseitig unterstellten wesensmäßig sozialen Identität. Deswegen nennt man es gut und schlecht, wenn man diese Normen befolgt bzw. bricht. Man verhält sich dann schlecht nicht in dieser oder jener Hinsicht, sondern als Person. Darauf bauen sich auch die Gefühle der Empörung, wenn andere schlecht handeln, und der Scham und Schuld auf, wenn man selbst schlecht handelt. Die Quelle dieser eigentümlich absoluten Verpflichtung, die wir meinen, wenn wir von moralischer Verpflichtung sprechen, ist also weder religiös noch die Vernunft, sondern es ist die Gemeinschaft, dies aber im Gegensatz zum Kontraktualismus nur, wenn das Individuum seine eigene Identität sozial versteht. Das heißt nicht, daß die Person die vorhandenen Normen seiner faktischen sozialen Umwelt übernehmen muß; es heißt nur, daß es zum Wesen der moralischen Normen gehört, daß ihr Verbindlichkeitssinn sozial zu verstehen ist.

Wie von G. H. Mead hervorgehoben wurde, kann sich das Gewissen des einzelnen durchaus gegen die geltenden Normen richten, aber dann eben mit dem Anspruch, daß die Normen, die es gegen die geltenden behauptet, die sind, die sozial gelten sollten. Ohne diesen sozialen Anspruch würde dem Gewissen der moralische Verbindlichkeitscharakter fehlen.

Wie läßt sich nun die schwache Verbindlichkeit des Kontraktualismus durch diese starke Verbindlichkeit, die im Gewissen liegt, untermauern? Das Gewissen mit seinen intersubjektiven Implikationen scheint ein unzweifelhaftes anthropologisches Faktum zu sein, aber es ist an und für sich eine bloße formale Struktur, die durch beliebige normative Inhalte gefüllt werden kann. Diese Struktur ist natürlich insbesondere auch für alle traditionellen, religiös fundierten moralischen Inhalte konstitutiv, ja es sieht zunächst so aus, daß sie, wegen des wertenden Identitätsbegriffs, den sie voraussetzt, sogar nur von einer traditionellen Moralität realisierbar ist, weil eine solche stets eine wertende Identität impliziert, während der Kontraktualismus gerade nicht über eine solche wertende Identität verfügt. Das Ich besteht für den Kontraktualismus nur aus der Summe seiner egoistischen Interessen, und ein solcher sozial verstandener Persönlichkeitskern, auf den das Gewissen verweist, ist hier nicht zu finden.

Manche Autoren haben über diese Schwierigkeiten hinweggesehen und lediglich geltend gemacht, daß, wie der Kontraktualismus schon an und für sich im aufgeklärten Eigeninteresse eines jeden ist, er dies um so mehr ist, wenn er durch das Gewissen abgestützt ist. Nur wenn jeder die Normen in seinem Gewissen internalisiert, ist zu erreichen, daß sie im allgemeinen befolgt werden.

Dieses Argument ist, soweit es geht, einleuchtend. Das aufgeklärte Eigeninteresse muß die Ausbildung des Gewissens bejahen. Die Frage ist nur, ob es von sich aus überhaupt über die Mittel verfügt, ein Gewissen auszubilden. Da das Gewissen ein Wollen impliziert, das über das Eigeninteresse hinausgeht, kann es nicht aus dem Eigeninteresse hervorgehen. So stehen wir vor der Frage, wie denn ein Gewissen unter natürlichen, nicht mehr religiösen Bedingungen überhaupt ausgebildet werden kann. Darauf hat G. H. Mead die Antwort gegeben, daß ein Selbst sich überhaupt nur herausbildet in der wechselseitigen Anerkennung der Personen. Die werthafte Identität, die im Gewissen voraus-

gesetzt wird, hätte damit einen natürlichen Inhalt gewonnen. Man will sich verstehen als wesentlich andere Personen anerkennend und als solcher zugleich von ihnen anerkannt und dies von ihnen fordernd. Ähnliche Gedanken über die Konstitution des Selbst in wechselseitiger Anerkennung finden sich bereits bei Fichte und Hegel. Auch für Piaget baut sich die eigentliche, nicht mehr infantile Moral auf wechselseitige Achtung auf. Zugleich versteht er diese Moral als eine kontraktualistische. Piaget hat aber weder verständlich gemacht, wie der kontraktualistische Inhalt und die Form der wechselseitigen Anerkennung zusammenhängen, noch hat er erklärt, was unter Achtung zu verstehen ist.

Die Moral der wechselseitigen Anerkennung

Die Frage stellt sich also zunächst: Was ist es denn, was die sich wechselseitig anerkennenden Personen aneinander anerkennen? Die Antwort Fichtes und Hegels war: ihre Freiheit, ihre Autonomie. Aber es ist fraglich, ob sich darauf schon eine Moral gründen läßt. Fichte hat es gemeint, Hegel nicht. Für Kant hingegen war die Autonomie nur das Kriterium dafür, wann ein Wesen einen absoluten Wert hat. Und was anerkannt wird, ist dieser absolute Wert, oder, wie Kant es auch formuliert hat, dies, daß die Person ein Zweck an sich ist. Was aber hat man sich unter einem absoluten Wert oder einem Zweck an sich vorzustellen? Und wäre das nicht wieder etwas Metaphysisches? Man kann jedoch Kant und auch die Sache selbst so verstehen: Es ist nicht so, daß die Personen schon an und für sich Zwecke an sich wären und sich dann auch als solche wechselseitig anerkennen können, sondern nur indem sie sich wechselseitig anerkennen, konstituieren sie sich als Zwecke an sich; und jemanden als Zweck an sich anerkennen, als Träger eines absoluten Werts, heißt, ihn nicht als einen instrumentellen Wert behandeln und d. h. sich unter das Gebot stellen, ihn nicht zu instrumentalisieren. Und das kann man weiter so erläutern, daß das heißt, ihn als ein Subjekt von Rechten anerkennen. Das wechselseitige Sichanerkennen wäre also zu verstehen als sich wechselseitig Rechte zugestehend.

Hier hätten wir dann zugleich eine Basis für einen Gerechtigkeitsbegriff. Weder der Utilitarismus noch der Kontraktualismus führen zu einem Gerechtigkeitsbegriff, der Utilitarismus nicht, weil sein Begriff des Guten kumulativ ist und keine Norm der Distribution enthält; der Kontraktualismus nicht, weil sich auf seiner Basis nur ergeben kann, daß solche Handlungen ungerecht sind, die dem Vertrag widersprechen, der Vertrag als solcher enthält aber von sich aus keine Gerechtigkeitspunkte. Überhaupt scheint Gerechtigkeit einen Wertmaßstab vorauszusetzen, und einen solchen haben wir erst jetzt, bei der Moral der wechselseitigen Anerkennung als Zweck an sich, erreicht. Diese Moral erweist sich also als um so unverzichtbarer, als man sich eine Moral, insbesondere eine politische Moral, ohne den Gesichtspunkt der Gerechtigkeit nicht gut denken kann. Traditionalistische Moralen haben daher auch immer ein Konzept von Gerechtigkeit enthalten, wobei je nachdem, worauf diese Moralen sich stützten, der Wert der Person auch ungleich sein konnte. Die Gerechtigkeit auf der Grundlage der Anerkennung als Zweck an sich ist jedoch wesentlich egalitär, weil es innerhalb des Begriffs des Zwecks an sich keine Gradationen gibt.

Es bleibt jetzt noch die Frage, worin bestehen die gleichen Rechte inhaltlich? Diese Frage läßt sich so beantworten, daß die Inhalte, um die es sich handelt, eben die Normen sind, die sich im Kontraktualismus ergeben haben. Der Kontraktualismus hätte jetzt wirklich eine vertiefte Abstützung gefunden, indem es sich bei diesen Normen nun nicht

mehr um ein Tauschgeschäft handelt, sondern die Personen können das Einhalten dieser Normen als ihr Recht einfordern. Dieses Recht zu respektieren, ist jetzt für die, die sich als Glieder dieser Rechtsgemeinschaft verstehen, verbindlich.

Dann kann man aber jetzt fragen, wofür man den Kontraktualismus als solchen überhaupt noch braucht. Der Kontraktualismus ist dadurch definiert, daß das allgemeine Befolgwerden der Normen der Kooperation und der Rücksichtnahme im egoistischen Interesse eines jeden liegt. Es zeigte sich dann, daß der Kontraktualismus eine Abstützung braucht, und diese scheint er in der Moral der wechselseitigen Achtung zu finden. Der Kontraktualismus ist auf eine solche Moral angewiesen, aber wenn wir eine solche Moral einmal haben, ist sie von vornherein stärker als der Kontraktualismus und ist ihrerseits auf diesen nicht angewiesen. Die kontraktualistische Motivation wird entbehrlich und kann also höchstens den Sinn einer zusätzlichen Verstärkung haben, wenn die Normen der Kooperation und der Rücksichtnahme schon in der wechselseitigen Achtung verankert sind.

Aber dann stellt sich jetzt die Frage, wie die Moral der wechselseitigen Achtung ihrerseits motiviert ist. Ich habe ja im Anschluß an Mead nur die Möglichkeit, nicht die Notwendigkeit einer sozialen Identität darzulegen versucht, die die erforderliche Grundlage einer natürlichen Gewissensausbildung wäre. Und der bloße Hinweis auf die Wirklichkeit – daß die meisten Menschen faktisch ein Gewissen haben – kann nicht genügen, weil man dies als ein bloßes Residuum der Tradition interpretieren kann. Die entscheidende Frage muß lauten: Wollen wir eine wesentlich soziale Identität haben, wollen wir uns als sich wechselseitig anerkennende Glieder einer Gemeinschaft von Rechtssubjekten verstehen? Gibt es dafür eine natürliche Motivation? Meads These, daß sich ohne eine solche Identität ein Selbst gar nicht konstituieren kann, scheint zu stark zu sein. Kann man dann wenigstens sagen, ohne eine solche wechselseitige Anerkennung von Rechten kann eine Person kein Selbstwertgefühl haben oder zumindest kein ausgeglichenes Selbstwertgefühl? Jedenfalls haben diese Fragen bisher kaum Antwort gefunden, und solange das nicht geschieht, hängt die Idee einer Moral der wechselseitigen Achtung in der Luft.

Wenn wir jetzt zurückblicken auf die verschiedenen modernen Ansätze, für die Moral eine natürliche Basis zu gewinnen, so ergibt sich: Sowohl für eine Moral vom Typus des Utilitarismus wie für den Kontraktualismus gibt es zweifellos eine natürliche Motivation, nämlich in dem einem Fall das natürliche Gefühl des Mitleids, in dem anderen das faktische Eigeninteresse. Aber beim Utilitarismus scheint keine Möglichkeit zu bestehen, in dieser gefühlsmäßigen Motivation irgendeine Verbindlichkeit zu finden, eine solche ist aber für Moral konstitutiv. Der Kontraktualismus seinerseits enthält nur eine unzureichende Form von Verbindlichkeit. Die Moral der wechselseitigen Achtung hingegen gibt auf die Frage der Verbindlichkeit eine zureichende Antwort, läßt es nun aber ihrerseits unklar, ob es eine natürliche Motivation gibt, sich so zu verstehen, und d. h. es bleibt offen, ob sie überhaupt eine natürliche Basis hat wie die beiden anderen Ansätze und nicht nur ein Konstrukt ist.

Blicken wir schließlich von hier aus zurück auf die heute so akut empfundenen Probleme, die ich als die der zweiten Ebene bezeichnet habe, so scheint sich zu ergeben, daß ausgerechnet diejenige Konzeption, die die Verbindlichkeit der Moral überhaupt nicht verständlich machen kann, nämlich der Utilitarismus, viel besser geeignet ist, die verschiedenen Erweiterungen der moralischen Verantwortlichkeit verständlich zu machen. Das hat darin seinen Grund, daß sowohl der Kontraktualismus wie die Moral der wechselseitigen Achtung wesentlich auf Reziprozität, also auf symmetrische Beziehungen an-

gelegt sind, während das moralische Gefühl eine asymmetrische Beziehung ist. Die engste Position ist der Kontraktualismus. Er stolpert bereits über das Problem der Behinderten, wie überhaupt aller Benachteiligten. Denn wer von Natur aus oder sonstigen kontingenten Gründen bevorzugt ist, kann nicht ein egoistisches Interesse haben, mit benachteiligten Personen Bindungen einzugehen, die alle gleich verpflichten. Das ist anders in einer Moral, die eine ideelle, nicht materielle Reziprozität der wechselseitigen Achtung fordert; sie gebietet, daß sich alle Personen gleich achten, und daraus ergeben sich gegenüber Behinderten sogar verstärkte materielle Verpflichtungen. Gegenüber späteren Generationen versagt der Kontraktualismus vollständig, hier kommt aber auch die Moral der wechselseitigen Achtung an ihre Grenzen. Die später Lebenden sind zwar immer noch Personen, aber die Verantwortlichkeit, wenn sie denn besteht, beruht nicht mehr auf einer Reziprozität.

Diese Schwierigkeit ließe sich noch überbrücken, indem man auch einen kontrafaktischen, fiktiven moralischen Dialog gelten läßt, ähnlich wie wenn es um ein Versprechen gegenüber jemandem geht, der gestorben ist. Aber auch das ist nicht mehr möglich gegenüber Foeten, kleinen Kindern und Tieren. Das sind keine Personen, sie gehören nicht zur moralischen Gemeinschaft, wenn diese konstituiert ist durch wechselseitige Anerkennung. Der Utilitarismus hingegen hat keine Schwierigkeit, die Rücksichtnahme auf Foeten, kleine Kinder und Tiere verständlich zu machen. Wie schon Bentham sagte: „Die Frage ist nicht, ob sie denken können oder ob sie sprechen können, sondern ob sie leiden können.“ Aber der Utilitarismus kann nun seinerseits hier so wenig wie sonstwo verständlich machen, daß es sich um eine Verantwortung handelt, daß wir zu dieser Rücksicht verpflichtet sind. Der Mißerfolg der modernen Moralphilosophie zeigt sich hier am drastischsten. Die Verantwortung gegenüber Kindern scheint der intuitiv einfachste Fall einer moralischen Verpflichtung, und doch haben wir keine moralische Theorie, die sie verständlich machen kann.



Kinder brauchen Natur!

Anregungen
für Natur-Erleben
mit Kindern und Kinder-
gruppen, Grundschule und
Familie in den
"Tips zur Saison"

Absender _____

- Ich bestelle ein Probeheft und lege DM 3,- in Briefmarken bei.
- Ich bestelle ein Jahresabonnement der "Tips zur Saison" und lege DM 10,- für 4 Hefte bei.
- Ich bin an bisher erschienenen Heften interessiert.


BUND
jugend

BUND-Jugend
Im Rheingarten 7
5300 Bonn 3

Horst Kern/
Michael Schumann
Diesseitige Vernunft
Moderne Arbeitnehmer
zwischen
Neokonservatismus
und Sozialdemokratie (II)

*Prof. Dr. Horst Kern, Jahrgang 1940, ist Hochschul-
lehrer für Soziologie an der Universität Göttingen.*

*Prof. Dr. Michael Schumann, Jahrgang 1937, ist Ge-
schäftsführender Direktor des Soziologischen For-
schungsinstituts (SOFI) e. V. an der Universität Göt-
tingen.*

*Dieser Beitrag erscheint in „Soziale oder sozialisti-
sche Demokratie? Beiträge zur Geschichte der Lin-
ken in der Bundesrepublik. Freundesgabe zum 65.
Geburtstag von Peter von Oertzen“, Jürgen Seifert,
Heinz Thörmer, Klaus Wettig (Hg.); SP-Verlag,
Marburg, Oktober 1989, DM 24,80.*

III.

Unsere empirischen Befunde wären überreizt, wollte man sie als umfassenden Beleg für einen solchen Mentalitätswandel interpretieren. Wenn aber an den verschiedensten Stellen sichtbar wird, daß die personellen Träger der Modernisierung in Industrie und Verwaltung, die Protagonisten des technologischen Wandels, statt rationalistische Vorurteile zu pflegen und statt soziale Engstirnigkeit zu praktizieren, sich immer wieder an den Mangelhaftigkeiten der real existierenden Version des modernen Lebens stoßen und, wie punktuell auch immer, abarbeiten, so gibt es dann doch Grund, sich ermutigt zu fühlen für eine Politik, die wir mit Habermas eine skeptische, aber nicht defätistische Aufklärung nennen könnten. Wer nach den Prämissen der „Dialektik der Aufklärung“ zum Gralshüter der instrumentellen Vernunft disponiert wäre, gibt statt dessen Nachdenklichkeit zu erkennen und ist offen für grenzüberschreitende Reflexion.

Wir messen dieser Feststellung deshalb besondere Bedeutung bei, weil wir diese Mentalitäten für rela-

tiv stabile Phänomene halten: für den subjektiven Ausdruck einer umfassenden Verschiebung, in die die Auseinandersetzungen in der politischen Öffentlichkeit, angetrieben durch die sozialen Bewegungen, ebenso eingegangen sind wie auch die Denkimpulse, welche die neuen Erfahrungen im gewandelten Arbeitsprozeß gesetzt haben. Die Arbeitsrollen stabilisieren dieses Bewußtsein, tragen das ihre dazu bei, daß wir es statt mit flüchtigen Einstellungen eben mit Mentalitäten zu tun haben. Bedachtsamkeit, nüchterne Distanz, Offenheit für Überraschungen, selbständige Urteilsbildung, sachverständige Durchdringung neuer Erfahrungen – dies sind die Kompetenzen, welche die modernen Arbeitnehmer zur Ausfüllung ihrer Arbeitsrolle brauchen und die sie für ihre Arbeitsfunktionalität stets aufs neue aufbauen müssen. Dies ist also der systemlogisch konstante Kern ihres Handlungsvermögens, der nur im veränderten politischen und kulturellen Umfeld eine besondere Dynamik entfalten kann. Statt in den Grenzen der Arbeitsrolle gefangen zu bleiben, drückt dieses Potential nach draußen. Konfrontiert nicht nur mit den Errungenschaften der modernen Welt, sondern auch mit ihrer Negation: den durch sie zugleich gesetzten Zumutungen und Gefährdungen, erkennen diese Arbeitnehmer auch vor ihrem beruflichen Background diese Mängel immer wieder nicht nur als problematisch, sondern vor allem als oft überflüssig, auch überwindbar.

In den skizzierten SOFI-Studien stoßen wir nicht nur, wie dargestellt, auf eine Öffnung des Bezugsfeldes auf betriebsstrategische Fragen, sondern auch auf Grenzüberschreitungen über die Arbeits- wie auch die Betriebsrolle hinaus. Wir begegnen dem Chemiefacharbeiter, dem Sicherheitstechniker und dem Planungsingenieur, die das Emissionsproblem auf ihren Feierabendwanderungen erleben; dem Maschinenkonstrukteur und Maschinenbauer, an den die Arbeitslosigkeit durch Familie und Nachbarschaft herangertickt ist; dem Systemgestalter, der die Primitivgestaltung von Rechnern an der kognitiven Fehlentwicklung seiner Kinder nachvollzieht; dem jungen Elektroingenieur, der den ehemaligen Klassenkameraden sieht, der nach dem Lehrerstudium sein Geld als Taxifahrer verdient usw. Sie alle wissen durch ihren Beruf ziemlich genau, daß die Dinge, auf die sie stoßen, nicht so eingerichtet sein müssen, wie sie eingerichtet sind – und die permanente öffentliche Thematisierung dieses Widerspruchs tut das ihre, daß dieses Wissen nicht einfach vergessen oder weggeschoben wird.

Wer erst einmal so weit gekommen ist, wer diese

Erfahrung gemacht und reflektiert hat, dem haben Konservative, die den „Republikanern“ in deren ideologischem Feld das Wasser abgraben wollen, überhaupt nichts mehr zu bieten. Doch damit fallen die modernen Arbeitnehmer noch lange nicht den Sozialdemokraten in den Schoß. Sie müssen gewonnen werden, und zwar mit einer Politik, die der Mentalitätsstruktur dieser Gruppen entspricht. Von einer Politik „diesseitiger Vernünftigkeit“ haben wir vorhin gesprochen. Was verstehen wir darunter?

Unsereiner ist gewohnt zu sagen, Visionen seien nötig, denn Politik ohne Visionen verkomme zur bloßen Verwaltung. Dieser Satz gilt aber politisch nur so lange, wie uns tatsächlich Visionen einfallen, die mehr sind als abstrakte Utopie und guter Wille, d. h. die eine nachvollziehbare Vermittlung leisten zwischen der immer größeren Evidenz der Probleme und den praktischen Möglichkeiten, mit ihnen fertig zu werden. Große Würfe, die im Welt- und Jahrhundertmaßstab ansetzen und dann in der Unverbindlichkeit enden, sind wenig faszinierend. Jedenfalls und in besonderem Maße gilt dies für die modernen Arbeitnehmer.

So klar z. B. der Blick für das wachsende katastrophische Potential moderner Großtechnik ist, den viele Facharbeiter in der SOFI-Umweltbewußtseinstudie zu erkennen geben: Dieser Blick schwenkt in der Suche nach Erklärung nicht auf Systemfragen, Rettung wird nicht gesucht im Bild einer in ihren Grundfesten anderen, alternativen Gesellschaft. Utopischer Überschuß erscheint eher phantastisch, weltfremd, naiv; die in ihm steckende Grundsätzlichkeit wirkt fundamentalistisch-totalitär, abschließend statt öffnend, und die sie begleitende Rhetorik wird als aufgeregt empfunden. Das Berufsverständnis der modernen Arbeitnehmer ist das von Fachleuten, die mit Kompetenz und Gelassenheit schwierige Aufgaben angehen und lösen. Gleiches erwarten sie von guter Politik: Kompetenz, Gelassenheit, Offenheit, Einlösbarkeit. In einer Situation, in der wir uns die Fragen, auf die wir keine Antworten haben, nicht erst zum Zwecke der Propaganda einfallen lassen müssen, sondern wir sie im Überfluß besitzen, wirkt die Geste des ganz großen Wurfes besonders krampfhaft. Die modernen Arbeitnehmer sind so bestimmt nicht zu gewinnen.

Wenn sie also nicht in Visionen denken, ja diese ihnen ganz und gar fremd sind, so sind sie andererseits doch auch nicht die Bauern des kurzatmigen Pragmatismus. Die Ahnung einer besseren Welt teilen viele von ihnen denn doch mit uns, und für praktische Schritte, die gesellschaftlicher Vernunft Vor-

schub leisten und die mehr sind als die Zementierung der schlechten Realität, lassen sie sich wohl schon aktivieren. Daß es ein über den Pragmatismus hinausstrebendes Moment in der Mentalität vieler moderner Arbeitnehmer gibt, erweist sich zunächst daran, daß ihr Technikoptimismus eben nicht affirmativ, sondern ausgesprochen kritikträchtig ist. Er mißt die Industrieanlagen in ökologischer Hinsicht an dem, was heute technologisch möglich ist; unterwirft selbst avancierte Systeme dem Vorbehalt, daß „noch mehr“ getan werden könnte; fordert eine nicht nur reaktive, sondern prophylaktische Umweltpolitik und schließt inzwischen sogar die Zweifel an der Existenzberechtigung ganzer Industrien (Kernenergie) ein. Ebenso wenig ist der Rationalisierungskonformismus dieser Gruppen selbstgenügsam; er wirkt nicht befriedigend, sondern läßt den Konflikten Spielraum. Den Arkancharakter betrieblicher Herrschaft sehen sie im Widerspruch zur Kompetenz und Selbstverantwortung der Arbeitnehmer. Sich zu ducken, ist ihre Art nicht. Sie setzen auf Transparenz, „rationale“ Verkehrsformen und auf effektive demokratische Entscheidungsstrukturen, durch die der einzelne seinen Expertenstatus umfassender in die Gestaltung seines Arbeits- und Betriebsumfelds einbringen kann. Das alles bündelt sich gewiß nicht zur großen Perspektive, aber es reicht doch hinaus über die bloße Bewältigung des Alltags.

Was den Partikularismus, das vermeintliche Sonderbewußtsein der modernen Arbeitnehmer, betrifft, so schwingt er ohne Zweifel in ihrer Mentalität immer mit; wir sind nicht so blauäugig anzunehmen, daß Gruppen ihre spezifische Machtposition nicht auch zur Mehrung ihres individuellen Nutzens einsetzen. Doch ist ihr Interessenbewußtsein komplizierter gefaßt, von Ambivalenz durchzogen. Es gibt auch Öffnungen für Solidarhandeln – sei es aus Gründen der *Überzeugung*, deren „Luxus“ sich mancher von ihnen ebenso erlaubt wie wir es ja auch tun; sei es aus Selbstschutz, als Vorkehrung gegenüber dem Eventualfall einer eigenen Betroffenheit. Viele sperren sich nicht gegen ökologisch begründete Einschränkungen, wenn sie geboten erscheinen; viele sind durchaus bereit, Arbeitszeit und Geld – jedenfalls in begrenztem Maße – für jene zu opfern, die unter die Räder der Rationalisierung kommen. Viele gehen damit wenigstens tentativ über ein partikulares Interessenverständnis hinaus. Man sollte, so lautet unsere Schlußfolgerung, die Attraktivität nicht unterschätzen, die von umfassenden Betrachtungen und komplexen Optimierungen auf Personen ausgeht, die durch Sozialisation und Arbeit „anspruchs-

voller“ im doppelten Sinn des Wortes geworden sind: gegenüber den anderen wie auch gegenüber sich selbst.

IV.

Wie gut auch immer das neokonservative Modernitätsimage manche Dimensionen in der Mentalität der modernen Arbeitnehmer traf und wie geschickt auch immer die Späth-Geißler-Gruppierung diese Stimmigkeit ausspielen konnte, bis dann eben, für ihre Parteistrategie ziemlich fatal, das Problem des rechten Randes aufbrach: die Bereitschaft der modernen Arbeitnehmer zum Solidaritätsbeitrag und ihre Neigung zur ökologischen Konsequenz drücken reformerische Potenz aus, mit denen die Konservativen, welcher Schattierung auch immer, nichts anfangen können, die aber der Sozialdemokratie Chancen bietet.

Ein politischer Ansatz, der dieses „linke“ Potential aufgreift, hätte unseres Erachtens vor allem folgenden drei Gesichtspunkten Rechnung zu tragen:

1. Antitechnologischer Wortradikalismus und negative Attitüden gegen die neuen Technologien „an sich“ trennen von diesen Gruppen. Umgekehrt muß man aber auch nicht das Halleluja auf die Technik singen, um Nähe zu gewinnen. Durchaus gibt es die Chance zur Differenzierung: zwischen jenen Technologien, von deren Vorantreiben man sich in der Tat die Überwindung der Probleme des traditionellen Industrialismus – die Beseitigung inhumaner Arbeit und die Lösung der Umweltprobleme – versprechen kann und „Negativ“-Technologien im Sinne der militärischen Hochtechnologie und der Atomtechnologie. Unser Technologiebegriff muß scharf sein in bezug auf solche Unterscheidungen. Er muß Kriterien bereithalten, um Technologien zu klassifizieren und bewerten zu können, so daß die Positiv-Technologien konsequent zur Erweiterung der Ressourcen gefördert und erkennbare Negativ-Technologien durch strikte staatliche Auflagen, scharfe Kontrollen und ohne faule Kompromisse zurückgedrängt und beseitigt werden. Kein technologischer Wandel um jeden Preis, also Antitechnokratismus; kein Verzicht auf technisch machbaren Fortschritt aus Verwertungsgründen, also Antiökonomismus im Sinne der Fixiertheit auf einzelwirtschaftliche Rentabilität – das sind unseres Erachtens gute linke Positionen, die auch im Technioptimismus der modernen Arbeitnehmer ihren Platz haben.

2. Die Kategorien des alten Klassenschemas verfan-

gen nicht. Die modernen Arbeitnehmer stehen aber auch nicht in einer Antiposition zu den traditionellen Arbeitnehmern. Mit letzteren verknüpft sie, daß sich auch ihre Interessen oft mit denen der klassischen Machteliten reiben. Mit den traditionellen Arbeitnehmern verknüpfen sie aber auch Überzeugungen: das Empfinden vor allem, daß eine reiche Industriegesellschaft unter ihren Möglichkeiten bleibt, wenn sie ihren ökonomischen und technologischen Wandel so organisiert, daß bestimmte Gruppen ausgeliedert und dem Druck sozialen Rückschritts unterworfen werden. Diese Haltung hat einen Zug zum Imperativen und schließt die Selbstverpflichtung mit ein. So sehr die modernen Arbeitnehmer wissen, daß die ökologischen Globalrisiken der technologischen und ökonomischen Modernisierung total sind und auch sie mit treffen, so sehr sind sie sich doch der Vorteile bewußt, die der Wandel für sie in Beruf und Arbeit und den damit verknüpften Lebenschancen bringt. Doch das heißt für sie nicht Monopolisierung dieser Opportunitäten. Die modernen Arbeitnehmer können für die Verlierer mobilisiert werden, wenn der Sinn von Solidarität für sie einsichtig und nachvollziehbar ist.

Die Ellenbogengesellschaft ist ihr Ideal nicht – darauf kann linke Politik aufbauen.

3. Schablonenhafte Zurechnungen und Etikettierungen von politischen und sozialen Gegnern, Lagermentalität, Wir-Ihr-Schematismen stoßen die modernen Arbeitnehmer ab. Sie machen andererseits aber auch nicht in Harmonie und Gemeinschaft mit den alten Machteliten. Durchaus haben sie einen Sinn für Gegensätze; Interessenartikulation, politischer Druck und Auseinandersetzungen erscheinen ihnen selbstverständlich. Nur ist ihr Verständnis von Politik eben auch in dem Sinne ein relativ differenziertes, als sie nicht mehr an die Politik der lautstarken Konfrontation und geballten Faust glauben, sondern an die Kraft des Wortes, die Stärke des guten Arguments, an die mobilisierende Wirkung transparent gemachter Verhältnisse. So wie sie selbst an die Wirksamkeit „rationaler“ Verkehrsformen in der Politik glauben, so lassen sie sich auch selbst durch solche beeindruckt. Sie zu gewinnen wird nur im Medium einer politischen Kultur gelingen, an der uns heute aus vielerlei Gründen gelogen sein muß.

V.

Würde die Sozialdemokratie auf der Linie dieser Möglichkeiten konsequent den Versuch machen.

ihre Anhänger und Wählerschaft im Feld der modernen Arbeitnehmer zu konsolidieren, so wäre dies natürlich mit dem Risiko behaftet, Unterstützung bei denjenigen zu verlieren, die vor allem die Nachteile des Strukturwandels zu spüren bekommen: bei Teilen der traditionellen Arbeitnehmer. Diesen Zielkonflikt wollen wir keinesfalls retuschieren. Die Frage ist nur, ob es langfristig überhaupt eine Alternative gibt zu einer Politik, welche die modernen Arbeitnehmer fest links bindet und welche mit deren Unterstützung eine Linie aufbaut, die die Anpassungsprobleme für die traditionellen Arbeitnehmer minimiert. Das Argument, daß die sozialen Anpassungslasten am leichtesten dann gemildert und umverteilt werden können, wenn durch ein hoch produktives industrielles System die dafür notwendigen Ressourcen erzeugt werden und ein Solidarverbund unter Einschluß der modernen Arbeitnehmer die dazu erforderliche Verteilung erkämpft und bewerkstelligt, scheint uns immer noch das Beste zu sein. Der Antiindustrialismus hat den traditionellen Arbeitnehmern auf Dauer nichts zu bieten – dieser Einsicht werden sich diese Gruppen immer weniger verschließen, je deutlicher sie die modernen Arbeitnehmer in einer Politik mobilisiert sehen, die das Bündnis der Starken mit den Schwachen herstellt.

Die Politik, die wir hier skizziert haben, nannten wir – etwas Besseres ist uns nicht eingefallen – die einer diesseitigen Vernünftigkeit – diesseitig, weil sie das Unverbindlich-Visionäre meidet und unmittelbar praktisch wirken will; vernünftig, weil sie den Partikularismus zu überwinden sucht und daran festhält, die wissenschaftlich-technische Entwicklung am gattungsgeschichtlichen Fortschritt zu messen.

Wie immer man sich bei der Konkretisierung dieser Prämissen verständigt: in jedem Fall läuft das auf eine Modernisierungspolitik hinaus, die gegenüber dem rechten Rand der Gesellschaft polarisiert. In dieser Wirkung sehen wir freilich keinen Nachteil, sondern etwas Gewünschtes.

Die Irrläufer, die sich aus existentieller Verunsicherung in einer Protesthaltung von den „Republikanern“ und der DVU einwickeln lassen, kann man vielleicht durch mehr materielle Sicherheit aus dieser unheilvollen Umarmung wieder lösen; die Restituierung des sozialen Netzes ist allemal geboten. Auch wäre zu überprüfen, wie dem Zusammenprall von bedrängender sozialer Schwäche und kurzfristig weder sozial noch psychologisch verkraftbarer „Verfremdung“, den es in manchen Quartieren unserer Städte offenbar gibt, durch Umverteilung der Inte-

grationslasten entgegengewirkt werden kann. Aber jenes autoritäre Vorurteil, welches sich heute wieder als Anti-Modernismus und Fremdenfeindlichkeit formiert, und welches den „Republikanern“ die Mehrheit ihrer Anhänger und Sympathisanten zugeführt haben dürfte, ist durch solche Verbesserungen praktischer Sozial- und Integrationspolitik allein nicht aufzufangen. Wir sind heute an einem Punkt angelangt, an dem das Vorurteil in der Politik seinen Multiplikator wieder darin findet, daß es sich stark fühlt. Geben wir der Gegenaufklärung dadurch das Gefühl der Schwäche zurück, daß wir das Programm der Vernunft attraktiver für viele machen. In diesem größeren Zusammenhang wollen wir unsere Position in bezug auf die modernen Arbeitnehmer eingeordnet wissen.

Nikolaus Simon Gewerkschaften und Volksgemeinschaft Der ADGB und die NS-Ideologie

Nikolaus Simon, Jahrgang 1950, ist seit dem 1. 10. dieses Jahres Bildungsreferent beim ÖTV-Vorstand in Stuttgart. Zuvor war er seit 1984 Leiter der Bundesjugendschule des DGB in Oberursel.

Der sozialdemokratisch orientierte ADGB bildete gemeinsam mit den Christlichen Gewerkschaften und den national-liberalen Hirsch-Dunckerischen Gewerkvereinen die drei Hauptrichtungen der „Weimarer“ Gewerkschaften. Diese „haben sich . . . noch in den letzten April-Tagen (1932) um einen vertraglichen Schlußstein ihrer Anpassungs- und Vereinigungspolitik bemüht“, schreibt Gerhard Beier, bevor er das Dokument „Führerkreis der Vereinigten Gewerkschaften“ – die eigentliche Gründungsakte der Einheitsgewerkschaft – zitiert. „Führerkreis der Vereinigten Gewerkschaften: Die nationale Revolution hat einen neuen Staat ge-

schaffen. Dieser Staat will die gesamte deutsche Volkskraft einheitlich zusammenfassen und machtvoll zur Geltung bringen. Aus diesem volklichen Einheits- und Machtwillen heraus kennt er weder klassenmäßige Trennung noch volksabgewandte Internationalität. Diese Tatsache stellt das gesamte deutsche Volk, jeden seiner Stände und jeden einzelnen vor die Notwendigkeit, seine Haltung zu diesem Staat festzulegen. (. . .)

Der Führerkreis hat folgende Aufgaben:

(. . .)

4. Die praktischen Zielsetzungen der Einheitsgewerkschaften festzulegen. Dabei ist zu beachten, daß b) das höchste Ziel ihrer Arbeit die Förderung eines gesunden Staates und Volkes als Voraussetzung zur Sicherung der sittlichen, kulturellen, staatlichen und wirtschaftlich-sozialen Lebensrechte des deutschen Arbeiterstandes ist.“¹

Für Beier enthält die Zielsetzung der Förderung eines „gesunden“ Staates und Volkes eine rassistische Komponente. Das Ende der Gewerkschaften verlief für ihn in der Abfolge:

Erste Station . . . Abgewartet . . .

Zweite Station . . . Angebiedert und Angepaßt . . .

Dritte Station . . . Verraten und Verkauft . . .

Michael Schneider beschreibt die analogen Elemente in der Politik der Christlichen Gewerkschaften so:

„(. . .) Von der entschiedenen Gegnerschaft über Hoffnungen auf Zähmung der Nationalsozialisten durch Einbindung in die Regierungsverantwortung bis hin zu Anbiederung und schließlich Unterwerfung (. . .)“²

Das alles bleibt verdrängt

Obgleich es eine immer größere Anzahl von Publikationen gibt, die zum Teil auch auf Anregung oder in enger Kooperation mit dem DGB und seinen Gewerkschaften verfaßt werden, und obgleich es sehr verdienstvolle Kongresse und Veranstaltungen gibt, auf denen in aller Offenheit über die Versäumnisse und Fehler in der Zeit vor 1933 diskutiert wird, hat das kaum Einfluß auf das vorherrschende politische Bewußtsein der Mitglieder und Funktionäre. Viele leugnen sogar schlicht, daß alles so geschah.

Es geht um Anspruch und Wirklichkeit der Arbeiterbewegung. Um nur zwei Zeugen zu nennen: Willi Bleicher und Heinz Brandt haben betont von der Mitschuld der deutschen Arbeiterbewegung an der Shoa, am Holocaust gesprochen.

Wenn wir uns dem Phänomen stellen, von dem Helga Grebing sagt, daß es „an unseren Nerven zerrt“, dann auch mit dem Willen, den Opfern nachträglich nicht noch einmal ihre Ehre zu rauben. Wir wissen um die Methode der Täter, ihren Opfern niemals zu verzeihen. Diese Methode findet nicht nur ihren Niederschlag im Historikerstreit, also wenn es um Shoa und Holocaust geht, sondern in ganz unterschiedlichen Lebensbereichen. Die Tendenz, eine Mitschuld des Opfers zu konstruieren, kennen wir auch aus dem Bereich der Kriminologie, wo beispielsweise bei Vergewaltigung oft ein Tatbeitrag der Frau behauptet wird. Wir kennen die Methode aus unzähligen Erklärungen des Antisemitismus, die sich am Verhalten „des Juden“ orientieren.

In diesem Bewußtsein muß bei der Analyse des Mitläufertums der ADGB-Funktionäre im Frühjahr 1933 einerseits schonungslos deren tatsächliche Mitschuld aufgezeigt werden, muß genau erforscht werden, wer aus der Niederlage *nichts* gelernt hat und schuldiges Opfer blieb – dürfen andererseits aber diejenigen nicht unbeachtet bleiben, die den Preis für ihre politischen Entscheidungen mit Tod, Folter, Haft und Exil bezahlt haben.

Es geht um die eigenständigen Anteile von Nationalismus, Staatsvergötzung und Volksgemeinschaftsdenken in der deutschen Arbeiterbewegung (seit der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg). Damit soll auf die Unfähigkeit hingewiesen werden, sich als Arbeiterbewegung in liberal-demokratischem Geist auf die Seite von Minderheiten zu stellen und damit auch zur „Judenschutztruppe zu werden“.

Aktuelle Bezüge

Der inflationäre und völlig unbedachte Gebrauch des Horkheimer-Zitats: „Wer aber vom Kapitalismus nicht reden will, sollte auch vom Faschismus schweigen“ hat uns in eine Fülle fast heillosen Probleme geführt. Die Debatte um Antisemitismus in der Linken hat auch gezeigt, wie die ökonomistische Verengung des Blickes und die Subsumierung des deutschen Nationalsozialismus unter die „Epoche des Faschismus“ zur systematischen Ausblendung des Holocaust geführt hat. Wer außerdem die Arbeiterbewegung 1933 ausschließlich als Opfer der Nazis sieht und weiterhin nur seine Vorliebe entweder für die damalige SPD oder KPD bzw. eine der Splittergruppen pflegt und quasi die Kämpfe von damals weiterführt, der wird meist selbst Teil eines linken Verdrängungszusammenhangs.

Als Illustration sei hierzu aus einem Material der Abteilung Jugend bei einem DGB-Landesbezirk zitiert, wo es um die Vorbereitung der historischen Jahrestage 1989 und die antifaschistische Arbeit geht: „Faschismus wird im Bewußtsein der meisten Deutschen mit Judenvernichtung definiert. Die gegen die Arbeiterbewegung gerichtete Vernichtungspolitik der Nazis wird verschwiegen, weil sie dessen Klassencharakter bloßlegen würde. Ein wesentlicher Bestandteil unserer antifaschistischen Strategie und der Entwicklung eines entsprechenden Geschichtsbewußtseins muß es sein, herauszustellen: wem nützt Faschismus?“

Und unmittelbar danach heißt es: „Dabei kommt der Auseinandersetzung um die sogenannte Historikerdebatte eine besondere Bedeutung zu.“

Aus der Abspaltung des Bewußtseins über das „groteske Versagen der gesamten Arbeiterbewegung“, wie Heinz Brandt einmal geschrieben hat, ergibt sich ein Pathos der Belehrung, das sich leider permanent als hohl erweist. Diese verbreitete Haltung, die sich gerne mit dem Horkheimer-Zitat absichert, führt beispielsweise auch zu folgendem Vorkommnis: Eine Gruppe junger deutscher Gewerkschafter durchquert das Museum der Gedenkstätte Yad Vashem in unglaublichem Tempo. Nach den Gründen für ihr Verhalten gefragt, erhalte ich die Antwort, daß dieses Museum nichts taue, weil es die wirklichen Ursachen der Judenvernichtung, nämlich den Kapitalismus, ausspare.

Auch in der Pressemitteilung, die der DGB-Bundsvorstand anlässlich des 75. Geburtstages von Heinz Galinski veröffentlicht hat, wird fragwürdig aus Geschichte geschlußfolgert, zudem erneut ohne den Takt, der als Minimallehre aus dieser Geschichte zu gewinnen wäre. Unter der Überschrift „Warnung vor dem Fremdenhaß“ heißt es: „Vor dem Gefühl des Hasses auf Fremde, und alles und jedes was anders ist“ hat DGB-Vorsitzender Ernst Breit gewarnt. Im Rahmen einer Würdigung des Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde von Berlin (...) verwies Breit am Sonntag in der alten deutschen Hauptstadt auf die verbrecherischen Auswüchse einer solchen Geisteshaltung während der Nazidiktatur. Diskriminierung, Terror, Verfolgung und Mord – das seien die Stufen einer Eskalation, die mit Fremdenhaß beginne.“ Im Text wird dann der Bogen nach Südafrika geschlagen, wo diese beklemmende Tradition der Verfolgung noch immer existiere, und zwar „aus Gründen der Zugehörigkeit zu einer Rasse“. Dennoch: Der DGB stellt sich wenigstens öffentlich seiner Geschichte.



Gewerkschaftsführer Leipart

Zeichnung von Rudolf Schlichter
AdsD, F.-Ebert-Stiftung/Galerie Alvensleben

Das Jahr 1932

Verdeutlichen wir uns noch einmal die Ausgangslage. Wir haben von 1930 bis 1933 die Ära der Präsidialkabinette. Die rechten Republikgegner wollten mit allen Mitteln das politische System von Weimar restaurativ verändern; die rechten Parteien verloren dabei immer mehr Wahlstimmen an die NSDAP; die Gewerkschaften befanden sich in der Defensive. Im Winter 1929/30 betrug die Zahl der Arbeitslosen ca. 3 Millionen, im Winter darauf ca. 5 Millionen und im Winter 1931/32 6 Millionen – realistischer muß von 7 Millionen ausgegangen werden. Die Gewerkschaften waren immer mehr gezwungen, sich gegenüber dem Problem der Massenarbeitslosigkeit realpolitisch zu verhalten. Auf einem außerordentlichen Gewerkschaftskongreß in Berlin wurde am 13. April 1932 ein Arbeitsbeschaffungsplan zur offiziellen Programmatik des ADGB erhoben. Es handelte sich um den sogenannten WTB-Plan, der so nach seinen Verfassern Woytinski, Tarnow und Baade benannt wurde. Unter Rückgriff auf Vorstel-

lungen von John Maynard Keynes sollte durch deficit-spending der Arbeitsmarkt entlastet werden. Dieser WTB-Plan bildete die Drehscheibe, mit der der ADGB sich von der SPD weg und hin zu einer politischen Neuorientierung bewegte. Axel Schildt schreibt dazu: Mit dem WTB-Plan „war zum erstenmal von gewerkschaftlicher Seite ein Programm vorgetragen worden, das sich in die Konzeption einer aktiven staatlichen Konjunkturpolitik einpaßte und mit dem gleichzeitig die Wirtschaftsdemokratie-Option in den Hintergrund trat, sofern sie nicht direkt attackiert wurde. Die Möglichkeit, die Gewerkschaften über die Frage der Konjunktur- und Arbeitsbeschaffungspolitik von der Sozialdemokratie zu lösen, muß . . . vor dem Hintergrund nationalistischer Untertöne gesehen werden, die sich im ADGB seit Beginn der 30er Jahre verstärkten“.³

Eine antizyklische Konjunkturpolitik des Staates, die soziale Spannungen entschärfen sollte, wurde auch vom starken Mann des Papen-Kabinetts, Reichswehrminister Schleicher, angestrebt. „Auch er plante eine Revision der Weimarer Verfassung zu einer autoritären Ordnung, zu Remilitarisierung und zu expansiver Außenpolitik, war sich jedoch der Notwendigkeit einer Massenbasis für derartige Zielsetzungen bewußt. Die Massenbasis wurde nicht mehr entlang der Parteigrenzen, sondern in einer ‚Querfront‘ gesucht, die aus den Gewerkschaften sowie einem Teil der NSDAP, dem Strasser-Flügel, gebildet werden sollte.“⁴

In diesen Problemkreis der gewerkschaftlichen Versuche, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, gehören auch eigene gewerkschaftliche Angebote im Rahmen des freiwilligen Arbeitsdienstes. „Der Zuspriech bei Arbeitslosen war groß, und die eigenen Angebote waren auf sozialpädagogische Konzepte gegründet, die keineswegs linke Kopien völkischer Wehrlager darstellten. (Aber es) waren die Kräfte, die zur Betreuung der Arbeitslosen eingesetzt wurden, letztlich zu schwach, um den Charakter des FAD wirklich eindeutig gegen die völkischen Verbände zu verändern. Das Aufspringen auf diesen Zug, für dessen Fahrt die freien Gewerkschaften aber keine Weichen stellen konnten, hatte zudem Rückwirkungen auf inhaltliche Positionen. (. . .) Deutlich wurde das Ende 1932, als die Reichswehr daran ging, Wehrsportlager zu fördern, die durch Offiziere angeleitet werden sollten. Obwohl hier also die – militärischen – Inhalte durch die Reichswehr vorgegeben waren, fand sich eine Mehrheit im ADGB-Vorstand, die wiederum den Zug nicht verpassen und sich gegen den Willen der SPD an dieser Mobilisie-

rung beteiligen wollte.“ Peter Jahn bezeichnet dies als „Tendenzen zur Integration in autoritäre Formierungsversuche“ und zitiert Leipart, den Vorsitzenden des ADGB, der dies pathetisch als „soldatischen Geist der Einordnung und der Hingabe für das Ganze“ in seinem Vortrag „Die Kulturaufgaben der Gewerkschaften“ umschrieben hatte.

Nationalistische Untertöne

Nach Schildt verstärkten sich seit Beginn der 30er Jahre im ADGB nationalistische Untertöne. „Personell kann man davon ausgehen, daß vor allem jüngere Funktionäre der ADGB-Zentrale an der Ausarbeitung und Verbreitung nationalistischer Gedankengänge Anteil hatten, damit aber auch die Darstellung des ADGB in der Öffentlichkeit weitgehend prägten und nicht als Außenseiter anzusehen sind“. ADGB-Vorsitzender Theodor Leipart hatte im Laufe des Wahlkampfes zu den Reichstagswahlen im September 1930 gegenüber einem Korrespondenten der New York Times die politische Situation wie folgt charakterisiert: Es gehe bei der kommenden Wahl um „die Erhaltung der demokratischen Staatsform“. Sie werde gefährdet durch die Bestrebungen zur Bildung einer Rechtsmehrheit, deren ausgesprochenes Ziel die Revision der Weimarer Verfassung ist, verstärkte Macht des Reichspräsidenten, kein Faschismus, aber doch starke Neigung zum Aufbau eines ständischen, autoritär regierten Staates. „Wenn wir uns nicht in den unpolitischen Kategorien des Verrates verstricken wollen“, so muß man als „klügerer“ Nachgeborener die Frage stellen, ob „zu diesem Zeitpunkt nicht ein Bündnis von Reichswehr, Gewerkschaften, SPD und vielleicht sogar noch der Strasser-Fraktion der NSDAP zur Abwehr der NS-Diktatur möglich war“? (Rabehl in: Scharrer).

Hier geht es um die Stichworte Frontsoldatenerlebnis, Einsatz für die Nation, Überwindung der Klassegegensätze als Anknüpfungspunkte für die Träger des Kurswechsels. Die Anerkennung als Soldat bedeutete individuell wie für das sozialdemokratische Milieu insgesamt die Hoffnung auf das Ende vom Gerede der „vaterlandslosen Gesellen“.

Der Vortrag Theodor Leiparts, „Die Kulturaufgaben der Gewerkschaften“, gehalten in der Aula der Bundesschule in Bernau am 14. 10. 1932, wurde als Broschüre einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Der Verfasser der Rede war besagter Lothar Erdmann. Unter der Überschrift „Gemein-

schafts- und Persönlichkeitsgefühl“ heißt es dort: „Wenn wir die Arbeiter organisiert haben und ohne Unterlaß neue Mitglieder zu gewinnen suchen, so zum Zweck, das Gemeinschaftsgefühl in ihnen zu wecken und den Gemeinschaftsgeist zu pflegen.“ Unter „Was wir wollen“ heißt es: „Eine Arbeiterschaft in sozial bedrückten Verhältnissen ohne Selbstachtung und Vertrauen kann zu keiner höheren Kultur gelangen. Und eine Volksgemeinschaft, die es duldet, daß der größte Teil der Bevölkerung unter elenden Lebensbedingungen und abgedrängt von allen entscheidenden Funktionen im öffentlichen Leben dahinvegetiert, kann nicht für sich in Anspruch nehmen, ein Kulturvolk zu sein“ – und weiter: „In den Gewerkschaften stecken ordnende Kräfte, die für den Aufbau unseres Staates unentbehrlich geworden sind“.

Im Abschnitt „Heimat und Nation“ schließlich: „Man wirft uns weiter vor, daß wir nicht national seien. Nun, wir wissen sehr wohl, daß alle Kultur auf nationalen Grundlagen wächst. Uns sind Heimat und Geschichte Werte, deren Bedeutung für unser Volk wir aufs höchste schätzen.“ Und so wie bei der Abgrenzung gegenüber den Nationalsozialisten heißt es hier auch wieder: „Wir brauchen freie Entfaltung unserer Kräfte auf dem Boden der Demokratie.“ Diese Vorstellung bleibe aber blutleer, steht als einsames Postulat, denn: „Mit unserer Gesellschaftsauffassung verträgt sich sehr wohl die Forderung nach Zusammenarbeit, nach Ordnung und Disziplin. (. . .) Unsere Arbeit ist Dienst am Volke. Sie kennt den soldatischen Geist der Einordnung und der Hingabe für das Ganze. Wir sind Antimilitaristen und bekennen es ganz unzweideutig. Wir wehren uns aber dagegen, als Pazifisten zu gelten, die kein Gefühl für unsere Ehre und für die Interessen unseres Volkes hätten.“ Die Rede bleibt schillernd, zumal sie sogar eine klare Absage an das Rassedenken enthält: „Die führenden Kräfte unserer Gewerkschaftsbewegung waren national eingestellt, sie sahen darüber hinaus aber auch den weiten weltumspannenden Gedanken der Menschheit. Im Gebiete des Geistigen und Schöpferischen gibt es keine Ausländer, erkennen wir auch keine Rassenbeschränkungen an. Jeder, der unser Leben auf den Gebieten von Kunst und Wissenschaft bereichert, soll auf deutschem Boden eine Heimat haben.“

Axel Schildt kommt zu dem Ergebnis: „Leiparts Bernauer Rede vom 14. 10. 1932, die Strasser wenige Tage später begeistert begrüßte, kann in ihrer eigentümlichen Mixtur von Neutralitätsdenken, Irrationalismus, Staatsbejahung, Nationalismus und Mili-

tarismus (,der soldatische Geist der Einordnung und der Hingabe für das Ganze) als ideologische Verallgemeinerung des politisch erreichten Standes der Annäherung gelten.“

Das Jahr 1933

Im Aufruf der Gewerkschaften vom 30. Januar 1933 hieß es: „Gewerkschaftsmitglieder! Die Lebensinteressen der gesamten Arbeitnehmerschaft stehen auf dem Spiel. Um die Angriffe gegen Verfassung und Volksrechte im Ernstfalle wirksam abzuwehren, ist kühles Blut und Besonnenheit erstes Gebot. Laßt Euch nicht zu voreiligen und darum schädlichen Einzelaktionen verleiten.“

Dies sei zitiert als Illustration für die 1933 verbreitete Einschätzung, wonach der historische Bezugspunkt für die Arbeiterbewegung die Verkündung der Sozialistengesetze war. Damals, 1878, hatte es geheißen: „Keine Gewalttätigkeiten, achtet die Gesetze, verteidigt aber innerhalb des Rahmens derselben Eure Rechte! . . . Haltet fest an der Losung, die wir Euch so oft zugerufen: An unserer Gesetzlichkeit müssen unsere Feinde zugrundegehen!“ Ganz anderes hatten die Nationalsozialisten aus der Zeit der Sozialistengesetze für sich gelernt. Bismarcks halberzige Diktatur hatte die Arbeiterbewegung nicht nur nicht geschwächt, sondern sie war bis und nach 1890 so erstarkt, daß sie – in der Vorstellungswelt der Nazis – zum Dolchstoß am unbesiegteten Heer im Felde fähig war. Wenn für den kommenden Krieg dies ausgeschlossen werden mußte, dann eben nur über eine totale Vernichtung der Arbeiterbewegung.

Kurze Zeit später protestierte der stellvertretende ADGB-Vorsitzende Peter Grassmann bei Hindenburg gegen einen Erlaß Görings vom 17. Februar 1933. Göring hatte die Polizei aufgefordert, sich gegenüber den Terroraktionen von SA und Stahlhelm wohlwollend zu verhalten bzw. diese notfalls mit der Schußwaffe zu unterstützen. „Förderung der nationalen Bewegung“ nannte Göring diesen Schießbefehl. Im Schreiben von Grassmann hieß es u. a.: „An sie wenden wir uns als die deutsche Organisation, die in ihren Reihen die größte Anzahl Frontkämpfer vereinigt. Diese Millionen, unter denen sich Anhänger der verschiedensten politischen Parteien befinden, haben nicht im Weltkrieg für Deutschland gekämpft und geblutet, um sich 15 Jahre später von verantwortlichen Reichsstellen sagen zu lassen, daß sie nicht zu den ,staatsaufbauenden Kräften‘, daß sie nicht zur ,nationalen Bevölkerung‘ gehören. Nie-

mand in Deutschland ist so hoch gestellt, daß er es wagen dürfte, die Kämpfer des Weltkrieges – gleichgültig welcher politischen Partei sie angehören – und ihre Organisationen als Deutsche minderen Rechtes zu bezeichnen oder zu behandeln“ (vgl. Scharrer).

Manfred Scharrer kommentierte dies wie folgt: „Dem hemmungslosen Nationalismus der Rechten versuchten die Gewerkschaften Konkurrenz zu machen mit der Betonung und Überbetonung ihrer eigenen ‚nationalen Verdienste‘. Dieser überpointierte sozialdemokratische Patriotismus entsprang einmal der Hilflosigkeit gegenüber den massenwirksamen nationalistischen und chauvinistischen Phrasen und zum anderen der Tatsache, daß große Teile der deutschen Bevölkerung der Diffamierung der Sozialdemokraten als ‚vaterlandslose Gesellen‘ und ‚Novemberverschreiber‘ offensichtlich Glauben schenkte, zum anderen der Unsicherheit im eigenen Selbstverständnis aufgrund des umstrittenen Verhältnisses zu Nation und Internationalismus, zu Reichswehr und nationaler Verteidigung.“

Hinzu kam ein Nationalismus aus Überzeugung, der – wie sich im Ersten Weltkrieg gezeigt hatte – vor allem in den Reihen der Gewerkschaften offen war für imperialistische Neigungen. Das Fatale des gewerkschaftlich-sozialdemokratischen Patriotismus lag nun darin, daß viele Gewerkschaftsfunktionäre glaubten, sie könnten mit dem Hinweis auf die nationalen Verdienste ihrer Organisation die ihnen von den Nazis angetane Ungerechtigkeit anprangern und den ‚Dank des Vaterlandes‘ bei Leuten wie Hindenburg einklagen.“

Besonders hervorheben möchte ich jenen Repräsentanten des Minderheitenkurses, der gegen die Leipartlinie stand. Der Vorsitzende des Allgemeinen Freien Angestelltenbundes, des AFA-Bundes, Siegfried Aufhäuser, legte seine Funktion Ende März 1933 nieder. Die „Gewerkschaftszeitung“ kommentierte am 1. 4. 33: „Auch wenn dies als ein freiwilliger Verzicht dargestellt wurde, so ist doch zu vermuten, daß er von seinen Kollegen dazu ‚überredet‘ wurde. In der offiziellen Stellungnahme hieß es kurz und knapp: ‚Angesichts der politischen Lage ist der bisherige Bundesvorsitzende, Reichstagsabgeordneter Aufhäuser, auf eigenen Wunsch von seinem Amt zurückgetreten.‘ Und daß der Rücktritt eine ‚für den Weiterbestand der Gewerkschaften erforderliche Maßnahme‘ gewesen sei. Offensichtlich war ein ‚nichtarischer‘ Gewerkschaftsvorsitzender in den Reihen der freien Gewerkschaften untragbar geworden.“

Aus Anlaß der historisch-politischen Konferenz

des DGB am 2. und 3. Mai 1983 in der Dortmunder Westfalenhalle wurde von einem Kreis jüngerer haupt- und ehrenamtlicher Gewerkschaftsfunktionäre, Sozialwissenschaftler, Historiker und Mitarbeitern der DGB-Bundesjugendschule Oberursel ein Positionspapier verfaßt, in dem es hierzu heißt: „Jüdische Gewerkschaftskollegen wie den Vorsitzenden des AFA-Bundes, Siegfried Aufhäuser, ließ man im Stich. Am 13. Februar hatte der antisemitische Deutsche Handlungsgehilfenverband in seiner ‚Deutschen Handelswacht‘ den ADGB aufgefordert, sich endgültig zu entscheiden: ‚Die freien Gewerkschaften stehen am Scheideweg: Leipart oder Aufhäuser?‘ (. . .) Die ADGB-Führung hatte nicht nur die der NS-Bewegung innewohnende terroristische Bedrohung unterschätzt, sondern sie hatte darüber hinaus die politische Gestaltungskraft des Nationalsozialismus verkannt. (. . .) Antisemitismus, Rassismus und Imperialismus wurden in ihrer gesellschaftspolitischen Bedeutung nicht erkannt, sondern als Irrationalismen abgetan, die man bestenfalls in der Gewerkschaftspresse der Lächerlichkeit preisgab. Die bereits vor 1933 stark angefeindeten und bedrängten gesellschaftlichen und ethnischen Minderheiten wurden von der Solidarität der Arbeiterbewegung nicht umfaßt. Die Ablehnung einer konsequenten Strategie der Massenmobilisierung, deren Möglichkeiten bis heute nicht ausdiskutiert wurden, waren nicht nur das Produkt einer Angst um die Massen, sondern auch vor den Massen.“ (Vgl. NG/FH 10/83.)

Zu den Ereignissen rund um den Rücktritt Siegfried Aufhäusers, also zu der mangelnden Solidarität der Arbeiterbewegung mit ihren Juden, wird nur wenig geschrieben. Eine Ausnahme findet sich bei Ulrich Borsdorf, bei dem es an unvermuteter Stelle in einem Aufsatz über die Geschichtsschreibung der Gewerkschaften heißt: „In der Zeit der Weimarer Republik profitieren also auch die Gewerkschaften von der Hinwendung intellektueller Schichten zur Arbeiterbewegung. Unter ihnen waren im übrigen nicht von ungefähr viele Juden – eine Tatsache, die die Frage aufwirft, ob nicht die Freien Gewerkschaften – die Christlichen waren, gelinde ausgedrückt, so völkisch-national, daß dies ohnehin nicht in Frage kam – gegenüber dieser Gruppe in ihrem Verhalten 1932/33 noch ein eigenes Schuldkonto offen haben.“⁵

Anpassungstaktik

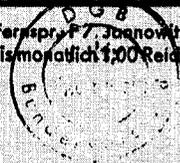
Ein nächster Höhepunkt in der Anpassungstaktik

GEWERKSCHAFTS-ZEITUNG

ORGAN DES ALLGEMEINEN DEUTSCHEN GEWERKSCHAFTSBUNDES

BERLIN 22. April 1933
43. JAHRGANG
NUMMER 16

Redaktion und Expedition: Berlin SW 19, Inselstraße 6. Fernspr. P 7, Jannowitz 6581
Das Blatt erscheint wöchentlich am Sonnabend. Bezugspreis monatlich 1,00 Reichsmark



AN DIE MITGLIEDER DER GEWERKSCHAFTEN !

Kollegen und Kolleginnen !

Im Zeichen des 1. Mai habt Ihr alljährlich euch zu der großen Aufgabe bekannt, in der deutschen Arbeiterschaft den hohen Gedanken der gegenseitigen Hilfe durch Erziehung zu Standesbewußtsein, Gemeinschaftswillen und Kameradschaftsgeist unermüdlich zu wecken, zu pflegen und zu fördern, wie er in unseren Gewerkschaften seinen organisatorischen Ausdruck gefunden hat.

Am Tage des 1. Mai erglühete stets erneut das Bekenntnis der von leidenschaftlichem Kulturwillen beseelten deutschen Arbeiter, den werktätigen Menschen einem dumpfen Arbeitsdasein zu entreißen und ihn als freie, selbstbewußte Persönlichkeit in die Gemeinschaft des Volkes einzuordnen.

So habt Ihr im Zeichen des 1. Mai euch den gesetzlichen Achtstundentag, das Recht auf menschenwürdige Existenz erobert.

Wir begrüßen es, daß die Reichsregierung diesen unseren Tag zum gesetzlichen Feiertag der nationalen Arbeit, zum deutschen Volksfeiertag erklärt hat.

An diesem Tage soll nach der amtlichen Ankündigung der deutsche Arbeiter im Mittelpunkt der Feier stehen.

Der deutsche Arbeiter soll am 1. Mai standesbewußt demonstrieren, soll ein vollberechtigtes Mitglied der deutschen Volksgemeinschaft werden. Das deutsche Volk soll an diesem Tage seine unbedingte Solidarität mit der Arbeiterschaft bekunden.

Kollegen und Kolleginnen in Stadt und Land! Ihr seid die Pioniere des Maigedankens. Denkt immer daran und seid stolz darauf.

In herzlichster Kameradschaft mit euch allen unerschütterlich verbunden, senden wir euch zu diesem Tage unseren gewerkschaftlichen Gruß.

Berlin, 15. April 1933.

**Der Bundesvorstand
des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes**

der Gewerkschaftsführung war die Erklärung des ADGB vom 21. März 1933: „Die sozialen Aufgaben der Gewerkschaften müssen erfüllt werden, gleichviel welcher Art das Staatsregime ist . . . Durch die Anerkennung und Inanspruchnahme des staatlichen Schlichtungswesens haben die Gewerkschaften gezeigt, daß sie das Recht des Staates anerkennen, in die Auseinandersetzungen zwischen organisierter Arbeiterschaft und Unternehmertum einzugreifen, wenn das Allgemeininteresse es erforderlich macht.“ Doch die ADGB-Führung habe sich deshalb zu noch weitergehenden Zugeständnissen bewegen lassen und sich am 9. April 1933 bereiterklärt, die von den Gewerkschaften in jahrzehntelanger Wirksamkeit geschaffene Selbstverwaltungsorganisation der Arbeitskraft in den Dienst des neuen Staates zu stellen. Erklärung des Bundesvorstandes des ADGB an die Reichsregierung vom 9. April 1933: „(. . .) Die Gewerkschaften erkennen nach wie vor an, daß ihre eigene Bewegungsfreiheit ihre Grenzen finden muß an dem höheren Recht des Staates als Repräsentanten der gesamten Volksgemeinschaft. Der Staat muß das Recht haben, ordnend und regelnd in die Wirtschaft einzugreifen; es ist seine Aufgabe, eine Wirtschaftsverfassung zu schaffen, die die Wirtschaftsführung an gesamtwirtschaftliche Verpflichtungen bindet, weil nur auf diesem Wege die Einheit von Staats- und Wirtschaftsführung möglich ist. Die Gewerkschaften sind daher bereit, an dem von der Regierung geplanten berufsständischen Aufbau der deutschen Wirtschaft mitzuarbeiten“ (vgl. Scharer).

Bezug nehmen möchte ich auch auf die letzten drei Ausgaben der Gewerkschaftszeitung vom April 1933. In seinem Artikel „Arbeiterschaft und nationale Revolution“ schreibt zum Beispiel Adolf Dünnebacke: „Parteien kommen, vergehen und kehren in neuer Gestalt wieder. Das Volk bleibt und will ernährt werden. Die Nation besteht und muß erhalten bleiben.“

Anders als noch in der Rede Leiparts in Bernau wird in diesem Artikel nun die endgültige und bewußte Abkehr vom Unterschied zu den Nationalsozialisten und deren Rassendenken gefordert: „Erklärungen der Gewerkschaften aller Richtungen über ihre Stellung zu der neuen Lage liegen vor. Sie bedeuten nicht nur für die Führer ein Opfer von Idealen. Gerade in den breiten Massen der Arbeiterschaft lebt eine starke traditionelle Bindung an humanistische Ideale: Völkerfrieden, Menschheitsglaube, Überwindung der nationalen und rassischen Grenzen. Wenn manches hiervon der brutalen Not der Wirklichkeit nicht standgehalten hat, so muß

entschlossen die Konsequenz gezogen und die Wendung vollzogen werden. Sie wird um so rascher vollzogen werden, je eher die Arbeiterschaft erfährt, daß die ‚nationale Erhebung‘ keine Unterdrückung der Arbeiterschaft bedeutet, daß die ‚nationale Revolution‘ keine antisoziale Revolution sein soll!“

In seinem Artikel „Reichseinheit nach 300 Jahren!“ nimmt Franz Josef Furtwängler Bezug auf das Millionenheer der Arbeitslosen. „So hörte die soziale Frage auf, die Frage des industriellen Lohnarbeiters ausschließlich zu sein. Die Nation selbst wurde zur ‚Proletarierklasse‘, dem nur noch einige 10 000 Nutznießer des kapitalistischen Systems gegenüber stehen. Der soziale Kampf wird zum ‚Aufbruch der Nation‘ zur gemeinsamen Umgestaltung aller Daseinsgrundlagen. Die Trennung der Stände und Volksschichten in politisch feindliche Lager blieb die letzte Stütze des bürgerlich-kapitalistischen Systems.“ Außerdem gibt Furtwängler, als Auslandsekretär des ADGB dazu auch berufen wie kein zweiter, den friedlichen Absichten der Hitler-Partei seinen Segen und wehrt sich gegen „Einmischung von jenseits der Grenzen etwa im Namen der Demokratie“.

Schließlich sei noch an Walter Pahls Artikel zum nationalsozialistischen 1. Mai erinnert, der in der letzten Ausgabe der Gewerkschaftszeitung erschien. „Die Erhebung des Arbeiterfeiertages zum Nationalfeiertag wendet sich nicht gegen den Arbeiter, sondern soll gerade die Solidarität der Nation mit dem Arbeiter bezeugen. Nur der könnte darin eine Niederlage der sozialistischen Arbeiterbewegung erblicken, der da glaubte, daß eine menschenwürdige Lebensgestaltung für die Arbeiterschaft nur gegen das Gesamtinteresse der Nation errungen werden könnte. Wer dagegen von jeher das proletarische Gruppeninteresse mit dem Gesamtinteresse des ganzen werktätigen Volkes gleichgesetzt hat, wird den 1. Mai 1933 als einen Tag des Sieges empfinden . . . Die Nation bekennt sich an diesem Tag zum Arbeiter als ihrer tragenden Gestalt und zum Sozialismus. Vom Nationalsozialismus unterschied uns keine andere Rangordnung der Werte Nation und Sozialismus, sondern lediglich eine andere Prioritätsordnung.“

Kommentare zum Ende des ADGB: „Die Idee wurde preisgegeben, die Organisation trotzdem nicht gerettet. Das Ende der Gewerkschaften hätte schlimmer nicht sein können“ (Manfred Scharer). Und bei Peter Jahn heißt es: „Die Zerstörung der Gewerkschaftsorganisation gab jedoch gleichzeitig der Gewerkschaftsbewegung ihre politische Identität

zurück, an die sie nach dem Zweiten Weltkrieg anknüpfen konnte.“

Doch klingt dies etwas zu euphemistisch, denn einige der Pläne, wie sie bei einer ganzen Reihe von Gewerkschaftern im Exil für die Zeit nach dem Nationalsozialismus entwickelt wurden, knüpften eben genau an den schlechten Traditionen und an einer falschen politischen Identität an. Bei Leuschner, Tarnow und auch Böckler, dem späteren Vorsitzenden des DGB, gab es nämlich durchaus Vorstellungen einer mehr oder weniger modifizierten Fortführung und mehr oder weniger weitgehenden Demokratisierung der DAF, beispielsweise im Plan einer Zwangsmitgliedschaft, was jedoch dem entwickelten Demokratieverständnis der westlichen Exilländer widersprach.

LITERATUR

- 1) Gerhard Beier, Das Lehrstück vom 1. und 2. Mai 1933, Frankfurt/Main – Köln 1975.
- 2) Michael Schneider, Zwischen Gegnerschaft und Unterwerfung, Die Christlichen Gewerkschaften und der Nationalsozialismus, in: Manfred Scharer (Hg.), Kampflose Kapitulation, Arbeiterbewegung 1933, Reinbek bei Hamburg 1984.
- 3) Axel Schildt, Militärische Ratio und Integration der Gewerkschaften. Zur Querfrontkonzeption der Reichswehrführung am Ende der Weimarer Republik, in: Solidargemeinschaft und Klassenkampf, hrsg. von Richard Saage, Frankfurt am Main 1986.
- 4) Peter Jahn, Gewerkschaften in der Krise. Zur Politik des ADGB in der Ära der Präsidialkabinette 1930 bis 1933, in: Erich Mathias, Klaus Schönhoven (Hg.), Solidarität und Menschenwürde, Etappen der deutschen Gewerkschaftsgeschichte von den Anfängen bis zur Gegenwart, Bonn 1984.
- 5) Ulrich Borsdorf, Gewerkschaften und Geschichte, in: K. Tenfelde, K. Schönhoven, M. Schneider, D. Peukert, Geschichte der Deutschen Gewerkschaften. Von den Anfängen bis 1945, U. Borsdorf (Hrsg.), Köln 1987.



Siegfried Aufhäuser (Mitte) als Demonstrant im amerikanischen Exil 1940

Foto: AdsD, F.-Ebert-Stiftung

Danke Michael

Nach langem quälendem Kampf gegen den Krebs starb Michael Harrington, herausragender amerikanischer Sozialwissenschaftler, Theoretiker des Demokratischen Sozialismus und Vorsitzender der *Democratic Socialists of America*, im August im Alter von 61 Jahren.

Was sonst allzuoft nur als Routineformel Verlegenheit überdeckt, trifft in diesem Fall die Wahrheit: Michaels Tod reißt eine Lücke, die kaum zu füllen sein wird. Welche geachtete Stimme des Demokratischen Sozialismus wird künftig in den Vereinigten Staaten sich Gehör verschaffen können? Welcher Theoretiker des Demokratischen Sozialismus wird künftig vor dem Forum der Sozialistischen Internationale mit seinen Analysen, Ideen und Konzepten bei allen Respekt und Aufnahmebereitschaft finden?

Die Vereinigten Staaten, in deren politischen Reihen Michael drei Jahrzehnte lang Beachtung fand und Wirkungen erzielte, die weit über das zahlenmäßige Gewicht seiner kleinen Partei hinausragten, haben einen bedeutenden Kopf verloren, der öffentliche Debatten anstieß, soziales Bewußtsein schärfte und Politik inspirierte. Er allein hat mit seinem legendären und epochemachenden Buch „The Other America. Poverty in the United States“ 1962 die im reichsten Land der Erde versteckte Massenarmut ins Rampenlicht der öffentlichen Aufmerksamkeit gestoßen. Seine intellektuelle Anstrengung zu moralischen Zwecken veranlaßte die beiden amerikanischen Präsidenten John F. Kennedy und Lyndon B. Johnson zu ihrem „Krieg gegen die Armut“, bei dessen Abwicklung Michael dann als praktischer Berater mit Leidenschaft und Kompetenz mitwirkte.

Er hat als Berater und Mitstreiter Martin Luther Kings die Bürgerrechtsbewegung der USA gestärkt und später Brücken geschlagen, damit sie, die Gewerkschaften, die Demokraten und die Friedensbewegung, einander näherkamen.

Als Co-Präsident der wenige tausend Mitglieder zählenden *Democratic Socialists of America* war Michael ein aktives Mitglied in allen Gremien der Sozialistischen Internationale, dessen intellektuelle Brillanz und politische Integrität ihm stets einen Einfluß sicherten, der alle Zahlenverhältnisse weit überragte. Seine unbeugsame moralische Kraft und seine geistige Prägnanz beim Kampf um Menschenrechte, soziale Gerechtigkeit und internationale Solidarität haben ihm in der ganzen Sozialistischen Internationale Achtung und Sympathie gebracht.

Auf den Kongressen und in den oft heiklen Resolutionsausschüssen der SI war er der von den Par-



teien des Nordens und Südens gleichermaßen geschätzte Inspirator und Macher wichtiger konzeptioneller Fortschritte.

Solange seine Kraft es irgend zuließ, hat er stets originell, inspirierend und gelassen die Hauptlast der schwierigen Mission getragen, die SI-Mitgliederparteien aus allen Teilen der Welt zu einem neuen Grundsatzprogramm zusammenzuführen. Auf seinen Vorarbeiten basiert die von Willy Brandt auf dem Stockholmer SI-Kongreß vom Juni 1989 zum Erfolg geführte neue Prinzipienklärung der SI.

In seinem beispiellosen Engagement für die theoretische Fundierung der Politik der SI ging es Michael vor allem um eine zwingende Begründung für die glaubwürdige Internationalisierung der Werte und Ziele des Demokratischen Sozialismus.

Michaels Ideen bleiben in der neuen Prinzipienklärung der SI lebendig. Gelegentlich hat Michael selbstironisch gescherzt, als Chef einer politischen Kleinpartei komme er anders als die Führer der großen sozialistischen Parteien nicht in die Verlegenheit, Wahlen wegen dem zu verlieren, was er zu Papier gebracht hat. Doch manches von dem, was im Namen des Demokratischen Sozialismus in den letzten drei Jahrzehnten Wirklichkeit wurde, ist von Michael mitbedacht und mitformuliert worden. Danke Michael.

Thomas Meyer

Bernd Feldhaus

Sport am Scheideweg

Bernd Feldhaus, geboren 1930, Studiendirektor a. D., ist seit 1987 Mitglied des nordrhein-westfälischen Landtags.

Es gibt keine Wahlkampfprogramme mehr, in denen nicht von der gesellschaftlichen Bedeutung des Sports die Rede ist, von seiner sozialen und gesundheitspolitischen Leistung, und eben drum, von der Notwendigkeit seiner öffentlichen Förderung.

Aber welcher Sport ist gemeint? Die berühmte Einheit des Sports gibt es schon lange nicht mehr, wenn auch alles, was Sport ist oder zu sein vorgibt, unter einem organisatorischen Dach firmiert. Die Ausdifferenzierung des Sports ist inzwischen so weit fortgeschritten, daß die Übersicht darüber schon verlorenzugehen droht. Wenn man sich auf ein Gemeinsames beziehen will, dann bleibt eigentlich nur die Feststellung, daß alle Erscheinungsformen des Sports mit körperlicher Bewegung zu tun haben. Aber damit hat sich's dann auch schon. Motive, Ziele, Handlungsfelder, Ausdrucksformen und Organisationsformen, Sozialstruktur etc. sind so vielschichtig, daß eigentlich jeder Versuch zur Systematisierung scheitern muß.

Wenn man das Agglomerat Sport sortieren will, kann man sich kaum an empirisch hinreichend gesicherten Fakten ausrichten, sondern nur nach Signalen orientieren. Und die gibt es genug, wobei manche Signale schon als Alarmsignale zu verstehen sind. Registriert man diese schonungslos unter Berücksichtigung ihrer Zusammenhänge, dann kommt man zu dem unausweichlichen Ergebnis: Die pyramidale Einheit des Sports ist tot.

Ich will mich im folgenden auf zwei Entwicklungsstränge beschränken, da das für die Frage nach öffentlicher Förderung genügt. Überdies gibt es zwischen diesen beiden auch noch gleitende Übergänge, was Definitionen, Beurteilungen und Handlungsableitungen erschwert. Zu unterscheiden wären

- der professionelle, vermarktete Show-Sport = *Zirkussport*,
- der nicht professionelle, nicht vermarktete Erlebnisport = *Breitensport*.

Der professionelle Show-Sport

Der erste Entwicklungsstrang wird repräsentiert durch 5 000 - 10 000 Spitzen- und Kaderathleten,



Ben Johnson verläßt nach Aberkennung der Goldmedaille Seoul

Foto: dpa

der zweite durch 65 000 Vereine und 20 Millionen Mitglieder im DSB. Beherrscht wird die Sportszene indessen durch die Minderheit, durch den „Club 10 000“. Und das nicht nur in der Sportpresse.

Die Ablösung, ja Verselbständigung des ersten Stranges geschah allmählich, beginnend etwa in den 60er Jahren, und ist festzumachen an drei Grenzüberschreitungen:

Zum einen haben Leistungssportler schon vor 20 Jahren ihre biologische Leistungsfähigkeit erreicht, so Professor Wildor Hoffmann, Präsident des Deutschen Sportärztebundes. Zur weiteren Leistungssteigerung bedurfte es demgemäß anderer Mittel.

Zum anderen wurde der Sport für den Spitzenathleten durch direkte und indirekte Zuwendungen eine ansehnliche Einnahmequelle, die sogar Broterwerb und Existenz sichern konnte (das zuerst im Fußball).

Daraus entwickelte sich drittens, daß über das Fernsehen aus dem Mäzen und Sponsor der mittel-

bare Werbegeschäftspartner wurde, mit ganz bestimmten Folgen für die Breite des Sportspektrums.

Das hat wenig gemein mit den 65 000 Sportvereinen und 20 Millionen Mitgliedern. Der Superathlet kommt auch nicht mehr aus dem Verein, er braucht ihn nicht, empfindet ihn eher als störend. Kennzeichen und Merkmale dieses Zirkussports gibt es viele, aus unterschiedlichen Quellen gespeist und in verschiedenen Formen geprägt.

Merkmal: Nonsens-Sport

Wenn bei alpinen Wettbewerben über 2 000 m-Abfahrt der Sieger durch 2/100 Sekunden Abstand zum Zweiten ermittelt wird, fragt man sich nach dem Sinn. Das verstehe einer. Aber da verstehe einer auch uns Zuschauer. Beide Athleten gleich stark, nachweisbar, der eine wird Sieger, der andere vergessen. Hier führt sich der Wettbewerb, der Leistungsvergleich ad absurdum, weil jenseits der erreichbaren Leistungsgrenze das Messen vernünftigerweise aufhört. Offenbar wird über Sieg und Niederlage heute vielfach nicht mehr durch Leistung entschieden, sondern durch Material und technische Fortschritte der Meßgeräte. In den Leichtathletik-Sprungwettbewerben z. B. werden wohl bald die halben Zentimeter als Maß fällig.

Dies führt auch dazu, daß in bestimmten Sportarten immer mehr Wettbewerbe geschaffen worden sind, z. B. nach Unterschieden im Alter, im Gewicht, in der Zusammensetzung von Mannschaften, in der Kombination von Teilleistungen usw. Wo will man aufhören zu unterteilen? Das kann bis Kilo und Jahrgänge heruntergehen. Dahinter mag zugegebenermaßen auch das Bemühen um Chancengleichheit stecken. Aber mehr Klassen bedeuten auch mehr Sieger, mehr Wettbewerbe bei Olympischen Spielen, mehr Goldmedaillen und damit auch mehr Geschäft.

Merkmal: Sport gegen den Körper

Sport in Übereinstimmung mit dem Körper ist im Zirkussport schwer durchzuhalten. Es darf darüber gelacht werden, daß bei Schwimmwettkämpfen bremsende Körperbehaarung wegrasiert wird. Das grenzt zwar an Clownerie, ist indes ungefährlich. Bedenklich ist dagegen Raubbau am Körper, 1984 in Los Angeles sind 80 % der deutschen Athleten wegen Überlastungsschäden und nicht ausgeheilten Verletzungen in ärztlicher Behandlung gewesen. Genesungspausen sind zu kurz oder werden noch medikamentös verkürzt. Der nächste Wettkampf ist immer der wichtigste. Sportmedizin muß die Ausfallzeit knapp halten, Zeit ist Geld, und der Biorhyth-

mus kann stören. Körperliche Dauerschäden gehören bei Spitzenathleten zur Lebenskalkulation.

Wenn man zur Leistungsspitze gelangen will, läßt man sie früh beginnen. Ob im Tennis, Schwimmen, Turnen, Eiskunstlaufen o. a., die Kindheit hört zumindest partiell nach einigen Lebensjahren auf. Ob die Hinwendung zum Leistungssport dabei immer der natürlichen Fähigkeit des kindlichen Körpers entspricht, darf bezweifelt werden. Ob sie den natürlichen Bedürfnissen des Kindes entspricht ebenfalls.

Nun werden seit geraumer Zeit kindliche und jugendliche Körper ja nicht mehr gegen ihre Disposition vergewaltigt. Der Körper wird analysiert, berechnet (Volumen, Schwerpunkt, Hebelwirkungen usw.), um zu einer Sportart bzw. Disziplin hinzuführen, in der die individuelle Disposition eine optimale Leistungshöhe verspricht. Gesucht wird der disziplinadäquate Idealkörper. Die sportliche Funktion bestimmt die Auswahl. Dagegen ist unter dem ausschließlichen Stichwort Leistung nichts zu sagen. Nur die sportliche Erfahrungsbreite, für Kinder wohl auch Erlebnisbreite, wird geschmälert, und die Disziplin kann bei gleichartiger Disponibilität verarmen. Aber das Erreichen der Weltspitze setzt nun einmal früheste Spezialisierung voraus.

Ausnutzen der Körpergesetze ist das eine, in sie eingreifen und sie lenken wollen ein anderes. Schlimmeres. Es ist kein Geheimnis, daß jungen Spitzturnerinnen Hormone verabreicht werden, um das Wachstum zu hemmen und den Eintritt der Menstruation zeitlich zu verzögern. Die Gentechnologie wird künftig Manipulationen am und mit dem Körper ermöglichen, was, so ist zu fürchten, ohne Verbote auch wahrgenommen werden wird. Was dazu schon in den Labors liegt, wissen nur Insider. Wenn man künftig gentechnische Investitionen, die man in die Produktion und den Erwerb eines Idealkörpers stecken muß, mehrfach auf der Gewinnseite rekapitalisieren kann, wird das marktkonform auch geschehen, wenn sich nicht andere Instanzen zur Wehr setzen.

Die Zahl der Sportler, die zu Spritzen und Tabletten greifen, ist vermutlich höher als geschätzt wird (6–10 Prozent), ertappt worden ist nur ein Bruchteil. Der spektakulärste Fall, der des Sprint-Olympiasiegers von Seoul, Ben Johnson, scheint nur die Spitze eines Eisbergs darzustellen.

Wenn man Ursachenforschung betreiben will, stellt man schnell fest, daß dieser Mißbrauch mit individuellem Verschulden allein nicht zu klären ist. Solange im Sport Leistung als absoluter Wert gehandelt wird, wird der Athlet Schuldgefangener eines

Systems, in dem der Marktwert von der Karriere abhängt.

Merkmal: Vermarktung

Der tele-vermarktete Zirkussport eröffnet nicht nur Wege zur Existenzsicherung des Sportlers, sondern zum ungeahnten Reichtum ganzer Clans. Was attraktiv für die Mattscheibe ist, zählt. Die Einschaltquote ist der neue Maßstab im Sport-Zirkus, der Weltenrichter über Anzahl, Termingestaltung und Umfang von Wettbewerben, irgendwann wohl auch über Sieger und Unterlegene.

Die Selektion durch das Fernsehen führt oft zur Ignoranz des Breiten- und Freizeitsports. Aber das Fernsehen selektiert auch im Hochleistungssport und zerstört hier abermals eine Einheit, die man zumindest noch als solche wahrnehmen möchte. Sportarten, die nicht telegerecht vermarktet werden können, kommen nicht zum Zuge, sympathische verkümmern, andere werden „anabolisch“ aufgeplustert.

Daß Fernsehgesellschaften bei Wettbewerben, Weltmeisterschaften und Olympischen Spielen den Zeitplan nach der zu erwartenden Einschaltquote mit der höchsten Werbewirksamkeit festlegen, hat spätestens Calgary im Winter '88 gezeigt. Opfer waren die Athleten, die gegen den Biorhythmus ihres eigenen Körpers zu ungewohnten Zeiten anzutreten hatten. „Kommerziade statt Olympiade“, wurde hinterher lakonisch vermerkt.

Die verantwortlichen Sportorganisationen haben den Sport weithin verkauft. Künftig wird noch einmal des Geldes wegen auf (vermeintliche) Einheit verzichtet. Die Olympischen Spiele sollen uns nämlich alle zwei Jahre erfreuen, und zwar im Wechsel von Sommer- und Winterspielen. Vielleicht ist dabei nicht bedacht worden, daß Sommer und Winter auf der Nord- und Südhalbkugel zu ungleichen Zeiten stattfinden. Je nach Olympiastadt wird es dann wohl doch ein Vierjahreszeiten-Festival, allerdings schon im Abstand von zwei Jahren.

Die proklamierte Einheit des Sports ist also trotz des einen organisatorischen Daches dahin. Die Befürchtung des kritischen Generalsekretärs des DSB, Karl-Heinz Gieseler, die Einheitlichkeit der Sportbewegung in Werthaltung und Ethik könne durch die Kollaboration mit der Wirtschaft abhanden kommen, ist schon Realität, oder wie der Boß eines Eishockey-Bundesligaclubs meinte: „Die moralisch-ethische Zeit ist lange vorbei“.

Der Breitensport als Erlebnisport

Der zweite Entwicklungsstrang, der nicht profes-

sionelle, nicht vermarktete Erlebnisport, will sagen: Breitensport, soll hier nur grob skizziert werden.

Das Bedürfnis nach (sportlicher) Bewegung wächst mit der erwerbsarbeitsfreien Zeit. Die vorherrschenden Motive sind wohl gesundheits-, lust- oder nach wie vor – trotz des Individualisierungstrends in der Gesellschaft – gemeinschaftsorientiert. Die beste Plattform für diese Art von Sport ist der Verein mit seinen Mannschaften und Gruppen. Natürlich treffen wir auch hier auf Leistungsstreben und Wettbewerb. Aber nicht um jeden Preis; und nicht mit ausgetüfteltem Reglement. Außerdem ist dieses Sportsystem nicht abhängig von Wirtschaft und Medien, sondern es ist eine freiwilliger Verbund von Menschen zu frei gewählten Zwecken. Was in 65 000 Sportvereinen durch gewollte körperliche Bewegung in gewollter Gemeinschaft an gesundheitlichen, sozialen, kreativen und politischen Leistungen für die Gesellschaft erbracht wird, ist durch Geld nicht aufzurechnen.

Angesichts wechselnder Bedürfnisse nach neuen Formen der Bewegung und ihrer Organisation geraten Sportvereine in dieser Zeit des Umbruchs an den Rand ihrer Leistungsfähigkeit. Zudem erwarten Gesellschaft und Politik, daß dieses Sportsystem sich bitte auch noch um Randgruppen kümmern möge, um Aussiedler und Arbeitslose, Behinderte und Einsitzende, um Vereinsamte und Ausgestoßene. Weit und breit hat anscheinend niemand so viel Integrationskraft wie der Sport bzw. der Sportverein.

Der Appell „Sport für alle“ gilt nicht für den „Zirkussport“. Diese Leistungserbringung wird freilich vom nicht professionellen Sport erwartet. Betrachtet man zudem noch die demographische Entwicklung, die Umkehrung der Alterspyramide, und bleibt dessen eingedenk, daß der „Zirkussport“ nur von Jugend und jugendlicher Leistung lebt, dann stellt sich die Frage nach der Belastbarkeit der Sportvereine. Sie sollen sich künftig um das Restdrittel kümmern, gekoppelt mit einer Schmälerung der für ein demokratisches Gemeinwesen so wünschenswerten Pluralität und Einübung darin.

Die Sportvereine stecken in einem tiefen Dilemma: Sie müssen sich veränderten Bedürfnissen und neuen Aufgaben stellen, haben aber personelle und organisatorische Strukturen, die in früheren Zeiten gewachsen sind, und dem professionellen Management anderer Sportanbieter nicht standhalten können.

Deshalb darf die Politik die Sportvereine, die Sportkultur, mithin ihre eigene Ressource nicht im Stich lassen.

Unterschiedliche Antworten der Sportpolitik

Der Befund stimmt nüchtern; Resignation ist aber nicht angesagt. Die Entfaltung des Breitensports ist erst im Gange und eröffnet Perspektiven. Das erste System auch? Sport ist für Spitzenathleten Hauptberuf und demgemäß auch Haupteinkommen, was übrigens bei der jetzigen Arbeitsmarktsituation bedenkenswert ist. Auch Artisten im Zirkus sind Profis und Angestellte eines Unternehmens. Diese marktgerechte Konsequenz braucht die Lust am Zuschauen nicht zu mindern. Auch Zirkusarenen haben immer noch ihren Zuspruch. Darum ist eine werksangestellte Fußballmannschaft keine falsche Weichenstellung. Weil im Spitzensport der Markt längst bestimmt, sollen auch die Marktgesetze herrschen, das würde z. B. bedeuten, daß die grundgesetzlich verbrieft Freizügigkeit der Arbeitnehmer auch für Profisportler zu gelten hat.

Spitzensport braucht mehr Durchsichtigkeit in seiner politischen Handhabung, Unternehmensverfassung. Das Unternehmen (z. B. der „Verein“) hat sich dem Marktwettbewerb zu stellen, kann gewinnen oder pleite machen. Im letzteren Fall darf dann nicht nach der öffentlichen Hand gerufen werden mit dem emphatischen Hinweis auf die gesellschaftliche Bedeutung des Sports. Von Fall zu Fall ist zu prüfen, ob aus ökonomischen Gründen Hilfe gewährt werden soll, wie bei anderen Unternehmen auch. Da ist nicht die Sport- sondern die Wirtschaftspolitik gefragt, und es ist abzuwägen zwischen Aufwand und Ertrag. Ein anderer öffentlicher Für-

sorgeaspekt kann die soziale Betreuung von Athleten sein, z. B. solcher, die im Sport durch Illiquidität des Unternehmens arbeitslos werden. Hierhin gehören auch die jungen Sportler, die auf dem Weg nach oben die Spitze nicht erreichen und schon als junge Menschen beschädigt auf der Strecke bleiben. Oder etwa die Nachsorge für innerlich und äußerlich verletzte Spitzenathleten.

Öffentliche Aufgaben gibt es genug. Auch in der Berufswelt von Sportlern. Daß allerdings immer noch mit sportlichem und nationalem Pathos auch öffentliche Finanzmittel zur Verfügung gestellt werden bzw. werden sollen, ist nur schwer zu rechtfertigen. Durch seine Werbewirksamkeit hat der Hochleistungssport genügend Förderquellen zur Verfügung. Die finanziellen Voraussetzungen für seine Weiterentwicklung, wenn man sie denn will, sind auch ohne den Staat zu schaffen. Folgerichtig verlangt der Vize-Weltmeister im Zehnkampf, Sigi Wenz, die Einstellung öffentlicher Förderung mit der Begründung, der Spitzenathlet könne sich selbst vermarkten.

In der Sportpolitik wird es deshalb Zeit, Abschied zu nehmen von Halbheiten, Selbsttäuschungen. Olympia ist tot, panem et circenses. Die Olympischen Spiele ins Ruhrgebiet? Warum nicht? Davon kann unter den gegebenen Umständen das Revier erheblich profitieren. So wie die Dinge stehen, bleibt nachher für die Revierstädte sogar auch einiges übrig. Nur hängt – bitte schön! – den hehren Gedanken eines olympischen Spielfestes etwas tiefer!

Kritik

Ein kämpferischer Republikaner

*Carl-von-Ossietsky-Forschungsstelle
an der Universität Oldenburg; Bärbel
Boldt u. a. (Hg.)*

*Carl von Ossietsky Lesebuch. Der Zeit
den Spiegel vorhalten
Rowohlt Verlag, Reinbek 1989, 256 S.,
DM 19,80*

Wenn es nicht ein Tarnname wäre,
könnte man es als einen der typischen

Treppenwitz der Geschichte ansehen, daß ausgerechnet die rechtspopulistische Partei des Herrn Schönhuber aus Bayern sich „Republikaner“ nennt. Der ganze Kontrast zu dieser mißverständlichen Selbstbezeichnung wird deutlich, wenn man den repräsentativen Ausschnitt aus den Zeitungs- und Zeitschriftenartikeln eines genuinen, kämpferischen und leidenschaftlichen Republikaners wie Carl von Ossietsky zur Hand nimmt. Die Herausgeber, die endlich eine Gesamtausgabe der zahlreichen und weit verstreuten Arbeiten Ossietskys vorbereiten, haben – gleichsam, um Appetit zu machen – eine Auswahl besonders markanter Texte in einem „Lesebuch“ zusammengestellt, das zugleich ein Spiegel

der Zeitgeschichte von 1918 bis 1933 ist.

In einem ersten Abschnitt geht es um das Ethos des kritischen Journalisten und um seine Unabhängigkeit, die schon vor 1933 immer wieder durch die Zaghaftheit und den Opportunismus von Zeitungsverlegern bedroht ist. „Ihr seid das Gewissen des Tags. Kinder einer Ehe, entsprossen zwischen Thersites und Cassandra. Ihr müßt feinere Organe haben für das Kommende als die Menge, aber ihr müßt es oft in sehr verschrobener Art sagen, um gehört zu werden, um aufzufallen“ (S. 18).

Noch deutlicher ermahnt Ossietsky die Verleger der *BZ am Mittag*, die auf eine Beschwerde des Reichswehrmini-

steriums hin ihren Chefredakteur Höllriegel entlassen haben: „Die Mehrzahl unserer Zeitungsverleger ahnt nicht, was für eine Macht sie repräsentiert. Bei einem Konflikt zwischen ihren Redakteuren und einer Behörde, und namentlich einer militärischen, siegt ihre Servilität, und der Skalp des Redakteurs wird still verhandelt. Lieber Gott, man muß Beziehungen zu höheren Stellen aufrechterhalten! Außerdem wünscht man sich ein reputierliches Blatt, und Landesverrat hört sich wirklich nicht schön an, und nachdem im Weltbühnen-Prozeß nun sogar wegen Spionage verdonnert wurde, wird man künftighin lieber alle Militärkritik ganz beiseite lassen“ (S. 29). Sollte ich mich täuschen, wenn ich feststelle, daß die Reaktion auf die „Spiegelaffäre“ (die eigentlich eine Strauß-Affäre war) gezeigt hat, daß in dieser Hinsicht immerhin Bonn nicht (mehr) Weimar ist?

Im folgenden Abschnitt wird deutlich, daß Ossietzky, schon lange bevor Dolf Sternberger das Wort geprägt hat, ein engagierter „Verfassungs-Patriot“ war. Ein Journalist, der die Weimarer Verfassung – vor allem ihren Grundrechtsteil – weit ernster nahm als die damalige Justiz, und der wachsam auf deren (oft nicht mehr gewährleistete) Einhaltung sah. So ganz wertlos und ohnmächtig kann die Verfassung doch nicht sein, stellt er 1921 fest, denn warum sonst würde sie so wütend von Rechten bekämpft? Er begreift die Weimarer Verfassung vor allem auch als ein Mittel republikanischer Erziehung: „Mag die Zeit manches verdorren lassen, mag hier und dort wirtschaftliche und politische Notwendigkeit . . . zur . . . Umgestaltung zwingen, die Artikel 109 bis 118 mit den ‚Grundrechten‘ und Grundpflichten der Deutschen‘ enthalten ein Programm politischer Pädagogik für Jahrzehnte. Denn jede Konstitution eines Staates ist doppelgesichtig: sie resümiert und stellt zugleich Zielpunkte auf. Erfüllung und Ansporn machen beide einträchtig ihr Wesen aus“ (S. 40).

Am energischen Willen zu solcher Erziehungsarbeit und kräftiger Selbstbehauptung lassen es freilich die Republikaner nur allzusehr fehlen.

Wenn Ossietzky immer wieder für eine republikanische Linke plädiert, dann meint er damit keineswegs die KPD, an der er oft genug scharfe Kritik geübt hat, sondern eher eine etwas selbstbewußtere und entschiedenere Sozialdemokratie und wirklich engagierte linke Liberale: „Es gibt keine Republik, weil es keine Linke gibt. Weil das große Moorgebiet der ‚Mitte‘ alles aufsaugt. Weil man viel lieber ‚ausbalanciert‘ als kämpft“ (S. 47). Alle verabscheuen „die Linke und kultivieren den verschwommenen, maskierenden Begriff der ‚Politik der Mitte‘, einen Begriff, den noch niemand ganz klar präzisiert hat, bei dem sich aber jeder etwas Verwaschenes, etwas Molluskenhaftes, mit einem Wort: etwas Nationalliberales denken kann“ (S. 46). Das könnte auch heute gesagt sein, stammt aber aus dem Jahre 1924! Ohne einige kritische Außenseiter – in Politik und Publizistik – so Ossietzkys Feststellung, hätte sich gar nichts bewegt: „Alles, was heute als innen- und außenpolitischer Fortschritt und ragende Staatsmannsleistung gefeiert wird“, wäre „ohne ein paar beherzte Einzelgänger“ kaum möglich gewesen.

Ossietzky ist ein linker Patriot. Das wird vielleicht am deutlichsten in den Artikeln, die betonen, wie sehr die Niederlage und selbst der Vertrag von Versailles dem demokratischen Deutschland geholfen haben: der autoritäre Obrigkeitsstaat wurde beerdigt; mit den Kolonien wurde das Reich von einer drückenden Last befreit, unter der die anderen europäischen Mächte zu leiden hatten; die Demonstrationen und die Reparationen haben die Erneuerung der industriellen Anlagen beschleunigt. Wenn wir aber den Krieg gewonnen hätten, dann wäre noch immer nicht Frieden in der Welt. Überall stünden deutsche Soldaten, um besetzte Gebiete zu bewachen, und „im Land wäre nichts als – die Zentrale für Heimatdienst. Zur Abwicklung“ (S. 56). Natürlich war diese Sicht der Dinge für Rechte unerträglich. Namentlich die Phrase vom „Volk ohne Raum“ ist damals populär gewesen. „Es kommt aber nicht darauf an, wie viel Platz ein Volk unter der Sonne einnimmt, sondern wie die Güter darauf verteilt sind. . .“ (S. 57).

Ossietzkys polemische Stärke erreicht ihren Höhepunkt, wenn er die politische Unbedarftigkeit seiner Landsleute geißelt: „Deutschland ist das einzige Land, wo Mangel an politischer Befähigung den Weg zu den höchsten Ehrenämtern sichert. So wie gewisse Naturvölker Schwachsinnigen göttliche Ehren entgegenbringen, so verehren die Deutschen den politischen Schwachsinn und holen sich von dorthier ihre Führer. Darin überbieten sie ohne Zweifel die wilden Völker, die sich auf die Adoration beschränken und die scheue Bewunderung, aber sonst mit ihren Dorfketins weder in den Krieg ziehen noch in den Frieden“ (S. 57, 1928).

Das vernichtende Urteil wird vielleicht besser verständlich, wenn man daran denkt, daß Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht und Walter Rathenau ermordet wurden und Stresemann (für den Ossietzky wenig Sympathie aufbringt) früh verstorben ist, die übrigen Parteien – einschließlich der SPD – aber keine überragenden Leitfiguren mehr aufweisen konnten – wenigstens nicht auf nationaler Ebene. Freilich kommt in dieser Äußerung Ossietzkys auch sein immer wieder hervortretender Elitarismus zum Ausdruck. Heute sehen wir ein, daß guter Durchschnitt und common sense für das demokratische Führungspersonal wichtiger sind als brillante Persönlichkeiten, so sehr sie der Hebung der „politischen Kultur“ dienen. Zuverlässiger Durchschnitt ist allemal für das Schicksal eines Staates nützlicher als irrende Brillanz, die sich versteigen kann. Die Engländer haben aus diesem Grunde die exzentrische und brillante Persönlichkeit eines Winston Churchill erst dann wieder zum Premierminister gemacht, als Not am Mann war und das Land während des Krieges eine energische und tatkräftige Führung (in seinem Sinne) brauchte. Kaum war der Krieg gewonnen, schickten sie den verdienten Leiter der nationalen Geschäfte wieder nach Hause. Vielleicht hat sich in der Ablehnung der Kanzlerkandidatur von F. J. Strauß ein ähnlicher Instinkt der deutschen Wähler gezeigt. Die Lage war „nicht ernst genug“!

So entschieden Ossietzky auch das

sowjetische Regime ablehnt, die Politik der Sowjetunion gegenüber den Kolonien und den abhängigen Staaten Asiens hält er für geschickt und klug. Der Völkerbund und das Deutsche Reich verpassen hier eine günstige Gelegenheit, sich an die Spitze einer ohnehin unaufhaltsamen Entwicklung zu stellen. Der Imperialismus ist längst obsolet. Das war damals – 1925 – eine einsame Stimme in der Wüste.

Die „Mission“ der Sowjetmarxisten findet einen fruchtbaren Boden lediglich in den Kolonien und unterdrückten Staaten des Ostens. Nur im Deutschen Reich gibt es einen Zulauf von Intellektuellen zur KPD, den Ossietzky 1920 mit einer spezifisch deutschen, antiliberalen und undemokratischen Tradition in Zusammenhang bringt: „Aufgewachsen in reaktionären Anschauungen, von militaristischen Instinkten reichlich durchsetzt, gewohnt, auf die Masse des arbeitenden Volkes herabzusehen, so vorbereitet gehen die lieben Herrchen unter die Arbeiter und predigen die rote Botschaft des Gewaltsozialismus. Nicht die Entkapitalisierung der Gesellschaft, nicht die Hoffnung auf ein freies und frohes Geschlecht beflügelt sie; nur die sozialistische Praxis der Lenin und Trotzki wirkt auf sie so ungeheuer anziehend, der Zwang, der Blutdunst, die Atmosphäre von Despotismus und Brutalität“ (S. 113). In dieser Einstellung stehen sich die „Ludendorff-Leute“ und die aus dem Bürgertum kommenden Kommunisten ziemlich nahe (1920). Auch das war damals eine höchst hellsichtige Diagnose. Manche Züge der DDR zeugen noch immer von einer Affinität zwischen Potsdam und Stalins Moskau.

Zutreffend diagnostiziert Ossietzky die heterogene Zusammensetzung der Anhängerschaft der Nazis. Es sind Verzweifte aus allen möglichen Bevölkerungsschichten, die sich in ihrer Hoffnungslosigkeit einem Kurpfuscher in die Arme werfen. Aber Ossietzky täuscht sich, wenn er annimmt, daß die Nazis deshalb zur Ohnmacht verurteilt sind, weil sie „für das, was sie Ordnung nennen, mit den Waffen der Anarchie kämpfen“ (S. 126) und weil sie eine so unterschiedliche Anhängerschaft nicht zugleich zufrieden-

stellen können. Offenbar überschätzt Ossietzky auch das „sozialistische“ Moment am Nazismus. In seinem letzten Artikel in der „Weltbühne“ am 7. 2. 1933 meint er zwar, „die Deutschnationalen werden zunächst für ihre Leute ernten, die Nationalsozialisten ernten nichts als das Odium“ (S. 134), hält aber schließlich doch für möglich, daß die „gegenwärtige Regierung“ (die Koalition von Nazis und Deutschnationalen mit dem Ex-Zentrumsmitglied Papen als Vizkanzler) trotz ihrer sozialen Disharmonien, wenn sie auf sozialrevolutionäre Experimente verzichtet, die Möglichkeit hat, „ein System zu schaffen, das für ein gutes Menschenalter vorhält“ (S. 135). Das war zu einer Zeit, als die meisten Nazigegner davon sprachen, Hitler werde in wenigen Monaten abgewirtschaftet haben, immerhin recht prophetisch!

Wohlthuend an der vorliegenden Auswahl ist die Tatsache, daß gewisse Schwächen des Autors keineswegs ausgespart werden. Ossietzkys Kommentare zu den „Roben der Frau Kollontai“ sparen zwar nicht mit Spott über den Puritanismus ihrer kommunistischen Kritiker, enthalten aber noch immer genug patriarchalische Vorurteile: „nachtwanderlich sicher vom Trieb geleitet“ kämpfe die Frau „ihre private Revolution durch“ heißt es da, und „die Frau habe dabei nichts zu gewinnen als neue Ketten“ (S. 168). Ossietzky hat sich von den puritanischen Vorurteilen der Linken freigegeben, nicht aber von patriarchalischen. Wo er dagegen aufmerksam beobachtet – wie in seinem englischen Artikel über „die Revolte der deutschen Frauen“ von 1928 –, findet er zutreffende feuilletonistische Formulierungen. Was 1928 angedeutet wird, ist erst in jüngster Zeit – unterbrochen durch die Reaktion des „tausendjährigen Reiches“ – ganz wahr geworden: „Der Trend zur sexuellen Selbstbestimmung der Frauen hat gesiegt, und deshalb ist ein neues gesellschaftliches Element aufgetreten, das mit traditionellen Begriffen nicht erfaßt werden kann. Die Konturen der neuen weiblichen Gesellschaft sind noch unscharf. Eins wenigstens ist sicher: Die Frauen entwickeln sich unaufhaltsam zu einer neuen Klasse, geleitet durch

die Möglichkeiten ihres Geschlechts. Etwas haben sie gemeinsam: Sie haben die Solidarität der alten Klassen gebrochen. Die Ex-Aristokratin fühlt sich vom bürgerlichen Leben angezogen, und die Tochter eines einfachen Arbeiters strebt als Verkäuferin oder Stenotypistin nach der gleichen Existenzform“ (S. 181). Was Schelsky dreißig Jahre später die „nivellierte Mittelstandsgesellschaft“ genannt hat, das dokumentiert hier Ossietzky allerdings eher als kulturelles Oberflächenphänomen. Das Ausmaß der sexuellen Selbstbestimmung diagnostiziert er, vermutlich durch den Standort Berlin verführt, zu früh, aber den Trend hat er sicher richtig erkannt. Amüsant und erst recht aktuell ist das Zitat aus dem Manuskript einer Frau, das einst auf seinem „Redaktionstisch landete, und das zeigt, wie klug eine Frau mit viel Geist und wenig Geld der Realität begegnen kann: „Das Ärgerliche an den modernen Männern sind ihre Neurosen. Lerne ihre Sorgen verstehen, und gaukle ihnen ein Paradies von Fluchtmöglichkeiten vor. Geht es dir selbst nicht gut, wende dich um Himmels willen nicht an deinen Liebhaber, sondern gehe zu einem klugen Nervenspezialisten; er wird dich beraten, wie man mit neurotischen Männern am besten auskommt. Gib dich nicht mit Männern ab, die dich dominieren. . .“ (S. 183).

Auch wenn Ossietzky ein überzeugungsstarker liberaler Demokrat ist, wird er nie dogmatisch. Das gilt auch für seine Auseinandersetzung mit der katholischen Kirche und ihren Machtansprüchen hinsichtlich der Schulen.

So energisch er für die weltliche Schule eintritt, gegen den Zwang zu „religiöser Erziehung“ und für Ehescheidung und Abschaffung des Paragraphen 218, so sensibel ist er für die ästhetisch-emotionale Ausstrahlung des katholischen Christentums: „... wer nie im Kreuzgang eines Klosters für Minuten nur die brave Aufklärung sozialistischer Bildungsarbeit vergessen hat, der mag ja ein ganz strammer Klassenkämpfer sein, aber daß auch die Phantasie eine Macht ist, und deshalb ein Aktivum, das wird er nie begreifen und deshalb stets in Rückstand kommen. Wenn im Kriege Gott mit

den stärkeren Bataillonen ist, so siegt auf dem politischen Schlachtfeld schließlich immer die Armee mit der stärksten Imagination“ (S. 206). Daß er der deutschen Linken an Phantasie und Imagination fehlt, hat Ossietzky so deutlich gesehen wie damals vielleicht nur noch Ernst Bloch.

Iring Fetscher

... daß man blaß wird beim Lesen

*Elfriede Jelinek: Lust
Rowohlt-Verlag, Reinbek 1989, 256 S.,
DM 32,-*

„Ruhig! Jetzt sprechen allein die Sinne, doch wir verstehen sie nicht, denn sie haben sich unter unserer Sitzfläche in etwas Unbegreifliches verwandelt.“

Ein eher harmloses Zitat aus Elfriede Jelineks neuestem Wurf auf den Büchermarkt, welches bezeugt, daß sie auch noch und gerade zu leiseren Tönen und umwerfender Feinsinnigkeit in der Sprachvirtuosität fähig ist. Der Marathon, den der Leser hier leisten muß, ist im Durchschnitt wesentlich härter. In immer neuem Wortschwall geht es fast nur um das eine: „Er beißt die Frau in die Brust, und dadurch schießen ihre Hände nach vorn. Das weckt ihn nur noch mehr auf, er schlägt sie auf den Hinterkopf und hält ihre Hände, seine alten Feindinnen, fester. Auch seine Knechte liebt er nicht. Er stopft sein Geschlecht in die Frau. Die Musik schreit, die Körper schreien voran.“ Das und Schlimmeres bietet der Roman von der ersten bis zur letzten Seite, nur kurz unterbrochen von winzigen Handlungsfetzen, die sich jedoch zu keiner fortschreitenden Linie, sondern zu einem circulus vitiosus fügen: „Fast scheint er erstaunt, wie sein Vollhumon-Dünger immer wieder in ihrem stillen Loch, dem er sich anvertraut, verschwindet, wie wieder und wieder seine Ladung aufs Deck ihres Schiffs klatscht. Erschrocken wächst manchmal Klavierspiel

aus ihren Ärmeln und verblüht wieder.“

Der circulus vitiosus der Gerti ist rasch zusammengefaßt: Seit die neue Lustseuche Aids droht, wagt ihr Gatte – Direktor einer Papierfabrik – sich nicht mehr ins Bordell und schüttet seine bullenhafte Potenz ausschließlich in seine Ehefrau, die er, kaum, daß er nach Hause kommt, buchstäblich aus dem Slip jagt und wieder und immer wieder bumst. Ist der Herr Direktor im Betrieb, wird Gerti vom gemeinsamen Sprößling traktiert („Man rackert sich ab, und es kommt ein kleiner Racker dabei heraus – zum Verdreschen“). Das Söhnchen ist in seiner unstillbaren „Lust“ auf immer neues Spielzeug und in seinem unbezähmbaren Eigensinn dem Herrn Direktor bereits recht ähnlich. Gertis einzige Ablenkung ist das Einkaufen („Sie würden nicht glauben, wie viele Paar Schuhe diese Frau daheim stehen hat“), bis der Student Michael auftaucht. Für einen Moment ist auch für sie mal so etwas wie „Lust“ drin: „Ein sehnsüchtiger Bach soll aus der Frau rinnen, hofft der junge Mann, und stochert, zufrieden auf dem Bauch liegend, die Ameisen mit seinem Steckerl aus dem Bau. Die flinken kleinen Tiere werden ihr entlockt und sausen sofort in alle Himmelsrichtungen davon. Schwer zu fassen sind sie, aber manchmal kommen sie, wie Träume, auch von selber. Man kann eine Ladung nachlegen und seinen groben Klotz ganz hineinschmeißen . . . Gerti wird der Stoff, aus dem ihre Träume waren, von den Schultern gerissen und im Bodenraum zusammengeknüllt. Sie schüttelt ihre Lebensruine über diesem Menschenohn aus, der nichts will, als möglichst schnell sie fühlen und füllen.“ Doch bald unterscheidet des Studenten „Lust“ an Gerti sich von der des Ehemannes nicht mehr: „Er zwickt mit geschickten Händen die Frau in den unschicklichsten Teil ihres weich in seiner gepolsterten Kiste sitzenden Fleisches, damit sie die Beine noch weiter spreizen muß. Er wühlt in ihrem schummrigen Geschlecht, dreht es zu einer Tüte zusammen und läßt es jäh wieder zurückschnalzen. Sollte er sich nicht entschuldigen, daß er sie schlechter behandelt als seine Tonmö-

bel?“ Doch das alles hält die immer mehr im Alkohol versinkende Gerti nicht davon ab, in ihm und allein in ihm ihren Rettungsanker zu sehen. Seinen Verlust muß sie endlich mit einer Tat kompensieren, die freilich nur jemanden treffen kann, der zumindest etwas schwächer als Gerti ist: während der Ehemann in der Badewanne liegt und sich für neue Sexattacken auflädt, ertränkt sie ihr Kind im Bach.

Die Handlung spielt sich marionettenhaft vor einer starren Kulisse ab: den „Armen“ des Dorfes, die Jelinek wie Lemuren zeichnet: „Die Frauen stecken den Kopf in die Einkaufstaschen, in denen sie das Arbeitslosengeld fortgetragen haben. Wohl angeführt sind sie vom Konsumladen, der ihnen die Sonderangebote durchsagt. Ja, besondere Angebote waren sie selbst einmal! Und die Männer wurden nach Vermögen ausgesucht. Sie vermögen mehr, als man ihnen beim Arbeitsamt zutraut! Am Küchentisch sitzen, Bier trinken und Karten spielen: nicht einmal ein Hund wäre so geduldig, angebunden vor den herrlichen Geschäften mit den Waren, die uns verspotten.“ Außer, daß hier weniger gekauft werden kann, unterscheidet sich das Dasein in diesen unteren Gefilden der Menschheit nur scheinbar von dem der Gerti: „Die Direktorin wird von den meisten anderen Frauen hier beneidet, die ihr breites Becken mit sich herumschleppen müssen, in das die Männer, mit den Füßen im heißen Wasser, ihre Schleusen und Adern öffnen. Diese gewichtigen Ackerstuten haben nur eine Möglichkeit, sich auszuwählen zu lassen: Sie kochen der Familie aus Abfällen und Trümmern ein Heim. Bis in den Hof wachsen ihre Feigen, doch die Männer bewässern gern fremde Furchen. Und die Frauen bleiben daheim und warten, daß die Illustrierten ihnen zeigen, wie gut sie es haben. Da sie doch trocken gehüllt sind in die Wegverwindeln ihrer häßlichen häuslichen Arbeiten. Doch was für ein Glück – ihre freundlichen Reiter besteigen sie gern!“

Beklemmend waren die Romanprodukte der Elfriede Jelinek immer schon, der „erbarmungslosesten Autorin, die Österreich je gegen sich aufgebracht hat“ (Sigrid Löfler). Nun aber

schickt sie uns in den Rachen eines Monsters: schlimmer kann keine Feministin die männliche Gewalt geißeln, die sich tagtäglich, Stunde für Stunde über die Frauen und die Welt an sich ergießt. Es ist einfach, hier Übertreibung, Überzeichnung nachzuweisen. Das wirkliche Leben ist das nicht, was hier geschildert wird. Dieses ist ja vor allem deshalb so kompliziert, weil neben fast jedem Bösen doch auch immer Gutes wohnt und beide ein solch unentwirrbares Gemisch eingehen, daß uns noch verlorenere und handlungsunfähiger macht als die arme Gerti. So schlimm wie der Direktor ist kein Mann, und so blöd wie die Gerti ist keine Frau – worin vielleicht gerade unser reales Verderben liegt. Und doch macht das groteske Überzeichnen Sinn. Kunst ist schließlich kein Spiegel, sondern eine Lupe. Wenn auch nicht so geballt, können die Szenen der „Lust“ im einzelnen durchaus in der Wirklichkeit passieren. Und aufpassen müssen wir schon, daß sich unsere Wirklichkeit nicht doch immer mehr der fatalen „Lust“ von „Direktoren“ unterwirft, wie Gerti einen in Haus und Körper hat.

Und warum präsentiert sich das alles als virtuoses Sprachkunstwerk, voller Wortspiele und vor allem auch voller Alliterationen, die ja der deutschen Sprache erst so recht auf die rhythmischen Sprünge verhelfen? Vermutlich, weil wir diesen Porno sonst gar nicht lesen würden. Einfach heruntergeschrieben ist hier keine einzige Seite, kein einziger Satz. Elfriede Jelinek sagt in einem Stern-Interview, daß sie das Buch „in die schlimmste Krise meines Lebens gebracht hat. Ich habe ja für lumpige 130 Seiten zwei Jahre gebraucht. Das ist für jemanden, der relativ schnell schreibt wie ich, eine unglaublich lange Zeit“. Weil sie das Gefühl hätte, sich dabei „zu exhibieren in der Öffentlichkeit“, ist es ihr „vollkommen unmöglich“, den eigenen Text in der Öffentlichkeit zu lesen.

Bertolt Brecht schrieb in den zwanziger Jahren brutale pornographische Gedichte in der Form kunstvoller Sonette. Sie sind bislang in die Ecke der typischen Männerwitze gestellt worden. Kaum Beachtung fand bislang die Tatsache, daß sie ursprünglich im Zu-

sammenhang mit Sonetten über andere Schrecken der Welt („Die Hinrichtung des Raubmörders Josef Klein“, „Ich war von Kindheit immer für das Böse“) publiziert und also zu diesen hinzugezählt werden sollten. Bei der Jelinek scheint mir ein ähnliches Ziel vorzuliegen, wenn sie sagt: „Die ‚Lust‘ soll nicht konsumiert werden wie kommerzielle Pornographie. Sie soll durch ästhetische Vermittlung sozusagen dem Leser ins Gesicht zurückschlagen. . . . Das ist genau der Zweck, daß man sich darin nicht wälzen kann wie ein Schwein in der Kuhle, sondern daß man blaß wird beim Lesen.“ Einen „weiblichen Porno“ hatte sie schreiben wollen, war jedoch von dem Vorhaben abgerückt. „Ich wollte eben eine weibliche Sprache für das Obszöne finden und bin darauf gekommen, daß es nicht geht, weil es für die Frau überhaupt nicht vorgesehen ist, über Sexualität zu sprechen.“

Bedeutet der Fakt, daß weibliche Lust nicht in Worten beschreibbar ist, daß sie auch tatsächlich nicht existiert? Hier scheint mir eine enorme Herausforderung an weibliches Schreiben überhaupt zu liegen. Ein neuer Kontinent sucht seine Kolumbine.

Sabine Kebir

Die Schmutdelecken der Politik

Das Thema ist unerschöpflich. Wer sich seiner, sei es politisch, publizistisch oder wissenschaftlich annimmt, leidet nie unter fehlendem Illustrationsmaterial. Es reicht, an einem beliebigen Tag eine beliebige Tageszeitung aufzuschlagen, und schon sind wir mittendrin in der Welt des Klatsches, der Intrigen, der Skandale. Am Beispiel einer einzigen Affäre glauben wir, wie unter einem Brennglas mit einem Male die inneren Geheimnisse des Spieles um Macht, Geld und Einfluß zu durchschauen. Menschen werden sichtbar hinter Masken, ganz banale Schurken bevölkern die Szene, wo wir vorher Repräsentanten einer guten Sache sahen. Tragische, armselige Fi-

guren treten uns gegenüber, die noch vor wenigen Stunden die Fäden der Macht in den Händen hielten – oder jedenfalls glaubten, es zu tun.

Die Namen und Chiffren großer Skandale sind uns geläufig, aber die jeweiligen Details und Hintergründe verblimmen schnell im Gewühl der Alltagspolitik. Die *SPIEGEL-Affäre*, da war doch der Strauß tief verstrickt; der *Traube-Skandal*, wurde da nicht ein kritischer Atomphysiker bespitzelt; der *Flick-Skandal*, klar, wg. Korruption; die *Wörner/Kiebling-Affäre*, ein Bundeswehrgeneral, der angeblich im Schwulenmilieu verkehrte, oder um was ging es da noch mal genau? Zuletzt der vielleicht größte Publikums-magnet in der deutschen Nachkriegs-skandalgeschichte, die *Barschel-Affäre*: Kieler Sumpf und Badewannen-tod in Genf.

Diese Skandalkonzentration provoziert natürlich eine Unmenge von Fragen: nutzt oder schwächt die Skandalinflation dem demokratischen System? Werden Skandale inszeniert oder sind sie der Art unseres politischen Entscheidungsprozesses immanent? Indiziert eine besonders hohe Skandalichte den Zerfall politischer Kultur oder, ganz im Gegenteil, gerade die Stabilität einer funktionierenden Demokratie mit starken politischen und publizistischen Kontrollinstanzen? Wirken Skandale mobilisierend oder machen sie apathisch, wie *Sigward Neckel*, ein Pionier der jüngeren westdeutschen *Skandalforschung*, fragt?

Was etwa in den angelsächsischen Ländern oder in Italien schon seit Jahren Gegenstand sozial- und politikwissenschaftlicher Forschung ist, scheint erst jetzt allmählich auch in den selbstgenügsamen Wissenschaftsbetrieb der Bundesrepublik einzufließen: die Beschäftigung mit den „Arkanbereichen der Politik“, wie es einmal *Norberto Bobbio* formuliert hat. 1980, vor dem Hintergrund der Italien jahrelang beschäftigenden Affäre um die Geheimloge P 2 und den schon alltäglich gewordenen Mafia-Skandalen, hat Bobbio einen Aufsatz über die „Demokratie und die unsichtbare Macht“ verfaßt (veröffentlicht in dem Band „Die Zukunft der Demokratie“, Rotbuch-Ver-

lag, Berlin 1988), in dem genau das Thema aufgegriffen wird, dem der jetzt von *Rolf Ebbighausen/Sighard Neckel* einerseits und *Helmut Moser* andererseits herausgegebene Sammelbände gewidmet sind.

Rolf Ebbighausen/Sighard Neckel
(Hg.)

Anatomie des politischen Skandals
edition suhrkamp Nr. 1548, Frankfurt
a. M. 1989, 417 S., DM 22,-

Für den deutschen Sprach- und Diskursraum haben die Autoren des Sammelbandes von Ebbighausen/Neckel auf diese Aufforderung Bobbios, endlich den „*arcana imperii*“ größere wissenschaftliche Aufmerksamkeit zu schenken, jedenfalls mit einem ersten, gelungenen Wurf reagiert. Es sollen, so schreiben die Herausgeber in ihrer Einleitung, „die historischen und strukturellen Ursachen, die symbolischen Bedeutungen, die institutionellen Regeln und die sozialen Funktionen politischer Skandale näher untersucht werden“. Verkürzt formuliert, ist es Aufgabe der Skandalforschung, die innere Logik und Grammatik politischer, aber auch gesellschaftlicher Skandale zu dechiffrieren. Wir müssen uns, dies ist vielleicht die wichtigste „Botschaft“ dieser ansonsten nüchtern und im besten Sinne aufklärerisch verfaßten Untersuchungen, einen erweiterten Begriff des Politischen aneignen.

Unterhalb der regelmäßig wiederkehrenden Legitimierung des demokratischen Repräsentationssystems und auch unterhalb der Bahnen politischer Entscheidungsfindung in den diffusen Strukturen von außerinstitutionellen Bewegungen existieren noch andere vorpolitische Formen der Konsensfindung. Zum Beispiel, und da muß ein normativer Politikwissenschaftler und traditioneller Ordnungspolitiker erst einmal kräftig schlucken, hat der ganz ordinäre Straßen- oder Kaffeehausklatsch eine nicht zu unterschätzende Funktion in dem vorinstitutionellen Klärungsprozeß demokratischer Entscheidungen. Der den Band einleitende Text des 1975 verstorbene-

nen britischen Sozialanthropologen *Max Gluckmann* ist ein einziges, mit ausführlichen Verweisen auf einschlägige empirische Studien abgesichertes Plädoyer für eine ernsthafte Beschäftigung mit „Klatsch und Skandal“. Gluckmann entwickelt hier am Beispiel der anthropologischen Kleingruppenforschung die paradigmatische, den ganzen Band durchziehende These, daß der Skandal im Zusammenleben der Menschen und innerhalb eines gegebenen politischen Systems keineswegs immer Symptom von Destabilität, Amoralität oder Kulturverfall darstellt. „Ich möchte . . . zeigen, daß Klatsch und selbst der Skandal wichtige positive Tugenden besitzen. Sie erhalten eindeutig die Einheit, Sitten und Werte sozialer Gruppen aufrecht.“ Daß in dem Beitrag von Gluckmann auch „Regeln der Klatschkunst“ zu finden sind, verdient wenigstens am Rande erwähnt zu werden. Schließlich interessieren sich ja kritische Sozialwissenschaftlerinnen und sozialdemokratische Fraktionsassistenten auch für praktische Alltags-tips . . . Und wer als Politikerin oder Journalist wissen möchte, wie im einzelnen ein erfolgreicher Skandal zu inszenieren ist, wird auf den Beitrag *Ronald Hitzlers* „Zur Inszenierungslogik ritueller Spektakel in der Politik“ verwiesen.

Als zweite Gewährsperson für die Seriosität der Skandalforschung wird in vielen Argumentationen des Bandes neben Gluckmann häufig auf *Pierre Bourdieu* verwiesen. In seinem Aufsatz „Delegation und politischer Fetischismus“ (ebenfalls veröffentlicht in diesem Band) entwickelt Bourdieu seine *Theorie der Delegation und des Apparates*, die auch als Matrix zum Verständnis des Entstehens von politischen Skandalen jenseits einer nur individuellen Optik dienen kann. Wird doch der Mißbrauch einer Delegation von Macht vieler Personen auf eine kleine Auswahl von Mandatsträgern und Machtverwaltern gemeinhin als *Skandal* interpretiert. Die beauftragten Delegierten schaffen sich selbst wiederum einen eigenen bürokratischen Machtapparat, der tendenziell immer in Gefahr steht, sich zu verselbständigen mit allen seinen bekannten

oder in der Regel verheimlichten skandalösen Folgen. „Das fundamentale Gesetz bürokratischer Apparate lautet, daß der Apparat all denen alles (nicht zuletzt die Macht über den Apparat) gibt, die ihm alles geben und alles von ihm erwarten, weil sie außer ihm nichts haben und nichts sind . . . Die moralische Entrüstung vermag nicht nachzuvollziehen, wie gerade die im Apparat reüssieren können, die – entsprechend charismatischer Auffassung – die Dümmeren, Gewöhnlichsten sind, die, denen jeder eigene Wert fehlt. Tatsächlich reüssieren sie nicht, weil sie die Gewöhnlichsten sind, sondern weil sie nichts außerhalb des Apparats besitzen.“ Dieses „eherne Gesetz des Apparats“ (Bourdieu) lesend, fällt uns sofort eine lange Liste von Namen aus der jüngeren Skandalgeschichte ein . . .

Zwei Aspekte scheinen mir, unter anderen, in der mit diesem Band hoffentlich erst angefangenen Skandalforschung in der Bundesrepublik noch zu wenig reflektiert zu sein. Ist es ein Zufall, daß *Heinz Bude* in seiner Typologie von Skandalpolitikern nur Männer vorstellt? Natürlich spielen auch Frauen immer ihre Rollen in den Skandal-dramen der Geschichte. *Herfried Münkler* widmet dem „Umgang der Herrschenden mit den Frauen der Untertanen“ sogar eine eigene Untersuchung. Aber wenn es um die letzten, entscheidenden Zipfel politischer und gesellschaftlicher Macht geht, sind die Herrschenden, das heißt die Männer, unter sich. Skandalforschung zu betreiben, heißt immer auch, sich mit dem vorherrschenden Typus *männlicher* Machtpolitik auseinanderzusetzen. In der jüngeren westdeutschen Skandalgeschichte tauchen Frauen entweder nur als „Lockvögel“ in Spionage-Affären auf oder, wie etwa im Falle des großen Gesellschaftsskandals der sechziger Jahre, der *Franfurter Nitribit-Affäre*, als *Edelhure*. Der zweite, weniger gravierende Mangel, scheint mir in der ganzen Anlage der hier vorgelegten Untersuchungen begründet zu sein: ihr mangelnder Witz, der einem unbedingten Seriosität-zwang geschuldet ist. Einzig *Hitzler* weist in seinem Beitrag auf Analogien von Witz und Skandal hin. Wir wissen

etwa aus der Zeit des Nationalsozialismus oder, aktuell, von Erfahrungsberichten aus Rumänien, welche zentrale Rolle der Witz als Medium clandestiner Öffentlichkeit in diktatorisch geführten Systemen besitzt. Verschlüsselt und oft nur für die Angehörigen der Opposition selbst verstehbar, findet sich hier immer auch eine Form des Umgangs mit tatsächlichen oder nur imaginierten Skandalen innerhalb des zum Volk hin abgeschotteten Machtapparates. Der Beitrag von *Klier, Stöhting und Stöß* über Korruptionsfälle in der Sowjetunion in der Zeit vor Gorbatschow nimmt diesen Aspekt zwar nicht direkt auf, widerlegt aber jedenfalls die an anderer Stelle in dem Band von den beiden amerikanischen Sozialwissenschaftlern vertretene These, daß „politische Skandale nur in liberalen Staaten möglich sind“.

Helmut Moser (Hg.)

L'éclat c'est moi. Zur Faszination unserer Skandale

Deutscher Studien Verlag, Weinheim 1989, 368 S., DM 39,80

Den aktuellen Stand der westdeutschen Skandalforschung spiegelt auch der erschlagend umfangreiche Sammelband von Helmut Moser wider (360 kleingedruckte Seiten im DIN A 5 Format – wer bitte soll das lesen?). Zum Teil werden hier analog zu Ebbinghausen/Neckel „klassische Skandale“ (Watergate, Iran-Gate, Barachel) untersucht, zum Teil werden aber auch wichtige Einzelaspekte von Skandalen seziiert. *Christine Kulke* beschäftigt sich nicht mit einem der vielen spektakulären Skandale, sondern mit dem ganz gewöhnlichen Skandal der Ausgrenzung von Frauen aus der Politik. „In die Grammatik des politischen Systems und der politischen Kultur hat sich die patriarchale Rationalität tief und nachhaltig eingeschrieben.“ Die eindeutig patriarchalische Prägung politischer Skandale findet in dieser Ausfilterung von Frauen aus dem herrschenden Repräsentationssystem ihre entscheidende Ursache. Es wird spannend sein zu beobachten, ob und wie sich eine zunehmende Partizi-

pation von Frauen in den Institutionen der Politik auch niederschlägt in *anderen* Skandalen und *anderen* Formen ihrer Austragung. Ob aber „das Nicht-Gedachte zu denken und das (noch) Nicht-Gelebte zu leben“ ausreicht, um den herrschenden schmutzigen Seiten der Politik eine andere, „saubere“ feminine Politik entgegenzusetzen, wie die Autorin vorschlägt – ich weiß nicht.

Der besondere Clou dieses ansonsten unverhältnismäßig in Form wie in Inhalt aufgebauten Buches ist das ausgezeichnete Skandal-Glossar im Anhang. Es beginnt mit der Adams-Goldfine-Affäre aus dem amerikanischen Wahlkampf des Jahres 1958 (ehrlich gesagt, von diesem Skandal hatte ich vorher noch nie etwas gehört) bis zur uns allen wohlbekannten Wörner/Kiebling-Affäre. Zu jedem einzelnen Stichwort werden ausführliche Literaturhinweise gegeben. Wäre es nicht möglich, dieses Glossar als Grundlage für eine Loseblattsammlung „Chronique scandaleuse“ zu verwenden?

Alles spricht nämlich dafür, daß der junge Forschungszweig der „Skandalogie“ (Anthony King) weiter expandiert. Voraussetzung seiner Etablierung wäre allerdings eine verstärkte staatliche Förderung der Grundlagenforschung, die nur durch die Einrichtung spezieller Institute für Mafiologie, Skandal- und Korruptionsforschung geleistet werden kann. Es ist ganz einfach ein *Skandal*, wie sehr die Erforschung der Schmutz- und Schattenzonen der Politik bei uns vernachlässigt wird. *Carl-Wilhelm Macke*

Olga Benario – eine mutige Frau

Fernando Morais:

Olga. Das Leben einer mutigen Frau. (Aus dem brasilianischen Portugiesisch von Sabine Müller-Nordhoff, wissenschaftliche Bearbeitung der deutschen Übersetzung von H. D. Heilmann) Volksblatt Verlag, Köln 1989, 415 Seiten, DM 39,80

„Bravo Olga Benario! Liebe, tapfere Genossin! Laß dir im Geiste die Hände drücken in der Hoffnung, es bald auch in Wirklichkeit tun zu können. Laß uns dir danken für deine Entschlossenheit, deine Kühnheit, deine besonnene Tatkraft und für das Werk, das deiner Liebe und deiner revolutionären Willenskraft im Bunde mit treuen, der proletarischen Sache ergebenen und aufopferungsfähigen Kameraden gelungen ist.“ Soweit Erich Mühsam über Olga Benarios Befreiung des Genossen Otto Braun aus dem Gefängnis Berlin-Moabit 1928.

Wer war Olga Benario, deren Name vielleicht ein wenig exotisch, uns aber doch gänzlich unbekannt klingt? Das ist nicht überall so. In Brasilien ist sie die bekannteste Deutsche. Olga Benario: Deutsche, Jüdin, Kommunistin, die 1936 von der brasilianischen Regierung nach Deutschland ausgeliefert und von den Nazis ermordet wurde. Ihre Lebensgeschichte liegt nun auch in deutscher Übersetzung vor. Der brasilianische Journalist und Bestseller-Autor Fernando Morais, seit kurzem Kulturminister des Staates Sao Paulo, erzählt in seiner gründlich recherchierten und dokumentierten Biographie „Olga“ das Schicksal einer Berufsrevolutionärin, das ein Stück deutscher, brasilianischer und vor allem kommunistischer Geschichte lebendig werden läßt. In Olga Benarios Leben spiegelt sich die Tragik einer Generation wider, die von Stalin nicht loskam und von den Faschisten in den Tod getrieben wurde.

Olga Benario wird 1908 als Tochter eines jüdischen Anwalts in München-Schwabing geboren. Bereits mit 15 Jahren tritt sie der Kommunistischen Jugend bei. Ihr Vater – Sozialdemokrat und engagierter Arbeiter-Rechtsanwalt – akzeptiert ihre Haltung, die emotionale Distanz zur Mutter wird durch diesen Schritt endgültig besiegelt. Olga verliebt sich in den fünf Jahre älteren kommunistischen Funktionär Otto Braun, der das junge, militante Mädchen bald darauf für höhere Parteiaufgaben nach Berlin holt. 1926 wird sie Agitpropsekretärin der Kommunistischen Jugend für Berlin. Im Sommer desselben Jahres werden Olga und Otto Braun verhaftet. Braun

wird als „kommunistischer Agitator“ des Hochverrats angeklagt, Olga kommt nach einigen Monaten frei. Im April 1928 gelingt es ihr, mit fünf Jungkommunisten in das Untersuchungsgefängnis Moabit zu gelangen. Mit ungeladener Pistole, aber dem Ruf Olgas: „Wer sich bewegt, bekommt eine Kugel verpaßt“, wird der verdutzte Otto Braun von seiner Freundin befreit. Das proletarische Berlin freut sich. Die „Wildwest-Pistolenszene“, wie sie die BZ am nächsten Tag beschreibt, macht Olga Benario in ganz Deutschland berühmt. Doch die beiden können die Befreiung nicht genießen, von Sympathisanten werden sie eine Weile in Berlin versteckt und gehen schließlich nach Moskau, wo sie als Helden gefeiert werden. Olga lernt Russisch, arbeitet in der Komintern und wird auf eigenen Wunsch militärisch ausgebildet. Sie bereist im Auftrag der Kommunistischen Jugendinternationale eine Reihe europäischer Länder, agitiert, organisiert. Mit ihren 26 Jahren ist Olga fast schon eine „Superagentin“: Sie spricht vier Sprachen, kennt die marxistisch-leninistische Theorie, ist eine hervorragende Scharfschützin, lernt Fliegen, beherrscht das Fallschirmspringen.

1934 beginnt dann in Moskau jenes Abenteuer, das die Geschichte Olga Benarios auch für Brasilien so interessant macht. Die deutsche Heldin trifft ihren „Superagenten“, den Hauptmann Luis Carlos Prestes. Er hat von 1924 bis 1927 die berühmte „unbesiegbare Kolonne“ auf dem „langen Marsch“ durch Brasilien geführt, über insgesamt 25 000 Kilometer, immer gejagt von den Truppen der korrupten Regierung. Er ist für die Armen Brasiliens zum „Ritter der Hoffnung“ geworden. Als 1930 Getulio Vargas durch einen Putsch zum Präsidenten wird, hat sich Prestes bereits für die Komintern entschieden. Er lehnt das Angebot des neuen Caudillos ab, ihn wieder ehrenvoll in die Armee aufzunehmen. Mit seiner Mutter und seinen Schwestern geht er nach Moskau ins Exil.

Olga und Prestes werden von der Komintern Ende 1934 nach Brasilien geschickt, um dort die Revolution zu organisieren. Der von den beiden zu-

sammen mit anderen Berufsrevolutionären im Untergrund vorbereitete Aufstand vom 27. November 1935 wird ein Fiasko. Die Situation wird für Olga und Prestes lebensbedrohlich. Die beiden hetzen von einer illegalen Unterkunft zur anderen, bis einer der Verhafteten unter der Folter den Stadtteil preisgibt, in dem sich die beiden verbergen. Im März 1936 werden sie gefunden. Bei der Verhaftung kann Olga verhindern, daß Prestes sofort erschossen wird. Mit dem Ruf – der laut Zeugen wie ein Befehl klingt – „Nicht schießen. Er ist unbewaffnet“, wirft sie sich vor ihren Mann und deckt ihn mit ihrem Körper. Die gemeinsame Fahrt in das Polizeipräsidium soll auch ihr endgültiger Abschied sein.

Bei der Aufdeckung der wahren Identität Olgas hilft die Gestapo. Sie wird von ihr als „Olga Benario, Agentin der Dritten Internationale israelischer Rasse“ identifiziert. Kurz nach ihrer Verhaftung merkt Olga, daß sie schwanger ist. Ein kleiner Hoffnungsschimmer, da die brasilianische Verfassung werdenden Müttern brasilianischer Kinder ein Bleiberecht garantiert. Eine internationale Kampagne von Brasilien über die USA bis Frankreich versucht, ihre Auslieferung zu verhindern. Auch die Frauen des Gefängnisses kämpfen um den Verbleib Olgas in Brasilien. Doch vergebens. Im September 1936 wird Olga auf ein Schiff verschleppt, das sie nach Hamburg bringt. Im achten Monat schwanger, schließt sich drei Wochen später die Zellentür des berühmten Berliner Frauengefängnisses der Gestapo in der Barnimstraße hinter ihr für immer zu.

Am Jahrestag des Aufstandes von Rio bekommt Olga im Gefängnis ihr Baby Anita Leocadia. Solange Olga stillt, „darf“ sie ihr Kind behalten. Der Mutter von Prestes gelingt es nach langen, zermürenden Auseinandersetzungen und weiteren internationalen Kampagnen, Olgas kleine Tochter nach einem Jahr aus Deutschland herauszubringen. Das Überleben ihres Kindes bedeutet für Olga aber den sicheren Tod. Im Februar 1942 wird sie in die Gaskammer von Bernburg gebracht. Sie ist 34 Jahre alt. In ihrem letzten Brief nimmt sie Abschied von Tochter und Mann: „Ich habe für das

Richtige, das Gute, das Beste auf der Welt gekämpft. Ich verspreche jetzt beim Abschiednehmen, daß Ihr Euch meiner bis zur letzten Minute nicht zu schämen braucht. Mißversteht mich nicht, die Vorbereitung auf den Tod bedeutet nicht, daß ich nun aufgeben, sie bedeutet nur, daß ich ihm gewachsen sein werde, wenn er kommt . . . Ich werde jetzt schlafen, damit ich morgen stark bin. Ich küsse Euch zum letzten Mal.“

Diesen Brief erhält Prestes erst zweieinhalb Jahre später, am 15. Juli 1945 in Sao Paulo, inzwischen durch eine Amnestie befreit und Generalsekretär der Kommunistischen Partei Brasiliens. Heute lebt der 91jährige Prestes in Rio de Janeiro, ebenfalls Olgas Tochter Anita. Sie ist Universitätsprofessorin. Gemeinsam mit ihrem Vater trat sie 1980 aus der Kommunistischen Partei Brasiliens aus.

Karin König

Geisterfahrer

Als Geisterfahrer gelten üblicherweise Verursacher von lebensgefährlichen Unfällen. Hans-Martin Lohmann wendet den Begriff positiv, für ihn sind es jene Gesellschaftskritiker, die durch ihr ordnungswidriges Verhalten gegen den herrschenden Rechtsverkehr Zeichen setzen, daß es andersherum ginge. Bei aller Verschiedenheit in Werk und Person haben die in diesem Band versammelten „22 Portraits der europäischen Linken“ eines gemeinsam: die Vorstellung von einer solidarischen Gesellschaftsordnung „frei vom Zwang der Konkurrenz, von der zerstörerischen Wut des Habens und von männlichem Machtstreben“ (S. 9). Geisterfahrer, die Konzepte in diese Richtung vertreten, sorgen dafür, das Bild eines Zusammenlebens zu erhalten, „das keinen mehr erdrückt“, wie es Freud formulierte, und es dem erdrückenden Übergewicht der technologischen Sachzwänge und ihrer Verinnerlichung entgegenzusetzen.

Indem Lohmann Leben und Werk einflußreicher wie auch eher vergessener und unbeachteter Linksoptioneller skizziert, entsteht nicht nur ein

Überblick über Strömungen kritischen Denkens im 19. und vor allem 20. Jahrhundert, es wird auch gedankliches Instrumentarium zur Verfügung gestellt, um der gegenwärtigen Phantasielosigkeit auf sozial- und kulturpolitischem Gebiet Alternativen entgegenzusetzen. Mit Rossana Rossanda verneint der Autor die Frage, ob man ohne Ideen leben könne. Einer Gesellschaft, die allen sozialen Utopien und sämtlichen Entwürfen, sich selbst zu transzendieren, abgeschworen hat, steht nur die Aussicht bevor, an den Folgen ihres Konsumismus zu ersticken (S. 11 f.). Wie den Theoretikern, die er in seinen Essays portraitiert, geht es Lohmann um die Erhaltung von aufklärerischer Vernunft, Humanismus und Intersubjektivität, um die Bewahrung der Dimension von Gesellschaftlichkeit und der Idee der Emanzipation. Folgerichtig beginnt die Reihe der Skizzen, die politische Theoretiker, Sozialwissenschaftler, Kulturphilosophen, Psychologen und Kunsttheoretiker umfaßt, mit Blanqui und seiner Vision einer „Gesellschaft der Gleichen“ und holt dann Marx aus der Ecke der „toten Hunde“ hervor, diesen „Aufklärer par excellence, ein Bruder Lessings und Heines“ (S. 22), dessen desillusionierende, d. h. enttäuschende Analysemethoden Lohmann als eine zwar schmerzhaft, aber unabdingbare Voraussetzung eines Handelns ansieht, das auf Überwindung von Verdinglichung und Entfremdung aus ist. Marx gehört für ihn in die Reihe der radikalen Selbstaufklärer von Galilei bis Freud, deren narzißtische Kränkungen dem Men-

schen wehtun, weil sie seine Autonomie als Subjekt bestreiten, die aber seine Stellung in der Welt auf realistische Grundlagen stellen und ihm von da aus Schritte zur Veränderung ermöglichen. Lohmann bevorzugt analysierende und auch introspektive Vorgehensweisen (mit Michel Leiris sieht er den Konformismus dort beginnen, wo der Schrecken vor dem Innenwerden seiner selbst zum Abbruch der Selbstbeobachtung führt, S. 105) gegenüber einem weltleeren Utopismus, auf dessen Gefahren er am Beispiel Ernst Blochs hinweist, dessen Werk er kontrollierbarer Wirklichkeitserfahrung für nicht mehr zugänglich hält (S. 75 ff.).

Hans-Martin Lohmann: Geisterfahrer. Blanqui, Marx, Adorno & Co. 22 Portraits der europäischen Linken, Hamburg: Junius, 1989, 226 S., DM 44,80.

Wenn die meisten der Geisterfahrer die Verwirklichung ihrer emanzipatorischen Vision im Sozialismus erwarteten, so standen sie zugleich in Opposition zu den staatsfixierten Ordnungsfanatikern der Kommunistischen Parteien und mußten, um ihre intellektuelle Integrität zu bewahren, den Bruch vollziehen (Sartre, Jorge Semprun, Rossana Rossanda). Heute, nach der Diskreditierung der Idee des Sozialismus durch die in seinem Namen regierenden Bürokratien, nachdem wir erkennen mußten, daß „die große Neuerung im 20. Jahrhundert

nicht der Sozialismus war, sondern das Entstehen des totalitären Staates“ (Octavio Paz), hält Lohmann eine „Rekognition des bürgerlich-revolutionären Erbes, das ja historisch keineswegs abgegolten ist“ (S. 139), für eine Möglichkeit, den Impuls aufklärerischer Kritik weiterzuführen. Jean Améry verkörpert in seinen Augen wohl am besten den geistig-moralische Fundamente legenden Linksintellektuellen: „Immun gegen die ‚Kathedralen nackter Abstraktheit‘, die er in Hegels und Adornos Werk errichtet sah, immun aber auch gegen die schnellfertige Verabschiedung theoretischer Anstrengung im Namen ganzheitlicher ‚Lebensphilosophien‘, immun schließlich gegen einen Pragmatismus und Positivismus, der sich allein ans Faktische hält“ (S. 162).

Die meisten der in diesem Buch Portraitierten sind Deutsche oder Österreicher oder zumindest dieser Herkunft. Was sie an soziologischen, psychologischen, anthropologischen Erkenntnissen gewonnen haben, gilt nicht für Deutschland speziell, sondern, in den Grundzügen mindestens, auch für andere westlich-kapitalistische Gesellschaften. Wer den Band jedoch mit besonderem Interesse für die sogenannte politische Kultur der Bundesrepublik lesen will, von deren „Trend zur Vergleichsgültigung und zum zynischen Wegsehen“ (S. 9) ja auch der Autor ausging, dem seien vor anderen die Essays über Margarete Mitscherlich, Günther Anders, Nicolaus Sombart und Peter Brückner empfohlen.

Jürgen Baumgarten